



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Amtsbericht 2011 des Regierungsrates**

Datum: 7. Februar 2012

Nummer: 2011-040

Bemerkungen: **Verlauf dieses Geschäfts**

Hinweis: Die in der Vorlage aufgeführten Vorstösse können unter
> [Übersicht Geschäfte des Landrats](#) eingesehen werden.
> [Informationen zu den Initiativen](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Nr. 2012 / 040

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Amtsbericht 2011 des Regierungsrates

vom 7. Februar 2012

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung	Seite 3
Teil 2: Finanz- und Kirchendirektion	Seite 4
Teil 3: Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	Seite 34
Teil 4: Bau- und Umweltschutzdirektion	Seite 66
Teil 5: Sicherheitsdirektion	Seite 116
Teil 6: Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	Seite 132
Teil 7: Landeskanzlei	Seite 158
Teil 8: Antrag	Seite 163
Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates	Seite 164
Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)	Seite 196

Teil 1 Einleitung

1.1 Auftrag

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat auftragsgemäss seinen Amtsbericht für das Jahr 2011. Gemäss § 67 Absatz 1 Buchstabe a der Kantonsverfassung genehmigt der Landrat die jährlichen Amtsberichte des Regierungsrates.

1.2 Übersicht

Der Vergleich mit dem Jahresprogramm 2011 zeigt, dass nicht alle der gesetzten Ziele und Absichten im geplanten Mass umgesetzt werden konnten. Es ist aber festzustellen, dass die meisten Vorhaben programmgemäss in Angriff genommen, weitergeführt oder abgeschlossen werden konnten. Verzögerungen haben sich vor allem in der Vorbereitung verschiedener Gesetzesvorlagen ergeben. Verschiebungen oder Sistierungen von Projekten sind auch aus finanziellen Gründen (als Sparmassnahme) oder aufgrund fehlender personeller Ressourcen erfolgt.

Für die Details wird auf die folgenden direktionsweise gegliederten Rechenschaftsberichte hingewiesen. Der Amtsbericht 2011 ist wiederum federführend von der Finanz- und Kirchendirektion betreut worden, die sich bei den vier anderen Direktionen und der Landeskanzlei für die gute und speditive Zusammenarbeit bedankt.

1.3 Anhänge

Anhang 1 umfasst

- alle vom Regierungsrat im Jahr 2011 beantworteten Interpellationen sowie schriftlichen und mündlichen Anfragen,
- die vom Landrat abgeschriebenen Aufträge (Motionen und Postulate),
- die vom Regierungsrat erfüllten, vom Landrat aber noch nicht abgeschriebenen Aufträge,
- die vom Regierungsrat innert der gesetzlichen Frist noch nicht erfüllten Postulate und Motionen (Zu diesen Vorstössen unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat eine separate Vorlage) und
- die vom Landrat nach dem 1. 1. 2011 überwiesenen Postulate und nach dem 1. 1. 2010 überwiesenen Motionen.

Anhang 2 gibt einen Überblick über den Stand der Bearbeitung der kantonalen Volksinitiativen.

Teil 2 Finanz- und Kirchendirektion FKD



Nr. 2.01	Programmpunkt Finanzwesen Strategische Zielsetzungen Obwohl eine Erholung der Wirtschaft prognostiziert wird, weist der Staatshaushalt nach wie vor Defizite in der Erfolgsrechnung auf: Die Einnahmen können mit der Ausgabenentwicklung nicht mithalten. Dies ist ein Hinweis dafür, dass der Finanzhaushalt strukturell überlastet ist. Eine nachhaltige Finanzpolitik ist dadurch gekennzeichnet, dass der Staatshaushalt mittelfristig ausgeglichen ist und konjunkturgerecht geführt wird. Die Defizitbremse unterstützt die konjunkturgerechte Steuerung des Finanzhaushaltes, indem in wirtschaftlich schlechten Zeiten Eigenkapital zur Deckung von Haushaltsdefiziten zur Verfügung steht. Dies setzt voraus, dass in wirtschaftlich guten Zeiten Haushaltsüberschüsse erzielt werden und das Eigenkapital aufgebaut werden kann. Der Voranschlag 2011 und die Prognosen für die kommenden Jahre zeigen, dass die Finanzen weiterhin angespannt sein werden. Der Regierungsrat ist gewillt, die strukturellen Defizite schrittweise abzubauen, so dass im Jahr 2013 der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Das Budget 2011 zeigt, dass die Befolgung dieses Konsolidierungspfades eine grosse Herausforderung darstellt und einschneidende Massnahmen voraussetzt. Die gute Ausgangsposition des Kantons Basel-Landschaft soll auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben, so dass der Kanton von der Rating-Agentur Standard & Poor's weiterhin mit der Bestnote AAA ausgezeichnet wird. Ein gesunder Finanzhaushalt ist Voraussetzung dafür, dass sich der Kanton auch in Zukunft im sich verschärfenden Steuerwettbewerb behaupten kann.	Amtsbericht 2011
Nr. 2.01.05	Einzelne Massnahme Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) Das Finanzhaushaltsgesetz ist mehrmals teilrevidiert worden (zum Beispiel bei der Einführung der Defizitbremse, bei der neuen Rechnungslegung gemäss HRM2, etc.). Ein weiterer Revisionsbedarf ergibt sich bezüglich der Finanzkompetenzen von Landrat und Regierungsrat. Der Regierungsrat hat mit einer Finanzkompetenz von 50'000 Franken für neue einmalige Ausgaben eine vergleichsweise kleine Kompetenz. Im Weiteren gilt es zu prüfen, ob die Steuerungsinstrumente für die Kantonsverwaltung zum Beispiel im Zusammenhang mit der flächendeckenden Einführung von Globalbudgets weiterentwickelt werden sollen. Es handelt sich um ein mehrjähriges Projekt, das im Jahr 2011 gestartet werden soll.	

Nr. 2.01.08	Internes Kontrollsystem 2. Etappe Im Jahr 2010 wurden in der FKD als Pilotprojekt die finanzrelevanten Prozesse erhoben und mit Schlüsselkontrollen schriftlich dokumentiert. In einer zweiten Phase sollen die finanzrelevanten Prozesse in den Direktionen ebenfalls dokumentiert werden. Risikopolitik Aufgrund einer verwaltungsweit durchgeführten Risikoerhebung und einer Kategorisierung der Risiken wird für den Regierungsrat eine Risikopolitik formuliert. Darauf basierend wird ein Risikomanagement etabliert und auf die neuen Planungsprozesse ab 2012 abgestimmt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Mit dem RRB "Koordinierte Weiterentwicklung des IKS in der kantonalen Verwaltung" wurde im September 2011 die 1. Etappe (Pilot in der FKD) abgeschlossen. Folgende Ziele wurden damit erreicht: • Bestimmung und Dokumentation der Prozesse mit wesentlichen finanziellen Risiken • Transparenz bezüglich der vorzunehmenden Schlüsselkontrollen • Zuteilung der Verantwortlichkeiten für die Durchführung der Prozesse und Kontrollen • Schaffung des Bewusstseins und des Verständnisses für die Notwendigkeit eines IKS • Transparente und schriftlich dokumentierte Ablauforganisation dieser Prozesse • Aufdecken von Schwachstellen aus IKS-Sicht und Verbesserungsvorschläge zu Handen der Prozessverantwortlichen. Mit dem gleichen RRB wurde auch der Startschuss für die 2. Etappe gelegt: den Rollout des IKS in allen Direktionen und der kantonalen Behörde. Diese sieht vor, die wichtigsten Geschäftsprozesse mit hoher finanzieller Wirkung mittels einem Reifegrad gemäss IKS Vorgaben zu dokumentieren und zu kontrollieren. Die FKD hat dazu einen Leitfaden erarbeitet, noch im Dezember 2011 wurden alle Dienststellenleitenden, die Generalsekretäre und ausgesuchte Personen aus den Bereichen Rechnungswesen und Controlling mittels zwei Schulungsveranstaltungen in die Thematik des IKS eingeführt. Workshops mit Praxisbeispielen schliessen diese Schulung im Januar 2012 ab. Auch die Betriebsorganisation (Kompetenzzentrum IKS) mit IKS Verantwortlichen pro Direktion wurde festgelegt. Über diese Organisation wird der Rollout der 2. Etappe koordiniert. Per Ende 2012 soll die 2. Etappe abgeschlossen werden. Risikoerhebung und -bewertung wurden im Dezember 2011 termingerecht abgeschlossen. Es liegt jetzt erstmals ein flächendeckendes Risikoinventar vor. Dieses ist Bestandteil eines Risikoberichts an den Regierungsrat, der die Basis für die Risikopolitik bildet.
-------------	--	--	---

Nr. 2.01.10	Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Über eine Zeitperiode von 40 Jahren soll die Deckungslücke der Pensionskasse (BLPK) geschlossen werden. In erster Priorität wird die strukturelle Unterfinanzierung der Pensionskassenleistungen beseitigt. Im Jahr 2012 soll die Landratsvorlage in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden.	Die Landratsvorlage wird 2012 in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben. Das Jahr 2011 stand ganz im Zeichen der Detailberatungen in der Arbeitsgruppe Projekt Improve, der Verhandlungen der Vorschläge zur Schliessung der Deckungslücke und der neuen Vorsorgepläne mit der Arbeitsgemeinschaft Basellandschaftlicher Personalverbände (ABP) sowie der Erarbeitung der Landratsvorlage zusammen mit der BLPK und den konsultierten Experten. Zudem wurden die Gemeinden im Dezember 2011 anlässlich eines Infoabends erstmals über den Inhalt der Vorlage informiert. Die Vorlage ist nun erstellt, geht Anfang Februar 2012 ins Vernehmlassungsverfahren und wird noch vor den Sommerferien 2012 den landrätlichen Kommissionen vorgelegt. Die Reform der BLPK tritt auf den 1. Januar 2014 in Kraft.
Nr. 2.01.13	Projekt ERP-System 2. Etappe Die zweite Etappe der ERP-Einführung wird mit den Zielsetzungen der Prozess- und damit der Kostenoptimierungen durchgeführt. Weitere Fragestellungen sind die Analyse und die Ablösung von Umsystemen und die Einführung von Web-basierten Prozessen (wie zum Beispiel das Beleg Scanning, etc.).	Im Projekt ERP 2 wurden im vergangenen Jahr folgende Projekte realisiert: <u>Modul CO (Controlling)</u> • Fachliche Konzeption und Realisierung der Externen Berichterstattung. Es handelt sich um eine Web-basierte Applikation zur Kommentierung des Voranschlags. • Erweiterung der Planungslösung mit der Planung der Leistungserfassung. • Fachliche Konzeption des Workflows für die internen Verrechnungen. <u>Modul FI (Finance)</u> Nach der einjährigen Betriebsphase des ERP-Systems SAP wurden im Finanz- und Rechnungswesen neue Funktionalitäten eingeführt bzw. bestehende optimiert. Im Rahmen der Optimierung gilt es insbesondere die erweiterte Automatisierung bei der Verarbeitung der Zahlungseingänge und die zusätzlichen Prüfmechanismen bei der Verwaltung von Kreditoren- und Debitorenkonten zu erwähnen. Ergänzende Auswertungen im Bereich Materialstammdaten und Fakturierung, die Integration der Umsysteme im Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain sowie die Bewertung der offenen Fremdwährungspositionen für

			den Jahresabschluss sind Beispiele für die Produktivsetzung neuer Funktionalitäten. Das Konzept "Pilot Kreditorenworkflow" wurde im Review vom Dezember 2010 genehmigt. Für den Pilot stellten sich die gesamte FKD sowie die Kantonsbibliothek der BKSD zur Verfügung. Die Einführung des Workflows für den Piloten wurde auf anfangs Juni 2011 geplant. Infolge externer technischer Probleme konnte der Termin nicht gehalten werden. Erschwerend kam hinzu, dass im Juli/August 2011 ein Upgrade in SAP stattfand, was während dieser Phase ein System-Freeze und somit auch Entwicklungsstop zur Folge hatte. Alle weiteren geplanten Einföhrungstermine für den Piloten konnten wiederum auf Grund weiter bestehender technischer Probleme nicht aufrecht erhalten werden. Als letztmöglicher Termin im 2011 wurde der Dezember festgelegt. In einem reduzierten Rahmen des Pilots konnte der Kreditoren-workflow in der Finanzverwaltung, dem Personalamt sowie der Kantonsbibliothek erfolgreich eingeföhrt werden. Diverse zu diesem Zeitpunkt offenen sowie in der produktiven Zeit aufgetretenen Mängel wurden durch den externen Einföhrungspartner erfasst und wurden zum Teil sofort oder spätestens auf den Zeitpunkt der Einföhrung des restlichen Piloten (restliche Dienststellen der FKD) behoben. Der Zeitplan für den restlichen Piloten sowie den Rollout auf die anderen Direktionen wird im 1. Quartal 2012 in Absprache erstellt.
Nr. 2.01.15	Strategische Aufgabenüberprüfung Die Jahresplanung 2012 wird aufgrund der Resultate einer flächen-deckenden Prüfung der Aufgabenportfolios der Dienststellen entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Im Rahmen des Entlastungspakets 12 / 15 wurden die Aufgaben des Kantons überprüft. Die Entlastungswirkung 2012 wurde in der Jahresplanung 2012 eingestellt. Die strategische Überprüfung wird im Rahmen der laufenden Umsetzung der direktionsübergreifenden Massnahmen Ü-1 (Weiterer Aufgabenverzicht) und Ü-4 (Übergreifende Effizienzsteigerung) vorgenommen. Das Umsetzungskonzept liegt vor.

Nr. 2.01.16	Weiterentwicklung des Verwaltungscontrolling Nach der Einführung des neuen ERP-Systems soll das Verwaltungscontrolling weiterentwickelt werden, und zwar mit folgenden Hauptzielsetzungen: - Zur besseren Führungsunterstützung von Regierungsrat und Direktionsleitungen wird ein MIS Regierungsrat (Management Information System) entwickelt. - Erhöhung der Planungsqualität und damit der Planungssicherheit. - Optimale Ausnutzung des ERP-Auswertungstools und der vorhandenen Statistiken. - Stärkere Vereinheitlichung der Führungs- und Controllingphilosophie.		Bei der Weiterentwicklung des Verwaltungscontrollings lagen die Schwerpunkte in folgenden Bereichen: • Die angestrebte Zusammenführung von Voranschlag und Jahresprogramm zur Jahresplanung wurde erfolgreich vollzogen. • Die vom Regierungsrat beschlossene neue Konzeption zur Finanzplanung wurde in der Planung erfolgreich umgesetzt. Die Qualität der aktuellen Finanzplanung konnte markant gesteigert werden. Die erste Phase einer unterjährigen Berichterstattung an den Regierungsrat (MIS) wurde konzeptioniert und vom Regierungsrat beschlossen.
Nr. 2.01.17	Krankenkassenprämienverbilligung Verabschiedung der Reform des EG KVG betreffend Revision der Auszahlung direkt an die Versicherer gemäss Bundesgesetz sowie Regelung der Modalitäten beim Zahlungsverzug. Inkraftsetzung der Gesetzesänderung und der Systemumstellung frühestens per 1. Januar 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: wird zur Zeit geschätzt	Der Landrat hat der Gesetzesrevision am 1. Dezember 2011 mit 79:0 Stimmen zugestimmt. Die Revision wird nach Ablauf der Referendumsfrist im Februar 2012 rückwirkend auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Der Regierungsrat wurde gleichzeitig beauftragt, dem Landrat bis spätestens Mitte August 2012 eine Landratsvorlage zu unterbreiten, die das Führen einer Liste gemäss Artikel 64a Abs. 7 KVG gesetzlich regelt (Liste von Versicherten, die ihrer Prämienpflicht trotz Betreibung nicht nach-kommen). Ziel ist die Inkraftsetzung per 1. Januar 2013.
Nr. 2.01.18	Optimierung der Planungsinstrumente und des Berichtswesens Als Resultat der Umsetzung der LRV Nr. 2010 / 033 und des Strategieberichts des Regierungsrates sollen im Hinblick auf die Legislaturperiode 2012 - 2015 die neuen Planungsinstrumente (Grundsatzpapier "Auf lange Sicht", Regierungsprogramm, Jahresplanung) hinsichtlich der strategischen Zielsetzungen und der Verzahnung von Leistungen und Kosten breiter und fundierter abgestützt werden. Inkraftsetzung per 1. Juli 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Erledigt

Nr. 2.01.19	Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuern Verabschiedung der Reform der Motorfahrzeugsteuern. Die Motorfahrzeugsteuern werden mit ökologischen Kriterien ergänzt. Die Anwendung der Umweltetikette des Bundes wird geprüft. Inkraftsetzung frühestens per 1. Januar 2012.		Die entsprechende Landratsvorlage wird im 1. Quartal 2012 an den Landrat überwiesen. Aufgrund der von November 2010 bis Februar 2011 durchgeführten Vernehmlassung wurde die Vorlage grundlegend überarbeitet. Der Regierungsrat plant, den Entwurf des revidierten Gesetzes über die Verkehrsabgaben im 1. Quartal 2012 an den Landrat zu überweisen mit dem Ziel, das revidierte Gesetz per 1. Januar 2013 in Kraft zu setzen.
Nr. 2.02	Programmpunkt Interkantonale Zusammenarbeit / Partnerschaftsverhandlungen BL / BS Strategische Zielsetzungen Die interkantonale Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll anhand einheitlicher Vorgaben vermehrt standardisiert werden. Die Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben zu diesem Zweck eine Verhandlungsplattform etabliert und mehrere Teilprojekte gestartet.		Amtsbericht 2011
Nr. 2.02.01	Einzelne Massnahme Standardisierung der interkantonalen Zusammenarbeit Zur Verbesserung der Effizienz und der Effektivität der interkantonalen Zusammenarbeit sollen die erarbeiteten Leitlinien - wie die Standards BL / BS, das Handbuch zur Zusammenlegung von Dienststellen und die Vorgaben für den Leistungseinkauf - in allen laufenden und relevanten partnerschaftlichen Einzeldossiers und Verhandlungen angewendet werden.		Die Verbesserung betreffend Effizienz und Effektivität ist eine Daueraufgabe - s. auch Bemerkung zur Nr. 2.02.03.
Nr. 2.02.02	Verhandlungen in Einzeldossiers Schwerpunktmässig wird sich der Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen mit Verhandlungen zu Universitätsbauten befassen.		Erledigt.
Nr. 2.02.03	Bericht zur regionalen Zusammenarbeit Bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode soll ein neuer Bericht zur regionalen Zusammenarbeit erstellt werden. Unter anderem sollen die in der LRV Nr. 2003 / 277 skizzierten Thesen anhand der in der Zwischenzeit erzielten Resultate überprüft und allenfalls aktualisiert werden.		Aufgrund geänderter Prioritäten nicht erreicht. Im Vordergrund steht aktuell die Prüfung der Staatsverträge mit dem Kanton Basel-Stadt im Rahmen der Umsetzung des Entlastungspakets 12 / 15.

Nr. 2.03	Programmpunkt Sozialwesen Strategische Zielsetzungen Die Finanz- und Kirchendirektion hat bis ins Jahr 2012 - gestützt auf den Bericht Egger über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz (SHG) - die gebotenen Anträge in Form einer Landratsvorlage zu erstellen. Für das Jahr 2011 ist gestützt auf die Auswertung aus dem Jahr 2009 eine erneute Umfrage betreffend Sozialdetektive in den Gemeinden vorzunehmen. Es werden die durch Sozialdetektive überprüften Fälle ab dem 1. Januar 2009 evaluiert. Die Schulungen für die Sozialhilfebehörden und die Sozialdienste - spezifische Aus- und Fortbildungsseminare als einzelne Module - bilden auch im Jahr 2011 einen Schwerpunkt im Bereich der Sozialhilfe. Die jährlich erscheinende Sozialhilfestatistik wird in enger Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt ausgearbeitet und einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt. Im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit, kurz IIZ, die aus drei Projektgruppen besteht, werden die jeweiligen Zielsetzungen auch im Jahr 2010 schwergewichtig weiter verfolgt. Für das Jahr 2011 ist die Planung einer Evaluation für den Gesamtbereich IIZ im Jahr 2012 vorgesehen. Die Überprüfung der Plausibilität des Sozialindexes gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz wird im Jahr 2011 erstmals durchgeführt. Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Belastung durch die Sozialhilfe im Verhältnis zum kantonalen Durchschnitt erhalten einen Beitrag als Sonderlastabgeltung Sozialhilfe.	Amtsbericht 2011 Im Jahr 2011 wurde die Landratsvorlage erarbeitet und bei den Gemeinden, Verbänden und Parteien mit der entsprechenden Sozialhilfeverordnungsänderung in Vernehmlassung geschickt. Die Landratsvorlage wird im Frühjahr 2012 bereit sein. Die zweite Umfrage betreffend Sozialdetektive / Leistungsüberprüfer im Kanton Basel-Landschaft wird im Jahr 2012 vorgenommen werden. Die Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen fanden auch im Jahr 2011 im gewohnten Rahmen statt. Die Sozialhilfestatistik wurde auch im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt erstellt. Ab dem Jahr 2012 werden die Statistikzahlen vom Bund direkt bei den Gemeinden eingefordert. Eine weitere Unterstützung durch das KSA wird auch in den Anfangsjahren nötig sein. Im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit (IIZ) wurden die bestehenden Zielsetzungen auch im Jahr 2011 schwergewichtig weiterverfolgt. Dies wird im Rahmen der Arbeitsgruppe Finanzausgleich ein Thema sein.
-----------------	--	---

Nr. 2.03.01	Einzelne Massnahme Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen Die §§ 16 und 19 des Sozialhilfegesetzes regeln die Angebote zur Förderung der beruflichen Eingliederung unterstützungsberechtigter Personen bzw. die Lohnkostenbeiträge an Arbeitgebende, die leistungsreduzierte, unterstützungsberechtigte Personen anstellen. Sie gelten nur bis 2013. Gestützt auf den Bericht Egger über die Wirksamkeitsprüfung der Eingliederungsmassnahmen gemäss Sozialhilfegesetz ist eine Landratsvorlage für eine entsprechende Gesetzesänderung zu erstellen.		Im September 2011 wurde die Landratsvorlage erarbeitet und bei den Gemeinden, Verbänden und Parteien mit der entsprechenden Sozialhilfeverordnungsänderung zur Vernehmlassung (Vernehmlassungsfrist 8. Dezember 2011) geschickt. Die Landratsvorlage wird im Frühjahr 2012 vorliegen.
Nr. 2.03.02	Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) Die Gesamtleitung des Steuerungsausschusses liegt beim Vorsteher des KSA. Projekt "IIZ-klassisch" / Verantwortungsbereich KSA: Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2010 und Fixierung der Prozessabläufe wird die Durchdringung weitergeführt. 2011 geht es insbesondere um die Schnittstellen mit der BKSD im Zusammenhang mit dem Projekt "Berufswegbereitung". Für das Jahr 2011 ist die Planung einer Evaluation für den Gesamtbereich IIZ im Jahr 2012 vorgesehen.		Der Verantwortungsbereich des Projekts "IIZ-klassisch" liegt beim KSA. Durch gemeinsame Veranstaltungen aller Organisationen im Sommer 2011, bei welchen das persönliche Kennenlernen und die Fixierung der Prozess-abläufe im Vordergrund standen, wurde versucht, die Durchdringung der IIZ weiterzuführen. Im Jahr 2011 ging es insbesondere darum, die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Institutionen darzulegen und Verbesserungsvorschläge für die weitere Zusammenarbeit zu machen.
Nr. 2.03.05	Schulungen für Behördenmitglieder Schulungsangebote zur Aus- und Fortbildung werden in Form von drei Modulen zu spezifischen Themen ausgearbeitet. Diese Angebote erfolgen zusammen mit dem Verband für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Inhalt der Module, die aufgrund der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen an die Bedürfnisse der Adressaten angepasst werden, sind: Subsidiaritäten, Rechtliches und Berechnungsbeispiele aus der Praxis.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen fanden im Jahre 2011 wie folgt statt: Die drei Module wurden im Winter 2011 / 2012 an drei Samstagen durchgeführt und waren sehr gut besucht. Auch die beiden Foren und die Sissachertagung, welche in Zusammenarbeit mit dem VSO durchgeführt werden, stiessen auf grosse Resonanz.

Nr. 2.03.06	Kantonale Sozialhilfestatistik Die Sozialhilfestatistik des Kantons Basel-Landschaft - ein gemeinsames Produkt des Kantonalen Sozialamtes und des Statistischen Amtes - erscheint einmal pro Jahr. Sämtliche der Sozialhilfestatistik zugrunde liegenden Daten werden vom Kantonalen Sozialamt in den Gemeinden erhoben (siehe dazu § 43 des Sozialhilfegesetzes). Diese bis anhin geltende Praxis soll geändert und die entsprechenden notwendigen Daten vom Bund und dem Statistischen Amt direkt von den Gemeinden eingefordert werden. Eine entsprechende Arbeitsgruppe ist eingesetzt. Im Bereich der Bevorschussung und der Vollstreckungshilfe für Unterhaltsbeiträge ist ebenfalls eine Arbeitsgruppe eingesetzt zur Umsetzung der vom Bund benötigten statistischen Angaben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Sozialhilfestatistik 2010 wurde wie gewohnt im August 2011 veröffentlicht.
Nr. 2.03.07	Handbuch Sozialhilferecht Basel-Landschaft Das Handbuch Sozialhilferecht gewährleistet eine einheitliche Anwendung des Sozialhilferechts im Kanton Basel-Landschaft und hat zu einer grossen Rechtssicherheit geführt. Auch das Kantonsgericht Basel-Landschaft berücksichtigt in seinen Entscheiden das Handbuch Sozialhilferecht. Das KSA überprüft laufend das Handbuch Sozialhilferecht und aktualisiert und ergänzt es und nimmt Anpassungen vor, die sich durch die politische Meinungsbildung (Gesetze und Verordnungen) ergeben oder einem Bedürfnis der Praxis entsprechen in Zusammenarbeit mit der vom Regierungsrat eingesetzten Konsultativkommission Sozialhilfe (KKSH). Im Jahr 2011 ist insbesondere der Bereich Vertrauensarzt und Arztzeugnisse anzugehen. Allenfalls besteht eine Möglichkeit in der Zusammenarbeit mit der Academy of Swiss Insurance Medicine (ASIM, angegliedert im Universitätsspital Basel).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahre 2011 war eine Anpassung des Handbuches Sozialhilferecht infolge der Gesetzesänderungen im Bereich Krankenversicherung notwendig. Eine vollständige Überarbeitung ist per 1. Januar 2013 - Beginn der neuen Legislatur der Sozialhilfebehörden - geplant. Auch der Bereich Vertrauensarzt und Arztzeugnisse ist dabei eine Pendenz.

Nr. 2.03.11	Rechtssicherheit Rechtsgutachten / Beratung der Gemeinden: Die rechtlichen Stellungnahmen an die Gemeinden im Bereich Sozialhilfe bei den immer komplexer werdenden Einzelfällen stellt eine Kernaufgabe der Aufsicht im Bereich der Sozialhilfe dar und trägt zur einheitlichen Anwendung des Sozialhilferechts und Gewährleistung der Rechtssicherheit entscheidend bei. Jährlich werden über 300 solcher rechtlicher Stellungnahmen erstellt. Ziel ist die Beantwortung der Anfragen innert Wochenfrist. Beschwerdewesen: Die Instruktion des Regierungsrates für Beschwerden im Bereich der Sozialhilfe ist die Kernaufgabe des Rechtsdienstes des Kantonalen Sozialamtes. Jährlich werden rund 60 Beschwerden bearbeitet. Im Internet werden zudem laufend Beispiele aus der Praxis betreffend Abhandlung von Beschwerden in anonymisierter Weise publiziert. Ziel ist die Instruktion zuhanden des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Auch im Jahre 2011 konnte diese Kernaufgabe erfüllt werden. Die stetige Zunahme der Anfragen und insbesondere die steigende Komplexität der zu bearbeitenden Fälle stellt nach wie vor eine Herausforderung dar. Im Jahre 2011 wurden in solchen komplexen Unterstützungsfällen rund 465 rechtliche Stellungnahmen zu Gunsten der Sozialhilfebehörden in den Gemeinden erstellt. Ziel ist es, den Entscheidentwurf zu Händen des Regierungsrates innert drei Monaten seit Aktenschluss fertig zu stellen. Die Anzahl Beschwerden ging im Jahr 2011 - von 55 Beschwerden im Jahr 2010 - auf 42 zurück, was von einer gewissen Rechtssicherheit zeugt, da ja die Zahl der Sozialhilfefälle leicht zugenommen hat.
Nr. 2.03.12	Überwachung der bei der Sozialhilfe verbleibenden Fälle im Bereich der Pflegekinder Gemäss § 31 Absatz 3 Buchstabe b SHG ist der Kanton Basel-Landschaft Kostenträger für die trotz Entkoppelung der Jugendhilfe von der Sozialhilfe bei der Sozialhilfe verbleibenden Einzelfälle von Unterbringungen von Kindern und Jugendlichen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung dieser Fälle in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und anderer Kantone.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahre 2011 gab es 16 aktive Fälle, per 31. Dezember 2011 waren es noch deren 14, welche entsprechend der geltenden Rechtsgrundlagen bearbeitet werden.
Nr. 2.03.14	Heimaufsicht Gemäss Sozialhilfegesetz ist das KSA für die Aufsicht von zwei Obdachlosenheimen (Wohnheim für Frauen und Mütter mit Kindern in Not, Amans-Madeux-Stiftung, Allschwil / nächste Überprüfung im Jahr 2013; Wohnheim "Die Brücke" der Heilsarmee, Liestal / nächste Überprüfung im Jahr 2012) zuständig. Im Jahr 2011 ist keine Überprüfung fällig.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahre 2011 war keine Überprüfung der bestehenden Heime fällig. Zu den beiden bestehenden Heimen ist ein Neues gestossen: Mit Verfügung vom 29. Juli 2011 wurde dem "Verein für pädagogische Lebenshilfe und Orientierung, LeO," Giebenacherstrasse 7, 4133 Pratteln, die Bewilligung zur Führung eines Heimes für Erwachsene erteilt.

Nr. 2.03.16	Kostenvoranschläge Zahnbehandlungen (§ 14 SHV) Die Klienten haben für Unterstützungen an die Aufwendungen für schmerzstillende Zahnbehandlungen und Zahnsanierungen der Sozialhilfebehörde einen Kostenvoranschlag einzureichen. Die Finanz- und Kirchendirektion und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bestimmen gemeinsam die für die Sozialhilfebehörden zuständigen zahnärztlichen Personen aus dem Kreis der im Kanton praktizierenden Zahnärztinnen und Zahnärzte. Die Sozialhilfebehörde reicht den Kostenvoranschlag der zuständigen zahnärztlichen Person zur Plausibilitätsprüfung ein. Diese erstattet der Sozialhilfebehörde unentgeltlich Bericht. Die Sozialhilfebehörde kann von der Gesuch stellenden Person eine Überprüfung des Kosten-voranschlags durch den Vertrauenszahnarzt verlangen. Jährlich werden vom kantonszahnärztlichen Dienst rund 800 Plausibilitätsprüfungen nach § 14 SHV durchgeführt. Rund 50 Prozent der beantragten Kosten werden abgelehnt oder durch kosten-günstigere Behandlungen ersetzt. Ziel ist die Sicherstellung gesetzeskonformer Zahnbehandlungen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.076 Mio. Fr.	Auch diese Aufgabe wurde den gesetzlichen Grundlagen entsprechend wie gewohnt durchgeführt.
Nr. 2.03.17	Wegkauf des Leistungsaufschubes gemäss EG KVG Die Sozialhilfebehörden, die gemäss § 6b EG KVG die Leistungs-aufschübe der Krankenversicherer weggekauft haben, haben ihr Gesuch um Vergütung der Kosten an das Kantonale Sozialamt zu richten, nicht direkt an die Sozialversicherungsanstalt bzw. die Ausgleichskasse. Das Kantonale Sozialamt überprüft die Gesuche und leitet diese an die Ausgleichskasse weiter. Die Ausgleichskasse vergütet daraufhin den Sozialhilfebehörden ihren Anteil nicht bezahlter Prämien am Wegkauf sowie die Verzugszinsen. Ziel ist die Sicherstellung einer gesetzeskonformen Abwicklung. Im Bereich des Wegkaufs des Leistungsaufschubes kann es aufgrund einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) eine Systemänderung geben. Eine Arbeitsgruppe wurde bereits eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahr 2011 wurden 268 Gesuche (Vorjahr: 240) um einen Wegkauf des Leistungsaufschubs an die Ausgleichskasse BL gerichtet. Aus insgesamt 43 Gemeinden sind Gesuche eingegangen. Die Gesamtsumme der Prämienausstände betrug Fr. 1'791'460.00, was pro Gesuch einem Durchschnitt von Fr. 6'685.00 entspricht.
Nr. 2.03.18	Verwandtenunterstützung und Rückerstattung Das Kantonale Sozialamt vollzieht die Bestimmungen über die Rückerstattung von Unterstützungen aufgrund wirtschaftlicher Verhältnisse sowie die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Unter Berücksichtigung der neuen, gesetzlich erhöhten Limiten werden die Bestimmungen über die Verwandtenunterstützung durchgesetzt. Die Anzahl der Verpflichtungen ist entsprechend gering geblieben, im Jahre 2011 konnten 12 Fälle geführt werden. Die Überprüfung, ob allenfalls die Verwandtenunterstützungspflicht zum Tragen kommt, wird jedoch weiterhin bei allen rund 3'000 neuen Sozialhilfefällen überprüft.

Nr. 2.03.19	Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) Organisation und Durchführung der Tagung der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) am 23. und 24. Juni 2011 in Liestal.		Im Jahr 2011 wurde nach 1985 die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) wieder in Liestal durch das KSA organisiert und zu aller Zufriedenheit durchgeführt. Der Anlass wurde durch die Anwesenheit von Herrn Bundesrat Burkhalter sicher aufgewertet.
Nr. 2.03.20	Überprüfung der Plausibilität des Sozialindex im neuen Finanzausgleich aus der Sicht der Sozialhilfe (§§ 10 und 12) Gemäss neuem Finanzausgleichsgesetz erhalten Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Belastung durch die Sozialhilfe im Verhältnis zum kantonalen Durchschnitt einen Beitrag als Sonderlastabgeltung Sozialhilfe. Massgeblicher Indikator und Berechnungsgrundlage für diese Sonderlastabgeltung ist der so genannte Sozialindex einer Gemeinde.		Die Überprüfung der Plausibilität des Sozialindex wird im Rahmen der Überprüfung im Finanzausgleich durch die spezielle Kommission durchgeführt.

Nr. 2.04	Programmpunkt Asylwesen Strategische Zielsetzungen Für das Jahr 2010 prognostizierte der Bund rund 15'000 bis 16'000 neue Asylgesuche. Die Neuzugänge in der ersten Hälfte des Jahres 2010 bestätigen diese Annahme. Nicht zuletzt die Auswirkungen von Schengen / Dublin sind aber besser ausgefallen als erwartet. Die Neuzugänge sind zwar relativ hoch, aber dank der grossen Zahl an Erledigungen steigen die Bestände nicht an. Dieser Trend dürfte auch für das Jahr 2011 anhalten. Im Bezug auf die Zuweisung bedeutet dies: 1. Weiterführung des flächendeckenden, direkten Zuweisungskonzeptes auf die Gemeinden (§ 2 Kantonale Asylverordnung (kAV)). Prioritäre Auslastung der bestehenden kommunalen Kollektivunterkünfte. 2. Weitere Unterstützung der Gemeinden durch den Kanton bei der Realisierung von Partnerschaften. 3. Weiterführung der Entlastungsunterkunft durch den Kanton zur Sicherstellung einer geordneten Erstzuweisung. Einhaltung der rechtlichen Grundlagen für die verschiedenen Kategorien gemäss § 1 kAV: a. Asylsuchende mit Ausweis N, b. Vorläufig Aufgenommene mit Ausweis F, c. Schutzbedürftige ohne Aufenthaltsbewilligung mit Ausweis S, d. Personen mit einer rechtskräftigen Wegweisungsverfügung (Stopp), e. Personen, deren Asylverfahren mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid abgeschlossen worden ist (NEE).	Amtsbericht 2011 Im Jahr 2011 wurden in der Schweiz über 22'500 Asylgesuche eingereicht. Der Bestand an Asylsuchenden in unserem Kanton ist gegenüber dem Vorjahr um rund 6%, von 1554 auf 1646 Personen, gestiegen. Die Neuzuweisungen des Bundes sind auf rund 730 gestiegen (plus 58% im Vergleich zum Vorjahr). Aufgrund der gestiegenen Abgänge, der sehr hohen Anerkennungsquote und dem immer noch gut funktionierenden Dublin-Abkommen ist der Bestand im Asylbereich somit relativ bescheiden angewachsen. Dank der Umsetzung des flächendeckenden Zuweisungskonzeptes auf die Baselbieter Gemeinden sowie der prioritären Auslastungsoptimierung der bestehenden kommunalen Kollektivunterkünfte konnten zu jeder Zeit alle Asylsuchenden im Kanton untergebracht werden. Die Gemeinde Pratteln hat auf Vermittlung des Kantons, auf Grund einer akuten Notlage des Bundes beim Empfangs- und Verfahrenszentrum Bässlergut, äusserst kurzfristig 100 Plätze in der ZSA Lachmatt bis Ostern 2012 zur Verfügung gestellt. Der Kanton und die Gemeinde werden entsprechend von Neuzuweisungen in diesem Zeitraum entlastet. Die Kosten werden vollumfänglich durch den Bund getragen. Das Bundesamt für Migration hat in enger Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle des Kantons vom 10. bis 12. Oktober 2011 eine detaillierte "Risikoorientierte System- und Einzelfallprüfung" im ganzen Asylbereich des Kantons durchgeführt. Das Prüfungsteam kam abschliessend zur Beurteilung, der Kanton Basel-Landschaft sei kein Risiko-Kanton, die Aufgaben im Asylbereich würden sehr gut erfüllt. Optimierungen in Detailbereichen sind gemäss den Gesprächen auf beiden Seiten möglich.
-----------------	---	---

Nr. 2.04.02	Einzelne Massnahme Steuerung der Finanzierung des Asylwesens Controlling in allen Bereichen der Asylfinanzierung. Insbesondere sind die Bundesvergütungen, die Vergütungen an die Gemeinden und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich im Hinblick auf eine Sicherstellung der Kostenneutralität bei Personen aus dem klassischen Asylbereich, mit Ausweis N (§ 1 lit. a kAV) und mit Ausweis F (§ 1 lit. b kAV, weniger als 7 Jahre in der Schweiz), zu überprüfen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das im Jahr 2008 angepasste Abrechnungsprozedere hat sich gut bewährt. Die Qualität der Abrechnung konnte auf gutem Niveau gehalten werden. Die für das 4. Quartal des laufenden Jahres angewendeten à conto-Zahlungen (Anregung der Finanzkontrolle) für den Asylbereich sind eine wesentliche Erleichterung für die Buchhaltung des KSA und der Gemeinden. Die Abweichungen zwischen den Beträgen lagen im Schnitt deutlich unter 5 Prozent. Das Asylwesen als Ganzes ist für den Kanton kostendeckend.
Nr. 2.04.03	Sozialhilfestopp und Nichteintretensentscheide (NEE) Rasche Umsetzung des Ausschlusses von der Sozialhilfe gemäss Bundesgesetz. Durchsetzung der konsequenten Umsetzung der kantonalen Asylverordnung auf Gemeindeebene. Aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre (schwierige Umsetzung der Ausweisungen) ist mit einem stetigen Ansteigen von so genannten Langzeitbezügern zu rechnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.3 Mio. Fr.	Der Bestand an Personen, welche dem Sozialhilfestopp unterliegen, hat gegenüber dem Stand am Ende des Vorjahres um rund 30% auf rund 170 Personen abgenommen. Dank der konsequenten und zeitgerechten Umsetzung der Massnahmen im Bereich der Sozialhilfe sind die Aufwendungen deutlich besser als budgetiert.
Nr. 2.04.07	Vorläufig Aufgenommene Durchsetzung der Anordnung von Integrationsmassnahmen für Personen mit einer vorläufigen Aufnahme. Vergütung von 100 Prozent der Kosten an die Gemeinden. Gemäss den bisherigen Erfahrungen und dank dem Integrationsfonds ist eine ausgeglichene Rechnung zu erwarten. Zielsetzung: Sensibilisierung der Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Zahl der von den Gemeinden angeordneten Integrationsmassnahmen ist auch in diesem Jahr nochmals angestiegen. Die Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr haben sich entsprechend erhöht.

Nr. 2.04.08	Kantonales Durchgangszentrum Arlesheim Die Gemeinde Arlesheim hat dem Kanton Ende 2009 das Angebot gemacht, anstelle einer neuen, kommunalen Asylunterkunft ein kantonales Durchgangszentrum zu errichten. Bauherrin ist die Gemeinde Arlesheim, die Finanzierung erfolgt durch den Bund. Die Gemeinde vermietet die Liegenschaft dem Kanton für mindestens 30 Jahre. Die Finanzierung durch den Kanton erfolgt über die laufende Asylrechnung mit der Globalpauschale des Bundes. Planungsstand: Vorstudie mit Kostenschätzung erstellt (5.9 Mio. Franken); Baustandard Minergie P Eco; eine erste Information der direkten Anwohnerschaft ist bereits erfolgt. Eine weitere Bevölkerungs-information ist auf September 2010 angesetzt. Die Zonenplan-änderung und der Kredit werden gegen Ende des Jahres 2010 der Gemeindeversammlung vorgelegt. Die Finanzierung durch den Bund wurde grundsätzlich zugesagt. Möglicher Baubeginn ist somit 2011. Bezug frühestens in der späten zweiten Hälfte 2012. Ramlinsburg läuft längstens bis März 2014.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Arlesheim / Durchgangszentrum Der Gemeinderat von Arlesheim hat dem Kanton die Möglichkeit zur Einrichtung eines Durchgangszentrums angeboten. In mehreren Sitzungen und diversen Informationsveranstaltungen wurde das Projekt entwickelt und der Bevölkerung vorgestellt. An der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2010 haben dann die anwesenden Stimmberechtigten, in geheimer Abstimmung, die notwendige Umzonung mit einem Unterschied von zwei Stimmen abgelehnt. Therwil Der Gemeinderat von Therwil hat dem Kanton gegen Ende 2010 einen geplanten Neubau einer Kollektivunterkunft zur Nutzung als kantonales Durchgangszentrum angeboten. Nach verschiedenen Gesprächen zwischen der Gemeinde und dem Kanton fand am 10. Mai 2011 eine Informationsveranstaltung für die Einwohner statt. Aufgrund eines kurz zuvor veröffentlichten Mediencommuniqués von Frau BR Sommaruga (EJPD) zum Thema geplante Beschleunigungsmassnahmen im Asylverfahren wurde das Geschäft bis auf weiters sistiert.
Nr. 2.04.09	Unbegleitete minderjährige Asylsuchende Der Vertrag zur Betreuung von unbegleiteten, minderjährigen Asylsuchenden (UMA) zwischen der Gemeinde Allschwil und dem Kanton wird im Jahr 2011 nicht mehr weitergeführt. Die Anspruchshaltung von Allschwil an die Abgeltung für die Erfüllung dieser Aufgabe orientierte sich nicht mehr an den aktuellen Umständen. Durch den starken Rückgang dieser Personenkategorie wurden auch an anderen Orten Kapazitäten frei. Das KSA ist aktuell mit dem Kanton Aargau im Gespräch. Der Kanton Aargau ist stark interessiert, seine bestehenden Einrichtungen auslasten zu können und wäre deshalb nicht abgeneigt, die Zuweisungen des Bundes an den Kanton Basel-Landschaft direkt zu übernehmen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die wenigen vom Bund im Jahr 2011 zugewiesenen unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden konnten wie alle anderen Asylsuchenden auch im üblichen Rahmen den Gemeinden zugeteilt werden. Die entsprechenden Massnahmen sind sicher gestellt.

Nr. 2.05	Programmpunkt Gemeindewesen Strategische Zielsetzungen Das Gemeindegesetz wird teilrevidiert. Die Teilrevision setzt parlamentarische Vorstösse um, schliesst Lücken aus der Anwendungspraxis und bildet Grundlage für das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell (HRM2) für die Gemeinden. HRM2 wird konkretisiert und umgesetzt durch eine neue Verordnung, die Gemeindefinanzierungsverordnung. Zu dieser wird das Statistische Amt Erläuterungen verfassen in Form eines neuen "Handbuches für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden".		Amtsbericht 2011
Nr. 2.05.03	Einzelne Massnahme Teilrevision des Gemeindegesetzes Die Teilrevision wird nötig aufgrund verschiedener parlamentarischer Vorstösse, aufgrund einiger Lücken aus der Anwendungspraxis sowie aufgrund der Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells (HRM2) für die Gemeinden. Die Vorlage kann zu Beginn des Jahres im Landrat behandelt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Ziel erreicht. Der Landrat hat am 22. September 2011 die Teilrevision des Gemeindegesetzes einstimmig beschlossen, und der Regierungsrat hat sie auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt.
Nr. 2.05.04	Totalrevision der Gemeindefinanzverordnung Die bestehende Gemeindefinanzverordnung ist aufgrund der Einführung von HRM2 grundlegend zu revidieren. Neu wird sie Gemeindefinanzverordnung heissen. In Kraft treten soll sie wegen der umfangreichen Anpassungsarbeiten in den Gemeinden erst auf den 1. Januar 2013 hin.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Ziel erreicht. Am 31. Dezember 2011 ist der Entwurf der Gemeindefinanzverordnung in der Anhörung bei den Gemeinden gewesen und die Anregungen sind eingebaut. Er harret der regierungsrätlichen Beschlussfassung zu Beginn 2012. Das Inkrafttreten ist aufgrund der umfangreichen Anpassungsarbeiten der Gemeinden auf den 1. Januar 2014 geplant.
Nr. 2.05.05	Gesetz über die Elementarschadenprävention bei Gebäuden Bei Neu- und Umbauten werden bauliche Schutzmassnahmen gegen Naturgefahren verlangt. Diese werden durch die Naturgefahrenkarten ausgewiesen. Die Vorlage wird 2011 dem Landrat zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Ziel nicht erreicht. Der Gesetzesentwurf ist verwaltungsintern auf Abstimmungsprobleme gestossen, und es ist beabsichtigt, dass die Federführung zur Bau- und Umweltschutzdirektion wechselt.
Nr. 2.05.06	Totalrevision des Feuerschutzgesetzes Das bald 30jährige Gesetz muss grundlegend überarbeitet und an die heutigen Verhältnisse sowie an neue Aufgaben (zum Beispiel Unfallrettung) angepasst werden. Die Vorlage wird 2011 in die Vernehmlassung geschickt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Ziel erreicht. Die Vernehmlassung hat vom 5. Juli 2011 bis zum 25. Oktober 2011 stattgefunden, und die Vorlage ist auf eine gute Resonanz gestossen.

Nr. 2.05.07	Handbuch für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden Das Gemeinderechnungswesen der Baselbieter Einwohner- und Bürgergemeinden wird mit dem Budget 2013 an das Harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 angepasst. Für die Umsetzung in den Gemeinden erstellt das Statistische Amt ein "Handbuch für das Rechnungswesen der Baselbieter Gemeinden".	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Damit die Softwareanbieter und die Gemeinden genügend Zeit haben, die Umstellung vorzubereiten, wurde die Einführung von HRM2 um ein Jahr verschoben. Erstmals muss demnach das Budget 2014 nach HRM2 erstellt werden. Das Finanzhandbuch befindet sich zur Zeit in der Erarbeitung und wird im Laufe des Jahres 2012 den Gemeinden zugestellt.
Nr. 2.07	Programmpunkt Steuerwesen Strategische Zielsetzungen Nach der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform II und der Inkraftsetzung des revidierten Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes sind mit einer Reform der Einkommens- und der Vermögensbesteuerung die verschiedenen Schwachstellen bei der Besteuerung natürlicher Personen anzugehen. Damit soll das seit mehreren Jahren andauernde Steuerentlastungsprogramm zur Attraktivitätssteigerung des Wohn- und Wirtschaftsstandorts Basel-Landschaft vorläufig abgeschlossen werden. Im Zusammenhang mit der Erhöhung des Eigenmietwertes per 1. Januar 2007 wurde festgestellt, dass das Modell für dessen Berechnung zu überprüfen ist. Dieses Vorhaben soll nun gemeinsam mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) an die Hand genommen werden. Nach der Übernahme des Inkassos der Spezialsteuern von den Bezirksschreibereien ist auch die Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuern auf die kantonale Steuerverwaltung übertragen worden. Die notwendigen organisatorischen Massnahmen und Abläufe sind umzusetzen.		Amtsbericht 2011 Die Steuergesetzesrevision zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung des Einkommens- und Vermögenssteuertarifs musste aufgeschoben werden. Erst wenn das Entlastungspaket 12 / 15 verabschiedet ist, kann diese Revision wieder aufgenommen werden. Bei der Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen nimmt das Baselbiet weiterhin einen der hinteren Ränge im interkantonalen Vergleich ein. Die Arbeiten zur Überprüfung des Modells zur Berechnung des Eigenmietwerts wurden zwar aufgenommen, konnten aber in der Berichtsperiode noch nicht abgeschlossen werden. Die notwendigen organisatorischen Massnahmen im Zusammenhang mit der Übernahme der Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer konnten plangemäss umgesetzt werden; die Abläufe sind beschrieben und eingespielt.
Nr. 2.07.16	Einzelne Massnahme Unternehmenssteuerreform II Umsetzung des zweiten Teils der im Jahr 2009 beschlossenen Unternehmenssteuerreform II. Darunter fallen insbesondere die Einführung des Kapitaleinlageprinzips und der neuen Steueraufschubtatbestände bei Personengesellschaften, die Erleichterung bei der Ersatzbeschaffung, die Reduktion der Quoten beim Beteiligungsabzug sowie die privilegierte Besteuerung bei der Liquidation von Personen-gesellschaften. Inkraftsetzung per 1. Januar 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.0 Mio. Fr. Minderertrag	Die erforderlichen Massnahmen (Anpassung der NEST-Software, Schulung der Mitarbeitenden der kantonalen Steuerverwaltung) wurden getroffen, so dass der zweite Teil der Unternehmenssteuerreform II in der Veranlagungspraxis rechtzeitig umgesetzt werden konnte.

Nr. 2.07.17	Revision der Vermögens- und der Einkommenssteuer Verabschiedung der Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und der Einkommensbesteuerung unter Einbezug der kantonalen Vermögenssteuerwerte für Liegenschaften und Wertpapiere sowie unter Berücksichtigung notwendiger Anpassungen bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen. Verabschiedung der Landratsvorlage im 1. Semester 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (ertragswirksam frühestens 2012)	Die Reform zur wettbewerbsfähigen Ausgestaltung der Vermögens- und Einkommenssteuer wurde aufgrund des Entlastungspakets 12 / 15 aufgeschoben. Erst wenn dieses verabschiedet ist, wird es möglich sein, das weitere Vorgehen für dieses Revisionsvorhaben festzulegen.
Nr. 2.07.19	Berechnung des Eigenmietwertes In Zusammenarbeit mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) Evaluation anderer Varianten zur Berechnung des Eigenmietwertes. Verfassen eines Berichts und Entscheid über das weitere Vorgehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Arbeiten an diesem Projekt wurden aufgenommen, konnten aber noch nicht abgeschlossen werden. Der Aufwand ist umfangreicher als ursprünglich angenommen und die Materie sehr komplex. Entsprechend benötigt die Erarbeitung des Berichts mit den vorhandenen Ressourcen und unter Berücksichtigung anderer Projekte mit höherer Priorität mehr Zeit. Auch wurde bisher auf externe Unterstützung verzichtet. Die Arbeiten werden im Jahr 2012 weitergeführt.
Nr. 2.07.22	Veranlagung und Inkasso Spezialsteuern Abschluss der Bereinigung der Aufgabenteilung zwischen der kantonalen Steuerverwaltung und den Bezirksschreibereien durch Übernahme der Veranlagung der Grundstückgewinn- und der Handänderungssteuer. Bereinigung der Schnittstellen und der Arbeitsabläufe im 1. Quartal 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Transfer von 200 Stellenprozenten von der SID zur FKD (50 Stellenprozente zu einem späteren Zeitpunkt)	Die Schnittstellen mit den Bezirksschreibereien sind bereinigt und die Arbeitsabläufe bei der kantonalen Steuerverwaltung eingespielt. Die in diesem Zusammenhang vorgesehenen 200 Stellenprozente wurden bei der Steuerverwaltung neu besetzt; es wird versucht, mit der Besetzung der noch verbleibenden 50 Stellenprozente möglichst lange zuzuwarten.

Nr. 2.08	Programmpunkt Statistik Strategische Zielsetzungen Das Kantonale Personenregister arbo (ehemals KANADA) ist ein strategisches Projekt zwischen den Gemeinden und der kantonalen Verwaltung. Übergeordnete Ziele sind die verwaltungsweite Koordination des Bereiches Personendaten (Gemeinden, kantonale Verwaltung, öffentlich-rechtliche Anstalten, Bund) und die Verbesserung des Service public für die Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen des periodischen Bildungsberichts der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt die statistischen Portraits. Die kantonale Sozialhilfestatistik wird revidiert und auf das schweizerische Konzept des Bundesamtes für Statistik umgestellt. Im Rahmen der Modernisierung der schweizerischen Statistiken im nicht-hochschulischen Bildungsbereich wird im Jahr 2011 die neue Statistik der Bildungsabschlüsse eingeführt. Revision der kantonalen Energiestatistik in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie sowie dem Lufthygieneamt. Die revidierte Energiestatistik wird erstmals im 2011 für die Daten des Jahres 2010 erstellt.	Amtsbericht 2011 Die Anbindung aller 86 Gemeinden an das Kantonale Personenregister arbo gestaltete sich als äusserst komplex. Die Zertifizierung und Pilotierung der verschiedenen kommunalen Einwohnerkontrollsoftware-Lösungen wird im ersten Halbjahr 2012 zum Abschluss kommen. Auf dieser Basis können ab dem zweiten Halbjahr 2012 erste Verwaltungsnutzungen realisiert werden. Die bildungsstatistischen Porträts wurden erstellt und sind im Bildungsbericht 2011 integriert. Die Umstellung der Sozialhilfestatistik auf das Bundeskonzept sowie die Einführung der Statistik der Bildungsabschlüsse sind erfolgt. Das Konzept der Energiestatistik wurde in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt revidiert.	
Nr. 2.08.06	Einzelne Massnahme Kantonales Personenregister arbo (ehemals KANADA) Nachdem ab dem 31. Dezember 2010, dem Stichtag der Eidg. Volkszählung 2010, das Kantonale Personenregister arbo (ehemals KANADA) für die Statistikfunktionalitäten in Betrieb genommen wird, folgt ab Beginn 2011 die Bereitstellung und Inbetriebsetzung des Kantonalen Personenregisters für die Verwaltungsfunktionalität, d.h. für den Anschluss der Nutzersysteme (Gemeinden und erste Dienststellen wie Steuerverwaltung, Grundbuch, Motorfahrzeugkontrolle, Polizei).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.76 Mio. Fr.	Bedingung für die Bereitstellung der Verwaltungsfunktionalität des Kantonalen Personenregisters arbo ist die Anbindung aller 86 Gemeinden. Die Gemeindeanbindungen gestalteten sich als äusserst anspruchsvoll. Sehr zeitaufwändig waren insbesondere die der Anbindung vorausgehende Zertifizierung und Pilotierung der verschiedenen kommunalen Einwohnerkontrollsoftware-Lösungen. Das heisst, mit jeder Gemeinde-Software muss das komplexe und ausdifferenzierte Meldewesen zwischen Gemeinde und Kanton einwandfrei funktionieren, damit die Einwohnerregister der Gemeinden mit dem Kantonalen Personenregister synchronisiert werden können. Die Pilotierung wird im ersten Halbjahr 2012 zum Abschluss kommen, damit Mitte 2012 sämtliche Gemeinden an arbo angeschlossen sind. Dies ist die Grundlage, um die Verwaltungsnutzung von arbo im zweiten Halbjahr 2012 voranzutreiben.

Nr. 2.08.13	Statistische Porträts Schularten Im Rahmen des Bildungsberichts 2011 der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellt das Statistische Amt die statistischen Portraits zu den verschiedenen Schularten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Diese wurden erstellt und sind im Bildungsbericht 2011 integriert.
Nr. 2.08.15	Umstellung der Sozialhilfestatistik Die kantonale Sozialhilfestatistik wird revidiert und auf das schweizerische Konzept des Bundesamtes für Statistik umgestellt. Dieses Konzept umfasst unter anderem auch die Erhebung von Finanzdaten zur Sozialhilfe. Die Umstellung auf das Bundeskonzept bedingt eine Datenerhebung direkt bei den Sozialdiensten der Gemeinden. Die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kantonalen Sozialamt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.030 Mio. Fr.	Die Umstellung der Sozialhilfestatistik auf das Bundeskonzept ist erfolgt.
Nr. 2.08.16	Neue Statistik der Bildungsabschlüsse Drei wichtige Statistiken des nicht-hochschulischen Bildungsbereichs werden 2010 und 2011 auf gesamtschweizerischer Ebene modernisiert. Es sind dies die Statistik der Lernenden, die Statistik des Schulpersonals sowie die Statistik der Bildungsabschlüsse. Die Umsetzung der neuen Statistik der Bildungsabschlüsse erfolgt im Jahr 2011. Hauptziel ist, die Daten der Bildungsabschlüsse analog zur Statistik der Lernenden als Individualdaten zu erfassen und die AHV N13 als Personenidentifikator einzuführen. Damit können zukünftig die beiden Statistiken miteinander verknüpft werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Statistik der Bildungsabschlüsse wurde eingeführt. Erste Ergebnisse zum Erhebungsjahr 2011 werden im Laufe des Jahres 2012 vorliegen.
Nr. 2.08.17	Revision der Energiestatistik Die kantonale Energiestatistik wird zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Amt für Umweltschutz und Energie sowie dem Lufthygieneamt revidiert. Ziel ist es, die Energiestatistik an die heutigen Bedürfnisse anzupassen und die Methodik weiterzuentwickeln. Die revidierte Energiestatistik wird erstmals im 2011 für die Daten des Jahres 2010 erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Konzept wurde in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stellen im Kanton Basel-Stadt revidiert, welcher zukünftig die Erhebung der Energiestatistik nach der gleichen Methode durchführen wird.

Nr. 2.09	Programmpunkt Personalwesen Strategische Zielsetzungen Die Weiterführung des Aufbaus und des Betriebs eines effizienten und effektiven Personalmanagements in der gesamten kantonalen Verwaltung soll durch eine konsistente Weiterentwicklung der Strategie in Bezug auf die Anwendung von modernen Personalführungs- und Personalcontrollinginstrumenten sowie durch die praktische Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben zur Personalpolitik sichergestellt werden. Weiterführung der laufenden Umsetzung von strategischen Personalmanagement-Projekten (Personalentwicklung, Personalmarketing, Personalcontrolling, Anpassung Lohnsystem, etc.).	Amtsbericht 2011
Nr. 2.09.01	Einzelne Massnahme Weiterentwicklung und Pflege ERP-System Personalwesen Nach der Inbetriebnahme des ERP-Systems für die Funktionen Organisationsmanagement, Personaladministration, Bewerberverwaltung und Payroll stehen weitere Optimierungen der bestehenden Funktionalitäten an. Unter anderem soll das Reporting verbessert werden, es soll für gewisse Prozesse ein Workflow eingeführt werden und die Organisationsstruktur soll verbessert werden. Für die Schulungsadministration soll die SAP-Komponente Learning Solution eingeführt werden.	Die entsprechenden Aufgaben wurden angegangen, haben sich aber aufgrund einer unfallbedingten Abwesenheit einer Mitarbeitenden verzögert. Ende 2011 konnte der Kreditorenworkflow als erster Workflow operativ eingesetzt werden. Zurzeit laufen die Umsetzungsarbeiten für den Spesenworkflow. Daneben wurden die Funktionalitäten des SAP-Systems laufend optimiert. Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der SAP-Komponente Learning Solution für die Schulungsadministration waren bis Jahresende weit fortgeschritten. Die Inbetriebnahme des neuen Zugangs für die Mitarbeitenden erfolgt gemäss Projektplan Ende Januar 2012 zusammen mit der Präsentation des neuen Seminarprogramms.

Nr. 2.09.02	Honorierungssystem Erneuerung aller Bildungsfunktionen aufgrund der neuen Ausbildungs-gänge und Schulstrukturen sowie Revision der veränderten Funktionen im Gesundheitsbereich (Neudefinition der Modell-umschreibungen, Bewertung). Stärkung der Anwendung der Leistungslohnelemente (Stufenanstieg, Stufenstop, Leistungsprämie). Pflege und Überarbeitung der lohnrechtlichen Bestimmungen. Fortsetzung der Schulungen für die dezentralen Personaldienste zur Förderung der einheitlichen und wirksamen Anwendung des Honorierungssystems.		Mit der LRV 2011 / 219 wurden dem Landrat die revidierten lohnrechtlichen Bestimmungen unterbreitet. Die Vorlage wurde positiv aufgenommen und einstimmig verabschiedet. Die Änderungen ermöglichen eine rechtssichere Anwendung und darüber hinaus können die Leistungslohnelemente besser genutzt werden. Die Projekte zur Erneuerung der Modellumschreibungen im Bildungs- und im Gesundheitsbereich verlaufen planmässig. Die Inkraftsetzung aller mit den Bildungsfunktionen verbundenen rechtlichen Bestimmungen erfolgt zusammen mit der Einführung von HarmoS. Die Inkraftsetzung der Revisionen im Gesundheitsbereich wird mit den Verselbständigungsschritten der Spitäler abgestimmt. Die Dokumentationen zum Honorierungssystem wurden erweitert und aktualisiert. Neben ordentlichen Schulungen wurden spezielle Seminare bei den Direktionen und Dienststellen durchgeführt.
Nr. 2.09.03	Personalcontrolling Mit der Einführung und der Weiterentwicklung des ERP-Systems erfolgt der koordinierte Ausbau des Personalcontrollingkonzeptes. Das Human Resources (HR)-Reporting wird kundenorientiert erweitert, insbesondere für die für Leitung, Dienststellenleitende und Personal-verantwortliche geschaffene neue Portalanwendung Info-Cockpit. Ein weiteres Ziel ist der Aufbau eines Qualitätscontrollings hinsichtlich Umsetzung und Entwicklung personalstrategischer Massnahmen.		Das Personalamt hat per 1. Januar 2012 eine Balanced Scorecard als Führungs- und Steuerungsinstrument eingeführt. Mit der BSC werden für zentrale Indikatoren Zielwerte definiert und bei Nichterreichen der Zielwerte entsprechende Massnahmen festgelegt.

Nr. 2.09.04	Personalentwicklung 1. Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes gemäss Phasenplan: • Planung und Organisation von neuen Führungsausbildungen; • Etablierung des Instrumentes der Potenzialanalyse; 2. Umsetzung des Berufsbildungskonzeptes gemäss Zeitplan. Entwicklungsziele 2011 auf der Basis der Bildungsbedarfsanalyse: Führungskräfte • treiben mit Innovationen die richtigen und nachhaltigen Dienstleistungen voran, • gestalten durch Veränderung und Optimierung eine effiziente Dienstleistung, • handeln marktorientiert, wirtschaftlich und organisationsübergreifend, • äussern den Mitarbeitenden gegenüber ihre Wertschätzung, kultivieren einen positiven Umgang mit Fehlern und betreiben eine offene Feedbackkultur, • übernehmen Verantwortung für ihr Handeln, ihre berufliche Entwicklung und ihre Gesundheit; Mitarbeitende • stellen an ihre eigene Leistung hohe Ansprüche und entwickeln ihre Professionalität und Fachkompetenz stets weiter, • tragen Veränderungen überzeugt mit, indem sie sich engagiert an internen Prozessen und der Ausarbeitung neuer Projekte beteiligen, • kennen die Rahmenbedingungen der Arbeit und entwickeln Lösungsstrategien, um systematisch und wirkungsvoll Ziele zu erreichen, • handeln im Umgang mit persönlichen Ressourcen vorausschauend und besonnen und optimieren ihre Bewältigungsstrategien, um gesund zu leben.	1. Zugunsten des Projekts „Neukonzeption des MAG“, welches nach Verabschiedung des Jahresprogramms beschlossen wurde, musste das Projekt „Führung und weitere Laufbahnen“ gestoppt werden, so dass die Umsetzungsmassnahmen dieses Punktes erst zu einem späteren Zeitpunkt realisiert werden können. Die Weiterentwicklung des Konzepts „Führung und weitere Laufbahnen“ beginnt wieder ab Herbst 2012. Als Basis der Führungsausbildungen wurden allerdings das Führungs- und Kompetenzmodell vom Regierungsrat (RRB Nr. 1786 vom 13. Dezember 2011) verabschiedet. Ausserdem konnte ein geeignetes Potenzialanalyse-Instrument evaluiert werden. 2. Aufgrund des Entlastungspakets wurde das Berufsbildungskonzept erst Ende 2011 vom Regierungsrat verabschiedet (RRB Nr. 1632 vom 22. November 2011). Die Umsetzung wird erst in 2012 starten. Gemäss Projektplan benötigt die Umsetzung 15 Monate. Entwicklungsziele 2011: Das Seminarprogramm 2011 enthielt entsprechende Seminarangebote. Das Jahresmotto „Innovativ? – wir sind's!“ untermauerte die Innovationsziele. Für das obere Kader wurde ein entsprechendes Seminarangebot auf der Strategieebene angeboten und für Führungskräfte und Mitarbeitende gab es ein Angebot für die Umsetzungsebene. Aufgrund der fehlenden technischen Möglichkeiten können die Auswirkungen der Praxis aber noch nicht erhoben werden.
--------------------	---	--

Nr. 2.09.05	Personalmarketing und -betreuung Einführung eines Personalmarketingkonzeptes für die Kantonale Verwaltung. Schaffen einer Intranetplattform "Personal" mit Arbeitstools für die Personalarbeit (für Führungskräfte und Personaldienste) sowie Informationen für die Mitarbeitenden. Durchführung eines Pilotprojektes für ein Case-Management in der Kantonalen Verwaltung.		Einige Tätigkeiten im Bereich Personalmarketing wurden aufgrund personeller Änderungen sowie zugunsten des neuen, dringenden Projekts „Neues Organisationsmodell Personalwesen“ zurückgestellt. Ein Teil des Personalmarketings betreffend Nachwuchssicherung durch junge Mitarbeitende wird durch das verabschiedete Berufsbildungskonzept (s. Nr. 2.09.04) abgedeckt. Ein Pilotprojekt für Case-Management wurde Anfang Mai 2011 mit der BUD und SID initiiert. Es läuft bis Ende April 2012.
Nr. 2.09.07	Organisationsentwicklung Die Organisationsstrukturen und -prozesse in der Verwaltung werden analysiert und optimiert sowie im SAP abgebildet. Es wird kantonsweit eine Prozesslandschaft entwickelt und mit ProcessPoint umgesetzt. Der Fachbereich wird als Beratungsstelle für Organisations- und Prozessgestaltung für weitere Stellen in der Verwaltung etabliert. Ein Organisationsprojekt für die Vereinheitlichung der Stellenbeschreibungen in der Verwaltung wird durchgeführt.		Die Organisationsstrukturen der Verwaltung sind in SAP erfasst und bilden die Grundlage für neue Arbeitsabläufe via das SAP-Infocockpit, wie z.B. die Überwachung der Arbeitszeitsaldi (Jahresarbeitszeit) oder die Genehmigung von Seminaranmeldungen durch die Vorgesetzten. Die weiteren Aufgaben mussten aufgrund einer unfallbedingten Abwesenheit einer Mitarbeitenden verschoben werden.

Nr. 2.09.09	Personalbegleitung / Personalerhaltung Neukonzeption des Austrittsfragebogens und des dazugehörigen Ablauf- und Feedbackprozesses. Konzeptionelle Gestaltung des HR-Bereichs Personalbegleitung / Personalerhaltung mit der Definition der dazugehörigen bestehenden oder zu erarbeitenden HR-Themeninhalte.	Das Austrittsmonitoring wurde in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen neu gestaltet. In Zukunft soll der neue Fragenbogen von einem externen Partner an austretende Mitarbeitende versandt und die Auswertungen anonym für die Direktionen aufbereitet werden. Die Einführung des neuen Prozesses ist für 2012 vorgesehen. Als eine der Massnahmen aus der Mitarbeitenden-zufriedenheitsumfrage von 2008 hat das Personalamt in enger Zusammenarbeit mit den Direktionen ein neues MAG-Konzept ausgearbeitet und umgesetzt. Sämtliche Vorgesetzte wurden in der Anwendung geschult und alle Mitarbeitenden konnten sich bei Informationsveranstaltungen darüber orientieren lassen. Vom Herbst 2011 bis Januar 2012 findet das MAG 2011 als Pilotversuch mit dem neuen Instrument statt. Die Evaluation des neuen Instruments sowie Anpassungen für spezielle Mitarbeitergruppen sind im Jahr 2012 vorgesehen. Ein neues Jahresarbeitszeitmodell wurde 2011 ausgearbeitet und per 1. Januar 2012 eingeführt. Neu erfolgt die Kappung hoher Gleitzeitsaldi nicht mehr monatlich, sondern einmal jährlich (am Ende des Jahres). Dafür ist eine nachträgliche Umwandlung von Gleitzeitguthaben in Überzeit nicht mehr möglich. Während des Jahres können nun die Zeitsaldi stärker variieren als bis anhin. Über eine Ampelsteuerung wird die konsequente Bewirtschaftung der Arbeitszeit – auf Basis des Bedarfs des Arbeitgebers und der Bedürfnisse des Arbeitnehmenden – sichergestellt. Die Regierung hat die Einführung der Telearbeit per 1. Januar 2012 (RRB Nr. 1334 vom 20. September 2011) beschlossen. Die Telearbeit ermöglicht es den Mitarbeitenden unter gewissen Bedingungen regelmässig ein Teil der Arbeit von zu Hause aus zu erledigen.
--------------------	--	---

Nr. 2.10	Programmpunkt Informatik Strategische Zielsetzungen Schwerpunkte bilden die Fortführung der im letzten Jahr gestarteten Arbeiten ERP-Etappe 2 und Umsetzung der IT-Strategie.	Amtsbericht 2011
Nr. 2.10.01	Einzelne Massnahme ERP-Projekt, Etappe 2 für die Bereiche Finanz- und Personalwesen und Logistik ERP - "Enterprise Resource Planning" - umfasst alle IT-Systeme für unternehmensweite Planung, Controlling, Dokumentation und Abwicklung der betriebswirtschaftlichen Prozesse. Im Rahmen der ersten Etappe hat der Kanton ERP für die Bereiche Finanz- und Rechnungswesen, Personal und Materialwirtschaft / Logistik eingeführt. Das Projekt ist termin- und kostengerecht abgewickelt worden, und die Verwaltung des Kantons arbeitet seit dem 8. Januar 2010 mit dem System. Die nun in Angriff genommene Etappe 2 hat der Landrat am 24. Juni 2010 bewilligt und beinhaltet unter anderem: – weitere organisatorische Optimierungen durch Zusammenfassung von Tätigkeiten in die Dienstleistungszentren und in der Abwicklung der Support- und Betriebsprozesse; – die Verbesserung in den Verarbeitungsprozessen (beispielsweise durch das Scanning von Dokumenten und die Prozessverarbeitung mittels Workflow); – die Umsetzung der Konzepte zur verbesserten finanziellen Steuerung des Kantons Basel-Landschaft im Bereich der externen Rechnungslegung zuhanden des Landrates sowie im Bereich der Planung und der Erwartungsrechnung; – Realisierung zwischenzeitlich notwendiger Funktionen sowie die Weiterentwicklung der ERP-Lösungen, die nicht mit dem Projekt ERP 1 realisiert werden konnten und nicht im Projektumfang gewesen sind; – die weitere Ablösung oder Anbindung von vorhandenen Umsystemen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 7.0 Mio. Budget 2010: Fr. 2.950 Mio. Budget 2011: Fr. 2.600 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.6 Mio. Fr. Aufgrund des Berichtes «Analyse Organisationsentwicklung» sind diverse Massnahmen vorgeschlagen worden, zu denen die Regierung an der Sitzung vom 21. Juni 2011 Beschlüsse zu den Themen Personal, Finanzen, Controlling und Kultur zur Umsetzung gefasst hat. Des weiteren sind folgende Applikationen realisiert worden: Workflow Kreditoren, Logistik Polizei, externe Berichterstattung und das Veranstaltungsmanagement. Konzeptionell konnten folgende Themen behandelt werden: Workflow Spesen, sporadische Entschädigungen und Voranalyse neue Zeitwirtschaft.

Nr. 2.10.02	IT-Strategie Im Sommer 2009 wurde das Projektprogramm STRATUM (IT-Strategie-Umsetzung) gestartet. Mit dem BLITSMan-Framework (BL IT-Service-Management) konnte bereits ein wesentliches Resultat abgenommen und per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt werden. Dieses setzt die nötigen Vorgaben und Prioritäten, um ein umfassendes IT-Prozess-Modell verwaltungsweit mit den STRATUM-Projekten einzuführen. Es basiert auf dem internationalen Standard ITIL. Bis 2012 wird in sechs parallelen Projekten die IT-Strategie umgesetzt sein: – ITSBLUK: Erarbeitung BLITSMan-Framework und Umsetzungscoordination STRATUM (Stabsprojekt); – KOS: Aufbau eines verwaltungsweiten, kundenorientierten Service-Kataloges und dazu nötiger Service Level Agreements (SLA); – SD: Evaluation und direktionsübergreifende Einführung eines gemeinsamen Service-Desk-Werkzeuges; – ASÜber: Applikations- und Serverüberführung in die Zentralen Informatik-Dienste ZID; – VISUM: Umsetzung der Verordnung IT-Sicherheit und Definition der Verbesserungspakete (2010 abgeschlossen); – Prozesstool: Beschaffung und Einführung eines Web-basierten Prozess-Design-Tools (2010 abgeschlossen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.9 Mio. Fr.	Aus verschiedenen Gründen (Sparmassnahmen, politischer Druck, Tendenzen in anderen Kantonen, schleppende Entwicklung von STRATUM (IT-Strategie Umsetzung) und auf Empfehlungen mehrerer externer Firmen hat die Regierung am 27. September 2011 eine neue IT-Governance beschlossen (vgl. Landratsvorlage Nr. 2011 / 312). Die Informatik ist damit gemäss der Variante «Gemeinsames Service-Management-System (GSMS)» vermehrt zentralisiert zu führen. Die Zentralen Informatikdienste (ZID) übernehmen die Rolle des zentralen Service-Providers für alle IT-Basisinfrastrukturbereiche und den Betrieb aller Querschnittsapplikationen. Der Support wird zusammengefasst in ein Service-Desk unter einer personellen sowie finanziellen Führung. Die Direktionen verlieren zwar einen Teil ihrer heutigen Autonomie. Das Einkaufs- und Leistungscontrolling (Business-Relationship-Management) sowie das IT-Fach- und das IT-Projekt-Know-how bleiben aber dezentral in den Direktionen. Dadurch wird die von der IT-Strategie geforderte Kundennähe in fachlicher Hinsicht auf Stufe Direktionsapplikationen erreicht. Das neue Programm STRATUM2 hat das Ziel, wesentliche Teilbereiche der neuen IT-Strategie für den Kanton Basel-Landschaft einzuführen und dabei der geänderten IT-Governance anzupassen.
Nr. 2.10.05	Einmietung zweites Rechenzentrum ZID Ein zweites Rechenzentrum ist für die kantonale Verwaltung unerlässlich; zum einen werden für die IT-Strategie (vgl. Nr. 2.10.02) benötigte Kapazitäten geschaffen, zum anderen dient der zweite Standort als Sicherheit im Falle von Informatik-Vorfällen und Katastrophen. Der Betrieb an einem einzigen Standort ist aus naheliegenden Gründen sicherheitstechnisch hoch riskant. Im Jahr 2010 wird dem Landrat eine Vorlage zur Einmietung eines zweiten Rechenzentrums vorgelegt. Dieses Rechenzentrum ist, die Verabschiedung durch den Landrat vorausgesetzt, im ersten Semester 2011 bezugsbereit und wird dann bis Ende Jahr in Betrieb genommen. Die Kostenfolgen teilen sich in Miete, benötigte Informatikinfrastruktur und für den Betrieb notwendiges Personal auf. Die Kosten sind detailliert in der Landratsvorlage enthalten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.8 Mio. Fr. nur Teil FKD	Die Landratsvorlage konnte im 2. Halbjahr fertig gestellt werden. Die Landratsvorlage Nr. 2011 / 268 «Zweites Rechenzentrum für die kantonale Verwaltung» vom 20. September 2011 ist am 12. Januar 2012 vom Landrat beschlossen worden.

Nr. 2.11	Programmpunkt Luftverkehr (EuroAirport) Strategische Zielsetzungen Der Kanton engagiert sich für den Erhalt des gut funktionierenden und konkurrenzfähigen Flughafens. Er soll weiterhin die Bedürfnisse des Wirtschaftsstandortes und der Bevölkerung befriedigen können sowie eine wichtige Arbeitsstätte sein. Gleichzeitig soll der Verkehr in Zusammenarbeit mit den regionalen Partnern möglichst umweltverträglich abgewickelt werden und die Wohnqualität in den flughafennahen Gemeinden so wenig wie möglich beeinträchtigen.	Amtsbericht 2011
Nr. 2.11.05	Einzelne Massnahme Sicherheit und Umweltverträglichkeit Die Regierung setzt sich dafür ein, dass konsensfähige Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Umweltverträglichkeit realisiert werden. Die Prüfung möglicher Massnahmen wird zusammen mit dem Flughafen, Behörden im In- und Ausland sowie unter Konsultation der Fluglärmkommission weitergeführt. Weiterhin besonders beobachtet wird die Benutzung des Südlandeverfahrens ILS 33. Die Regierung besteht auf einer strikten Einhaltung der Benutzungsvereinbarung und unterstützt Massnahmen zur Verbesserung der Transparenz.	Der Regierungsrat unterstützte die neuen Lärmschutzmassnahmen des EuroAirport und setzte sich zugleich für die Beibehaltung der bisherigen Betriebszeiten ein. Der Landrat fordert aber weiterhin eine Reduktion der Betriebszeiten auf 23 bis 6 Uhr. Sehr erfreulich ist die geringe Benutzung des ILS 33 im 2011. Positiv ist zudem die Verabschiedung des Lärmpräventionsplanes, mit dem viele Lärmschutzmassnahmen geprüft resp. umgesetzt werden.
Nr. 2.11.06	Mobilität und Wohlstand Der Flughafen soll weiterhin die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft befriedigen können. Überdies setzt sich die Regierung dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für die auf dem EuroAirport tätigen Unternehmen verbessert werden.	Das Angebot des EuroAirport ist so gut wie noch nie. Mit über 5 Mio. Passagieren verzeichnete er ein Rekordergebnis. Leider konnten die beiden Staaten noch immer keine Lösung in der Frage des Arbeits- und Steuerrechts für den Schweizer Sektor finden.

Nr. 2.12	Programmpunkt Gleichstellung von Frauen und Männern Strategische Zielsetzungen Die Ansätze einer systematischen Berücksichtigung von unterschiedlichen Lebenslagen für Strategie und Planung werden laufend realisiert.		Amtsbericht 2011 Das Gleichstellungs-Jubiläumsjahr konnte zur Standortbestimmung für ein breiteres Publikum und Fachpersonen genutzt werden. Generationenfragen und unterschiedliche Lebenslagen thematisierten die Ausstellung und Publikation ‚Zweierlei?‘ in Zusammenarbeit mit der Schule für Gestaltung in Liestal und Basel. Mehr auf www.gleichstellung.bl.ch → Aktuell. Die Schweizerische Gleichstellungskonferenz befasste sich in BL mit Zukunftsherausforderungen. Und der Chancengleichheitspreis beider Basel konnte für ein ausgereiftes Massnahmenpaket zur betrieblichen Gleichstellung bei Bank Coop vergeben werden www.chancengleichheitspreis.ch.
Nr. 2.12.12	Einzelne Massnahme Gender und Gleichstellung in "Strategie und Planung BL 2012 - 2022" Die Zielsetzungen und die Massnahmen des Regierungsprogramms 2008 - 2011 zur Einführung eines Gleichstellungs-Controllings, der Entwicklung der Fachstelle für Gleichstellung als Kompetenzzentrum und zum Aufbau eines Gender Monitorings werden in einem neuen Verständnis von gleichstellungsorientierter Regionalentwicklung zusammengeführt und schrittweise realisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: laufendes Budget	Das Regierungsprogramm 2012 - 2015 verankert die Gender- und Gleichstellungsperspektive als Querschnittsaufgabe im staatlichen Handeln auf Regierungs- und Subzelebene und formuliert direktionsspezifische Massnahmen in den Schwerpunkten zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Innovations- und der Personalstrategien.
Nr. 2.12.13	Standortbestimmung Gender Tag BL 2006 - 2010 Die externe Evaluation wird präsentiert und die Weiterentwicklung zum Aufbau von Gender Kompetenz im Bildungsbereich bestimmt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: laufendes Budget	Die externe Evaluation des kantonalen ‚Gendertag - Zukunftstag für Mädchen und Jungs‘ kommt zu erfreulichen Resultaten: An dem stufenübergreifenden Impulstag im November setzen sich die Schülerinnen und Schüler inzwischen in fast allen Sekundarschulen aktiv mit den Themen Berufswahl, geschlechtsabhängiger Arbeitsteilung und Lebensentwürfen auseinander. Das Wichtigste in Kürze auf www.gleichstellung.bl.ch → Projekte.

Teil 3 Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD)

Volkswirtschaft

Die Naturgefahrenkarten für die Gemeinden konnten plangemäss fertig gestellt werden, so dass nun allen Gemeinden eine Naturgefahrenkarte für das Baugebiet und eine angrenzende Pufferzone vorliegt.

Die von der Handelskammer beider Basel in Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft aktualisierte Life Sciences Strategie für den regionalen Wirtschaftsraum wurde von den beiden Regierungen verabschiedet. Das Strategiepapier führt die seit 2007 gültige gemeinsame Life Sciences Strategie weiter. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen dabei insbesondere in der Schaffung einer starken klinischen Forschung und der Vermittlung von Impulsen für das Wachstum im Bereich Life Sciences in der Region Basel.

Die bereits 2010 einsetzende Rückbildung der Arbeitslosigkeit setzte sich im Jahr 2011 fort und erreichte in der zweiten Jahreshälfte ihren Tiefstwert mit einer Arbeitslosenquote von 2,7%, auf der sie in den Monaten August, September und Oktober verblieb. Die Langzeitarbeitslosigkeit, welche 2010 deutlich angestiegen war, bildete sich 2011 zurück. Die deutlichste Erholung wies die Jugendarbeitslosigkeit auf, wozu gewiss auch die Arbeit des vom KIGA Baselland eingesetzten Koordinators Jugendarbeitslosigkeit wesentlich beigetragen haben dürfte.

Das kantonale Geoinformationssystem (GIS) wird von rund 800 Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung und der Gerichte genutzt. Zudem greifen unterschiedliche "Besucher" auf das Geoportal im Internet zu. Darunter fallen Gemeinde- und Bundesbehörden, Auftragnehmer des Kantons, Versorgungsunternehmen, private Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger. Der Konkurs des Lieferanten der zentralen Softwarekomponenten des GIS im Juli 2010 sowie ein ausgewiesener Erneuerungsbedarf führten dazu, dass bedeutende Teile der GIS-Infrastruktur ersetzt werden müssen. Das Projekt "Erneuerung / Ersatz der GIS-Infrastruktur (GIS 2012)" wurde Ende 2010 gestartet. Im Berichtsjahr wurden die Projektphasen Voranalyse und Konzept abgeschlossen. Seit anfangs September befindet sich das Projekt in der Realisierungsphase. Erste Zwischenergebnisse liegen vor, die von einem ausgewählten Nutzerkreis bei der Präsentation im November sehr gut aufgenommen wurden. Die externen Projektkosten (prov. Rechnung) beliefen sich per 31. Dezember 2011 auf 125'000 Fr.

Gesundheit

Das Aktionsprogramm konnte per 31. Dezember 2011 nach grundsätzlich erfolgreichen 4 Jahren abgeschlossen werden. Das Angebot "Schnitz und drunder" wurde als festes Angebot des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain etabliert. Der Landrat hat am 3. November einem Verpflichtungskredit für die 2. Staffel der Aktion gesundes Körpergewicht für die Jahre 2012-2015 zugestimmt.

Die Kinder- und Jugendzahnpflege hat im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit der Universität Basel eine Kariesstudie erstellt. Eine ausgewählte Gruppe von Schülern der ersten, sechsten und neunten Klassen wurde untersucht. Die Anzahl der Karies pro Schüler und die Anzahl der kariesfreien Schüler wurden festgestellt. Diese Resultate werden nun mit früheren Studien verglichen. So erhalten wir Auskunft über den Zustand der Gebisse unserer Kinder- und Jugendlichen im Jahre 2011. Die definitiven Resultate werden im Januar 2012 erwartet.

Die Bedarfsplanung für die Versorgung der Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen nach den Kriterien des revidierten Krankenversicherungsgesetzes wurde ausgearbeitet, die Leistungsaufträge mit den Spitälern besprochen und die neue Spitalliste, welche ab 1. Januar 2012 gilt, publiziert.

Die Ausführungsbestimmungen zu den Änderungen des eidg. Krankenversicherungsgesetzes und die Verselbständigung der Spitäler Bruderholz, Laufen und Liestal als "Kantonsspital Baselland" und der Kantonalen Psychiatrischen Dienste als "Psychiatrie Baselland" sind Inhalt des total revidierten Spitalgesetzes. Die Abstimmung über die Revision des Spitalgesetzes vom 17. November 2011 unterliegt gemäss § 30 Buchstabe b der Kantonsverfassung der obligatorischen Volksabstimmung, da der Landrat den Beschluss mit weniger als 4/5 der anwesenden Mitglieder gefasst hat.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der neuen Pflegefinanzierung im Kanton Basel-Landschaft sind per 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Die für das Jahr 2011 geltenden Ansätze, welche von Anfang an als Übergangsregelung vorgesehen waren, wurden per 1. Januar 2012 durch neue Normkosten ersetzt. Diese wurden durch eine Arbeitszeitanalyse ermittelt, welche im Sommer 2011 in 10 Baselbieter Alters- und Pflegeheimen durchgeführt wurde.

Nr. 3.01	Programmpunkt Wald Strategische Zielsetzungen Die Tendenz zum vermehrten Absatz von Holz als Baustoff und vor allem als Energieträger bleibt ein aktuelles Thema. Die freiwilligen Struktur- und Infrastrukturanpassungen der Forstbetriebe sind (beratend) zu unterstützen bzw. zu begleiten. Leistungsfähige und eigenwirtschaftliche Forstbetriebe erbringen auch die bestellten Leistungen im Bereich der öffentlichen Ziele (Schutzwald, Biodiversität im Wald) effizienter und günstiger. Das Verständnis der Bevölkerung für eine vermehrte Nutzung der Ressource Holz ist nach wie vor gering. Die begonnene Aufklärungsarbeit ist gemeinsam mit den Partnern der Wald- und Holzwirtschaft fortzusetzen. Insbesondere ist aufzuzeigen und zu vermitteln, dass eine intensivere Nutzung des Waldes auch den öffentlichen Zielen der Waldbewirtschaftung dient. Bei exponierten Holzschlägen, die mit öffentlichen Geldern (mit)finanziert werden, ist für eine genügende Information der Bevölkerung zu sorgen. Das UNO-Jahr des Waldes bietet 2011 eine hervorragende Gelegenheit, der Bevölkerung den Nutzen, aber auch die Gefährdung des Waldes näher zu bringen. Vor dem Hintergrund steigender Durchschnittstemperaturen und eines sich ändernden Niederschlagsregimes: a) sind die Walddauerbeobachtung mit einem veränderten Fokus auf die sensiblen Standorte und besondere Baumarten (Eiche) weiterzuführen und die gewonnenen Erkenntnisse in einem überarbeiteten und angepassten Jungwaldpflegeprogramm einzubauen. b) sind Veränderungen in der Pflanzen- und Tierartenzusammensetzung zu beobachten. Dabei kann es im Umgang mit den so genannten Neobionten nicht darum gehen, Änderungen generell auszuschliessen; Bekämpfungsmassnahmen sind auf jene Pflanzen- und Tierarten zu beschränken, die besonders aggressiv (auch für die Menschen) sind oder standortheimische Pflanzen verdrängen und die Walderhaltung (Verjüngung) in Frage stellen. c) gewinnt die öffentliche forstliche Planung (Waldentwicklungsplanung) an strategischer Bedeutung, wenn es darum geht, die Auswirkungen vermehrter Ansprüche an den Wald (Freizeitnutzung, Holznutzung) in Einklang mit dem Walderhaltungsgebot zu bringen.	Amtsbericht 2011
-----------------	---	--------------------------------

Nr. 3.01.02	Gefahrenkarte Nach der Genehmigung der Landratsvorlage wird die erste Etappe der Gefahrenkarte abgeschlossen und die zweite Etappe erarbeitet. Mit der Gefahrenkarte wird die Grundlage für die raumplanerischen Massnahmen zur Prävention vor Naturgefahren für Infrastruktur-anlagen und in Siedlungsgebieten geschaffen. Landratsvorlage Nr. 2006 / 058 vom 21. Februar 2006 / Verpflichtungskredit LRB 2037 vom 19. Oktober 2006 Total: Fr. 4'150'000.- insgesamt, davon brutto zulasten Forstamt beider Basel Fr. 1'118'800.- (Konto 2225.318.91) Innenauftrag Nr. 500196 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 540'000.- Budget 2010: Fr. 250'000.- Budget 2011: Fr. 219'050.-		Die Naturgefahrenkarten für die Gemeinden der Lose 3-6 konnten plangemäss fertig gestellt werden, so dass nun allen Gemeinden eine Naturgefahrenkarte für das Baugebiet und eine angrenzende Pufferzone vorliegt. Ausserdem erhielten alle Gemeinden eine Wegleitung zur Umsetzung der Naturgefahrenkarte in die kommunale Nutzungsplanung. Das Projekt kann im ersten Quartal 2012 abgeschlossen und dann auch abgerechnet werden. Der Verpflichtungskredit wird voraussichtlich nicht vollständig ausgeschöpft. Rechnung 2010: 250'000 Rechnung 2011: 60'000.
Nr. 3.01.04	Waldgesundheit Weiterführung des Beobachtungsprogramms in Zusammenarbeit mit 7 weiteren Kantonen und dem Bund. Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung bzw. Eindämmung der Neophyten im Wald. Vollausbau des Borkenkäfermonitorings. Landratsvorlage Nr. 2008 / 101 vom 22. April 2008, LRB 713 vom 25. September 2008 Total Fr. 592'000.- (Konto 2225.318.93) Innenauftrag Nr. 500197 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 218'026.70 Budget 2010: Fr. 125'000.- Budget 2011: Fr. 117'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.	Die Interkantonale Walddauerbeobachtung wurde wie vorgesehen von den neun beteiligten Kantonen und dem Bund gemeinsam weitergeführt. Hauptprobleme bleiben die hohe Stickstoffbelastung, die Auswirkungen des Klimawandels, sowie die weitere Ausbreitung des Eschentriebsterbens. Rechnung 2010: 113'109 Rechnung 2011: 113'437. Für die Neophytenbekämpfung konnten keine zusätzlichen Mittel bereit gestellt werden. Das Borkenkäfermonitoring konnte wie vorgesehen auf ein Forstrevier im Laufental ausgedehnt werden und liefert wichtige Hinweise auf die Entwicklung der Käfersituation. Als alarmierend muss die Sichtung des Asiatischen Laubholzbockkäfers in Hafen Weil eingestuft werden. Verdachtsfälle im Hafengebiet BL / BS mussten bisher nicht bestätigt werden.

Nr. 3.01.05	Schutzwaldbewirtschaftung Weiterführung der Arbeiten in den bestehenden Schutzwaldprojektf lächen und in den übrigen Schutzwäldern gemäss Schutzwaldprogramm 2011 / 2015. Weiterführung der Sanierungsmassnahmen entlang von Kantonsstrassen in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt. Wiederinstandstellungsprojekt "Röschenz - Dittingen" Landratsvorlage Nr. 2005 / 169 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 667'500.-, Anteil Kanton Fr. 307'525.- (Konto 2225.362.72) Innenauftrag Nr. 500198 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 184'634.75 Budget 2010: Fr. 60'000.- Budget 2011: Fr. 0.-. Hinweis: Der Verpflichtungskredit läuft Ende 2010 aus. Wiederinstandstellungsprojekt "Laufen" Landratsvorlage Nr. 2005 / 170 vom 14. Juni 2005, LRB 1399 vom 20. Oktober 2005, Total Brutto Fr. 1'006'150.-, Anteil Kanton Fr. 401'740.- (Konto 2225.362.72) Innenauftrag Nr. 500199 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 258'108.15 Budget 2010: Fr. 70'000.- Budget 2011: Fr. 0.-. Hinweis: Der Verpflichtungskredit läuft Ende 2010 aus.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.58 Mio. Fr.	Neben den Schutzwaldprojekten wurden Stabilitäts- und Pflegeeingriffe in weiteren Schutzwaldgebieten in Angriff genommen und durchgeführt. Erfolgreich verlief auch das zusammen mit dem Tiefbauamt durchgeführte Programm "Strassenwald". Ziel dieser Massnahmen ist es, das Risiko zu verringern, dass Bäume auf Verkehrswege fallen. Massnahmen entlang der Nationalstrassen und der SBB-Linien werden durch die Eigentümer (Astra, SBB) selbst finanziert. Die intensiven und meist gut einsehbaren Eingriffe wurden intensiv mit Öffentlich-keitsarbeit begleitet werden.
-------------	--	--	---

Nr. 3.01.07	Waldwissen Fortführung des Grundangebots an Führungen und Vorträgen in Zusammenarbeit mit den regionalen Waldbildungsorganisationen. Betrieb einer Angebotsplattform "Schauplatz Wald" (= Arbeitstitel). Publikationen und Informationsanlässe zum UNO-Jahr des Waldes, insbesondere Beteiligung und Auftritt an den Walddagen 2011 des Försterverbandes beider Basel in Aesch.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr.	Die Zusammenarbeit mit den externen Partnern bzw. den privaten Anbietern konnte weitergeführt werden. Mit fachlicher Begleitung durch das Amt konnte der Försterverband beider Basel die Anschaffung eines Waldschul-Anhängers in die Wege leiten und eine Angebotsplattform erarbeiten. Im Februar präsentierte sich das Amt zusammen mit weiteren Organisation während vier Tagen an der Naturmesse in Basel. Die interessierten Besucherinnen und Besucher durften auf 150 m2 die Wald-Welt in der Messehalle erkunden. Im September fanden die Walddage in Aesch statt. Rund 30'000 Gäste besuchten diese Veranstaltung. Das Amt hatte dabei seinen eigenen Auftritt. Zudem unterstützte es die Veranstalter personell.
-------------	--	--	---

Nr. 3.01.08	Nachhaltige Waldentwicklung Waldinformationssystem Schrittweise Verwirklichung des Konzeptes: Integration in die Planungs- und Berichterstattungsinstrumente. Jungwaldpflegeprogramm 2011 / 2015 Spezifische Pflegeeingriffe in der Jugendphase sind die wirkungsvollsten Massnahmen, um den Wald auf die zukünftigen, nicht immer klaren Herausforderungen aus öffentlichen und privaten Interessen "vorzubereiten". Das Jungwaldpflegeprogramm formuliert als Basis für die Unterstützung der Waldeigentümer die langfristige Ausrichtung, die öffentlichen Ziele und die Rahmenbedingungen der Jungwaldpflege. Waldentwicklungspläne (WEP) Abschluss des Waldentwicklungsplans "Oberes Laufental"; Durchführung des Planungs- und Mitwirkungsprozesses für das Revier Sissach und Erarbeitung der Grundlagen für das WEP-Gebiet "Dottlenberg" inkl. Waldinventur; Vorbereitung einer Gesamtauswertung über den Kanton Basel-Landschaft. Waldprogramm BL(BS) Im ersten Quartal 2011 wird der Bundesrat das Waldprogramm CHplus in Kraft setzen und dabei parallel zur Biodiversitätsstrategie allfällige Anpassungen der Waldgesetzgebung in die Wege leiten. Für den Kanton BL soll mit Bezug zur Planung auf lange Sicht des Regierungsrates ein Waldprogramm erarbeitet werden, welches die für die Region wichtigen Zielsetzungen des Bundesprogramms aufnimmt und die Instrumentalisierung und die Umsetzung konkretisiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.54 Mio. Fr.	Nachhaltige Waldentwicklung Waldinformationssystem: Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit den Zentralen Informatikdiensten und der GIS-Fachstelle weiterverfolgt. Die Analyse des produktiven Systems Waldportal Luzern für die Systemanforderungen des Amtes für Wald beider Basel liegt vor. Erste Abklärungen zu den Detailanpassungen wurden vorgenommen. Die Übernahmemodalitäten wurden geklärt. Verzögerung entstand durch Strategieabklärungen im Kanton Luzern, welche Auswirkungen auf die Umsetzung BL beinhalten. Jungwaldpflege Zur Förderung von vitalen und stabilen Jungwaldbeständen wurden folgende Flächen gepflegt und über Jungwaldpflegebeiträge abgerechnet. 2010: 704,44 ha 2011: 654,88 ha. Folgende Mittel wurden eingesetzt: <table><tr><th rowspan="2">Jahr</th><th colspan="2">Beitrag Kanton</th><th colspan="2">Beitrag Bund</th><th colspan="2">Restkosten Eigentümer</th></tr><tr><th>CHF</th><th>%</th><th>CHF</th><th>%</th><th>CHF</th><th>%</th></tr><tr><td>2010</td><td>836'934</td><td>50</td><td>176'588</td><td>11</td><td>660'328</td><td>39</td></tr><tr><td>2011</td><td>680'501</td><td>50</td><td>175'431</td><td>13</td><td>505'061</td><td>37</td></tr></table> Waldentwicklungspläne: Der WEP Oberes Laufental wurde durchgeführt und die Ausarbeitung des RRB ist im Gange. Aufgrund von Kapazitätsengpässen in der Grundlagenaufbereitung konnte der WEP Sissach mit rund ¾-jähriger Verspätung in Angriff genommen werden. Die GL WEP Dottlenberg (Bestandeskarten) liegen noch nicht vor. Die Kontrollstichprobeninventur wurde abgeschlossen. Die Bereinigung der Kontrollstichprobendaten für eine Gesamtauswertung BL ist im Gange.	Jahr	Beitrag Kanton		Beitrag Bund		Restkosten Eigentümer		CHF	%	CHF	%	CHF	%	2010	836'934	50	176'588	11	660'328	39	2011	680'501	50	175'431	13	505'061	37
	Jahr	Beitrag Kanton			Beitrag Bund		Restkosten Eigentümer																							
CHF		%	CHF	%	CHF	%																								
2010	836'934	50	176'588	11	660'328	39																								
2011	680'501	50	175'431	13	505'061	37																								

			Waldprogramm BL (BS) Der Bund hat in Absprache mit der Forstdirektorenkonferenz das ursprünglich angekündigte Waldprogramm CHplus in eine „Waldpolitik2020“ umgewandelt. Diese wurde am 31. August durch den Bundesrat gutgeheissen. Der daraus resultierende Massnahmenplan geht erst im Frühjahr 2012 in Vernehmlassung. Darauf aufbauend lässt sich ein Waldprogramm BL (BS) für die nächsten 8 bis 10 Jahre formulieren.
Nr. 3.02	Programmpunkt Arbeit / Wirtschaft Strategische Zielsetzungen Sowohl das Jahr 2009 wie auch das Jahr 2010 standen im Zeichen der (finanz-) wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Für die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion bedeutet dies, dass sie die Entwicklung weiterhin sehr genau beobachtet und die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft intensiv ausgestaltet.		Amtsbericht 2011
Nr. 3.02.02	Schwarzarbeitsbekämpfung Im Jahr 2010 wird mit der von den Sozialpartnern aufgebauten Kontrollorganisation des Baugewerbes (Zentrale Arbeitsmarktkontrolle, ZAK) eine neue, 3-jährige Leistungsvereinbarung für die Durchführung von Schwarzarbeitskontrollen in der Baubranche abgeschlossen. Der Bund vergütet 50 Prozent der Kosten. Landratsvorlage Nr. 2010 / 175 vom 27. April 2010, Verpflichtungskredit LRB 1973 vom 10. Juni 2010 Total: Fr. 1'140'000.- (brutto), Fr. 275'100.- (netto) Innenauftrag Nr. 500994 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 380'000.- (brutto).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.092 Mio. Fr. (Mehraufwand netto)	Auf der Grundlage der angesprochenen Leistungsvereinbarung mit dem am 10. Juni 2010 vom Landrat bewilligten Verpflichtungskredit hat die ZAK im Jahr 2011 ihre im 2010 aufgebaute Kontrollorganisation, domiziliert an der Grammetstrasse in Liestal, konsolidiert und eine gut organisierte, schlagkräftige Kontrollorganisation zur Schwarzarbeitsbekämpfung im Baugewerbe auf- resp. ausgebaut.

Nr. 3.02.07	Tourismusförderung Der Verpflichtungskredit für Beiträge an den Verein "Baselland-Tourismus" wurde mit dem Landratsbeschluss vom 15. Januar 2009 erneuert. Die Umsetzung erfolgt gemäss Leistungsvereinbarung für die Periode vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2012. Landratsvorlage Nr. 2008 / 228 vom 23. September 2008, LRB 983 vom 15. Januar 2009, Total: Fr. 2'400'000.- (Konto 3635 0 0000) Innenauftrag Nr. 500103 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 600'000.- Budget 2010: Fr. 600'000.- Budget 2011: Fr. 600'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.6 Mio. Fr.	Rechnung 2010: CHF 600'000.- Rechnung 2011: CHF 600'000.-. Im Hinblick auf die im Jahr 2012 anstehende Verlängerung des Verpflichtungskredits für die Jahre 2013 bis 2016 wurde beim Forschungszentrum für Tourismus und Transport an der Universität St. Gallen ein Evaluationsbericht über die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Baselland Tourismus in Auftrag gegeben. Der Bericht wird dem Landrat zusammen mit der Landratsvorlage für die Verlängerung des Verpflichtungskredites zur Kenntnis gebracht.
Nr. 3.02.11	Standortpromotion: Ausbau der regionalen Kooperationen Die Wirtschaftsförderung beider Basel (BaselArea) betreibt im Auftrag ihrer Hauptträger Basel-Landschaft und Basel-Stadt eine gezielte Standortpromotion im Ausland und vermittelt unterstützende Dienstleistungen bei der Ansiedlung von Unternehmungen. Angesichts vielfältiger und wachsender Verflechtungen des Wirtschaftsraums beider Basel mit den umliegenden Teilräumen ist ein verstärkter Einbezug dieser Räume für ein wirkungsvolles und erfolgreiches globales Standortmarketing von zunehmender Bedeutung. Solche partnerschaftlichen Kooperationen auf unterschiedlichen Ebenen sind deshalb auch für die strategische Standortentwicklung des Kantonsgebietes eine wichtige Voraussetzung, damit der Baselbieter Wirtschaftsstandort auch zukünftig seine Qualitäten und Interessen auf internationaler Ebene sichtbar und überzeugend vermarkten kann. Im Sinne einer Stärkung der Wirkung des Standortmarketings, aber auch einer Bündelung der Kräfte und Mittel verfolgt BaselArea die Absicht, bis Ende 2011 das bestehende Kooperationsnetz neben dem Kanton Jura auch mit weiteren Partnerschaften, insbesondere mit den Kantonen Aargau (Fricktal) und Solothurn (Schwarzbubenland) zu erweitern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Vorbehältlich der Zustimmung der erforderlichen Instanzen beider Parteien wird die Vermarktung der Wirtschaftsregion Nordwestschweiz im Ausland auf das aargauische Fricktal erweitert. Sie erfolgt dabei auf der Grundlage eines mit dem Kanton Aargau bedarfsgerecht entwickelten Kooperationsmodells und ist vorerst auf eine zweijährige Laufzeit von 2012 bis 2013 befristet. Diese wirtschaftliche Standortpromotion zielt insbesondere darauf ab, das Fricktal integral als Teil der Wirtschaftsregion Nordwestschweiz im Rahmen eines gemeinsamen Auftrittes unter der einheitlichen Dachmarke "BaselArea" auf den Zielmärkten im Ausland sicht- und wahrnehmbar zu positionieren und ansiedlungsinteressierten Unternehmen auch im Fricktal bedarfsorientiert zu begleiten und zu unterstützen.

Nr. 3.02.12	Schlüsselbranche Life Sciences Die regionale Life Sciences Branche ist von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung. Als eigentlicher Wirtschaftsmotor und Innovationstreiber leistet sie einen massgeblichen Beitrag an die kantonale Wirtschaftsleistung und spielt eine zentrale Rolle für die wachstumsorientierte Wirtschaftsentwicklung im Kanton Basel-Landschaft. Diesem hohen Stellenwert Rechnung tragend, richtet deshalb der Regierungsrat im Rahmen seiner Wirtschafts- und Standortpolitik ein besonderes Augenmerk auf diesen Wirtschaftszweig. Grundlage dafür bildet eine federführend durch die Handelskammer beider Basel erarbeitete Life Sciences Strategie zur Schaffung bestmöglicher struktureller und institutioneller Voraussetzungen für die zukünftige Entwicklung dieser Leitbranche. Ausrichtung und Umsetzungsstand werden regelmässig überprüft und anlässlich einer im zwei- bis dreijährigen Turnus stattfindenden Fachtagung von regionalen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft reflektiert und diskutiert. Ziel des bereits dritten Anlasses Ende August 2010 ist es, sich wiederum auf die wesentlichen Massnahmen für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der regionalen Life Sciences Strukturen und Rahmenbedingungen zu verständigen sowie günstige Voraussetzungen für deren politische und wirtschaftliche Umsetzung ab 2011 schaffen zu können. Ergänzend dazu haben die beiden Regierungen im Rahmen des Budgets für die Wirtschaftsförderung Basel-Landschaft und Basel-Stadt (BaselArea) zweckgebundene Mittel für die finanzielle Unterstützung spezifischer Massnahmen zugunsten der regionalen Standortentwicklung im Bereich der Life Sciences gebildet. Damit werden insbesondere die Entwicklung von wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Plattformen, Netzwerken und Messeanlässen auf befürwortenden Antrag der Handelskammer beider Basel und nach Zustimmung des Vorstandes von BaselArea unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Im Rahmen von budgetierten Ausgaben für verschiedenste Massnahmen der einzelnen Direktionen, insbesondere in den Bereichen Bildungs-, Gesundheits- und Infrastrukturpolitik.	Die von der Handelskammer beider Basel in Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft aktualisierte Life Sciences Strategie für den regionalen Wirtschaftsraum wurde von den beiden Regierungen anlässlich einer gemeinsamen Sitzung am 21. Juni 2011 befürwortend verabschiedet. Das Strategiepapier führt die seit 2007 gültige gemeinsame Life Sciences Strategie weiter und beinhaltet mit Verantwortlichkeiten und Fristen definierte Massnahmenpakete sowie klare Forderungen an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ihre inhaltlichen Schwerpunkte liegen dabei insbesondere in der Schaffung einer starken Klinische Forschung und der Vermittlung von Impulsen für das Wachstum im Bereich Life Sciences in der Region Basel. Eine der daraus entsprungenen Massnahmen verkörpert die Lancierung eines "Public Private Partnership" Initiative der Handelskammer beider Basel und der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft. Sie zielt darauf ab, die Realisierung eines Innovationspark Nordwestschweiz zu ermöglichen und dafür bis Ende 2012 einen Konzeptvorschlag zu entwickeln. Mit der Gründung eines gleichnamigen Vereins im November 2011 bezweckte diese Trägerschaft eine klare und deutliche Interessens- und Willenskundgebung der Nordwestschweiz, sich landesweit sichtbar und überzeugend als einen potentiellen und kompetenten Standort für einen themenspezifischen Innovationspark ins Gespräch bringen zu wollen. Gleichzeitig entspricht dieses Vorgehen aber auch einer Forderung des Bundes, wonach sich regionale Projektinitiativen im Rahmen einer gemeinsamen Trägerschaft organisieren und mit der übergeordneten nationalen Trägerschaft vernetzen sollen.
-------------	--	---	---

Nr. 3.02.13	Berufsschau 2011 Lehrstellenwesen und Lehrlingsausbildung haben einen hohen wirtschaftspolitischen Stellenwert. Im Herbst 2011 findet eine erneute Auflage der kantonalen Berufsschau statt. Diese insbesondere von Schulabgängern und ihren Eltern stark besuchte und weit über die Kantonsgrenzen hinaus eine grosse Beachtung findende kantonale Berufsmesse wird seit ihren Anfängen aufgrund ihres volkswirtschaftlichen und bildungspolitischen Nutzens von der kantonalen Wirtschaftsförderung finanziell unterstützt. Im Verlauf des ersten Semesters 2011 wird die Überprüfung der Förderungswürdigkeit dieses Anlasses als Grundlage für die Beurteilung der Zweckmässigkeit eines erneuten Betriebskostenbeitrages im Rahmen der kantonalen Wirtschaftsförderung vorzunehmen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: im Rahmen des Wirtschaftsförderungsfonds	Aufgrund der bildungspolitischen Bedeutung und zur Förderung der dualen Berufsausbildung bewilligte der Regierungsrat auf Antrag der Wirtschaftsförderungskommission erneut eine finanzielle Unterstützung der Berufsschau in der Höhe von 950'000 Franken aus den Mitteln des kantonalen Wirtschaftsförderungsfonds. Die mittlerweile 8. Berufsschau bot wiederum einen umfassenden Überblick über mögliche Ausbildungen, Berufe und Perspektiven im regionalen Wirtschaftsraum. Mit ihrer Anziehungskraft vermochte sie gegen 40'000 weitgehend jugendliche Besuchende zu mobilisieren. Diese konnten sich während rund einer Woche bei 190 Ausstellenden aus 30 Branchen einen praxisbezogenen Einblick in die Vielfalt und Anforderungen der im Kanton erlernbaren Berufsausbildungen verschaffen.
Nr. 3.02.16	ALV-Vollzug Die aufgebauten Kapazitäten werden im Jahr 2011 voraussichtlich konstant gehalten werden, allenfalls sogar redimensioniert werden müssen. Der systembedingten anteiligen Zunahme der Langzeitarbeitslosigkeit wird zusätzliche Aufmerksamkeit zu widmen sein. Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere von Lehrabgehenden, wird beharrlich weiterzuführen sein. Falls das gegen die AVIG-Revision ergriffene Referendum in der Volksabstimmung vom Herbst 2010 abgelehnt wird, wird eine reibungslose Umsetzung ab der Inkraftsetzung (1. Januar 2011 oder 1. Juli 2011) zu organisieren sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: von der ALV vollständig refinanziert	Die bereits 2010 einsetzende Rückbildung der Arbeitslosigkeit setzte sich im Jahr 2011 fort und erreichte in der zweiten Jahreshälfte ihren Tiefstwert mit einer Arbeitslosenquote von 2,7%, auf der sie in den Monaten August, September und Oktober verblieb. Die Langzeitarbeitslosigkeit, welche 2010 deutlich angestiegen war, bildete sich 2011 erfreulich zurück. Die deutlichste Erholung wies die Jugendarbeitslosigkeit auf, wozu gewiss auch die Arbeit des vom KIGA Baselland eingesetzten Koordinators Jugendarbeitslosigkeit wesentlich beigetragen haben dürfte. Die Revision der Arbeitslosenversicherung, welcher am 26. September 2010 vom Schweizer Stimmvolk zugestimmt wurde, trat leistungsseitig am 1. April 2011 in Kraft. Dank guter Vorarbeit des SECO und einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit dem kantonalen Sozialamt konnte die angestrebte reibungslose Umsetzung durch das KIGA Baselland, vorab die Abteilung Öffentliche Arbeitslosenkasse, realisiert werden. Der statistische Effekt der AVIG-Revision auf die Arbeitslosenquote (Aussteuerung von 230 Personen per 1. April 2011) ist im Verhältnis zu den Abmeldungen insgesamt von untergeordneter Bedeutung und wird auch dadurch relativiert, dass nach wie vor die Erwerbstätigenzahlen aus der Volkszählung 2000 als Basis dienen.

Nr. 3.02.18	Interreg IVA-Projekt Bio Valley Im Rahmen des Interreg IVA Programms ist das Projekt "Bio-Valley-Cluster" der Lebenswissenschaften und der Medizinaltechnik für die wirtschaftliche Entwicklung der Metropolitanregion Oberrhein darauf ausgerichtet, zur weiteren Stärkung des trinationalen Life Sciences Clusters den Wissens- und Technologietransfer zwischen den Hochschulen und der Privatwirtschaft et vice versa zu beleben, besser zu strukturieren und zu konsolidieren. Mittels gezielter Scouting-Aktivitäten wird insbesondere angestrebt, die Privatwirtschaft besser mit den Angeboten der Hochschulen im trinationalen Raum zu vernetzen. Der Regierungsrat genehmigte deshalb für die Periode 2008 - 2013 eine Kofinanzierung mit weiteren schweizerischen Projektpartnern in der Höhe von insgesamt 119'000 Franken (Landratsvorlage Nr. 2007 / 214 vom 11. September 2007, Total: Fr. 1'500'000.-, Konto 2005.367.00: Beiträge an das Ausland).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Das trinationale Interreg IV-Projekt Bio Valley entwickelte sich bis anhin ziel- und budgetkonform. Die erarbeiteten Projekte zeigen sich programmkonform, ihre trinationale Umsetzung verläuft weitgehend koordiniert und die erzielten Ergebnisse entsprechen den Erwartungen. Bereits ist zum heutigen Zeitpunkt absehbar, dass dieses Projekt nach seiner Beendigung 2013 nicht mehr verlängert wird. Auswirkung Rechnung 2011: 0.02 Fr.
Nr. 3.02.21	Standortförderung: Bestandespflege und Kontaktpflege Die Kontakt- und Bestandespflege zur Baselbieter Wirtschaft ist ein zentrales Element der kantonalen Wirtschafts- und Standortpolitik und deshalb grundsätzlich eine wichtige Aufgabe der gesamten öffentlichen Verwaltung. Im Rahmen der Bestandespflege besteht ein vielseitiges Angebot an bedarfsorientierten Wirtschaftsdienstleistungen. Der Wirtschaftsdelegierte steht den Unternehmen als Erstkontaktstelle, Berater und Koordinator zur Verfügung. Die Betriebe werden insbesondere bei der Lösung vielschichtiger Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erfüllung hoheitlicher Auflagen oder bei der Objektvermittlung für die Evaluation eines neuen Betriebsstandortes unterstützt und begleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die im Rahmen zahlreicher Anfragen, Kontaktvermittlungen, Betriebsbesuche und Unternehmensgespräche gewonnenen Erkenntnisse zeigten ein hohes Mass an Zufriedenheit der Wirtschaftsbetriebe mit der Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung und bestätigten in weiten Zügen eine insgesamt intakte Standortattraktivität des kantonalen Wirtschaftsraumes.

Nr. 3.02.22	Metrobasel Mit Landratsbeschluss vom 24. September 2009 wurden die erforderlichen finanziellen Mittel zur vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 befristeten Mitgliedschaft des Kantons Basel-Landschaft beim Verein "Metrobasel" gesprochen. Im Vorstand wird der Kanton durch Regierungsrat Peter Zwick vertreten. Landratsvorlage Nr. 2009 / 073 vom 17. März 2009, LRB 1360 vom 24. September 2009, Total: Fr. 300'000.- (Konto 3635 0 0010) Innenauftrag Nr. 500670 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 75'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.075 Mio. Fr.	Rechnung 2010: CHF 75'000.- Rechnung 2011: CHF 75'000.-. Im Hinblick auf die von der NWCH-Regierungskonferenz beschlossene Gründung einer Metropolitankonferenz Basel muss der Verein Metrobasel seine Aktivitäten neu ausrichten und auf die Tätigkeiten des Vereins Regio Basiliensis abstimmen. Zwischen beiden Vereinen wurde dazu im Jahr 2011 eine Vereinbarung abgeschlossen.
Nr. 3.03	Programmpunkt Landwirtschaft Strategische Zielsetzungen Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird schrittweise durchgeführt.		Amtsbericht 2011
Nr. 3.03.01	Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung Die Anpassung der landwirtschaftlichen Ausbildung an das neue Berufsbildungsgesetz wird gemäss Planung durchgeführt. Es wird vorübergehend eine erhöhte Zahl an Lektionen nötig sein. Dazu kommen 5 bis 10 Stellenprozente für die Lehraufsicht und die Ausbildungsberatung im Berufsfeld Landwirtschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Schuljahr 2011 / 2012 wird vollständig nach den neuen Rechtsgrundlagen umgesetzt. Die Aufsicht über die betriebliche Ausbildung (= Lehraufsicht) ist in Funktion und umfasst neu 4 weitere landwirtschaftliche Berufe, allerdings nur mit wenigen Lehrstellen. Die Zusammenarbeit mit dem Amt für Berufsbildung verläuft optimal.

Nr. 3.05	Programmpunkt Geoinformation Strategische Zielsetzungen In unserer heutigen Informations- und Wissensgesellschaft nimmt die politische und die wirtschaftliche Bedeutung von Geodaten und Geoinformationen laufend zu. Sie bilden die Grundlage für Planungen und Entscheidungen aller Art, in der Verwaltung genauso wie in der Politik, der Wirtschaft und der Wissenschaft oder im Privatbereich. Die Daten der Amtlichen Vermessung (AV) bilden die Referenz sämtlicher Geobasisdaten. Vordringlich geht es darum, diese im Kanton flächendeckend auf den Standard AV 93 aufzubereiten und im Geodatenmodell DM0AVBL24D bereitzustellen. Mit dem Landratsbeschluss LRB 2001 / 022 wird bis Ende 2014 in der 2. Etappe das gesamte Baugebiet nach AV 93 aufgearbeitet. Im Jahr 2011 wird dem Landrat mit der Vorlage AV 93 3. Etappe - Aufarbeitung ausserhalb des Baugebiets - der Abschluss der Verbundsaufgabe AV 93 zum Beschluss vorgelegt. Das am 1. Juli 2008 in Kraft getretene Bundesgesetz über Geoinformation (GeoIG) beabsichtigt, die Wertschöpfung aus den Geoinformationen umfassender und mit gebührender Nachhaltigkeit zu gestalten. Aus den elf dazugehörenden Bundesverordnungen verdienen der Wechsel des Bezugsrahmens von CH03 nach LV95 und die Einrichtung eines kantonalen Katasters über die öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen besondere Beachtung.	Amtsbericht 2011
-----------------	---	--------------------------------

Nr. 3.05.01	Umsetzung des neuen Geoinformationsrechts des Bundes Die Umsetzung erfordert verschiedene Anpassungen des kantonalen Rechts: 1. Inkrafttreten der Anpassung der kantonalen Rechtserlasse bis 1. Juli 2011: - SGS 211.5 Dekret über die Kostentragung der amtlichen Vermessung (Überprüfung generell), - SGS 211.53 kantonale Vermessungsverordnung (Totalrevision), - SGS 211.54 Nachführungsverordnung (Überprüfung generell), - SGS 211.55 Gebühren für die Nachführung der AV (laufend). 2. Neu mit Inkrafttreten bis 1. Juli 2011 ist zu erstellen: - SGS 211.XX Geographische Namen und Gebäudeadressen. 3. Damit einhergehend sind im Amt für Geoinformation (AGI) hoheitlich die bestehenden technischen und administrativen Vorschriften bezüglich der Amtlichen Vermessung (AV), des Geoinformationssystems (GIS), der Baulandumlegung (BLU), der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) und der Leitungskataster (LK) zu überarbeiten oder neu zu erstellen. 4. Die Harmonisierung sämtlicher Geobasisdaten hinsichtlich der im Bundesrecht (SR 510.620 GeoIV) beschriebenen Datenqualität, Datenmodellierung, Nachführung, Archivierung und Historisierung sowie die Vernetzung der Geodienste zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sind bis Mitte 2018 sicherzustellen.	1. Anpassung der kantonalen Rechtserlasse • Dekret über die Kostendeckung der amtlichen Vermessung (SGS 211.5): Totalrevision, bis 16. 12.2011 im Mitbericht, Landratsvorlage 2012 • Kantonale Verordnung über amtliche Vermessung (SGS 211.53): Totalrevision der kantonalen Vermessungsverordnung KVV und Zusammenlegung mit der Nachführungsverordnung (SGS 211.54), bis 16. 12.2011 im Mitbericht, RRB voraussichtlich Ende Juni 2012 • Gebühren für die Nachführung der AV (SGS 211.55): Regelung der projektierten Gebäude und Neuregelung von STWE / MEB per 1.4.2011 in Kraft 2. Verordnung über geografische Namen und Gebäudeadresse GeoNAV (SGS 145.91) seit 1.4.2011 in Kraft 3. Die Totalrevision der technischen Vorschriften schreitet zusammen mit der Anpassung der kantonalen Rechtserlasse planmässig voran. 4. Die Aufarbeitung der AV gemäss Bundesmodell DM01 ist abgeschlossen. Die weiteren Schritte zur bundesweiten Harmonisierung schreiten planmässig voran.
-------------	--	--

Nr. 3.05.02	Neue Amtliche Vermessung 93 (AV 93) Die vorgesehene Leistungsvereinbarung 2011 zur Programmvereinbarung 2008 - 2011 setzt die Realisierung fort. Landratsvorlage Nr. 2001 / 022, Verpflichtungskredit 2001 - 2008 (mittlerweile bis 2011), LRB 1281 / 01 Total 13.1 Mio. Fr. (brutto), 6.0 Mio. Fr. (netto), Konto 3130 (alt 2230.319.90-3) Innenauftrag Nr. 500210 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 9'458'174.- (brutto) Restkredit: Fr 3'647'826.- (brutto) Budget 2010: Fr. 902'000.- (brutto) Budget 2011: Fr. 1'050'000.- (brutto) Zugehörige Ertragskonti Konto 4630 (alt 2230.460.00-3, Budget 2010: Fr. 88'000.- Konto 4632 (alt 2230.462.10-2, Budget 2010: Fr. 501'000.- Konto 4630 (alt 2230.460.00-3, Budget 2011: Fr. 147'000.- Konto 4632 (alt 2230.462.10-2, Budget 2011: Fr. 463'000.- Zum Abschluss der Verbundsaufgabe AV 93 wird dem Landrat im Sommer 2011 eine Vorlage betreffend der 3. Etappe - AV 93 ausserhalb Baugebiet - zum Beschluss unterbreitet. Zur plausiblen Abschätzung des Verpflichtungskredits werden drei repräsentative Pilotprojekte durchgeführt. Die Zeitspanne der Umsetzung des Landratsbeschlusses wird zwischen 2013 - 2018 veranschlagt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.05 Mio. Fr. brutto 0.44 Mio. Fr. netto	Das Vermessungsprogramm 2011 zur 2. Etappe AV 93 konnte dem Bund planmässig eingereicht werden. Mit der Leistungsvereinbarung LV2011 wurden die letzten 10 Operate der 2. Etappe administriert. Mit Arbeiten wurde planmässig am 1. April 2011 begonnen. Provisorische Rechnung 2011 AV93 2. Etappe <table><tr><td>3130 0 000</td><td>Fr. 0.877 Mio. (kantonale Auslagen)</td></tr><tr><td>4630 0 000</td><td>Fr. 0.228 Mio. (Bundesbeitrag)</td></tr><tr><td>4632 0 000</td><td>Fr. 0.457 Mio. (Gemeindebeitrag)</td></tr></table> Der Start zur AV 93 3. Etappe wird infolge des Entlastungspakets 12 / 15 auf 2015 verschoben. Das Amt für Geoinformation nutzt die Zeit bis zur Einreichung der Landratsvorlage Ende 2013 intensiv, um mit repräsentativen Pilotprojekten Synergien zu erkennen, welche eine finanzielle und terminliche Vereinfachung bei gleich-bleibender Qualität ermöglichen.	3130 0 000	Fr. 0.877 Mio. (kantonale Auslagen)	4630 0 000	Fr. 0.228 Mio. (Bundesbeitrag)	4632 0 000	Fr. 0.457 Mio. (Gemeindebeitrag)
3130 0 000	Fr. 0.877 Mio. (kantonale Auslagen)								
4630 0 000	Fr. 0.228 Mio. (Bundesbeitrag)								
4632 0 000	Fr. 0.457 Mio. (Gemeindebeitrag)								
Nr. 3.05.03	Umsetzung des ÖREB-Katasters Der Bundesrat hat per 1. Oktober 2010 die Verordnung über den Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREBKV) in Kraft gesetzt. Diese verpflichtet die Kantone, bis spätestens 1. Januar 2020 den Inhalt des ÖREB-Katasters bereitzustellen und ab dann den Betrieb zu 100 Prozent sicherzustellen. Die konzeptionellen Vorbereitungsarbeiten werden laufend wahrgenommen. Die Erarbeitung der kantonalen Ausführungsvorschriften werden voraussichtlich ab 2015 in Angriff genommen.		Als Beitrag zum Entlastungspaket wird der Kanton erst in der zweiten vom Bund vorgesehenen Etappe ab 2014 mit dem Aufbau des ÖREB-Katasters beginnen. Deshalb wurden die geplanten Vorbereitungsarbeiten zurückgestellt.						

Nr. 3.05.04	Wechsel des Bezugsrahmens nach Landesvermessung LV 95 Nach SR 510.620 Geoinformationsverordnung muss der Wechsel der Referenzdaten bis 31. Dezember 2016 vollzogen werden. Für die übrigen Geobasisdaten, zum Beispiel Zonenplan, Leitungskataster und viele weitere, gilt dazu der 31. Dezember 2020. Das Bau- und Verkehrsdepartement BS und die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion BL haben sich mit einer Vereinbarung im Januar 2010 geeinigt, den Wechsel des Bezugsrahmens LV 95 in der Amtlichen Vermessung ab dem Jahr 2012 durchzuführen. Das AGI BL wiederum hat mit dem Grundbuch- und Vermessungsamt BS vereinbart, die Referenzdaten Amtliche Vermessung gemeinsam im 4. Quartal 2012 in den neuen Bezugsrahmen LV 95 zu überführen. Für die übrigen Geobasisdaten wird dasselbe Zeitfenster in Betracht gezogen. Dazu wird bis 2011 ein Konzept erarbeitet, in welchem erstens für die Referenzdaten und zweitens für sämtliche weiteren Geobasisdaten einvernehmliche Prozesse beschrieben werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.03 Mio. Fr. brutto 0.03 Mio. Fr. netto	Das Konzept des Wechsels des Bezugsrahmens nach LV 95 ist erstellt und wird der Eidg. Vermessungsdirektion zur Genehmigung eingereicht. Am 3. November 2011 wurde es den kantonalen Ämtern, dem VBLG, den Gemeinden, den Werken und dem Geometer BL bei einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Für die Detailplanung des Vollzugs im 4. Quartal 2012 wird ein Lenkungsausschuss mit AGI, Gemeinden, Werke und Geometer BL eingesetzt.
Nr. 3.06	Programmpunkt Melioration (Bodenverbesserung) Strategische Zielsetzungen Die Gesamtmeliorationen im Bezirk Laufen werden wesentliche Schritte vorankommen.	Amtsbericht 2011	

Nr. 3.06.01	Weiterführung der bewilligten Bodenverbesserungsprojekte 1. Der finanzielle Abschluss der Felderregulierung Roggenburg ist bis 2012 zu erwarten. 2. Bei der Gesamtmelioration Blauen hat die Gemeinde eine Kommission eingesetzt. Für 2011 sind die Erarbeitung der Grundlagenbeschaffung und des Generellen Projektes geplant. 3. Die Gesamtmelioration Brislach ist von den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern beschlossen worden. 2011 wird neben der Grundlagenbeschaffung auch das Generelle Projekt erarbeitet. 4. Die Gesamtmelioration Wahlen schliesst das Rechtsmittelverfahren zum Generellen Projekt ab und startet mit dem Neuzuteilungsentwurf. 5. Die Gemeinde Rothenfluh wird voraussichtlich ein Gesuch um Durchführung einer Gesamtmelioration stellen. Landratsvorlage Nr. 2005 / 293 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Blauen Total: Fr. 856'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 234) Innenauftrag Nr. 500234 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 100'000.- Budget 2011: Fr. 50'000.-. Landratsvorlage Nr. 2005 / 294 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Brislach Total: Fr. 1'556'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 235) Innenauftrag Nr. 500235 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 100'000.-. Landratsvorlage Nr. 2005 / 295 vom 8. November 2005, LRB 1716 vom 23. März 2006, Gesamtmelioration Wahlen Total: Fr. 2'668'000.- (netto) (Konto 3634 0 000 / 500 236) Innenauftrag Nr. 500236 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 172'000.- Budget 2010: Fr. 280'000.- Budget 2011: Fr. 180'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.050 Mio. Fr. 0.1 Mio. Fr. 0.180 Mio. Fr.	1. Der Restkostenverteiler der FR Roggenburg ist noch nicht aufgelegt, der Abschluss verzögert sich damit. 2. Die Ingenieurarbeiten der GM Blauen wurden vergeben, das Generelle Projekt ist in Erarbeitung. 3. Die Ingenieurarbeiten für die GM Brislach wurden ausgeschrieben, die Vergabe erfolgt demnächst. 4. Das Rechtsmittelverfahren zum Generellen Projekt ist noch nicht abgeschlossen. Hängig ist zudem der Entscheid betreffend Bachausdolungen. 5. Die Gemeinde Rothenfluh hat ein Gesuch für eine Gesamtmelioration eingereicht. Der Perimeter wurde aufgelegt. Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Rechnung 2010: Fr. 0.- Rechnung 2011: Fr. 40'000.-. Per Ende 2011 verbraucht: 40'000.-- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Rechnung 2010: Fr. 0.- Rechnung 2011: Fr. 63'000.-. Per Ende 2011 verbraucht: 63'000.-- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 172'000.- Rechnung 2010: Fr. 140'000.- Rechnung 2011: Fr. 40'000.-. Per Ende 2011 verbraucht: 352'000.--
-------------	--	---	--

Nr. 3.06.02	Ergänzung der Gesamtmelioration Wahlen um die Ausdolung von Diebach und Riedmetbächli Das Generelle Projekt der Gesamtmelioration Wahlen sieht die Ausdolung von Diebach und Riedmetbächli vor. Sofern der Regierungsrat diese Ausdolungen mit dem Generellen Projekt genehmigt, wird der Landrat über die für den Kanton resultierenden Kosten einen Verpflichtungskredit beschliessen müssen (Ausdolungen waren nicht Bestandteil der ersten Verpflichtungskreditvorlage). Für 2011 ist die Ausarbeitung einer ergänzenden Landratsvorlage zur Ausdolung der beiden Bäche vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Infolge der Verzögerungen im Rechtsmittelverfahren zum Generellen Projekt wurde auch die Landratsvorlage zurückgestellt. Ziel ist ein zeitgleicher Beschluss der Genehmigung des Generellen Projektes und der Landratsvorlage zu den Bachausdolungen.
Nr. 3.07	Programmpunkt Gesundheitsförderung Strategische Zielsetzungen Im Jahr 2011 stehen für die Gesundheitsförderung die Bewertung des Rahmenkonzeptes 2006 - 2010 und die Erarbeitung einer Nachfolgestrategie, der Abschluss der Aktion "Gesundes Körpergewicht" und die Vorbereitungsarbeiten für ein kantonales Programm im Bereich "Gesund altern" im Zentrum.		Amtsbericht 2011
Nr. 3.07.01	Leistungsvereinbarung mit den Organisationen Aids-Hilfe beider Basel und Frauenoase Landratsvorlage Nr. 2009 / 199, LRB 1594 vom 14. Januar 2010, rechtskräftig am 22. März 2010 Total: Fr. 1'080'000.- Innenauftrag Nr. 500601 Budget 2010: Fr. 270'000.- Budget 2011: Fr. 260'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.26 Mio. Fr.	Landratsvorlage 2009 / 199, Verpflichtungskredit 2010 - 2013 Total Fr. 1'080'000.- Per Ende 2011 verbraucht: Fr. 525'000.-.
Nr. 3.07.02	Gesetzliche Schwangerschaftsberatung Fortsetzung der vereinbarten Leistungen. Landratsvorlage Nr. 2008 / 195, LRB 937 vom 11. Dezember 2008, Total: Fr.898'000.- Innenauftrag Nr. 500151 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 220'700.- Budget 2010: Fr. 222'200.- Budget 2011: Fr. 226'800.-	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.226 Mio. Fr.	Landratsvorlage 2008 / 195, Verpflichtungskredit 2009 - 2012 Total Fr. 898'000.- Per Ende 2011 verbraucht: Fr. 669'700.-

Nr. 3.07.03	Gesund altern Die im Jahr 2010 begonnene Mitarbeit in der überkantonalen Arbeitsgruppe zur Entwicklung von Best Practice Standards zur Gesundheitsförderung im Alter wird 2011 weitergeführt. Parallel dazu wird eine Bestandesaufnahme der Angebote zur Gesundheitsförderung durchgeführt. Alle Ergebnisse fliessen in die Erarbeitung eines neuen Konzeptes ein, welches die Grundlage einer neuen Landratsvorlage bildet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.037 Mio. Fr. 0.027 Mio Fr. verbraucht	Die Mitarbeit im Projekt Best Practice Gesundheitsförderung im Alter wurde per 31. Dezember 2011 abgeschlossen. Die im Rahmen dieses Projektes entstandenen Produkte stehen interessierten Gemeinden und Leistungserbringern zur Verfügung. Eine Bestandesaufnahme der Angebote zur Gesundheitsförderung im Alter in den Gemeinden ist erfolgt. Der Bericht ist auf der Webseite der Gesundheitsförderung aufgeschaltet.
Nr. 3.07.04	Gesundheit junger Menschen Auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse zum Präventionsangebot wurden 2010 mögliche Massnahmen zur Anpassung des Angebots und der Koordinations- und Kontrollstrukturen eruiert. Im Jahr 2011 erfolgen die entsprechende Detailplanung und die Vorbereitung der Umsetzung. Die Abgrenzung und die Schnittstellenbearbeitung zur Jugendhilfe (BKSD) wird 2011 weitergeführt. Das neu in die Wege geleitete Angebot "Julex" wird 2011 evaluiert und überprüft. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets.		Zur Vorbereitung der Massnahmenumsetzung wurde 2011 ein Ist-Soll-Vergleich zum Präventionsangebot für Jugendliche durchgeführt. Daraus wurden Leitsätze für das weitere Vorgehen entworfen. Dabei wurden die kantonalen Anbieter von Prävention und Gesundheitsförderung für Jugendliche aktiv mit einbezogen (schriftliche Befragung und Überprüfung, Tagung). 2011 wurde eine Evaluation der Papier- und Online-Version von Julex durchgeführt. Auf der Basis der Ergebnisse wurden erste Anpassungen umgesetzt.

Nr. 3.07.05	Umsetzung Aktionsprogramm "Gesundes Körpergewicht" Das vom Landrat am 5. Juni 2008 bewilligte Programm für die Jahre 2008 - 2010 wird um ein Jahr verlängert. Im Jahr 2011 werden schwerpunktmässig folgende Bereiche bearbeitet: • Weiterführung des Programnteils "Prävention im Vorschulbereich", nachhaltige Verankerung der bewährten Elemente. • Weiterführung der Pilotprojekte im Programnteil "Bewegungsförderung im Wohnumfeld" in Zusammenarbeit mit der BUD. • Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit im Kanton zu den Themen ausgewogene, gesunde Ernährung und vielfältige Bewegung in Familie, Schule, Freizeit. Landratsvorlage Nr. 2008 / 086 vom 8. April 2008, LRB 610 vom 5. Juni 2008, Verpflichtungskredit 2008 - 2010 Total: Fr. 1'425'000.- (brutto), Fr. 750'000.- (netto); Innenauftrag Nr. 500150 Per Ende 2009 verbraucht: brutto Fr. 567'899.37; netto 230'399.37 Budget 2010: Ausgaben: Fr. 505'000.-, Einnahmen: Fr. 225'000.- Budget 2011: Ausgaben: Fr. 399'480.-, Einnahmen: Fr. 168'750.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Ausgaben: 0.399 Mio. Fr. Einnahmen: 0.168 Mio. Fr.	Das Aktionsprogramm konnte per 31. Dezember 2011 nach grundsätzlich erfolgreichen 4 Jahren abgeschlossen werden. Das Ziel der nachhaltigen Verankerung bewährter Elemente im Vorschulbereich konnte nicht umfassend erreicht werden. Hingegen konnte das Angebot "Schnitz und drunder" als festes Angebot des Landwirtschaftlichen Zentrums Ebenrain etabliert werden. Die Zielsetzung wird in der 2. Staffel der Aktion gesundes Körpergewicht wieder aufgenommen. Der Landrat hat am 3. November einem Verpflichtungskredit für die 2. Staffel der Aktion gesundes Körpergewicht für die Jahre 2012 - 2015 zugestimmt (Vorlage 2011 / 242). Landratsvorlage 2008 / 86, Verpflichtungskredit 2008 - 2010 Total Fr. 1'425'000.- (brutto), Fr- 750'000.- (netto) Per Ende 2011 verbraucht: Fr. 1'416'703.- (provisorische Rechnung), Minderkosten: Fr. 8'297.-.
Nr. 3.07.07	Leistungsvereinbarung Gsünder Basel 2010 - 2011 Fortsetzung der vereinbarten Leistung. Landratsvorlage Nr. 2010 / 119 vom 23. März 2010, LRB Nr. 1956 vom 20. Mai 2010 Total: Fr. 153'520.- Innenauftrag Nr. 500138 Budget 2010: Fr. 76'000.- Budget 2011: Fr. 77'520.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.077 Mio. Fr.	Landratsvorlage 2010 / 119, Verpflichtungskredit 2010 - 2011 Total: Fr. 153'520- Verbraucht per Ende 2011: Fr. 153'520.-.
Nr. 3.07.09	Gemeindeorientierte Frühintervention Im Jahr 2011 werden die Erfahrungen aus dem Projekt "Gemeindeorientierte Frühintervention" mit der Gemeinde Therwil evaluiert. Es wird geprüft, ob und in welcher Form das Angebot für weitere Gemeinden dienlich sein kann. Diese Massnahmen erfolgen im Rahmen des Leistungsauftrages der VGD und des ordentlichen Budgets.		Das Projekt "Gemeindeorientierte Frühintervention" in Therwil wurde abgeschlossen. Es konnte im Rahmen des Pilotprojekts ein kommunales Frühinterventionsmanagement aufgebaut werden. Dieses besteht v.a. aus Vernetzungsstrukturen, einer kommunalen Stelle für Jugendanliegen und Sensibilisierungsarbeit bei Fachpersonen. Die Erfahrungen mit der Pilotgemeinde können nun bei Bedarf auch von weiteren Gemeinden genutzt werden."

Nr. 3.07.10	Zentrum Selbsthilfe Aushandlung einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem Verein Selbsthilfe Basel ab 1. Januar 2012. Landratsvorlage Nr. 2009 / 18 / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1258 Total: Fr. 373'000.- (Konto 3636 0 000) Innenauftrag Nr. 500106 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 143'000.- Budget 2010: Fr. 115'000.- Budget 2011: Fr. 115'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.115 Mio. Fr.	Der Landrat hat mit Beschluss vom 12. Januar 2012 einer Fortführung der Leistungsvereinbarung mit dem Verein Zentrum Selbsthilfe mit einem Verpflichtungskredit über Fr. 300'000.- für die Jahre 2012 - 2014 zugestimmt, (Vorlage 2011 / 328). Landratsvorlage 2009 / 18, Verpflichtungskredit 2009 - 2011 Total Fr. 373'000.- Verbraucht per Ende 2011: Fr.. 373'000.-.
Nr. 3.08	Programmpunkt Gesundheitswesen		Amtsbericht 2011
Nr. 3.08.02	Einzelne Massnahme Neubau des Universitäts-Kinderspitals beider Basel (UKBB) Das UKBB zügelt Anfang 2011 in den Neubau.		Der Umzug des UKBB in den Neubau in Basel ist planmässig erfolgt.
Nr. 3.08.08	Einführung von Swiss-DRG Mit einer externen Firma wurden die für die Leistungsaufträge erforderlichen Grundlagen zur Kategorisierung und Differenzierung von hoch spezialisierten, spezialisierten und Grund-Leistungen auf der Basis Swiss-DRG geschaffen. Damit können die Leistungsaufträge entsprechend den KVG-Vorgaben der leistungsorientierten Planung aufgebaut werden. Bereits heute ist absehbar, dass die Preisfest-legung nach Swiss-DRG schweizweit erst im Herbst 2011 erfolgen wird. Dies stellt die Kantone bezüglich Budgetierung des Jahres 2012 vor grosse Herausforderungen.		Die Leistungsaufträge auf der Basis von gruppierten Leistungen sind ausgearbeitet und mit den Leistungserbringern (Spitälern) erörtert worden. Im Anschluss konnten die Leistungserbringer mit den Versicherern die Tarife aushandeln. Die neue Spitalliste wurde im Dezember 2011 vom Regierungsrat beschlossen. Die Tarifverhandlungen zwischen den Spitälern und den Garanten konnten schweizweit per Ende 2011 nicht abgeschlossen werden. Aus diesem Grunde erfolgte die Tarifgenehmigung durch die Kantonsregierungen auf provisorischer Basis, damit die Spitäler überhaupt Rechnung stellen können. Auch im Kanton Basel-Landschaft lagen per Ende 2011 noch nicht alle Tarifverträge zwischen den Spitälern mit Standort im Kanton und allen Garanten vor. Entsprechend wurden auch in unserem Kanton die Tarife provisorisch erlassen. Sie gelten bis längstens zum rechtskräftigen Abschluss des Tarifgenehmigungsverfahrens nach Art. 46 Abs. 4 KVG oder des Tariffestsetzungsverfahrens nach Art. 47 Abs. 1 KVG.

Nr. 3.08.09	KVG-Revision Die per 1. Januar 2009 in Kraft gesetzte Ausführungsverordnung zum KVG verlangt von den Kantonen eine koordinierte Planung für die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen. Die Vorgaben erfordern grundlegende Änderungen bezüglich Spitalisten, Leistungsaufträgen, Leistungsverträgen und Selbständigkeitsgrad der öffentlich-rechtlichen Spitäler.		Die gemeinsame Planung mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn wurde per Anfang 2011 abgeschlossen und die Kriterien für die Spitalliste gegenseitig abgestimmt und entsprechend berücksichtigt.
Nr. 3.08.10	Stationäre Geriatrieversorgung für die Bevölkerung des unteren Kantonsteils Basel-Landschaft und die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt Der Landrat BL hat am 28. Mai 2009 mit der Vorlage Nr. 2009 / 348 und der Grosse Rat BS hat am 2. Juni 2009 mit Ratschlag Nr. 08.2098.01 dem Projektierungskredit für ein Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR) zugestimmt. Die Projektierungsarbeiten werden im Jahr 2011 weitergeführt. Landratsvorlage Nr. 2008 / 348 vom 16. Dezember 2008, Verpflichtungskredit LRB 1211 vom 28. Mai 2009 Total: Fr. 8'900'000.- (Konto 2202.503.30.232) Vgl. Projekt "Neubauten Bruderholz": Programmpunkt Nr. 3.09.11. Tranche 2011: 18.0 Mio. Fr. (brutto), 2.9 Mio. Fr. (netto) zulasten Investitionsbudget 2011. Gesamterneuerung Kantonsspital Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB): Fortsetzung der Projektierungsarbeiten. Mitarbeit auch in der Projektierung des Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation. Landratsvorlage Nr. 2007 / 125 vom 29. Mai 2007, Verpflichtungskredit LRB 204 vom 15. November 2007 Total: Fr. 27'000'000.- (Konto 2320.503.30-232)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.9 Mio. Fr. (netto)	Anlässlich der Erstellung der Landratsvorlagen für die Gesamterneuerung des Kantonsspitals Bruderholz und für den Neubau eines Zentrums für Akutgeriatrie und Rehabilitation (ZAR) beider Basel am Standort Bruderholz ging man von einer Investitionssummen von total 651 Mio. Franken (KSB 386 Mio. Franken / ZAR 265 Mio. Franken) aus. Aufgrund des abgeschlossenen Vorprojektes musste zur Kenntnis genommen werden, dass die Kostenentwicklung im Projekt eklatant war. Es mussten mit Kosten von insgesamt 911 Mio. Franken (KSB 543 Mio. Franken / ZAR 368 Mio. Franken) bei einer Kostengenauigkeit von plus / minus 15 % ausgegangen werden. Die Fallpauschalen, nach denen ab 2012 die Spitalkosten abgerechnet werden, enthalten einen Investitions-kostenanteil von 10%. Daraus muss die Amortisation der Spitalbauten und der Unterhalt bestritten werden. Dieser Anteil ist aber in jedem Fall ungenügend für die Finanzierung von neuen Spitalbauten in der Grössenordnung des Projektes "Neubauten Bruderholz". Die Projektierungsarbeiten wurden vor diesem Hintergrund unterbrochen. Die beiden Regierungen haben sich darauf verständigt, im Frühjahr 2012 über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Total Projektierungskredit KSB / ZAR BL: CHF 35.9 Mio. Aufgelaufene Kosten BL per Ende 2011: rund CHF 10.6 Mio. inkl. MwSt.

Nr. 3.08.12	Revision der gemeinsamen Spitalliste BS / BL und der Spitalliste BL Aufgrund der KVG-Revision und den Vorgaben aus der dazugehörigen Ausführungsverordnung (KVV) wird eine Totalrevision der Spitallisten unumgänglich. Die Spitalliste muss zukünftig gemäss der leistungsorientierten Planung aufgebaut und mit Qualitätsvorgaben versehen werden. Ziel ist es, die Revision der Spitallisten nach den interkantonalen Gesprächen sowie den Gesprächen mit den Leistungsanbietern bis spätestens März 2011 vorliegend zu haben. Zuständig für den Erlass der Spitalliste ist der Regierungsrat.		Die neue Spitalliste wurde entsprechend den krankenversicherungsrechtlichen Vorgaben am 13. Dezember 2011 vom Regierungsrat genehmigt und am 20. Dezember 2011 publiziert.
Nr. 3.08.14	Alterspolitik Die Koordinationsarbeiten im Rahmen des Projektes "64+" erweisen sich als erfolgreich, aber aufwändig. Konzepte werden in Koordination mit den Gemeinden und den Leistungserbringern entwickelt oder weiter entwickelt.		Die Koordinationsarbeiten im Rahmen des Projekts "64+" wurden per 1.08.2011 in die neue Abteilung Alter und Gesundheit integriert und werden dort weitergeführt. Die Erstellung eines Kantonalen Altersleitbildes ist in Vorbereitung.
Nr. 3.08.15	Abkommen, Leistungsvereinbarungen und Verträge mit Spitälern und Kliniken Aufgrund der von der Ausführungsverordnung zum KVG (KVV) verlangten leistungsorientierten Planung werden die aktuell gültigen Abkommen und Leistungsvereinbarungen mit Spitälern und Kliniken aufgehoben (gekündigt) und neue detaillierte Leistungsaufträge ausgehandelt. Verträge mit 2-jähriger Laufzeit sind bereits aufgekündigt. Die Verhandlungen sollen bis März 2011 abgeschlossen werden.		Die in der Spitalliste verankerten Leistungsaufträge sind mit den Leistungserbringern vorgängig besprochen worden. Mit Leistungsvereinbarungen werden die Details zu den Leistungsaufträgen einerseits und die Finanzierung andererseits geregelt. Diese sind den jeweiligen Spitalleitungen bis und mit 22. Dezember 2011 zur Gegenzeichnung zugestellt worden.
Nr. 3.08.16	Geburtshäuser Geburtshäuser müssen neu entsprechend den Spitälern auf der Spitalliste aufgenommen werden. Dafür werden Leistungskategorien geschaffen, die in der Folge von den Geburtshäusern im Leistungsauftragsverhältnis übernommen werden.		Die Geburtshäuser sind gemäss den Vorgaben des KVG auf die Spitalliste aufgenommen worden. Die Qualitätskriterien werden über die schweizerische Einrichtung ANQ geprüft. Die Geburtshäuser sind wie andere Leistungserbringer mit Leistungsauftrag und Leistungsvereinbarung ausgestattet worden.

Nr. 3.08.17	Neue Pflegefinanzierung Die Festlegung der Pflegekosten ambulant und stationär erfordert gesetzliche Anpassungen auf der Ebene Kanton per 1. Januar 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.	Die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung der neuen Pflegefinanzierung im Kanton Basel-Landschaft (§§ 15a ff. EG KVG; SGS 362) wurden vom Landrat im Dezember 2010 beschlossen und sind per 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Gestützt darauf erliess der Regierungsrat die Verordnung über die Finanzierung von Pflegeleistungen (SGS 362.14), welche namentlich die Normkosten für Pflegeleistungen in Alters- und Pflegeheimen regelt. Die für das Jahr 2011 geltenden Ansätze, welche von Anfang an als Übergangsregelung vorgesehen waren (siehe dazu auch Landratsvorlage 2010 / 293), wurden per 1. Januar 2012 durch neue Normkosten ersetzt. Diese wurden durch eine Arbeitszeitanalyse ermittelt, welche im Sommer 2011 in 10 Baselbieter Alters- und Pflegeheimen durchgeführt wurde. Im Bereich der ambulanten Pflege (Spitex) galten resp. gelten für die Jahre 2011 und 2012 gestützt auf eine Übergangsbestimmung des Bundesrechts die bisherigen Tarife. Die Umsetzung der neuen Pflegefinanzierung in diesem Bereich ist per 1. Januar 2013 vorgesehen.
Nr. 3.09	Programmpunkt Kantonsspital Bruderholz (KSB) Strategische Zielsetzungen Aktive Mitgestaltung des Projektes "Gesamterneuerung KSB". Sicherstellung der infrastrukturellen Funktionstüchtigkeit bis zur Erneuerung; Anpassungen an exogene Anforderungen in Form der neuen Spitalfinanzierung und der neuen Marktbedürfnisse. Umsetzung des Auszuges UKBB am Standort Bruderholz ab Februar 2011.	Amtsbericht 2011	

Nr. 3.09.01	Funktionstüchtigkeit KSB Erhaltung der betrieblichen Funktionstüchtigkeit des KSB bis zum Abschluss des Erneuerungsprojektes KSB: Gebäudesanierung / Sicherheit / Teilsanierung der technischen Betriebsinfrastruktur: Umsetzung der Teilprojekte aus dem Paket "Sicherheitsrelevante Massnahmen SM2". Landratsvorlage Nr. 2006 / 325 / Verpflichtungskredit LRB Nr. 2007 / 2502 Total: Fr. 24'500'000.- (Konto 2380.503.30-252) Innenauftrag Nr. 800014 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'329'187.40 Budget 2010: Fr. 5'000'000.- Budget 2011: Fr. 2'000'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.0 Mio. Fr.	Der offene Restkredit per Ende 2011 beträgt ca. Fr. 6'000'000.-. Im Jahr 2011 wurden folgende Projekte erfolgreich abgeschlossen: TO 02 Zweiter Notstromdiesel mit einer 100%igen Abdeckung des Gesamtsitals. Der neue Notstromdiesel wurde ausserhalb des Gebäudes realisiert, damit die Investition bei einem allfälligen Neubau oder einer Sanierung nachhaltig ist. Kosten ca. 2.3 Mio. Franken. TO 08 Brandschutzmassnahmen. Das Feuerwehrmagazin wurde an die Aussenfassade verlegt, um die Zugänglichkeit gewährleisten zu können. Auflage Gebäudeversicherung. Kosten ca. 0.7 Mio. Franken.
Nr. 3.09.08	Betriebsabläufe Optimierung der Betriebsabläufe im Hinblick auf die Einführung von Fallpreispauschalen. Vorbereitung kürzerer Behandlungspfade. Ausbau einer umfassenden elektronischen Patientenakte EPA. Realisierung der Pflegedokumentation (im Jahr 2010 zurückgestellt).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.	In allen Kliniken wurden die wichtigsten und häufigsten Patientenpfade definiert und abgebildet. Mitte Dezember 2011 wurde spitalweit, d.h. in allen Kliniken, das neue Klinik-Informationssystem (KIS) als weiteres zentrales Element der EPA produktiv eingeführt und das Zentrale Elektronische Universalarchiv wurde weiter ausgebaut. Ebenso wurden Mitte Dezember 2011 die ersten, wichtigsten und funktionalen Teile der elektronischen Pflegedokumentation in allen Kliniken produktiv eingeführt. Auf der gleichen Plattform (KIS) wurden auch die ersten Elemente der elektronischen Patientendokumentation in den Therapien und Beartungen eingeführt. Damit steht nun interdisziplinär eine einheitliche und durchgängige Patientendokumentation- und Informationsplattform produktiv zur Verfügung.

Nr. 3.09.11	Gesamterneuerung Kantonsspital Gesamterneuerung Kantonsspital Bruderholz (KSB): Fortsetzung der Projektierungsarbeiten. Mitarbeit auch in der Projektierung des Kompetenzzentrums für Geriatrie und Rehabilitation. Landratsvorlage Nr. 2007 / 125 vom 29. Mai 2007, Verpflichtungskredit LRB 204 vom 15. November 2007 Total: Fr. 27'000'000.- (Konto 2320.503.30-232) Projektierung zusammen mit dem Geriatriezentrum (ZAR), vgl. Programmpunkt Nr. 3.08.10. Tranche 2011: 18.0 Mio. Fr. (brutto), 2.9 Mio. Fr. (netto) zulasten Investitionsbudget 2011.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.	vgl. Berichterstattung zu Programmpunkt 3.08.10
Nr. 3.10	Programmpunkt Kantonsspital Liestal (KSL) Strategische Zielsetzungen Nachhaltige Lösung für das seit Jahren bestehende Parkproblem rund um das KSL. Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes auf der Basis der Studie "Entwicklung der Telekommunikation im KSL". Erneuerung des Buffet-Bereichs im Restaurant. Einführung eines Case Managements zur Prozessoptimierung der wichtigsten Patientenpfade als Vorbereitung auf die DRG-Einführung. Erweiterung des ambulanten Beratungs- und Behandlungszentrums im Haus Mühlematt. Sanierung der Patientenzimmer in der Privatabteilung.	Amtsbericht 2011	

Nr. 3.10.09	Lösung des Parkproblems rund um das KSL Es ist zwingend erforderlich, das Parkproblem rund um das KSL nachhaltig einer Lösung zuzuführen. Die bestehenden Parkplätze sind für ein 400-Betten-Spital mit jährlich über 70'000 ambulanten Behandlungen unzureichend. Für die Lösung der dringlichsten Probleme ist das KSL zur Zeit auf diverse Provisorien angewiesen. Die Elektra Birseck Baselland (EBL) beabsichtigt, auf ihrem Betriebsgelände ein Parkhaus für ihre Mitarbeitenden zu erstellen. Voraussetzung für die Realisierung dieses Projektes ist der Einbezug einer Landparzelle des KSL. Die Geschäftsleitung des KSL unterstützt das Vorhaben der EBL. Im Rahmen des Projektes können ca. 200 Parkfelder für Mitarbeitende des KSL geschaffen werden. Der heute zum Teil in Provisorien untergebrachte Rettungsdienst (Krankswagen) soll in diesem Projekt ebenfalls einer guten Lösung zugeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das EBL-Parkhausprojekt im Mühlemattquartier ist lanciert. Der Mitwirkungsbericht für das Quartierplanverfahren ist in Vernehmlassung. Auf der Parzelle des ehemaligen Restaurants Reblaube konnten kurzfristig Parkplätze zugemietet werden. Die akuten Parkplatzprobleme, im Speziellen für die Frauen mit Spätschicht, konnten dadurch entschärft werden.
Nr. 3.10.12	Umsetzung des Kommunikations-Konzeptes Nach dem Abschluss der Erneuerung des bestehenden Netzwerkes (LAN-Infrastruktur) und der Installation eines Funknetzes (WLAN-Infrastruktur) im Jahr 2010 erfolgt die Ausrüstung der Pflegestationen für mobile elektronische Patientendossiers. Zusätzlich wird im Rahmen des laufend angepassten Kommunikations-Konzeptes die Ablösung der Personensuchanlage (mobile Voice-Varianten) vorangetrieben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.8 Mio. Fr.	Im Jahr 2010 wurde das Funknetz in den patientennahen Bereichen eingerichtet. Im Jahr 2011 wurden das WLAN auch in der Verwaltung und den Infrastrukturräumen installiert und die Telefon-Umsysteme für die Mobiltelefonie nachgerüstet. Das Funknetz wurde erfolgreich mit den Telefonendgeräten getestet.
Nr. 3.10.15	Erneuerung des Buffet-Bereichs im Restaurant Der aus den 60er Jahren stammende Buffet-Bereich im Restaurant muss erneuert werden. Die bestehende Infrastruktur wird durch ein zeitgemässes Free-Flow-System ersetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.0 Mio. Fr.	Der Buffetbereich wurde erfolgreich erweitert und dem Betrieb übergeben.
Nr. 3.10.16	Einführung Case Management Im Rahmen der Vorbereitung der DRG-Einführung soll zur Erreichung einer Prozessoptimierung für die wichtigsten Behandlungspfade in den Kliniken ein Case Management eingeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.45 Mio. Fr.	Das Case-Management wurde eingeführt und die Stellenprofile, Rollenverteilung und die Abläufe wurden entsprechend angepasst.

Nr. 3.10.18	Sanierung der Patientenzimmer in der Privatabteilung Die Patientenzimmer der Privatabteilung (9. Stock) sind veraltet und müssen saniert werden. In einer ersten Etappe wird der Sanitärbereich aus dem Jahr 1962 den heutigen Erwartungen und Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten angepasst.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.	Ein Patientenzimmer in der Privatabteilung im 8. OG wurde saniert und neu gestaltet und im Sinne eines Musterzimmers hergerichtet.
Nr. 3.12	Programmpunkt Zentralwäscherei Liestal (ZWL) Strategische Zielsetzungen Haustechnische Sanierung und energiesparende Verbesserungen in der ZWL.		Amtsbericht 2011
Nr. 3.12.02	Haustechnische Sanierungen mit Berücksichtigung von energiesparenden Verbesserungen Auf der Basis der im Jahr 2007 erstellten Zustandsbeurteilung der haustechnischen Anlagen und Baukörper der ZWL werden jährliche, in sich abgeschlossene Sanierungsprojekte geplant. Die Planung wird laufend aktualisiert und nach Dringlichkeit priorisiert. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen des jährlichen Investitionsbudgets (Instandsetzung) und wird etappenweise realisiert. Im Jahr 2011 ist die Sanierung der Energiezentrale Phase 2 Kälte geplant.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.5 Mio. Fr.	Die Heizzentrale und die Dampfaufbereitung wurden erneuert. Die Klimaanlage wurde ersetzt. Zusätzlich wurde eine Total-Reinigung sämtlicher Lüftungskanäle vorgenommen.
Nr. 3.13	Programmpunkt Kantonsspital Laufen (KSLa) Strategische Zielsetzungen - Aufbau des Radiologiedienstes KSLa für Niedergelassene; - Permanentes Qualitäts-Management; - Erschliessung neuer Kundensegmente; - Vorbereitung der Einführung von Swiss-DRG.		Amtsbericht 2011
Nr. 3.13.05	Vorbereitung der leistungsorientierten Finanzierung (Swiss-DRG) / Einführung Swiss-DRG im Rahmen der Umsetzungsarbeiten zur KVG-Revision (Teil Spitalfinanzierung) Fortführung der Umsetzungsarbeiten der Jahre 2008 - 2010.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr. Projektkosten	Die Leistungsdaten 2010 wurden im Spiegel der DRG-Finanzierung klinik- und abteilungsweise analysiert. Aus den Schlussfolgerungen wurden in verschiedenen Arbeitsgruppen Maßnahmen entwickelt und die Umsetzung bereits im Laufe des Jahres 2011 angesteuert. Ausdruck davon ist die Reduktion der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer im Akutspital von 1,5 Tagen.

Nr. 3.13.12	Aufbau des Radiologiedienstes für Niedergelassene Mit der Betriebsaufnahme der Computertomographie (CT) und mit dem Verbund Radiologiedienst mit dem KSB verfügt das KSLa über die Voraussetzungen, um den niedergelassenen Ärzten die Leistung eines Radiologieangebotes vor Ort verfügbar zu machen. Das KSLa will dieses Feld aktiv besetzen.		Mit der laufenden Intensivierung des fachärztlichen Kontaktes zu den niedergelassenen Ärzten konnte die Nachfrage nach Radiologieleistungen vor Ort deutlich gesteigert werden. Die gute Verfügbarkeit und die Fachkompetenz haben sich als attraktiv für Hausärzte und ihre Patienten erwiesen.
Nr. 3.13.14	Permanentes Qualitäts-Management Die in den vergangenen Jahren erzielten Verbesserungen sind zu sichern, neue hinzuzufügen und als Elemente des Qualitäts-Managements dauernd auszuformen.		Die Qualitätsanstrengungen wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Wir haben an allen von der ANQ (Nationaler Verein für die Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken) neu lancierten Messprogrammen sowie am Programm von SwissNOSO (Messung von Infektraten) teilgenommen.
Nr. 3.13.15	Erschliessung neuer Kundensegmente Im Hinblick auf Swiss-DRG sind die Fallzahlen zu steigern und zu diesem Zweck neue Kundensegmente mit interdisziplinären Angeboten auszubauen. Zusätzlich ist im Verbund der Spitäler BL die Verteilung der stationären Leistungen zu überprüfen.		Mit rund 9% mehr Klinikaustritten konnten die Fallzahlen im stationären Bereich markant gesteigert werden. Im ambulanten Bereich nahm die Anzahl Konsultationen um über 7% zu. Hinter diesen Zunahmen stehen eine allgemein gesteigerte Nachfrage sowie neue Leistungsangebote in der Schmerztherapie und eine Wundsprechstunde. Im Zusammenhang mit dem Projekt trilogie wird die Aufteilung stationärer Leistungen über alle drei Standorte zurzeit intensiv bearbeitet.
Nr. 3.13.18	Vertikalerschliessung Trakt Medizin 2 Die unter dem Punkt 3.13.01 erwähnte Vorgehensweise führt zu einem Teilprojekt für die Vertikalerschliessung des Traktes Medizin 2. Dieser Gebäudeteil ist ausschliesslich im Erdgeschoss über die Cafeteria erschlossen. Dies stellt eine erhebliche betriebliche Erschwernis dar und muss mit einer Vertikalerschliessung abgelöst werden. Im Rahmen des Investitionsbudgets 2010 wurde eine erste Tranche zur Vorbereitung bereitgestellt. Im Jahr 2011 ist der 2. Teil zu realisieren.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.64 Mio. Fr. Projektkosten	Die Vertikalerschliessung des Traktes Medizin 2 konnte plangemäss abgeschlossen und im Sommer in Betrieb genommen werden. Mit diesem Projekt verknüpft war die Schaffung von neuen Garderoberäumen, da die Jahrzehnte alten Garderoben den heutigen Anforderungen nicht mehr genügten.

Nr. 3.14	Programmpunkt Kantonale Psychiatrische Dienste (KPD) Strategische Zielsetzungen Die Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft - vom Landrat in seiner Sitzung vom 27. November 2003 mit Beschluss Nr. 247 zustimmend zur Kenntnis genommen - hat Versorgungsmängel in der Alterspsychiatrie, in der psychiatrischen Tagesversorgung und bei der Behandlung von psychisch Kranken in den somatischen Akutspitälern festgestellt, die es noch zu beheben gilt. Folgende Ziele werden verfolgt: - Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die Externen Psychiatrischen Dienste (EPD) und die Kantonale Psychiatrische Klinik (KPK); - Die Erfassung und die Behandlung von psychischen Leiden an den Kantonsspitalern soll durch konstant präsente Teams der Externen Psychiatrischen Dienste, die in den Spitalstrukturen integriert sind, verbessert werden; - Qualitativer und quantitativer Ausbau der Leistungen zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD sowie zur Entlastung der oftmals überbelegten KPK; - Die Schaffung von stationären Strukturen für die Hospitalisation von psychisch kranken Jugendlichen in der Adoleszenz. Die Weiterentwicklung des therapeutischen Angebots der Kantonalen Psychiatrischen Klinik zu einer Klinik mit psychiatrisch-psychotherapeutischer Exzellenz ist eine weitere strategische Zielsetzung der Kantonalen Psychiatrischen Dienste. Ebenfalls in Angriff genommen werden müssen bauliche Massnahmen zur Sanierung von Klinikgebäuden sowie der durch die ambulanten Dienste genutzten Personalwohnsiedlungen und weiterer Liegenschaften auf dem Platz Liestal. Ebenso müssen dringend benötigte Büroräumlichkeiten geschaffen werden. Aus finanziellen Gründen müssen die bereits von 2010 auf 2011 verschobenen Massnahmen zu den Zielen • Schaffung eines Alterspsychiatrischen Kompetenzzentrums durch die EPD und die KPK im Umfang von 1.014 Millionen Franken, • Qualitativer und quantitativer Ausbau der Leistungen zur Differenzierung der ambulanten und teilstationären Angebote an den EPD im Umfang von 0.378 Millionen Franken um ein weiteres Jahr auf 2012 verschoben werden.	Amtsbericht 2011
----------	---	--------------------------------

Nr. 3.14.09	Spitalpsychiatrische Teams an den Kantonsspitalern Liestal und Bruderholz In somatischen Akutspitalern bietet sich die Chance einer Früherfassung psychischer Störungen. Namentlich die Erkennung und die Behandlung von Depressionen, Alkoholabhängigkeit und Demenzen, aber auch weiterer psychischer Störungen kann hier für Patientinnen und Patienten aller Altersgruppen angeboten werden. Daher soll an den Kantonsspitalern Bruderholz und Liestal die fachgerechte Erfassung, Behandlung und Zuweisung von psychisch erkrankten Menschen durch konzeptionelle und räumliche Einbindung kleiner spitalpsychiatrischer Teams der Externen Psychiatrischen Dienste in das somatische Spital weiter intensiviert werden. Dazu werden mit den Kantonsspitalern Bruderholz und Liestal entsprechende Verträge abgeschlossen, welche die Finanzierung regeln. Die Massnahme ergibt sich aus der Folgeplanung II zum Psychiatriekonzept Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2011:	Mit dem Kantonsspital Bruderholz (per 1. Januar 2010) und dem Kantonsspital Liestal (per 1. Januar 2011) wurden entsprechende Verträge zur Einbindung je eines Konsiliar- und Liaisonpsychiatrischen Oberarztes der Externen Psychiatrischen Dienste in einem 25%-Pensum abgeschlossen. Damit ist die Massnahme in gegenüber der ursprünglichen Planung reduziertem Umfang umgesetzt.
Nr. 3.14.13	Erneuerung und Optimierung der Gebäudeinfrastruktur der KPD am Standort Liestal Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) zwecks Schaffung dringend benötigter zusätzlicher Büroräumlichkeiten. Fertigstellung der Aufstockung des Hauses C gemäss Landratsbeschluss Nr. 1786 vom 25. März 2010. Landratsvorlage Nr. 2009 / 350 / Verpflichtungskredit LRB 1786 Total: Fr. 2'667'350.- (Konto 503.30-XXX) Budget 2010: Fr. 500'000.- Budget 2011: Fr. 2'170'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2'170'000	Abschluss der Aufstockung des Hauses C gemäss Landratsbeschluss Nr. 1786 vom 25. März 2010. Die Bauarbeiten waren termingerecht abgeschlossen. Das neue Geschoss konnte am 29. April 2011 den Nutzerinnen und Nutzern übergeben werden. Gegenüber dem genehmigten Projekt wurden keine Änderungen vorgenommen. Sämtliche geplanten baulichen Massnahmen wurden in vollem Umfang umgesetzt. Die Schlussabrechnung mit Gesamtkosten von Fr. 2'292'559 weist Minderkosten von Fr. 374'790 gegenüber dem bewilligten Kredit von Fr. 2'667'350 aus.
Nr. 3.15	Programmpunkt Kantonales Labor Strategische Zielsetzungen Die Inspektionen und Analysen für einen optimalen Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdenden und täuschenden Lebensmitteln sind weiterhin auf dem modernsten Stand. Die Auswirkungen des auf 2010 geplanten neuen eidgenössischen Lebensmittelgesetzes werden überprüft.	Amtsbericht 2011	

Nr. 3.15.04	Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft Die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen, ob die beiden Laboratorien zusammengelegt werden sollen, wird weitergeführt. Parallel dazu wird mit den Kantonen AG, BS und SO über eine engere Kooperation diskutiert. Ziel ist es, für die einzelnen Laboratorien Schwerpunkte zu definieren.		Da eine Zusammenführung massive finanzielle Mehraufwendungen für BL zur Folge hätte, wird das Projekt nicht weiterverfolgt. Die Kooperation mit den Kantonen AG, BS, BE und SO wurde intensiviert. Gemeinsame Kampagnen wurden durchgeführt. Schwerpunkte sind noch nicht definiert.
Nr. 3.15.06	Trinkwasserüberwachung Die Untersuchungsprogramme und die Analytik für die Trinkwasserüberwachung werden auf den modernsten Stand gebracht. Die Wasserversorgungen, die durch Deponien beeinflusst werden könnten, werden nach den neuesten Kenntnissen untersucht. Dazu werden die Zusammenarbeit mit dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) laufend intensiviert, wichtige Daten ausgetauscht sowie das entsprechende Know-how und die benötigten Analysegeräte beschafft.		Das Pilotprojekt „risikobasierte Probenahmen von Trinkwasser aus Karstgebieten“ wurde abgeschlossen. Risiken dieser Fassungen konnten aufgedeckt und die Massnahmen mit den Gemeinden besprochen werden. Trinkwasser, welches in der Nähe von Deponien gewonnen wurde, wurde weiter intensiv untersucht. Bisher war keine Beeinflussung feststellbar. Die Analytik soll auf polare Stoffe erweitert werden.
Nr. 3.15.07	Gesetzesanpassungen (unter anderem Totalrevision des Eidgenössischen Lebensmittelgesetzes 2010) Die Auswirkungen auf die Kantonale Lebensmittelkontrolle werden überprüft. Insbesondere ist der einseitigen Einführung des Cassis-de-Dijon-Prinzips, dem überwiegenden Wegfall der Grenzkontrolle durch den Bund und der beabsichtigten Einführung des Öffentlichkeitsprinzips Rechnung zu tragen. Die finanziellen Konsequenzen sind noch nicht abschätzbar.		Das Cassis-de-Dijon-Prinzip hatte (und hat) zur Folge, dass Lebensmittel (via Allgemeinverfügung durch den Bund) und Gebrauchsgegenstände (ohne Allgemeinverfügung) zugelassen werden mussten, welche dem Schweizerischen Recht nicht entsprechen. Weitere Auswirkungen waren (noch) nicht feststellbar.

Teil 4 Bau- und Umweltschutzdirektion (BUD)

Tiefbau

Gut ausgebaute und betriebsbereite Verkehrsnetze sind die unverzichtbare Basis für das Funktionieren einer modernen Gesellschaft und einer prosperierenden Wirtschaft. Dazu gehören Strassennetze von nationaler und regionaler Bedeutung, Schienennetze im Fern- und Nahbereich sowie Verkehrswege für den Langsamverkehr. Neben der Werterhaltung der Verkehrsinfrastruktur geht es um die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Verkehrsflusses. Unter diesen Aspekten und mit den knappen Finanzmitteln erhalten Bewirtschaftung und Werterhaltung des Gesamtnetzes für den Strassen- und Schienenverkehr sowie das Verkehrsmanagement erste Priorität. Die Verkehrsnetze müssen in der Substanz über lange Zeit erhalten und schliesslich jederzeit betriebsbereit gehalten werden. Der funktionsgerechte Ausbau und die Anpassung an neue Anforderungen und Randbedingungen sind in Anbetracht der finanziellen Mittel ebenfalls von hoher, aber sekundärer Priorität.

Die hohen Erwartungen und die knappen finanziellen Mittel erfordern eine regionale Koordination der Verkehrs- und Siedlungsplanung im Agglomerationsprogramm.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Planung des Hochwasserschutzes unter gleichzeitiger Beachtung naturnaher Gewässer und die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten.

Hochbau

Die Schwerpunkte 2010 erweisen sich auch für 2011 aktuell. Für die Bereitstellung von notwendigen Infrastrukturen für die Verwaltungszwecke sind zahlreiche Neubauvorhaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Justiz von prioritärer Bedeutung. Darunter auch ein grosses partnerschaftliches Projekt für die Universität Basel. Abgeleitet aus der Strategie für ein Flächenmanagement konnten zwei Massnahmen, Bauprojekte für die Verwaltung Liestal sowie ein Neubau für das Kantonsgericht, konkretisiert werden. Die zahlreichen Projekte befinden sich vorwiegend in der Planungsphase.

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 652 vom 4. Mai 2010 betr. Investitionsprogramm im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Priorisierungen vorgenommen, welche in den nächsten Jahren zu zahlreichen Übergangslösungen führen.

2011 soll der definitive Eigentumsübertrag der Sekundarschulbauten durch den Kanton erfolgen, sofern die Übernahme vom politischen Entscheidungsträger 2010 genehmigt wird. Mit der Übernahme der rund 100 Gebäude mit einem durchschnittlichen Alter von 42 Jahren werden einige Umbau- und Sanierungsprojekte durch den Kanton in den nächsten Jahren auszulösen sein. 2011 liegt der Schwerpunkt auf der Massnahmenplanung. Zudem müssen die übernommenen Bauten aufgrund ihres Alters ausserordentlich abgeschrieben werden.

Umweltschutz und Energie

Im Bereich Umweltschutz und Energie sollen im nächsten Jahr prioritär nachstehende Ziele erreicht werden:

1. Altlasten: Die Informationen aus dem Kataster der belasteten Standorte sind öffentlich zugänglich. Die Altlastenbearbeitung der Siedlungsabfalldeponien im Raum Muttenz und der belasteten Standorte Pratteln wird fortgeführt und die entsprechenden Massnahmen sind eingeleitet worden. Die Vorkehrungen zum Schutz des Grundwassers während allfälligen Sanierungsarbeiten sind umgesetzt.
2. Wasser: Die Wasserstrategie (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) des Regierungsrates im Kanton Basel-Landschaft ist genehmigt und wird umgesetzt. Die vorhandenen natürlichen Wasserressourcen bleiben in Quantität und Qualität erhalten. Vorhandene Beeinträchtigungen werden möglichst eliminiert. Strategische Leitsätze für die Beurteilung von Nutzungskonflikten liegen vor. Eine wirtschaftliche und zweckmässige Wasserversorgung (Qualität, Versorgungssicherheit) ist langfristig sichergestellt.
3. Energie und Klimaschutz: Die Umsetzung der Energiestrategie des Regierungsrates vom 8. April 2008 wird fortgeführt. Im Vordergrund stehen die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 und die Umsetzung des Bundesgesetzes über die Stromversorgung.

Die Vollzugsinstrumente werden im Sinne eines wirkungsorientierten Umweltschutzes weiterentwickelt.

Industrielle Betriebe

Der Kanton sorgt für den gesetzeskonformen, sicheren Betrieb der Anlagen in seinem Verantwortungsbereich und nutzt dabei die Möglichkeit, Wertstoffe und Energie zurückzugewinnen.

In Kooperation mit Privaten werden Materialien aus Altlastensanierungen aufbereitet und ein wesentlicher Teil der Stoffe in den Materialkreislauf zurückgeführt. So wird der nachhaltige Umgang mit Baustoffen gefördert, die Lebensdauer der Reaktordeponie Elbisgraben verlängert und ein Kostenvorteil für den Abfall-Lieferanten realisiert.

Die Abwasserreinigungsanlagen und Anlagen im Netz (Kanäle, Mischwasserbecken) im Verantwortungsbereich des Kantons leisten einen aktiven Beitrag zum Schutz des Nahrungsmittels Trinkwasser, nutzen Kostenvorteile im Betriebsverbund des AIB und werden als Quellen zur Gewinnung erneuerbarer Energie genutzt.

Die Wärmeerzeugung für die Liegenschaften des Kantons und der Betrieb der eigenen Energie-anlagen erfolgt durch den vorbildlichen Einsatz neuer Technologien und erneuerbarer Energiequellen wie Holz, Deponie- und Klärgas.

Raumplanung

Im Vordergrund stehen im 2011 folgende vier Schwerpunkte:

- Die Umsetzung des Kantonalen Richtplans sowie der Aufbau der Raumbewachung (Vollzugs- und Wirkungscontrolling).
- Die Projektierung von Schlüsselprojekten des Spezialrichtplans Salina Raurica.
- Die Durchführung von nachhaltigen Angebotsverbesserungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Rahmen des 6. Generellen Leistungsauftrages (GLA) 2010 - 2013.
- Arealentwicklungen: Birs-Stadt, Dreispitz Süd, Klingenthal-Lachmatt, etc.

Sicherheit

Das Sicherheitsinspektorat vollzieht die Störfallverordnung, die Einschliessungs- und Freisetzungs-verordnung sowie die Gefahrgutbeauftragtenverordnung mit dem Ziel, die Eigenverantwortung der Betriebe nachhaltig zu unterstützen.

Luftreinhaltung

Umsetzung von Schadstoffminderungsmassnahmen des Luftreinhalteplans in Industrie und Gewerbe: Netzwerk- und Informationsaktionen mit der Chemiebranche und metallverarbeitenden Betrieben zur Umsetzung des Standes der Technik.

Nichtionisierende Strahlung

Kommunikation von Modellierungs- und Messdaten (Immissionskataster).

Verstärkte Kontrolle im Feld durch Inspektionen der Anlagen und Kontrollmessungen.

Nr. 4.01	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Der mit dem Bericht "Grünes Licht für den öffentlichen Verkehr" 1976 eingeleitete Ausbau der Vorortsbahnen geht in der laufenden Legislaturperiode seinem Ende entgegen. Eine steigende Bedeutung erhalten die Erneuerungs- und die Erhaltungsmaßnahmen für die schienengebundenen Trassen. Diese werden für die kommenden Jahre mit den Transportunternehmungen geplant, die notwendigen Kredite werden beantragt. Mit dem Kreditbeschluss "Massnahmen Bahnübergänge" wird ein neues Kapitel zur Optimierung der bestehenden Kreuzungen Schiene / Strasse eingeläutet. Rund 240 Tram- und Bahnübergänge (exkl. SBB) sollen bis 2014 nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse überprüft und sofern erforderlich optimiert werden. Für den strassengebundenen öffentlichen Verkehr sind Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität anzugehen. Bei der Linie 10 ist die Doppelspurverlängerung vom Bahnhof Dornach - Arlesheim bis Stollenrain im Bau und soll mittelfristig in Abhängigkeit der finanziellen Mittel der Abschnitt Ettingen - Flüh auf Doppelspur ausgebaut werden, um den Takt von 10 auf 7.5 Min. verdichten zu können. Bei der Linie 11 steht die Erneuerung der Ortsdurchfahrt in Reinach an. In Allschwil ist das Trasse der Linie 6 verbunden mit einer moderaten Umgestaltung der Baslerstrasse vollständig zu erneuern. Die Planung für den systematischen, behindertengerechten Umbau der Haltestellen für Tram und Bus bis 2023 wird gestartet. Ziele all dieser Massnahmen sind die Verbesserung der allgemeinen Verkehrssicherheit durch eine Reduktion oder eine einheitliche Signalisation der Konfliktpunkte Schiene / Strasse, die Sicherung eines reibungslosen Betriebes, ein verdichteter Fahrplan sowie die Erhöhung der durchschnittlichen Reisegeschwindigkeit.	Amtsbericht 2011
-----------------	---	--------------------------------

Nr. 4.01.02	Einzelne Massnahme BLT-Linie 11, Reinach Trasseerneuerung und Umgestaltung der Ortsdurchfahrt in Reinach. Bau ab 2013. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2481 und 2002 / 1478) Total: Fr. 39'700'000.- (Konto 2317.701.40-003, 2317.364.00-003) Innenauftrag Nr. 500425 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 31'621'230.70 Budget 2010: Fr. 1.00 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Das Auflageprojekt wurde einvernehmlich mit der Gemeinde Reinach ausgearbeitet; im Januar 2012 erfolgt nun die öffentliche Auflage des Projektes. Zielsetzung: Bau ab 2013 ermöglichen.
Nr. 4.01.04	BLT-Linie 10, Dornach - Arlesheim Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim (erfolgt) und der Doppelspur bis Stollenrain. Bau 2008 - 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (LRV: 2008 / 006; LRB 2008 / 418) Total Fr.: 20'788'000.- (Konto 2317.364.00-013) Innenauftrag Nr. 500423 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 2'550'904.15 Budget 2010: Fr. 7.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Die Hauptarbeiten für den Ausbau auf Doppelspur im Bereich Stollenrain wurden im November 2010 abgeschlossen, so dass das Tram BLT Nr. 10 seit dem 14. November 2010 den Abschnitt ungehindert auf der Doppelspur passieren kann. Im Jahr 2012 können im Zusammenhang mit dem Ausbau der Verkehrsdrehscheibe Dornach - Arlesheim voraussichtlich auch die letzten baulichen Arbeiten im Schnittstellenbereich mit der neuen Überbauung ausgeführt werden (Veloabstellplätze, Parkplätze, Belagsarbeiten). Damit ist dann der Ausbau der BLT-Linie 10 definitiv abgeschlossen.

Nr. 4.01.05	BVB-Linie 6, Allschwil - Fertigstellungsarbeiten Kreisel Grabenring, - Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse); Zielsetzung Bau ab 2013 ermöglichen, - Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit. Kreisel Grabenring; Realisierung; Anteil Schiene Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1527 Total Fr. 2'705'000.- (Konto 2317.501.40-014) Innenauftrag Nr. 700106 Per Ende 2009 verbraucht: 113'756.70 Budget 2010: Fr. 2.60 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2010 /1721 (LRV 2009 / 348) Total Fr. 3'500'000.- (Konto 2317.501.40-016) Innenauftrag Nr. 700192 Per Ende 2009 verbraucht: 0.- Budget 2010: Fr. 1.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio. Vgl. Punkt 4.02.26.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.60 Mio. Fr.	Der Kreisel Baslerstrasse / Grabenring inkl. der erneuerten Haltestelle Gartenstrasse wurde 2010 erstellt. Das Tram konnte plangemäss nach 3-wöchigem Unterbruch den Betrieb am 17. Oktober 2010 wieder aufnehmen. Für die Erneuerung der Baslerstrasse liegt ein überarbeitetes Vorprojekt vor. Die Vergabe der Ingenieurarbeiten für das Bauprojekt ist erfolgt, so dass das Bauprojekt anfangs 2012 gestartet werden kann. Zielsetzung: Bau Erneuerung Baslerstrasse ab 2014 ermöglichen. Die Instandsetzungsmassnahmen sind erfolgt; der Aufwand bewegt sich im vorgesehenen Rahmen. (Siehe auch Bemerkungen Nr. 4.02.26)
Nr. 4.01.08	Massnahmen Bahnübergänge Optimierungsmassnahmen nach den Grundsätzen für die Signalisation der Kreuzungen Schiene / Strasse. Realisierung ab 2010 (unter anderem Lampenberg Nord) bis 2014. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit (LRB 2006 / 2036; LRV 2006 / 037) Total Fr. 20'000'000.- (Konto 2317.364.00-012) Innenauftrag Nr. 500422 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 493'947.75 Budget 2010: Fr. 2.50 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.	2011 war ein Jahr intensiver Projektierungsarbeit. Das Projekt für die Absicherung des Überganges Neuhof (Bubendorf) wurde im Sommer 2011 dem Bundesamt für Verkehr für das ordentliche Plangenehmigungsverfahren eingereicht, Bau voraussichtlich 2013, im Idealfall schon im 2. Semester 2012. Mit Unterstützung einer Gesamtleitung ist die Realisierung der Optimierungsmassnahmen bis Ende 2014 vorgesehen.

Nr. 4.01.09	BVB-Linie 14, MuttENZ - Pratteln Erneuerung Tramgeleise 2. Etappe. Planung ab 2009, Realisierung ab 2012. (Konto 2317.364.00-006) Innenauftrag Nr. 500420 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 34'868.35 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.	Die Planung hat gezeigt, dass auf der Linie 14 dringender Erneuerungsbedarf besteht. Die entsprechende Landratsvorlage (2011 / 221) für die Instandsetzungskosten wurde am 17. November 2011 vom LR beschlossen; die vorgesehenen Arbeiten für 2011 konnten wie geplant ausgeführt werden.
Nr. 4.01.10	Standards Schieneninfrastruktur Für die Erhaltung der Schieneninfrastruktur soll ein Konzept mit den geforderten Standards und den notwendigen Erhaltungsmassnahmen erstellt werden. Ziel ist ein optimierter Mitteleinsatz für die langfristige Gewährleistung der Funktion der Schieneninfrastrukturen Tram und Waldenburgerbahn (WB). Die Erarbeitung der Konzepte erfolgt durch die Konzessionierten Transportunternehmen (KTU) in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der notwendige Mittelbedarf für die Erhaltung der Schieneninfrastrukturbauten für die ca. nächsten 5 Jahre wurde mit den konzessionierten Transportunternehmen (KTU) erhoben. Die entsprechenden Angaben sind in das langfristige Investitionsprogramm eingeflossen. Die Landratsvorlagen für die ersten notwendigen Kredite für die BLT und BVB wurden durch den LR 2010 und 2011 beschlossen; für die WB und die zweite Tranche bei der BLT werden sie 2012 ausgearbeitet.
Nr. 4.01.11	Strassen gebundener Öffentlicher Verkehr - Prüfen und Einleiten von Massnahmen zur Verbesserung der Fahrplanstabilität (Diverse Massnahmen in Therwil / Busspuren Bruderholzstrasse; Optimierung der Steuerung von Lichtsignalanlagen etc.). - Erstellung von Bushaltestellen als Folge der neuen / geänderten Buslinien mit dem 6. GLA. - Ausarbeitung Konzept ab 2011 für eine behindertengerechte Erneuerung der Haltestellen Tram und Bus nach einheitlichem Konzept bis 2023. (Konto 2317.401.40-999) Innenauftrag Nr. 700107 Budget 2010: Fr. 2.30 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.	Die Arbeitsgruppe prüft verschiedene Massnahmen. Auf der Bruderholzstrasse wurden Busspuren realisiert. Für die Verbindung Reinach –Therwil wurde ein Konzept mit diversen Massnahmen entwickelt; erste Massnahmen bei den Bushaltestellen Mooswasen und Jurastrasse sind 2011 erfolgt. Zusätzlich wurden 2011 weitere Bushaltestellen als Folge des 6. Generellen Leistungsauftrags (GLA) definitiv realisiert. Für die Ausarbeitung eines Konzeptes für eine behindertengerechte Erneuerung der Haltestellen Tram und Bus ist eine LRV für einen Projektierungskredit in Arbeit.

Nr. 4.01.12	Waldenburgerbahn Erneuerung (Geleise, Kunstbauten) und Ausbauten (Kreuzungsinself, Anpassung Haltestellen an Behinderten-Gesetz (BeHiG), zukünftiges Rollmaterial) vorbereiten auf der Basis des erneuerten Betriebskonzeptes; inkl. Haltestelle Altmarkt. Erneuerung Fahrleitungen (altershalber) inkl. Ertüchtigung für neues Rollmaterial (Projektierung; Realisierungen ab ca. 2012). WB Ausbau Haltestelle Altmarkt Innenauftrag Nr. 500430 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. WB Ausbau Infrastruktur Innenauftrag Nr. 500431 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. WB Erneuerung Fahrleitungen Innenauftrag Nr. 500623 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.65 Mio. Fr.	Das grundsätzliche Betriebskonzept liegt vor; ebenfalls liegen erste Vorschläge für die notwendigen Infrastrukturausbauten (z.B. Doppelspurinseln) vor. Zudem wurde der Bedarf des Umbaus der Haltestellen bezüglich Behindertengleichstellungsgesetz und Erneuerung der Sicherungsanlagen formuliert. Zusammen mit der WB konnte der Finanzplan erstellt werden und die Infrastrukturofferte 2013 bis 2016 dem Bund eingereicht werden. In der Botschaft des Bundes wurde die Mitfinanzierung bestätigt.
Nr. 4.01.13	BVB-Linie 14, Salina Raurica Verlängerung der Tramlinie 14 bis zur S-Bahn-Station Salina Raurica. Ausarbeitung Vorprojekt ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982; LRV 2007 / 005A Total: Fr. 1'344'000.- (Konto 2317.364.00-016) Innenauftrag Nr. 500426 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 40'596.30 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Die definitive Linienführung wurde im Rahmen der Machbarkeitsstudie festgelegt. Mit dem Beschluss zur Anpassung des Richtplanes vom 17. November 2011 (LRV 2011 / 234) wurde die neue Linienführung mit neuem Endhaltepunkt genehmigt, so dass Mitte 2012 das Vorprojekt gestartet werden kann. Zielsetzung: Bau ab 2016 ermöglichen.

Nr. 4.01.14	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Ettingen - Flüh Ausbau mittels Doppelspur-Inseln zur Ermöglichung 7.5-Minuten-Takt. Planung ab 2009, Realisierung offen (Finanzierung Bund und Kanton unsicher). (Konto 2317.364.00-024) Innenauftrag Nr. 500622 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Infolge der fehlenden Bundesmittel war eine Realisierung 2011 nicht möglich. Die Planung wurde soweit vorangetrieben, dass eine Realisierung ab 2013 möglich sein wird (das rechtskräftige Projekt liegt vor). In der Botschaft des Bundes zur Mitfinanzierung bei Infrastrukturinvestitionen wurde eine Beteiligung des Bundes im Zeitraum 2013 bis 2016 bestätigt. 2012 soll die dazu notwendige Landratsvorlage für den Kredit ausgearbeitet werden.
Nr. 4.01.15	BLT Linie 10 / 17, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Innenauftrag Nr. 500571 Budget 2010: Fr. 0.70 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der notwendige Kreditbeschluss über total 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können. Grössere Instandsetzungsarbeiten im hinteren Leimental wurden unter dem Lead der BLT im 2011 ausgeführt.
Nr. 4.01.16	BLT Linie 10 / 17, Doppelspurausbau, Spiesshöfli Ausbau Reststück auf Doppelspur zur Angebotserweiterung / Fahrplanstabilität. Planung ab 2009, Einleiten Landerwerb ab 2010; Realisierung ab 2017. (Konto 2317.364.00-025) Innenauftrag Nr. 500569 Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 0.20 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.20 Mio. Fr.	Die Machbarkeitsstudie konnte im 2011 mit der Wahl der Bestvariante abgeschlossen werden. Eine Information der betroffenen Grundeigentümer zusammen mit der Gemeinde Binningen ist erfolgt, so dass der freihändige Landerwerb gestartet werden konnte, um die strategisch wichtigen Grundstücke rechtzeitig erwerben zu können. Dies ist in einzelnen Fällen 2011 bereits erfolgt. Ergänzend wurden die Vorbereitungen getroffen, dass das Projekt ins Agglomerationsprogramm 2. Generation aufgenommen werden kann.

Nr. 4.01.17	BLT Linie 10, Birseck, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317. 364.00-026) Innenauftrag Nr. 500570 Budget 2010: Fr. 0.60 Mio. Budget 2011: Fr. 2.20 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.20 Mio. Fr.	Der notwendige Kreditbeschluss über total 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können.
Nr. 4.01.18	BLT Linie 11, Instandsetzung Instandsetzungsmassnahmen Schiene / Fahrleitung zur Erhaltung Betriebssicherheit inkl. erforderliche Anpassungen zur Inbetriebnahme des "Tangos". (Konto 2317.364.00-027) Innenauftrag Nr. 500572 Budget 2010: Fr. 4.10 Mio. Budget 2011: Fr. 4.90 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.90 Mio. Fr.	Der notwendige Kreditbeschluss über total 38 Mio. Franken ist 2010 erfolgt, so dass die notwendigen Instandsetzungen bis 2013 erfolgen können. Grössere Gleis- und Fahrleitungsinstandsetzungen wurden unter dem Lead der BLT 2011 durchgeführt.

Nr. 4.02	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Individualverkehr Strategische Zielsetzungen Hauptziel ist es, dem Zweckartikel des kantonalen Strassengesetzes entsprechend die Betriebsbereitschaft und die Erhaltung der Kantonsstrassen sicherzustellen und ihre Funktion langfristig zu gewährleisten; der entsprechende Mittelbedarf ist hoch. Die Mittel sollen nach der im Regierungsratsbeschluss Nr. 1385 vom 5. September 2006 dargelegten dualen Erhaltungsstrategie investiert werden. Der Kanton Basel-Landschaft befürwortet grundsätzlich die vorgesehene Übernahme der H2 Pratteln - Sissach sowie der H18 Basel - Delémont unter fairen Bedingungen. Die Projektierung von Ausbau- und Neubauprojekten wird forciert, um dem Bund möglichst genehmigte Projekte zur raschen Realisierung übergeben zu können. Die notwendigen Erhaltungsmassnahmen werden unabhängig eines allfälligen Eigentümerwechsels nach Bedarf geplant und realisiert. Die Realisierung des Schlüsselprojektes H2 Pratteln - Liestal wird fortgesetzt.		Amtsbericht 2011 Die aktuelle und künftige Werterhaltung der kantonalen Infrastrukturanlagen ist von zentraler Bedeutung. Es gilt weiterhin, mit einer straffen Mehrjahresplanung sowohl im Ausbau wie auch im Unterhalt klare Prioritäten zu setzen und - unter zusätzlicher Berücksichtigung der Entlastungsmassnahmen - haushälterisch mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umzugehen. Dies bedeutet jedoch keineswegs Stillstand, denn mit innovativen Ideen konnten dennoch im Bereich Tiefbau Fortschritte und Weiterentwicklungen realisiert werden. Es gilt jedoch, vor der Standardsetzung dieser neuen Technologien Kosten und Nutzen genau abzuwägen und keine voreiligen Entscheidungen zu treffen. Der immer noch zu beklagende Mangel an Fachkräften im Ingenieurbereich innerhalb der Verwaltung wie auch bei den beauftragten Ingenieurbüros und Unternehmungen wirkt sich nach wie vor auf die Umsetzung des Planungs- und Realisierungsvolumens aus. Dieser Mangel ist umso gravierender, weil gleichzeitig der Aufwand bis zur Realisierung eines Projektes zugenommen hat (z.B. Vermehrte Zusammenarbeit und Einbezug von verschiedenen externen und internen Anspruchsgruppen / schwierigere Lösungsfindung in unserem dicht besiedelten Raum, Zunahme der Mit- und Einsprachefreudigkeit etc.).
Nr. 4.02.01	Einzelne Massnahme Optimierung der Strasseninfrastruktur Der Schwachstellenplan zeigt auf, wo für den motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Verkehr und den Langsamverkehr Handlungsbedarf bei der Strasseninfrastruktur zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zur Verbesserung des Verkehrsflusses besteht. Die Umsetzung der Massnahmen richtet sich nach den Prioritäten Verkehrssicherheit - Zustand Verkehrsinfrastruktur - Verkehrsfluss.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2312, 2313, 2314	Der Übersichtsplan 'Schwachstellen Verkehrssicherheit' liegt vor, ebenso die zugehörige Massnahmenliste; sie wird jährlich aktualisiert. Der Übersichtsplan 'Schwachstellen Verkehrsfluss' ist per Ende 2011 erstmalig erfolgt; 5 Knoten sind bezüglich Beurteilung noch pendent. Die Erstellung der Massnahmenliste ist im Gange.

Nr. 4.02.02	Optimierung des Verkehrsflusses Der Verkehr soll möglichst sicher und flüssig abgewickelt werden. Ganz besonders gilt dies beim Eintreten eines Ereignisses. Dazu werden Verkehrsmanagementpläne für die Nationalstrassen (Federführung Bund; Mitarbeit Kanton) erarbeitet - im Sinne von vorbehaltenen Entschlüssen -, welche die erforderlichen Massnahmen und die Zuständigkeit für die Umsetzung regeln. (Konto 2312.318.20) Neu 3132 0 000 Budget 2010: Fr. 0.225 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Federführung für das Erstellen der Verkehrsmanagementpläne der Nationalstrassen liegt beim ASTRA; die Arbeit ist im Verzug. Die Federführung für die Verkehrsleitzentralen liegt bei der SID.
Nr. 4.02.03	A2 Sanierungstunnel Belchen Mit dem Inkrafttreten der NFA per 1. Januar 2008 liegt die Verantwortung für dieses Projekt integral beim Bund. Das Tiefbauamt ist in der Begleitkommission des ASTRA durch den Kantonsingenieur vertreten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (100 % Bund)	
Nr. 4.02.06	H2 Pratteln - Liestal Ausführungsprojekt und Realisierung der H2 nach Bauprogramm. Realisierung bis 2013 (exkl. Rheinstrasse). Ertüchtigung Bauprojekt Rheinstrasse. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1995 / 2418 und 2006 / 1816 Total Fr. 283.0 Mio. (Konto 2312.501.20-004) Innenauftrag Nr. 700066 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 152'442'249.25 Budget 2010: Fr. 60.00 Mio. Budget 2011: Fr. 64.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 64.00 Mio. Fr.	Die H2 Pratteln - Liestal (HPL) ist auf ihrer ganzen Länge im Bau; für alle massgebenden Bauarbeiten ist die Vergabe rechtskräftig erfolgt. Erste Teilobjekte wie die Wölferbrücke, der Anschluss Liestal Nord inkl. neuer Ergolzbrücke oder der neue Hülftenkreisel sind fertig gestellt. Für die Rheinstrasse wurde das bestehende, rechtskräftige Projekt aus dem Jahr 2002 bzgl. den heutigen Anforderungen überprüft und ein neues Konzept ausgearbeitet, das im Januar 2012 vorgestellt wird. Die Inbetriebnahme der HPL ist Ende 2013 vorgesehen.

Nr. 4.02.07	H2 Umfahrung Liestal Erneuerung und Ausbau der Umfahrung Liestal, Ausarbeitung rechtskräftiges Bauprojekt zur Übergabe und Realisierung an Bund (bei allfälliger Übernahme). Weiterführung Projektierung 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2001 / 1217 und 2009 / 1526; LRV 2009 / 209 Total: Fr. 9.40 Mio. (Konto 2312.501.10-138) Innenauftrag Nr. 700055 / 700485 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 878'468.40 Budget 2010: Fr. 1.50 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.	Gemäss Auftrag Landrat wurde das Generelle Projekt nochmals überprüft; es wurde ein umfangreicher Variantenvergleich erstellt; die abschliessenden Ergebnisse liegen im 1. Quartal 2012 vor. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen bzw. Ausarbeitung / Bereithaltung rechtskräftiges Projekt per Ende 2013 zur Übergabe an den Bund.
Nr. 4.02.08	H18 Umfahrung Laufen / Zwingen H18 Umfahrung Laufen / Zwingen: Ausarbeiten des Generellen Projektes sowie Landratsbeschluss zum Generellen Projekt herbeiführen. Mit Option Weiterführung Projektierungsarbeiten durch den Bund bei allfälliger Übernahme der H18. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 672 Total: Fr. 3.0 Mio. (Konto 2312.501.10-013) Innenauftrag Nr. 700049 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 3'080'557.15 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Das Vorprojekt H18 Umfahrung Laufen - Zwingen wurde Ende 2009 abgeschlossen und den Gemeinden zur Vernehmlassung zugestellt. Die Bereinigung des Vorprojektes sowie die Kommunikation der Kosten von 950 Mio. Franken sind erfolgt. Als Grundlage für die Landratsvorlage für den Beschluss zum generellen Projekt wurde die Zweckmässigkeitsbeurteilung im Rahmen einer Aufgabenanalyse überprüft. Auf eine Projektierungskreditvorlage wird verzichtet weil eine Fertigstellung vor der vorgesehenen Übernahme durch den Bund nicht mehr möglich ist.

Nr. 4.02.09	Südumfahrung Basel Gemäss Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan wird innert fünf Jahren eine Landratsvorlage zur Anpassung des Richtplans im Bereich Leimental / Birseck (ELBA = Entwicklungskonzept Leimental Birseck Allschwil) ausgearbeitet, die eine Problemanalyse, die Randbedingungen für die Lösungsentwicklung, die Ergebnisse und die erforderliche Richtplananpassung beinhaltet. Die betroffenen Gemeinden sowie der Kanton Basel-Stadt und Frankreich werden in den Planungsprozess einbezogen. Mit dem Beschluss des Landrates zum Kantonalen Richtplan sind für die Projektierung des gesamten Strassennetzes Baselland Fr. 2.5 Mio. genehmigt worden; davon sind Fr. 1.0 Mio. für den oben beschriebenen Planungsauftrag vorgesehen. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1080 Total: Fr. 2.50 Mio. (Konto 2312.501.10-017) Innenauftrag Nr. 700050 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.25 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Der LR hat mit Beschluss zum KRIP am 26. März 2009 entschieden, die Trasseesicherung zu streichen und den Regierungsrat beauftragt, innert 5 Jahren eine Landratsvorlage mit Lösungen zu den Verkehrsproblemen vorzulegen. Das Vorgehenskonzept zu diesem Geschäft, der Entwicklungsplanung Leimental Birseck Allschwil (ELBA), wurde ausgearbeitet. 2011 erfolgte ein Ideenwettbewerb mit 6 Teams (Planungsstudie). 3 Studien mit unterschiedlichen Stossrichtungen wurden ausgewählt und werden bis ca. Mitte 2012 im Rahmen von Testplanungen vertieft und konkretisiert. Zielsetzung: Landratsvorlage gemäss Auftrag bis Ende 2014.
Nr. 4.02.10	Kantonale Hochleistungsstrassen, Kantonsstrassen Aufrechterhaltung der Betriebsbereitschaft und Substanzerhaltung, Nachrüsten der Anlagen (Lärm- und Grundwasserschutzbauten) sowie Umgestaltung von Knoten auf den Kantonsstrassen und von Ortsdurchfahrten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: KS 25 - 30 / Jahr HLS 5 - 10 / Jahr Diverse Konti Laufende Rg. und Inv.-Rg. Rubriken 2313 und 2314	Trotz der eingeschränkten Salzliefierungsmöglichkeiten konnte der Winterdienst dank eigener Lagerkapazitäten und entsprechender Bewirtschaftung und somit die Betriebsbereitschaft aufrecht erhalten werden. Die Substanzerhaltung erfolgt infolge begrenzter Ressourcen auf tiefem Niveau, die entsprechenden Schäden werden immer sichtbarer. In Pratteln konnten weitere Lärmschutzwände realisiert werden. In Hölstein wurde ein weiterer lärmreduzierender Belag als Versuchsstrecke eingebaut. In Oberwil und Bottmingen sowie an weiteren Örtlichkeiten erfolgten Instandsetzungsarbeiten, teilweise verbunden mit Umgestaltungen und Ausbauten (z.B. Strassenraumverschmälerung mit Parknischen).

Nr. 4.02.11	Regionales Radroutennetz Netzausbau: Ausarbeiten Gesamtkonzept mit Fertigstellungshorizont 2020; Ausarbeiten ausführungsfähiger Projekte und Realisierung mit Priorität Schulwegsicherung und Eliminierung gefährlicher Punkte und Strecken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1996 / 32 und 1998 / 1647 Total: Fr. 47.722 Mio. (Konto 2312.501.20-007) Innenauftrag Nr. 700061 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 25'928'912.70 Budget 2010: Fr. 1.00 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.	Diverse Projekte zur Fertigstellung des kantonalen Radroutennetzes und zur Entschärfung gefährlicher Abschnitte sind in Arbeit. In Basel / Birsfelden erfolgte die Neuerstellung des Birskopfsteiges. Im Rahmen der Instandsetzung der Bielstrasse in Oberwil erfolgten Massnahmen für die kantonale Radroute. Die Wegweisung der Radrouten wurde überarbeitet; die Montage erfolgt im Winter 2011 / 2012. Ausserdem wurde auf der TBA-Homepage eine Beschreibung und Übersicht der kantonalen Radrouten eingerichtet.
--------------------	--	--	---

Nr. 4.02.14	H18 Anschluss Aesch / Dornach - Ausarbeitung rechtskräftiges Bauprojekt zur Übergabe und Realisierung an Bund (bei allfälliger Übernahme). Weiterführung Projektierung 2011, - Vorprojekt für Durchstich Pfeffingerring, - Vorprojekt für "Direkte Anbindung Dornach an H18" (Federführung Kanton Solothurn). H18, Vollanschluss Aesch Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180; LRV 2008 / 310 Total: Fr. 3.30 Mio. (Konto 2314.501.10-003) Innenauftrag Nr. 700094 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 468'607.50 Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Budget 2011: Fr. 1.00 Mio. Durchstich Pfeffingerring Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1180; LRV 2008 / 310 Total Fr. 0.40 Mio. (Konto 2312.501.20-152) Innenauftrag Nr. 700088 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 21'896.75 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Anbindung Dornach (Konto 2312.501.20-153) Innenauftrag Nr. 700089 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.20 Mio. Fr.	Der erforderliche Projektierungskredit zur Ausarbeitung des Bauprojektes inkl. Plangenehmigungsverfahren wurde am 14. Mai 2009 vom Landrat beschlossen (LRB Nr. 1180; LRV 2008 / 310). Die Ausarbeitung des Bauprojektes ist erfolgt; die Planauflage ist nach einer Mitwirkung der Bevölkerung Mitte 2012 vorgesehen. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen bzw. Ausarbeitung / Bereithaltung rechtskräftiges Projekt zur Übergabe an den Bund per Ende 2013. Die Vorstudie für den Durchstich Pfeffingerring inkl. Synthesebericht liegt vor; Start Vorprojekt anfangs 2012. Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen. Anbindung Dornach (Federführung Kt. SO): Auf Stufe Machbarkeit wurde ein Variantenvergleich bzgl. optimaler Lage der Birsquerung ausgearbeitet; nach Vorliegen der definitiven Resultate erfolgt 2012 die Ausarbeitung des Vorprojektes.
-------------	--	--	---

Nr. 4.02.16	Muttenz, Sanierung / Umgestaltung Rheinfelderstrasse Wiederaufnahme Projektierung ab 2011; Ausarbeitung ausführungsfähiges Projekt. (Konto 2312.501.20-145) Innenauftrag Nr. 700081 Budget 2010: 0.- Mio. Budget 2011: 0.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Die Arbeiten für Bauprojekt und Landratsvorlage sind im Gang. Verschiebung der Realisierung gemäss Investitionsprogramm. 2011 wurde infolge geänderter Randbedingung eine Überprüfung der Führung der Velos gestartet, um das Bauprojekt zu gegebener Zeit mit gesicherten Grundlagen fertig stellen zu können.
Nr. 4.02.18	Zwingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt und neue Birsbrücke Bau der Birsbrücke sowie Ausführungsplanung und Baubeginn der Ortsdurchfahrt. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420 Total Fr.: 14.0 Mio. (Konto 2312.501.20-149) Innenauftrag Nr. 700085 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 1'548'573.60 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 4.80 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.80 Mio. Fr.	Die Bauarbeiten für die neue Birsbrücke sind zum grossen Teil abgeschlossen, im 2012 erfolgt noch der Neubau des Anschlusskreises und der Rückbau der alten Brücke.
Nr. 4.02.19	Reigoldswil, Korrektur Ziefenstrasse Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung (Anteil Strasse). Bau ab 2014 ermöglichen. (Konto 2312.501.20-146) Innenauftrag Nr. 700082 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'124.95 Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 0.15 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.	Wesentliche Projektänderungen nach der Planaufgabe sowie veränderte Zahlen bzgl. Hochwasser bedingen eine komplette Überarbeitung. Die Machbarkeitsstudie liegt im Entwurf vor. 2011 wurde die notwendige Landratsvorlage für den Projektierungskredit ausgearbeitet (Überweisung an den LR anfangs 2012 vorgesehen). Zielsetzung: Bau ab 2015 ermöglichen. (siehe auch Punkt 4.03.07)

Nr. 4.02.20	Langenbruck, Korrektur / Umgestaltung Hauensteinstrasse Wiederaufnahme Bau- und Ausführungsprojekt. Bau ab 2014 ermöglichen. (Konto 2312.501.20-137) Innenauftrag Nr. 700076 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.05 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr	Nach der Sistierung wurden 2011 die Projektierungsarbeiten wieder aufgenommen mit der Zielsetzung, den Bau ab 2014 zu ermöglichen.
Nr. 4.02.21	Augst, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Bau- und Ausführungsprojekt, Realisierung bis spätestens 2014 vorbereiten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982 Total Fr. 0.5 Mio. (Konto 2312.501.20-139) Innenauftrag Nr. 70077 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'354.90 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.15 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor; nach den notwendigen Submissionen der Ingenieurarbeiten wurde das Bauprojekt in enger Koordination mit der 'Römerstadt' gestartet. Zielsetzung: Bau ab 2014 ermöglichen.
Nr. 4.02.23	Lärmschutz an Kantonsstrassen Umsetzung der Massnahmen gemäss Strassensanierungsprogramm. Gebundene Ausgaben im Rahmen der Investitionsrechnung. (Konto 2312.501.20-995) Innenauftrag Nr. 700148 Budget 2010: Fr. 2.00 Mio. Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.	Die Projektierungs- und Realisierungsarbeiten verlaufen gemäss TBA-Mehrjahresprogramm 2008 - 2018 bzw. gemäss NFA-Programmvereinbarung mit dem Bund (der Subventionsbeitrag beläuft sich auf ca. 25%).

Nr. 4.02.25	H18 Tunnel Eggflue Gewährleistung der Tunnelsicherheit. 1. Intervention 2009 / 2010 / 2011: Ausbau der Betriebs- und Sicherheitseinrichtungen Energieleitungstunnel zum Fluchtweg, Fluchtwegabgänge Zentrale. Gesamtkosten 18.83 Mio. Franken. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1027; LRV 2009 / 269 Total Fr. 18.83 Mio. (Konto 2314.501.30-001) Innenauftrag Nr. 700096 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 774'040.60 Budget 2010: Fr. 6.00 Mio. Budget 2011: Fr. 9.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 9.00 Mio. Fr.	Die Fluchtwegabgänge wurden erstellt und die Ertüchtigung des Energieleitungstunnels zu einem Fluchtweg ist im Gange und wird bis Mitte 2012 abgeschlossen sein.
Nr. 4.02.26	Allschwil, Korrektur / Umgestaltung Baslerstrasse - Fertigstellungsarbeiten Kreisel Grabenring, - Erneuerung des Trasses der BVB-Linie 6, Erneuerung der Baslerstrasse sowie Umgestaltung von Haltestellen (Anteil Gleistrasse). Zielsetzung Bau ab 2013 ermöglichen. Kreisel Grabenring; Realisierung; Anteil Strasse Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRV 2009 / 211; LRB 2009 / 1527 Total Fr. 3'845'000.- (Konto 2312.501.20-136) Innenauftrag Nr. 700075 Per Ende 2009 verbraucht: 26'612.10 Budget 2010: Fr. 3.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. Erneuerung Baslerstrasse; Projektierung Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 564 Total Fr. 1'000'000.- (Konto 2312.501.10-136) Innenauftrag Nr. 700056 Per Ende 2009 verbraucht: 232'638.70 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 0.40 Mio. Vgl. Punkt 4.01.05.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.90 Mio. Fr.	(Bemerkungen analog Nr. 4.01.05) Der Kreisel Baslerstrasse / Grabenring inkl. der erneuerten Haltestelle Gartenstrasse wurde 2010 erstellt. Das Tram konnte plangemäss nach 3-wöchigem Unterbruch den Betrieb am 17. Oktober 2010 wieder aufnehmen. Für die Erneuerung der Baslerstrasse liegt ein überarbeitetes Vorprojekt vor. Der Zuschlag für die Ingenieurarbeiten für das Bauprojekt ist erfolgt, so dass die Bearbeitung des Bauprojektes anfangs 2012 gestartet werden kann. Zielsetzung: Bau Erneuerung Baslerstrasse ab 2014 ermöglichen. Die Instandsetzungsmassnahmen sind erfolgt; der Aufwand bewegt sich im vorgesehenen Rahmen.

Nr. 4.02.27	Grellingen, Sanierung / Umgestaltung Ortsdurchfahrt Erarbeitung von Bau- und Ausführungsprojekt sowie Landratsvorlage. Realisierung Etappe 1 ab 2012 ermöglichen; Etappe 2 als Ersatzprojekt zur Ausführung bereit halten. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2002 / 564 Total: Fr. 150'000.- (Konto 2312.501.10-016) Innenauftrag Nr. 700160 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 124'951.30 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Die Auflage des Bauprojektes für die 1. Etappe ist erfolgt; infolge einer hängigen Einsprache, die nach Abweisung durch den Regierungsrat ans Kantonsgericht weitergezogen wurde, ist der Ausführungstermin offen.
Nr. 4.02.28	Pratteln, Salina Raurica, Rheinstrasse Vorprojekt, Bau- und Ausführungsprojekt, Bau ab 2015 ermöglichen; Ausarbeitung Vorprojekt 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 982; LRV 2007 / 005 Total: Fr. 10.50 Mio. (Konto 2312.501.20-150) Innenauftrag Nr. 700243, 700086, 700244, 700320 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 127'729.75 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.	Der Landratsbeschluss (LRB 982 vom 15. Januar 2009) zu Salina Raurica ist erfolgt (inkl. Projektierungskredit Kantonsstrasse); die Vorstudien zur Verlegung der Rheinstrasse sowie Rückbau der bestehenden Strasse liegen vor, so dass das Vorprojekt gestartet werden konnte. Zielsetzung: Bau ab 2016 ermöglichen.
Nr. 4.02.29	Lausen, Hauptstrasse bis Altmarkt Bau- und Ausführungsprojekt. Realisierung in Etappen ab 2011. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2000 / 671 Total: Fr. 400'000.- (Konto 2312.501.10-014) Innenauftrag Nr. 700067 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 287'660.35 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.04 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.	Die erste Etappe wurde ausgeführt.

Nr. 4.02.31	H18 Anschluss Angenstein / Muggenbergstunnel Ausarbeitung Bauprojekt für Anschluss Angenstein / Ausarbeitung vereinfachtes Vorprojekt Muggenbergstunnel, um Bau Anschluss Angenstein zu ermöglichen (Zeitpunkt offen). Start Vorprojekt ab 2011. (Konto 2314.501.10-002) Innenauftrag Nr. 700093 Budget 2010: Fr. 0.02 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Für den Knoten Angenstein und den Muggenbergstunnel wurde ein Anschlusskonzept inkl. Untersuchung verschiedener Varianten des Muggenbergstunnels und der Führung der Kantonsstrassen ausgearbeitet. Erste Konzepte und Machbarkeiten für eine mittelfristige Verbesserung des Anschluss Angenstein wurden ausgearbeitet sowie die Ausarbeitung einer LRV für einen Projektierungskredit gestartet. Der Anschluss Angenstein soll ins Agglomerationsprogramm Basel aufgenommen werden.
Nr. 4.02.32	Liestal, Rosen- / Militärstrasse Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Bau ab 2014 ermöglichen; Ausarbeitung Vorprojekt 2011. (Konto 2312.501.20-143) Innenauftrag Nr. 700421. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Im Zusammenhang mit dem Bauprojekt der H2 Umfahrung Liestal wurden das Gesamtverkehrskonzept überprüft und allfällige Massnahmen formuliert. Nach Vorliegen dieser Ergebnisse wird 2012 eine Landratsvorlage erarbeitet. Ergänzend wurden die Vorbereitungen getroffen, dass das Projekt ins Agglomerationsprogramm 2. Generation aufgenommen werden kann.
Nr. 4.02.33	Allschwil, Knoten Hegenheimermattweg / Grabenring Vorprojekt; Bau- und Ausführungsprojekt, Bau als Ersatzprojekt ab 2014 ermöglichen. Ausarbeitung Bauprojekt ab 2011. (Konto 2312.501.20-154) Innenauftrag Nr. 700090 Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.	Das Vorprojekt liegt vor. Da von der Gemeinde Allschwil die Kostenzusage noch aussteht, wird mit der Ausarbeitung des Bauprojekts noch zugewartet. Die Projektauflage ist 2013 vorgesehen.

Nr. 4.03	Programmpunkt Tiefbau / Verkehr und Bau / Wasserbau Strategische Zielsetzungen Planung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Gewässer sind darauf ausgerichtet, einen möglichst ungehinderten Wasserabfluss zu gewährleisten ohne Schaden anzurichten. Dabei spielt die Sicherstellung der Funktion der bestehenden Schutzbauten eine wichtige Rolle. Die Anliegen des Ufer- und Hochwasserschutzes werden unter massvoller Berücksichtigung ökologischer und ortsplanerischer Anliegen realisiert. Mit Revitalisierungen und Ausdolungen wird ein aktiver Beitrag zur Wiederherstellung, Aufwertung und Vernetzung wichtiger Lebensräume geleistet. Die Planung der Massnahmen für den Hochwasserschutz, für Revitalisierungen sowie für die ökologische Aufwertung der Gewässer erfolgt gemäss Wasserbaukonzept und den darin festgelegten Prioritäten unter Berücksichtigung der Mittel und der Opportunität. Das Wasserbaukonzept wird laufend aufgrund realisierter Massnahmen sowie neuer Erkenntnisse nachgeführt.	Amtsbericht 2011	
Nr. 4.03.03	Einzelne Massnahme Allschwil, Hochwasserschutz "Dorf" Der Verpflichtungskredit wird abgerechnet und 2011 wird für das Projekt Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach eine Landratsvorlage für einen neuen Kredit ausgearbeitet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2003 / 2106 Total: Fr 7.09 Mio. (Konto 2316.701.90-015) Innenauftrag Nr. 700097 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 7'508'028.25 Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Verpflichtungskredit ist abgerechnet. Für das Hochwasserrückhaltebecken (HWRB) Lützelbach wurden die Machbarkeit und Varianten erarbeitet. Die Standortwahl hat sich in der Gemeinde als schwierig herausgestellt. Für den neuen Standort wird ein Vorprojekt ausgearbeitet. Basierend auf dem Bauprojekt wird eine neue Landratsvorlage ausgearbeitet.
Nr. 4.03.05	Gelterkinden, Hochwasserschutz HWS Eibach Weiterführung der Realisierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2006 / 1697 Total: Fr. 2.95 Mio. (Konto 2316.701.90-017) Innenauftrag Nr. 700098 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 57'457.50 Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 1.50 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.50 Mio. Fr.	Der Hochwasserschutz Eibach befindet sich ab Oktober 2010 in der Realisierung. Die Bauarbeiten sind abgeschlossen.

Nr. 4.03.07	Reigoldswil, HWS Hintere Frenke Weiterführung Bau- und Ausführungsprojekt (Anteil Wasserbau). Realisierung ab 2013 ermöglichen. (Konto 2316.501.90-019) Innenauftrag Nr. 700099 Budget 2010: Fr. 0.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	2011 wurde die notwendige LRV für einen Projektierungs-kredit ausgearbeitet. Im Jahr 2014 soll ein rechtskräftiges Bauprojekt vorliegen. (Siehe auch Bemerkungen zu Nr. 4.02.19)
Nr. 4.03.08	Hochwasserschutz und Revitalisierungen der Birs und der Ergolz Diverse Projektierungs- und Bauarbeiten, unter anderem Füllinsdorf Ergolz Renaturierung unterhalb ARA, Känerkinden Felibächli Ausdolung, Lausen / Liestal Ergolz Renaturierung und HWS. Schutzprojekte aufgrund des Hochwassers 2007 Planung und Realisierung von Massnahmen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.85 Mio. Fr.	Füllinsdorf, Ergolz unterhalb ARA, in Realisierung durch HPL. Känerkinden, Felibächli, Ausdolung, Projekt rechtsgültig. Lausen / Liestal, Ergolz, Renaturierung und HWS, Projekt rechtsgültig.
Nr. 4.03.09	Zwingen, Birs HWS und Fischgängigkeit Fertigstellen der Realisierung. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2007 / 2420 Total: Fr. 1.60 Mio. (Konto 2316.501.90-020) Innenauftrag Nr. 700100 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 46'876.20 Budget 2010: Fr. 0.80 Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr.	Hochwasserschutz und Fischgängigkeit sind erstellt.
Nr. 4.03.11	Biel-Benken, Birsig HWS Planung von möglichen Massnahmen mit den Gemeinden Biel-Benken, Therwil und Oberwil. Innenauftrag Nr. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Unter der Federführung der Gemeinde Therwil ist der Hochwasserschutz (HWS) Birsig in der Vorstudienphase.

Nr. 4.03.12	Liesberg, Birs HWS Planung von möglichen Massnahmen in Absprache mit dem Kanton Jura. Innenauftrag Nr. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.10 Mio. Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.10 Mio. Fr.	Hochwasserschutz (HWS) Birs ist in beiden Kantonen JU und BL im Plangenehmigungsverfahren. Ziel ist, im Jahr 2013 mit den Bauarbeiten Abschnitt BL zu beginnen.
-------------	---	--	--

Nr. 4.04	Programmpunkt Hochbau Strategische Zielsetzungen Weiterbearbeitung von zahlreichen Projekten in der Phase Planung als Vorbereitung von Projektierungs- und / oder Baukreditvorlagen: - Basierend auf dem Landratsbeschluss vom 20. Mai 2010 zur Bedarfs- und Projektierungsvorlage wird 2011 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens FHNW Muttentz erfolgen. Das Planerteam aus dem Siegerprojekt wird das Bauprojekt in Angriff nehmen. - Für die Bauvorhaben Kantonsspital Bruderholz und Zentrum für Akutgeriatrie und Rehabilitation wird 2011 nach Überarbeitung des Vorprojektes das Bauprojekt erarbeitet. - Für das Projekt Neubau Biozentrum auf dem Areal Schällemätteli für die Universität Basel wird 2011 das Bauprojekt erarbeitet. - Basierend auf einem positiven Landratsentscheid für Projektierungskredite zu den konkreten Massnahmen aus der Strategie Flächenmanagement in Liestal, einem Verwaltungsneubau und einem Neubau für das Kantonsgericht, werden 2011 für die beiden Bauvorhaben Architekturwettbewerbe durchgeführt. Bereitstellung räumlicher Ressourcen (Investitionsprojekte) Zur Planung der mit Regierungsratsbeschluss Nr. 652 vom 5. Mai 2010 betr. Investitionsprogramm priorisierten Vorhaben sind die notwendigen Mittel sicherzustellen. Für die aufgrund von Posteriorisierungen aufgeschobenen Vorhaben sind im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Übergangslösungen zu suchen. Werterhalt der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen ist trotz Budgetreduktion garantiert. Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird laufend aktualisiert. Schwerpunkt im Jahr 2011 ist die Integration des Portfolios der Sekundarschulbauten in das System und damit verbunden die Mehrjahresplanung und Prioritätensetzung.		Amtsbericht 2011 Zahlreiche Bauprojekt konnten im Jahr 2011 weiterbearbeitet werden. Im Polyfeld Muttentz wurden mit dem Abschluss des Masterplans Polyfeld Muttentz und dem erfolgreichen Abschluss des Wettbewerbsverfahrens FHNW-Campus mit dem Siegerprojekt „Kubuk“, zwei wesentliche Meilensteine für die Entwicklung der FHNW in Muttentz erreicht. Im Juni 2011 wurde mit der Vorbereitung der Projektierungsphase gestartet und seit September 2011 ist die Ausarbeitung des Vorprojektes im gang. Im SEK II Cluster Polyfeld Muttentz liegen mit der Genehmigung des Raumbedarfs und dem Entscheid zur Lösungsstrategie die Grundlagen vor, um die Projekte des SEK II Clusters, allen voran aber das Projekt GIBM, mit der Ausarbeitung der Machbarkeitsstudie zielgerichtet vorantreiben zu können. Im Juni 2011 konnte beim Neubau Strafjustizzentrum Muttentz nach der Abweisung der Beschwerde gegen einen Zuschlagsentscheid rund 5 Monate verzögert mit den Abbruch- und Aushubarbeiten gestartet und im November 2011 mit einem Spatenstich der Rohbau begonnen werden. Die Landratsvorlage 2010 / 317 Übernahme Sekundarschulbauten wurde am 10. Februar 2011 vom Landrat mit einem sehr guten Stimmergebnis genehmigt. Die Rekursfrist verstrich ungenutzt, sodass die Gesetzesrevision wie geplant am 1. August 2011 in Kraft treten konnte.
Nr. 4.04.01	Einzelne Massnahme Flächenmanagement Zwei konkrete Massnahmen wurden formuliert, als Projekte definiert und im Investitionsprogramm erfasst: zentraler Verwaltungsneubau und Neubau für das Kantonsgericht. IA: 700039 Budget 2011: Fr. 2.00 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.00 Mio. Fr.	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben.

Nr. 4.04.02	Liestal, Neubau Verwaltungsgebäude Total: Fr. 70.0 Mio. (Konto 2320.503.30-286) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.03 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.30 Mio. (Projektentwicklung) IA: 700030 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.30 Mio. Fr.	Die Projektentwicklung (LRV Projektierungskredit) konnte aufgrund offener Punkte aus der Phase Machbarkeitsstudie sowie pendenten Entscheiden der Regierung 2011 nicht gestartet werden.
	Muttenz, Gewerbeschule, Sanierung Aussenhülle, LRV 2007 / 283; LRB 2008 / 424 Total: Fr. 3.6 Mio. (Konto 2320.503.30-234) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.97 Mio. Budget 2010: Fr. 0.3 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. (wird 2011 abgeschlossen) IA: 700003	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Projekt wurde im Sommer 2011 mit der definitiven Bauabrechnung abgeschlossen.
	UKBB Neubau Basel (50% Anteil BL) LRV 2005 / 125; LRB 2005 / 1393 Total: Fr. 80.85 Mio. (Konto 2320.503.30-242) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 46.74 Mio. Budget 2010: Fr. 26.0 Mio. Budget 2011: Fr. 1.25 Mio. IA: 700005	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.25 Mio. Fr.	Das Projekt wurde im Januar 2011 erfolgreich in Betrieb genommen.
	Muttenz, Strafjustizzentrum, LRV 2004 / 182; LRB 2005 / 1325 Total: Fr. 74.2 Mio. (Konto 2320.503.30-253) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 4.49 Mio. Budget 2010: Fr. 0.20 Mio. Budget 2011: Fr. 24.42 Mio. IA: 700007	Finanzielle Auswirkungen 2011: 24.42 Mio. Fr.	Bedingt durch eine 6-monatige Verzögerung beim Baustart durch eine Beschwerde gegen den Zuschlagsentscheid Abbrucharbeiten, konnte das ursprünglich 2011 geplante Bauvolumen nicht umgesetzt werden.
	Liestal, Neubau Kantonsgerichtsgebäude, Projektierungsvorlage 2004 / 182 Total: Fr. 15.5 Mio. (Konto 2320.503.30-254) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700009 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben.

	Augst Römerstadt Augusta Raurica AP / Steinlager / Diverses Total: Fr. 34.24 Mio. (Konto 2320.503.30-257) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700010	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle LRV 2007 / 283; LRB 2008 / 424, zurückgestellt Total: Fr. 22.25 Mio. (Konto 2320.503.30-258) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.75 Mio. Budget 2010: Fr. 0.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. (Restzahlungen von 2010) IA: 700011	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben.
	Liestal, Gymnasium Sanierung Gebäudehülle LRV 2007 / 283; LRB 2008 / 424 Total: Fr. 9.05 Mio. (Konto 2320.503.30-263) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 3.0 Mio. Budget 2010: Fr. 6.30 Mio. Budget 2011: Fr. 1.065 Mio. IA: 700015	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.065 Mio. Fr.	Das Bauvorhaben konnte schneller als ursprünglich geplant abgeschlossen und tiefer als budgetiert abgerechnet werden.
	Liestal, Kantonsmuseum, Umbau und Sanierung LRV 2008 / 196; LRB 2009 / 1026 Total: Fr. 7.2 Mio. (Konto 2320.503.30-271) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 1.43 Mio. Budget 2010: Fr. 5.72 Mio. Budget 2011: Fr. 0.22 Mio. IA: 700018	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.22 Mio. Fr.	Die Baukosten sind tiefer als ursprünglich veranschlagt ausgefallen.
	Liestal, Turnhalle für Gymnasium LRV 2009 / 144; LRB 2009 / 1399 Total: Fr. 10.53 Mio. (Konto 2320.503.30-272) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.08 Mio. Budget 2010: Fr. 4.7 Mio. Budget 2011: Fr. 2.58 Mio. IA: 700019	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.58 Mio. Fr.	Bedingt durch Verzögerungen in der Bauprojektplanung konnte mit dem Projekt später als ursprünglich geplant gestartet werden.

	Liestal, ZID, Notstrom / Rechenzentrum, inkl. Ersatz Kälte und USV - Erweiterung Total: Fr. 0.- Mio. (Konto 2320.503.30-274) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700021 Da es sich beim Projekt um eine Einmietung handelt, werden die Kosten der Laufenden Rechnung belastet. Das Projekt entfällt somit in der Investitionsrechnung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Realisierungsreihenfolge muss wie folgt aussehen: 1. Realisierung und Inbetriebnahme neues Rechenzentrum in Pratteln (Colobal) 2. Sanierung bestehendes Rechenzentrum in Liestal.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Innenräume / Erweiterungsbau Total: Fr. 31.8 Mio. (Konto 2320.503.30-278), zurückgestellt LRV 2009 / 388; LRB 2010 / 1722 Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.25 Mio. Budget 2010: Fr. 0.7 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700022	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben.
	Münchenstein, Gymnasium Sanierung Villa Ehinger LRV 2009 / 383; LRB 2010 / 1842 Total: Fr. 2.82 Mio. (Konto 2320.503.30-279) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.3 Mio. Budget 2010: Fr. 0.10 Mio. Budget 2011: Fr. 1.070 Mio. IA: 700023	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.070 Mio. Fr.	Das Projekt konnte im 2011 beschleunigt realisiert und im Gesamtkostenrahmen abgeschlossen werden.
	Muttenz, FHNW Hochschule für Life Sciences HLS LRV 2009 / 384 Total: Fr. 145.5 Mio. (Konto 2320.503.30-280) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.13 Mio. Budget 2010: Fr. 1.70 Mio. Budget 2011: Fr. 3.92 Mio. IA: 700024 / 700440	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.92 Mio. Fr.	Bedingt durch Verzögerungen im Wettbewerbsverfahren konnte der ursprünglich im 2011 vorgesehene Planungsstand nicht erreicht werden.

	Gutsbetrieb Wildenstein und Arxhof, Freilaufställe Total: Fr. 2.65 Mio. (Konto 2320.503.30-284) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.23 Mio. Budget 2010: Fr. 1.2 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700028 Noch kein Kredit vorhanden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Landratsvorlage in Bearbeitung. Realisierungsbeginn 2012 vorgesehen.
	Liestal, Gymnasium Innensanierung Haupttrakt LRV 2009 / 388; LRB 2010 / 1722 Total: Fr. 5.1 Mio. (Konto 2320.503.30-293) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.13 Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 3.30 Mio. IA: 700321	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.30 Mio. Fr.	Das Bauvorhaben konnte schneller als ursprünglich geplant abgeschlossen und abgerechnet werden.
	Muttenz, FHNW Pädagogische Hochschule PH / Hochschule für Soziale Arbeit HSA inkl. Umbau Hochschule für Architektur, Bau und Geomatik HABG LRV 2009 / 384 Total: Fr. 185.23 Mio. (Konto 2320.503.30-310) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.28 Mio. Budget 2010: Fr. 2.30 Mio. Budget 2011: Fr. 4.98 Mio. IA: 700032 / 700440	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.98 Mio. Fr.	Bedingt durch Verzögerungen im Wettbewerbsverfahren konnte der ursprünglich im 2011 geplante Planungsstand nicht erreicht werden.
	Muttenz, FHNW, Instandsetzungsarbeiten Übergangslösungen Total: Fr. 3.9 Mio. (Konto 2320.503.30-311) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.50 Mio. Budget 2011: Fr. 0.50 Mio. IA: 700033	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.50 Mio. Fr.	Es waren keine Instandsetzungs- und Übergangsmassnahmen nötig.
	Muttenz, FHNW, Landerwerb Total: Fr. 72.0 Mio. (Konto 2320.503.30-312) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 7.00 Mio. IA: 700034	Finanzielle Auswirkungen 2011: 7.00 Mio. Fr.	Alle mit der Landratsvorlage Projektierungskredit definierten Landkäufe konnten 2011 abgewickelt und verschrieben werden (Finanzvermögen). Zur Ausschöpfung des Budgets Investitionsrechnung 2011 wurde die Umwidmung von Finanz- ins Verwaltungsvermögen vorgezogen.

Basel, Universität Neubau Schällemätteli (50% Anteil BL) LRV 2008 / 267; LRB 2009 / 1245 Total: Fr. 118.75 Mio. (Konto 2320.503.30-410) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 2.50 Mio. Budget 2011: Fr. 3.00 Mio. IA: 700036	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.00 Mio. Fr.	Durch die beschleunigte Vorprojektplanung konnte mit dem Bauprojekt früher als ursprünglich geplant gestartet werden.
Basel, Universität Neubau Volta (50% Anteil BL) Total: Fr. 131.75 Mio. (Konto 2320.503.30-411) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.25 Mio. (verzögert) IA: 700037	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr.	Bedingt durch Verzögerungen in der Strategischen Planung konnte das Projekt nicht wie geplant gestartet werden.
Sissach, Arealnutzung Werkhof Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2320.503.30-710) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.30 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700154	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Projekt gemäss Priorisierung im Investitionsprogramm aufgeschoben. Soll aber als Bereithaltungsprojekt 2012 vorbereitet werden (Verpflichtungskreditvorlage).
Globalkredit für aufgelaufenen Unterhalt Bau und Haustechnik Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 2320.503.30-997) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 2.00 Mio. Budget 2011: Fr. 1.00 Mio. IA: 700041	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.00 Mio. Fr.	Gemäss Programm.
Übernahme der Sekundarschulbauten, Neu- und Umbauten Total: Fr. 151.0 Mio. (Konto 2320.503.30.247) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 4.00 Mio. IA: 700006	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.00 Mio. Fr.	Mit der verzögerten Übernahmen der Sekundarschulen im August 2011 statt wie ursprünglich geplant im Januar 2011 sowie Verzögerungen in der Schulraumplanung, konnten verschiedene Instandsetzungsprojekte nicht geplant und bearbeitet werden.

	Übernahme der Sekundarschulbauten, Instandsetzungsarbeiten und kleinere Investitionen Total: Fr. 123.7 Mio. (Konto 2320.503.30.991) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 4.00 Mio. Budget 2010: Fr. 5.70 Mio. IA: 700040	Finanzielle Auswirkungen 2011: 5.70 Mio. Fr.	Mit der verzögerten Übernahmen der Sekundarschulen im August 2011 statt wie ursprünglich geplant im Januar 2011 konnten verschiedene Instandsetzungsprojekte nicht geplant werden.
Nr. 4.04.03	Unterhaltsmassnahmenpläne Die Mehrjahresunterhaltsplanung (Instandhaltung und Instandsetzung) wird aktualisiert, damit die finanziellen und die personellen Ressourcen über die nächsten Jahre ausgewiesen und nach Priorität beantragt werden können. Schwerpunkt im Jahr 2011 ist weiterhin die Erfassung der Liegenschaften der Sekundarschulbauten bezogen auf den Unterhaltsbedarf und die daraus abgeleiteten Mehrjahresplanungen.		In Bearbeitung. Mit verschobener Übernahme Sekundarschulen verschiebt sich auch der Endtermin für die Unterhaltsmassnahmenpläne.
Nr. 4.04.04	Unterhaltsstandard Der Unterhaltsstandard ist festgelegt und bildet die Basis für die Definition von Instandhaltungs- und Instandsetzungsmassnahmen der Liegenschaften.		Prozess in Bearbeitung und Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.04.05	Werterhaltung der Gebäude und Anlagen im Verwaltungsvermögen Ein minimaler Werterhalt der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen muss garantiert werden. Basierend auf den mit Stratus erhobenen Zustandsanalysen der Gebäude werden mittels Mehrjahresunterhaltsplänen die benötigten Finanzmittel nach Priorität beantragt.		Prozess in Bearbeitung und Umsetzung gemäss Programm.
	Bau (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Bau-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität (davon 75 Prozent Instandsetzung / Instandhaltung und 25 Prozent Nutzerbedingte Veränderungen). Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.999)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 7.00 Mio. Fr. / Jahr	Prozess in Bearbeitung und Umsetzung gemäss Programm.

	Technik (Globalbudget / Verpflichtungskredit) Haustechnik-Infrastruktur Unterhaltsmassnahmenpläne einführen und umsetzen Objekte erster Priorität. Landratsvorlage in Arbeit. (Konto 2320.503.30.998)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.00 Mio. Fr. / Jahr	Im Jahr 2011 konnten z.T. aus Personalressourcen- gründen und Verschiebungen in der Priorisierung nicht alle ursprünglich budgetierten Projekte Technik- Infrastruktur Unterhaltsprojekte wie geplant ausgeführt werden.
Nr. 4.04.06	Übernahme Sekundarschulen durch den Kanton Eigentumsübertrag Einmaliger Finanzbetrag für den Eigentumsübertrag. Der im Schulbautenfonds 8010 reservierte Betrag reicht nicht aus, um die effektiven Kosten des Übertrags zu decken. Übernahme der Sekundarschulbauten, Eigentumsübertrag Total: Fr. 170.0 Mio. (Konto 2320.503.30.290) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Mio. Budget 2010: Fr. 130.0 Mio. Budget 2011: Fr. 185.0 Mio. Fondsvermögen per 1. Januar 2009: 89.0 Mio. Franken. IA: 700199	Finanzielle Auswirkungen 2011: 96.00 Mio. Fr.	Die Sekundarschulen sind per 1. August 2011 ins Eigen- tum des Kantons Basellandschaft übergegangen. Der Betrieb der Anlagen verläuft reibungslos. Der LR hat am 9. Februar 2011 mit LRB Nr. 2441 für den Eigentums- übertrag Fr. 195.0 Mio. genehmigt. Im 4. Quartal 2011 wurden die Verfügungen mit den Standortgemeinden finalisiert, die in der LRV festgelegte Summe von Fr. 195.0 Mio. kann eingehalten werden. Per 31. Dezember 2011 haben die Gemeinden Binningen und Muttenz gegen die Verfügung Beschwerde erhoben. Die Verfügung für die Gemeinde Gelterkinden ist infolge Verzögerungen seitens Gemeinde (Begründung Stockwerkeigentum) noch pendent und wird voraussichtlich März 2012 erlassen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie A Abfall / Ressourcenschonung / Altlasten / Umweltgefährdende Stoffe Strategische Zielsetzungen Die belasteten Standorte im Kanton Basel-Landschaft sind bekannt. Notwendige Untersuchungen, Überwachungen und Sanierungen von Altlasten sind gemäss ihrer Relevanz eingeleitet.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.03	Einzelne Massnahme Aufbau des Katasters der belasteten Standorte Der Kataster der belasteten Standorte (KbS) ist als Arbeitsinstrument operativ und der Öffentlichkeit zugänglich.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.	Der KbS ist online zugänglich über die Homepage des AUE. Eingetragen sind alle rund 1400 belasteten Standorte (Ablagerungs-, Betriebs- und Unfallstandorte).

Nr. 4.05.06	Überwachung und Sanierung wichtiger belasteter Standorte Für die Deponien im Raum MuttENZ, Pratteln sowie für die anderen prioritären sanierungsbedürftigen Standorte (inkl. Schiessanlagen) sind die entsprechenden Überwachungs- bzw. Sanierungsmassnahmen eingeleitet. Für die Begleitung der Sanierung der elsässischen Deponien nahe Schönenbuch wird die im 2010 begonnene Überwachung des Grund- und Trinkwassers weitergeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.78 Mio. Fr.	Für die Deponie Feldreben in MuttENZ läuft die Ausarbeitung des Sanierungsprojektes. Die anderen beiden Deponien Margelacker und Rothausstrasse werden überwacht. Die Überwachung der Deponien in Pratteln ist durchgeführt. Für die Deponie Wannengrube sind die Vorbereitungen für den Beginn der technischen Untersuchung abgeschlossen (Verhandlung mit Bürger- und Einwohnergemeinde, Bereitstellung Finanzen) Die Überwachung des Grund- und Trinkwassers in Schönenbuch ist durchgeführt.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie B Grundwasser / Wasserversorgung / Wassernutzung Strategische Zielsetzungen Die Versorgung mit Trinkwasser in guter Qualität und ausreichender Menge ist sichergestellt, indem Gefahrenquellen identifiziert und weitgehend eliminiert sowie wirksame Schutzzonen planerisch gesichert sind.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.12	Einzelne Massnahme Überwachung der Grundwasserqualität Die systematische grossräumige Überwachung der chemischen, physikalischen und mikrobiologischen Belastung des Grundwassers unter besonderer Berücksichtigung belasteter Standorte (hot spots wie MuttENZer Hard, Pratteln, Schönenbuch, unteres Ergolzthal, etc.) ist umgesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die Grundwasserüberwachungen wurden durchgeführt in MuttENZ (Hardwald), Schweizerhalle, Pratteln (west und unteres Ergolzthal), Schönenbuch, Allschwil und im Laufental.

Nr. 4.05.13	Wirksame Grundwasserschutzzonen und -areale Die heutigen Schutzzonen im Kanton BL sind in den für die Wasserversorgung prioritären Zonen mit modernen hydrogeologischen Methoden überprüft und entsprechend angepasst. Im 2011 werden die Schutzzonen im Birstal von Aesch bis Birsfelden überarbeitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die Überprüfung der Grundwasserschutzzonen in Reinach ist in Bearbeitung. Aufgrund der sich abzeichnenden Überlagerung der Schutzzonen in das Gewerbegebiet sind vertiefte Abklärungen notwendig (Modellierung, Pump- und Färbversuche), um Nutzungskonflikte möglichst auszuschliessen. Ausgelöst durch den Bau des FCB Campus wurde ein Trinkwasserbrunnen der Gemeinde Birsfelden im G80 Areal versetzt und die Schutzzone angepasst. Münchenstein hat die Überarbeitung der Grundwasserschutzzone vorerst, aufgrund von strategischen Überlegungen zur Wasserversorgung, ausgesetzt. Die Schutzzone des PW Kägen in Aesch entspricht den heutigen Anforderungen.
Nr. 4.05.14	Wasserstrategie des Regierungsrates Die Wasserstrategie des Regierungsrates (Grundwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung) liegt vor und entsprechende Massnahmen sind eingeleitet. Für die Umsetzung der Massnahmen im Amt für Umwelt und Energie (AUE) wird eine Landratsvorlage erstellt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert (keine Belastung des Staatshaushaltes)	Die Wasserstrategie wurde unter Einbezug aller betroffenen kantonalen Verwaltungsstellen im Entwurf erarbeitet. Derzeit wird die Verknüpfung zur strategischen Planung des Regierungsrates ausgearbeitet. Der Regierungsrat wird voraussichtlich im 1. Quartal 2012 die Grundlagen zur Wasserstrategie verabschieden und eine ständige Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der konkreten Ziele für die laufende Legislaturperiode einsetzen.
Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie D Luftreinhaltung Strategische Zielsetzungen Schutz der Umwelt und des Menschen vor übermässiger Luftbelastung durch Sicherstellung der Einhaltung der Emissions- und Immissionsgrenzwerte sowie durch Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.30	Einzelne Massnahme Minderung der Staubemissionen von Feststofffeuerungsanlagen Weiterführung der systematischen Informations- und Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung (BGV) und den Kaminfegermeistern (3. Jahr und Abschluss).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die 3-jährige Kampagne wurde 2011 abgeschlossen. In einem nächsten Schritt soll die Emissionskontrolle von Holzfeuerungen nach Luftreinhalteverordnung eingeführt werden. Es wird wiederum eine Zusammenarbeit mit der BGV angestrebt, um Synergien mit der Kaminfeger-tätigkeit zu nutzen.

Nr. 4.05.31	Umsetzung der Massnahmen des Luftreinhalteplans und Begleitung von Projekten • Netzwerkveranstaltung für Chemiebetriebe: Infoaustausch zu ökologischem Managementsystem, Stand der Technik, Gute Laborpraxis; Ziel: Implementierung einer Erfahrungsplattform unter Federführung der Privaten; • Informationsveranstaltung für die Metallbranche bzgl. Möglichkeiten alternativer Reinigungsmittel zu VOC (Volatile Organic Compound / Flüchtige organische Verbindung), Reduktion diffuser Emissionen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.035 Mio. Fr.	VO-Entwurf ist abgeschlossen und in Vernehmlassung. Die Vorbereitung der Informationsveranstaltung „Metallbranche“ am 8. März 2012 ist abgeschlossen. Betriebsbezogene Massnahmen mit Pilotbetrieb in BL sind erarbeitet. Im 3.Quartal 2012 ist eine Infoveranstaltung für die Chemiebranche geplant.
Nr. 4.05.32	Atmosphärische Gasheizungen Fortsetzung des Sanierungsprogramms für atmosphärische Gasheizungen (Phase II).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Phase 2 in den Gemeinden ist gestartet: Kontrolle und Sanierung der Anlagen mit Baujahr > 1992 ist am Laufen. Eine Erfolgskontrolle nach den Abnahmemessungen ist 2012 vorgesehen; anschliessend wird über die Einführung der periodischen Messpflicht entschieden.
Nr. 4.05.33	Zusammensetzung von Feinstaubproben Charakterisierung der Zusammensetzung und der Herkunft von Feinstaub. Budget 2011: Fr. 0.023 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.023 Mio. Fr.	Das interkantonale Projekt „Aerowood“ wurde planmässig weitergeführt. Infolge der C14 Kontamination (Radiocarbon Isotop C14 im Kohlestoff) am Standort Basel wurde nur der Standort Sissach beprobt. Der Zwischenbericht für 2011 ist ausstehend. Der Abschluss des Projektes ist 2012 vorgesehen.
Nr. 4.05.38	Aufbau des Bereichs "Lichtverschmutzung" Erarbeitung eines Konzeptes gemeinsam mit den Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Vollzugsgrundlagen des Bundes als Basis für den kantonalen Vollzug haben sich weiter verzögert; sie werden auf Mitte 2012 erwartet. Der Erlass kantonomer Regelungen wird entsprechend verschoben.
Nr. 4.05.39 / 2	Luftbelastung in Entwicklungsgebieten Erfassung der Luftbelastung durch Stickstoffdioxid in Gebieten mit raumplanerischem Entwicklungspotenzial im Kanton Basel-Landschaft.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.010 Mio. Fr.	Die Messungen in verschiedenen Gebieten (St. Jakob Dreispitz, Muttentz Polyfeld, Füllinsdorf Schöntal) wurden abgeschlossen und sind mit Berichten dokumentiert. Die Weiterführung an zusätzlichen Standorten 2012 erfolgt in Absprache mit der Raumplanung.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie E Schutz vor Störfällen / Sicherheit Strategische Zielsetzungen Der hohe Sicherheitsstandard wird aufrechterhalten. Sicherheit ist als Querschnittsaufgabe in anderen Bereichen (wie zum Beispiel der Raumplanung) integriert. Die Informationen werden dank des Geoinformationssystems (GIS) und mit einem auf dem Internet basierenden Informations- und Verwaltungssystem für das umfassende Risikokataster optimal genutzt.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.42	Einzelne Massnahme Umfassender Risikokataster Zusammenführung, Kommunikation und Darstellung des Katasters der radiologischen, chemischen und biologischen Risiken im A-Risk und C-Risk ist in der Detailphase und soll im Jahr 2011 abgeschlossen werden. Total: Fr. 0.1 Mio. (Konto 3132 0 000) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.016 Mio. Budget 2010: Fr. 0.05 Mio. Budget 2011: Fr. 0.05 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Der Teil GGBV (Gefahrgutbeauftragtenverordnung) wurde produktiv gesetzt. Teil ESV (Einschliessungsverordnung) und StfV (Störfallverordnung) ist in Arbeit.
Nr. 4.05.43	Bekämpfung invasive Neobioten Gemäss RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 "Neobiota-Handeln jetzt" erarbeitet die Arbeitsgruppe Neobiota des Kantons in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt eine Strategie zum Vorgehen gegen die ungehinderte Ausbreitung invasiver Neobiota. Bis zur Umsetzung der Neobiotenstrategie ab 2012 ist das Sicherheitsinspektorat Ansprech-partner der Gemeinden für Fragen zum Thema invasive gebiets-fremde Organismen. RRB Nr. 1130 vom 19. August 2008 Total: Fr. 5.0 Mio. (Konto 3132 0 000) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine Ab 2012 5.0 Mio. Fr., verteilt auf 5 Jahre	Aufgrund von finanziellen Restriktionen und Priorisierung der neuen Vorhaben nach verwaltungsweit einheitlichen Kriterien auf Basis der strategischen Zielsetzungen des Regierungsrates bleibt vorerst die Betreuung der Aufgabe unverändert beim Sicherheitsinspektorat.

Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie G Energie / Klimaschutz Strategische Zielsetzungen Umsetzung der Energiestrategie mit den Zielen Energie sparen, Energieeffizienz und Anteil erneuerbarer Energie erhöhen und damit die CO ₂ -Emissionen reduzieren.	Amtsbericht 2011 Die in Energiegesetz und Energiestrategie vom 8. April 2008 begründeten Massnahmen wurden weiterhin umgesetzt. Aufgrund des vom Bund angestrebten Atomausstiegs wurde eine Aktualisierung der angesprochenen Energiestrategie eingeleitet und dafür ein Runder Tisch mit Vertretern aus der Wirtschaft und der Energiebranche eingesetzt.	
Nr. 4.05.61	Einzelne Massnahme Finanzielle Anreize und Förderung im Bereich Energie Weiterführung des Förderprogramms "Baselbieter Energiepaket" in der Partnerschaft mit dem Hauseigentümerverband, der Wirtschaftskammer und der Basellandschaftlichen Kantonalbank. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2009 / 1476 Total: Fr. 50.0 Mio. (Konto 3637) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 4.20 Mio. Budget 2011: Fr. 4.30 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.30 Mio. Fr.	Die Nachfrage nach Förderbeiträgen aus dem Baselbieter Energiepaket hat sich auf hohem Niveau stabilisiert und erreicht wie im Startjahr 2010 erneut die Grössenordnung von gegen 3'000 Gesuchen. Besonders erfreulich ist die ungebrochen grosse Anzahl an energetischen Gebäude-sanierungen. Hier liegt der Kanton Basel-Landschaft im interkantonalen Vergleich der erzielten CO2-Reduktion pro Kopf schweizweit an der Spitze und bezüglich der pro Kopf ausbezahlten Förderbeiträge auf dem zweiten Platz. Das deutet darauf hin, dass die mit den strategischen Partnern eingeleiteten Kommunikationsaktivitäten die angestrebte Wirkung entfalten. Für die Sanierung von Einzelbauteilen wurden 2011 im Namen des Bundes CHF 9 Mio. zugesichert und CHF 7 Mio. ausbezahlt. Diese Förderbeiträge stammen aus der Teilzweckbindung der CO2-Abgabe und belasten den kantonalen Verpflichtungskredit weder bei den Zusicherungen noch bei den Auszahlungen. Für die übrigen, kantonalen Fördergegenstände wurden 2011 Förderbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 8 Mio. zugesichert und Förderbeiträge in der Höhe von CHF 5,4 Mio. ausbezahlt. Der kantonale Verpflichtungskredit wurde durch diese Auszahlungen aber gleichwohl nur um CHF 1,7 Mio. belastet, weil der Globalbeitrag des Bundes nach der Budgetierung erfreulicherweise massiv auf CHF 3,7 Mio. aufgestockt wurde. Aufgrund der Angaben der Gesuchstellenden sind die unterstützten Förderprojekte mit einem Auftragsvolumen von insgesamt CHF 140 Mio. verbunden, was neben dem Umwelteffekt den volkswirtschaftlichen Effekt des Förderprogramms eindrücklich unterstreicht.

Nr. 4.05.63	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Energie- und Klimaschutzstrategie Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes von 1991 wird als Massnahme aus der Energiestrategie des Regierungsrates vom 8. April 2008 mit Inkraftsetzung per 1. Januar 2012 umgesetzt. Die Verordnung über die rationelle Energienutzung wird parallel dazu entsprechend angeglichen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahr 2011 wurde der Schwerpunkt auf die Konsolidierung des Baselbieter Energiepakets gelegt; dies mitunter auch, weil das Förderprogramm in einer nicht einfachen Wirtschaftslage einen willkommenen Konjunktur stützenden Nebeneffekt entfaltet (siehe auch 4.05.61). Ausserdem haben sich 2011 mit den tragischen Ereignissen in Fukushima und dem vom Bund angestrebten Atomausstieg die energiepolitischen Rahmenbedingungen stark verändert. Im Vordergrund steht deshalb die Aktualisierung der kantonalen Energiestrategie. Die Bau- und Umweltschutzdirektion hat hierzu einen Runden Tisch mit Vertretern aus der Wirtschaft und dem Energiebereich eingesetzt. Die Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes wird fortgeführt, sobald sich bei der Überarbeitung der kantonalen Energiestrategie abzeichnet, wo aus kantonomer Sicht ein Handlungsbedarf verbleibt und welche Massnahmen im Kanton angezeigt sind. Weiter wurde eine Anschlussgesetzgebung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG) ausgearbeitet. Diese Vorlage sieht zwar auch eine Teilrevision des Energiegesetzes vor, beschränkt sich aber bewusst auf die Verankerung jener Aufgaben im kantonalen Energiegesetz, die den Kantonen gemäss StromVG zugewiesen sind. Die entsprechende Vorlage wurde in Vernehmlassung gebracht und an den Landrat überwiesen.
-------------	--	--	---

Nr. 4.05.64	Internationale Zusammenarbeit Interreg IV. Projekt: "Aufbau eines trinationalen Energie-Netzwerks der Metropolregion Oberrhein": Dieses Projekt dient zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Klimaschutzstrategie. Die Umsetzung dieses Projektes ist durch die Zugehörigkeit des Kantons BL in der Oberrheinkonferenz, speziell in der Kommission Klimaschutz, gegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Die Geschäftsstelle des Trinationalen Energie Netzwerk Metropolregion Oberrhein TRION ist operativ tätig. Es wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, u.a. auch eine im November 2011 in Basel über "Nachhaltiges Bauen" in Zusammenarbeit mit der FHNW und weitere Kompetenzzentren am Oberrhein. TRION hat jetzt auch im Internet eine eigene Homepage unter www.trion-climate.net . Auf dieser Homepage ist auch eine Kompetenzdatenbank aufgeschaltet, in der sich bereits an die 100 Unternehmen, Institutionen usw. der Energiebranche am Oberrhein eingetragen haben. TRION hat zudem mit anderen regionalen Partnern, u.a. auch i-net Basel, ein intercluster aufgebaut, welches nun wichtige trinationale Energie Projekte behandelt. Eine Verlängerung des Projektes im Interreg V Programm ist vorgesehen.
Nr. 4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie I Umweltbeobachtung / Wirkungsorientierter Umweltschutz Strategische Zielsetzungen Die Lösung der Probleme in den Bereichen Umwelt und Energie erfolgt inhaltlich vernetzt und räumlich über Grenzen hinweg.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.82	Einzelne Massnahme Wirkungsorientierter Umweltschutz Besonders umweltrelevante Betriebe werden vom AUE mit Audits aus einer Hand beraten und kontrolliert. Die Beratung wird weiter ausgebaut, die Eigenverantwortung der KMU verstärkt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	2011 wurden sechs besonders relevante Betriebe einem Umweltaudit unterzogen. Dieses umfasste jeweils die Themen Abwasser, Abfälle, Tankanlagen und Leitungen, Kälteanlagen und den Umgang mit Chemikalien. Bisher noch nicht integriert sind die Themen Luftreinhaltung und Sicherheit. Die Eigenverantwortung der Betriebe wurde gestärkt durch die Realisierung der beiden Kooperationsvereinbarungen "Auto- und Transportgewerbe" mit dem Autogewerbeverband der Schweiz AGVS und "Grosstanklager" mit der Erdölvereinigung Carbura.

Nr.4.05	Programmpunkt Umwelt / Energie J Nichtionisierende Strahlung Strategische Zielsetzungen Schutz der Bevölkerung vor nichtionisierender Strahlung durch die flächendeckende Überwachung der Immissionen und die verstärkte Kontrolle von Sendeanlagen.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.05.90	Einzelne Massnahme Aufbau (BL) / Aktualisierung (BS) des Immissionskatasters und Validierung durch Messungen	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.033 Mio. Fr.	Auf die zusätzliche Validierung durch Messungen wurde verzichtet, da die Genauigkeit des zugrundeliegenden Rechenmodells bereits durch zahlreiche Messungen ausreichend bestimmt wurde.
Nr. 4.05.91	Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen Verstärkte Feldkontrolle von Mobilfunkstationen (Inspektionen und Kontrollmessungen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Aufgrund der Arbeitspriorisierung wurden zusätzliche Messungen verschoben.

Nr. 4.06	Programmpunkt Industrielle Betriebe / Abwasserreinigung / Abfallentsorgung / Energieversorgung Strategische Zielsetzungen Abwasserreinigung • Sicherstellen einer nachhaltigen, gesetzeskonformen Abwasserreinigung im Kanton Basel-Landschaft durch die stetige Weiterentwicklung und den Werterhalt der Infrastruktur. • Wertstoffe zurückgewinnen und im Sinne der Vorsorge gefährliche Schadstoffe (Hormone, Medikamente) vom Wasserkreislauf fernhalten durch nachhaltige Aufbereitung des Abwassers an der Quelle und in den ARA. Abfallentsorgung • Sichere Lagerung von belasteten Abfällen im Kanton Basel-Landschaft zu marktkonformen Preisen. • Wertstoffe in den Materialkreislauf zurückführen durch nachhaltige Aufbereitung von belasteten Abfällen. Energieversorgung • Produktion von Energie (Wärme und Strom) mit hoher Verfügbarkeit aus erneuerbaren Energiequellen (Holz, Deponiegas, Klärgas).	Amtsbericht 2011
----------	--	--------------------------------

Nr. 4.06.02	Einzelne Massnahme Mischwasserbehandlung Bau von Mischwasserbecken zur Reduktion der Anzahl Entlastungen in die Gewässer im Fall von Regenwetter. Birsigtal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1998 / 2717 Total: Fr. 20.3 Mio. (Konto 2341.501.52.103) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 13'787'588.38 Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 0.- Mio. IA: 700124 Birstal Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 2004 / 308 Total: Fr. 24.7 Mio. (Konto 2341.501.52.118) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 10'879'846.27 Budget 2010: Fr. 3.0 Mio. Budget 2011: Fr. 8.0 Mio. Rest budgetiert bis 2012. IA: 700125.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert	Birsigtal 2011 wurden am Mischwasserbecken Ettingen noch Abschlussarbeiten ausgeführt. Im Juni erfolgte die Inbetriebnahme. 2012 werden noch Arbeiten zur geplanten Kanalerweiterung in Therwil ausgeführt. Danach kann das Projekt abgeschlossen werden. Birstal Die längere Bearbeitungszeit des Baugesuches für das MWB Reinach bei der Gemeinde sowie die Prüfung von Varianten für den Bau des MWB Gwiden Aesch führten zu Verzögerungen. Als Folge davon werden die für 2011 geplanten Investitionsausgaben zum Teil erst 2012 getätigt werden können.
-------------	---	---	---

Nr. 4.06.03	Erhalt der ARA Frenketal Ausbau / Erhalt ARA Frenke Landratsvorlage geplant Total: Fr. 21.0 Mio. (Konto 2341.501.51.063) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 1.0 Mio. Rest budgetiert bis 2014. IA: 700115/700116 Birsigtal Ersatz Prozessleitsystem ARA Birsig Landratsvorlage (bereits überwiesen) Total Fr. 1.3 Mio. (Konto 2341.501.51.079) Budget 2010: Fr. 0.8 Mio. Budget 2011: Fr. 0.6 Mio. IA: 700121 Kanalsanierungen Für Sanierung Kanal Sissach LRV 2010 / 036; LRB 2010 / 186 Landratsvorlage (bereits überwiesen) Total Fr. 2.6 Mio. (Konto 2341.501.52.125) Budget 2010: Fr. 1.5 Mio. Budget 2011: Fr. 1.5 Mio. IA: 700131 Für Sanierung Kanal Ormalingen Landratsvorlage geplant Total Fr. 1.3 Mio. (Konto 2341.501.52.123) Budget 2010: Fr. 0.- Mio. Budget 2011: Fr. 1.3 Mio. IA: 700129.	Finanzielle Auswirkungen 2011: In der Laufenden Rechnung keine, da gebührenfinanziert	Frenketal Die Planung wurde im 2011 abgeschlossen. Die LRV wird voraussichtlich anfangs 2012 an den LR überwiesen. Birsigtal LRV 2010 / 037 / LRB 2010 / 1897 Der Grossteil der Massnahmen wurde 2011 ausgeführt. 2012 verbleiben noch Arbeiten an der Steuerung des Mischwasserbeckens. Kanalsanierungen Die Sanierung verläuft planmässig und kann mit wenigen Restarbeiten 2012 abgeschlossen werden. LRV 2010 / 409 / LRB 2011 / 2464 Verpflichtungskredit für den Ersatz des Abwasser-Sammelkanals und den Bau eines Mischwasserspeichers Ormalingen. Mit den Arbeiten wurde 2011 planmässig begonnen.
-------------	--	---	---

Nr. 4.06.07	Werterhaltung der Infrastruktur im Bereich Abfallentsorgung Reaktoretappen 6 - 8 Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1993 / 1396; LRB 1997 / 1161; LRB 1997 / 1161 Total: Fr. 24.57 Mio. (Konto 2343.501.60.013/018/019) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 20'051'690.62 Budget 2010: Fr. 0.3 Mio. Budget 2011: Fr. 0.3 Mio. Rest ab 2012. IA: 700134; IA: 700135; IA: 700136.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Gebühren-finanziert	Mit dem Ausbau der Reaktoretappen werden abhängig von der Menge des eingelieferten Materials Trenndämme und Entwässerungsleitungen gebaut. Die zeitliche Gestaltung des Ausbaus richtet sich nach der Menge des angelieferten Materials.
Nr. 4.06.10	Gewinnung Neukunden, Standortvorteile zur Industrieansiedlung nutzen Gewinnung von neuen Kunden und gezielte Ansiedlungen von Industriebetrieben, die Prozesswärme benötigen, zusammen mit der Wirtschaftsförderung des Kantons, durch Nutzung des Standortvorteils der vorhandenen Hoch- und Mitteltemperaturnetze der Fernwärme. Gewinnung von neuen Fernwärmekunden Netzausbau Nord Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB 1994 / 1741 Total: Fr. 15.0 Mio. (Konto 2344.503.30.188) Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 14'133'696.16 Budget 2010: Fr. 0.80 Mio. Budget 2011: Fr. 0.80 Mio. IA: 700141.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Gebühren-finanziert	2011 konnten wieder eine Anzahl neuer privater Kunden akquiriert werden. Industriebetriebe die Prozesswärme brauchen, konnten keine angeschlossen werden.

Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung A Grenzüberschreitende Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Partnerschaftliche Gestaltung des Lebens- und Wirtschaftsraumes der Region Basel. Zusammen sind die Infrastrukturen für die Erreichbarkeit der Trinationalen Agglomeration auszubauen und zu betreiben. Wir haben miteinander die Sorge um unsere Umwelt und unsere Landschaften zu tragen. Für diese Zukunftsaufgaben ist eine gemeinsame Organisation einzurichten. Mit der Gründung des Trinationalen Eurodistricts Basel wird in den kommenden Monaten ein wichtiger Schritt zur Entwicklung und Gestaltung der gemeinsamen Zukunft getan.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.07.01	Einzelne Massnahme Entwicklung des Trinationalen Eurodistricts Basel (TEB) Umsetzen der Schlüsselprojekte und Etablierung einer neuen Organisationsform (Eurodistrict Basel) mit neuen Inhalten und Aufgaben. Lancierung mehrerer Interreg IV-geförderten Projekte, zum Beispiel Vertiefungsstudie Raum Basel West - Allschwil - Hegenheim - Sundgau, welche die Bereiche Grundlagen, Motorisierter Individualverkehr (MIV), Öffentlicher Verkehr (ÖV), Park & Ride (P&R) und den Langsamverkehr (LV) untersuchen soll.	Finanzielle Auswirkungen 2011: RPS (BL + BS) 0.04 Mio. Fr.	Als grössere Interregprojekte werden durch die TEB gegenwärtig die IBA (TEB als Plattform für eine eigenständige Projektorganisation) sowie das Mobilitätsprojekt Allschwil - Hegenheim getragen. Erste Ergebnisse liegen vor und werden im ersten Quartal 2012 kommuniziert.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung B Kantonale Raumentwicklung Strategische Zielsetzungen Kantonale Raumentwicklung bestehend aus: Umsetzung des Richtplans, Abstimmungstätigkeiten, Planungsprojekte (Salina Raurica, Dreispitz). Sicherung einer qualitativ hochwertigen baulichen Entwicklung im Bereich der Ortsplanung.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.07.10	Einzelne Massnahme Kantonaler Richtplan Umsetzung des Kantonalen Richtplans und Aufbau der Raumbeobachtung BL (Vollzugs- und Wirkungscontrolling des Kantonalen Richtplans).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Der Richtplan wird bei der Beurteilung kommunaler Nutzungsplanungen angewendet und vollzogen. Ein erster Entwurf einer Online-Raumbeobachtung wurde realisiert.

Nr. 4.07.11	Raum- / Umweltbeobachtung Die Umweltbeobachtung beschränkt sich auf die Entwicklung der Lärmbelastung. Ergebnis der Raumbelastung sind periodisch erstellte Berichte.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.015 Mio. Fr.	Die Analyse "Bauen ausserhalb der Bauzone" sowie "Bauzonenstatistik" und ein fortlaufendes Monitoring der Entwicklung der Fruchtfolgeflächen ist erfolgt und auf der Homepage des Amts für Raumplanung einsehbar. Die Verdichtungsstudie 2011 wurde erstellt (vgl. Homepage des Amts für Raumplanung) und in diversen Fachzeitschriften wie auch auf öffentlichen Veranstaltungen vorgestellt.
Nr. 4.07.12	Agglomerationsprogramm Basel Das Agglomerationsprogramm Basel wurde Ende 2007 beim Bund eingereicht. Der Prüfbericht des Bundes mit Datum vom 30. Oktober 2009 liegt vor. Im Verlauf des Jahres 2010 ist darauf basierend die Leistungsvereinbarung zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Trägerschaft für das Agglomerationsprogramm Basel auszuhandeln. Zur Umsetzung des Agglomerationsprogramms ist die Schaffung einer Trägerschaft bis Ende 2010 erforderlich. Mit der Landratsvorlage Nr. 2010 / 138 vom 30. März 2010 sind die dafür erforderlichen Schritte in die Wege geleitet worden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.25 Mio. Fr. (Anteil BL)	Der Leiter der Geschäftsstelle 'Agglomerationsprogramm Basel' hat seine Arbeit am 1. Februar 2011 aufgenommen. Die Geschäftsstelle ist administrativ dem Amt für Raumplanung BL zugeordnet. Ziel ist es, im Juni 2012 ein inhaltlich kohärentes, von allen Partnern getragenes Agglomerationsprogramm für den Agglomerationsraum Basel dem Bund einzureichen. Dieses Programm bildet die Basis für alle durch den Bund mitzufinanzierenden Projekte der 2. Generation (Mittel-freigabe ab 2015).
Nr. 4.07.13	Salina Raurica Nach Genehmigung des Projektes Anfang 2009 läuft die Projektierung der Infrastrukturmassnahmen: Projektierung des Längi-Parks, des Rhein-Parks, der Rheinstrassenverlegung sowie des Tram-Korridors und neuer Haltestellen. Die Projektorganisation, das Gebietsmanagement und die Öffentlichkeitsarbeit stehen. Erste Massnahmen in der Nutzungsplanung der beteiligten Gemeinden Augst und Pratteln beginnen nach der Projektierungsphase. Mehrere Landratsvorlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.238 Mio. Fr.	Insgesamt hat die Projektleitung an 6 Sitzungen folgende Schwerpunkte behandelt: - Beschluss über die Führung der künftigen Tramlinie inklusive Vorlage an den Landrat. - Grösse und Funktion des künftigen Längi-Parks in Abhängigkeit der Nutzungsplanung Pratteln. - Verschiedene Fragen des Mobilitätsmanagements und des hier verlangten, sehr hohen Modalsplits. - Verlegung der Rheinstrasse: Diskussion verschiedener Trassenführungen. - Einbezug der Grundeigentümer und der Gemeinden in die weiteren Planungsschritte. - Öffentlichkeitsarbeit.

Nr. 4.07.15	Modellvorhaben "Überkommunale Freiflächenkonzeption Birsstadt" Diese Massnahme dient der Koordination und der Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit. Das Modellvorhaben wird von Bund und Gemeinden unterstützt. Nach der Erarbeitung einer Konzeption zu den Freiflächen und der nachfolgenden Diskussion innerhalb der Gemeindebehörden, erfolgt nun die Umsetzung des Startprojektes "Birsuferweg" als erster Schritt zur Umsetzung der Konzeption. Dies erfolgt in engster Zusammenarbeit vor allem mit den Gemeinden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.	Das Detailkonzept "Uferweg" konnte in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten, den Gemeinden des Birstals und der Stadt Basel, erfolgreich abgeschlossen werden. Mit dem nun vorliegenden Abschlussbericht geht die Verantwortung zur Weiterentwicklung der Konzeption sowie die Umsetzung der getroffenen Massnahmen an die Gemeinden über. Damit endet das mehrjährige Modellvorhaben "Überkommunale Freiflächenkonzeption Birsstadt". Abgeschlossen per 31. Dezember 2011.
Nr. 4.07.16	Polyfeld Muttentz Erarbeitung des Masterplans ,Polyfeld Muttentz, im Rahmen einer gemeinsamen Trägerschaft mit der Gemeinde Muttentz. Themen: Im Rahmen eines städtebaulichen Gesamtkonzepts der Neubau der FHNW Muttentz, die Nachnutzung Deponie Feldreben, Neubau/Umnutzung Gymnasium und Sek II, Erschliessungs- und Verkehrsfragen, Grün- und Aussenräume, Bahnhofsaufwertung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der Masterplan wurde im Frühjahr 2011 abgeschlossen. Damit hat die Gemeinde Muttentz das Geschäft jetzt federführend übernommen. BUD-intern besteht eine Koordinationsgruppe, die unter der Leitung des ARP die Interessen von HBA, TBA, ALV und ARP koordiniert und bei Bedarf mit der Gemeinde Muttentz austauscht.
Nr. 4.07.17	Modellvorhaben "BLN-Gebiet 1012 Belchen - Passwang" BLN-Gebiete (Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung) sind vom Bund bezeichnete Landschaften von nationaler Bedeutung. Sind unterliegen einem ungeschmälernten Schutz soweit Bundesaufgaben zu erfüllen sind. Schutz und Weiterentwicklung ist aber auch Aufgabe der Kantone. Wie dies konkret aussehen könnte, wird anhand des BLN-Gebietes Belchen - Passwang im Rahmen der Erarbeitung eines Raumkonzeptes in engster Zusammenarbeit mit den Gemeinden entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Die Arbeiten konnten nach Verzögerungen im Oktober wieder aufgenommen werden.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung C Öffentlicher Verkehr Strategische Zielsetzungen Massnahmen zur Lösung der Verkehrsprobleme, bei welchen der öffentliche Verkehr eine wichtige Rolle spielt. Interessenwahrung im Rahmen der schweizerischen Verkehrspolitik. Erarbeitung einer umweltgerechten Lösung für den Gütertransport durch die Region.		Amtsbericht 2011

Nr. 4.07.20	Einzelne Massnahme Betrieb / Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Rahmen der Umsetzung des 6. Generellen Leistungsauftrags (2010 - 2013)	Finanzielle Auswirkungen 2011: 50.3 Mio. Fr.	Der 6. Generelle Leistungsauftrag konnte vollumfänglich umgesetzt werden. Insbesondere konnte die BLT die Beschaffung neuer Fahrzeuge fortsetzen und per 11. Dezember 2011 auf den Linien 10 und 17 den 7.5 Minutentakt einführen.
Nr. 4.07.21	Ausbau der Regio-S-Bahn Fertigstellung der Massnahmen im Bereich der Infrastruktur der Haltestellen und des kombinierten Verkehrs (gemäss LRB 2005 / 1018 vom 3. Februar 2005), namentlich des Bahnhofs Liestal. Für den vollständigen Ausbau der Station Laufen wird eine separate Landratsvorlage vorgelegt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.70 Mio. Fr.	Die Modernisierung der Haltestellen ist weitgehend abgeschlossen. In Liestal konnte der erste Teil des neuen Busterminals per 11. Dezember 2011 in Betrieb genommen werden.
Nr. 4.07.23	Weitere Investitionshilfen für die Transportunternehmen (gemäss Leistungsvereinbarung des Bundes mit den KTU) Investitionshilfe (Beiträge an Investitionen Dritter) an die Konzessionierten Transportunternehmen (KTU) im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit dem Bund. Für die einzelnen Projekte werden Landratsvorlagen betr. Verpflichtungskredite unterbreitet. Aktuell werden vor allem Projekte im Bereich des Unterhalts abgewickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: (in Punkt 4.07.20 enthalten)	Der Unterhalt der Infrastruktur konnte durch die Transportunternehmen plangemäss durchgeführt werden. Namentlich zwischen Ettingen und Flüh wurden umfassende Erneuerungsarbeiten durchgeführt.
Nr. 4.07.24	Öffentlichkeitsarbeit für die strategischen Verkehrsvorhaben Die Anliegen des Kantons BL sollen gegenüber dem Bund deutlich mehr Beachtung finden, namentlich das Projekt "Wisenberg-Tunnel".	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Das Lobbying für den Wisenberg-Tunnel hat noch nicht den erhofften Erfolg gebracht! Hingegen konnten andere Anliegen, wie der Ausbau der Regio-S-Bahn Basel, erfolgreich beim Bund positioniert werden.
Nr. 4.07.25	SBB-Juralinie Basel - Delémont Weiterentwicklung der Regio-S-Bahn: Projektierung und Bau von Doppelspurinseln im Laufental sowie von Entflechtungsbauwerken im Raum Muttenz - Pratteln vorantreiben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.5 Mio. Fr.	Die Studien für die Entflechtungsbauwerke in Muttenz und Pratteln konnten plangemäss abgeschlossen werden. Die Studienarbeiten für die Doppelspurinseln im Laufental wurden aufgenommen, weisen aber einen erheblichen zeitlichen Rückstand auf.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung D Denkmalschutz Strategische Zielsetzung Fachgerechte Erhaltung und Schutz von Kulturdenkmälern und Ortsbildern.		Amtsbericht 2011

Nr. 4.07.31	Einzelne Massnahme Unterschutzstellung von relevanten historischen Zeugen Angemessene, fachlich einwandfreie Begleitung von Bau- und Renovationsvorhaben bei geschützten Kulturdenkmälern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.75 Mio. Fr. (Verpflichtungskredit Subvention / Expertisen)	Unterschutzstellungen: MuttENZ, Dienstgebäude Süd SBB; MuttENZ, Kirche Maria Johannes Vianney. Begleitete Renovationsvorhaben: Münchenstein Villa Ehinger, Arisdorf ref. Kirche, Biel-Benken Pfarrhaus und Garten, Arlesheim Dom, Ormalingen Buchhüsli, Sissach Mühle, Gelterkinden Wohnhaus usw.
Nr. 4.07.32	Grundlagen: Publikationsreihe "KunstDenkmäler der Schweiz" - Fertigstellung von Band IV, Bezirk Waldenburg. - Erarbeitung einer Landratsvorlage zur Sicherung und Dokumentation der historisch relevanten Kirchengausstattungen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio. Fr. (Personal / Sachkosten)	Abschluss der Gemeindetexte ausser Langenbruck (Kloster Schönthal, Aussenhöfe und Bärenwil) und Arboldswil. LRV Kirchengausstattungen ist verschoben.
Nr. 4.07.33	Grundlagen: Überarbeitung von ISOS regional Sachdienliche Publikation für Gemeinden und Kanton (ISOS = Inventar der geschützten Ortsbilder der Schweiz). Kantonsaufgabe.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Publikations-termin noch offen, abhängig vom Bundesrats-beschluss	Entscheid des Bundesrats bis dato noch ausstehend. Publikation gemäss Aussage BAK in Vorbereitung.
Nr. 4.07	Programmpunkt Raumplanung E Lärmschutz Strategische Zielsetzung Gesetzeskonforme Sanierung von lärmigen Anlagen bis zum Ablauf der Sanierungsfristen; Förderung der Siedlungsqualität und Vermeidung von neuen Lärmkonflikten durch die Prüfung raumplanerisch sinnvoller Tätigkeiten und Massnahmen (gesetzliche Vollzugspflicht).		Amtsbericht 2011

Nr. 4.07.40	Einzelne Massnahme Emissionskataster 2010 Basis zur Ermittlung der Strassenlärmimmissionen, Abschluss voraussichtlich 2011. Ergebnis sind darauf abgestützte Lärmsanierungsprojekte mit einer Umsetzungsfrist bis 2018.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Der Emissionskataster Strassen konnte zu einem grossen Teil aktualisiert werden. Die wichtigste Neuerung ist die akustische Belagskorrektur, die vom Belagstyp, -alter und Zustand abhängt. Dies wurde mit einem modernen Messsystem erhoben.
Nr. 4.07.41	Lärmsanierung Gemeindestrassen Rund 50 Gemeindestrassen sind sanierungspflichtig. Gemeinden erarbeiten Lärmsanierungsprojekte. Sicherstellung der Umsetzung der eidgenössischen und kantonalen Sanierungsvorgaben bis 2018. Genehmigung durch kantonale Vollzugsbehörde.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.03 Mio. Fr.	Koordination der Lärmsanierung und fachtechnische Begleitung der am stärksten belasteten Gemeindestrassen konnte plangemäss erfolgen.
Nr. 4.08	Programmpunkt Natur- und Landschaftsschutz Strategische Zielsetzung Erhaltung und Förderung einer intakten, vielfältigen und charakteristischen Landschaft mit biologischer Vielfalt.		Amtsbericht 2011
Nr. 4.08.01	Einzelne Massnahme Erhaltung und Förderung eines nachhaltig stabilen Landschaftshaushaltes und der Biodiversität Unterschutzstellung und Unterhalt der national und regional bedeutsamen Naturobjekte.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.60 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.03	Fortsetzung des Programms "Ökologischer Ausgleich im Landwirtschaftsgebiet" (inkl. Erfolgskontrolle).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 4.60 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.04	Fortsetzung des Programms "Naturschutz im Wald" (inkl. Erfolgskontrolle).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.91 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.

Nr. 4.08.05	Unterschutzstellung von Naturobjekten	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Umsetzung gemäss Programm.
Nr. 4.08.08	Umsetzung der Leistungsvereinbarung Natur und Landschaft mit dem Bund	Finanzielle Auswirkungen 2011: gemäss Leistungsvereinbarung	Programmverhandlungen Bund / Kanton für zweite Programmperiode (2012 - 2015) am 24. Mai 2011 mit dem BAFU. Die Umsetzung der ersten Programmperiode (2008 - 2011) erfolgte bisher programmgemäss.
Nr. 4.08.10	Artenschutz - Orchideen im Birsfelder Rheinhafen: Mehrjähriger Vertrag mit der Universität Basel zur Beobachtung und Überwachung. - Fledermausschutz: Unterstützung der eidg. Koordinationsstelle auf der Basis einer Vereinbarung mit dem Bund. - Erarbeitung eines Artenschutzkonzeptes auf der Basis einer Vereinbarung mit dem Bund; wird durch die Universität Basel, Institut für Natur, Landschaft und Umweltschutz, erstellt; Termin 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.08 Mio. Fr.	Artenschutzkonzept wird erstellt (durch das Institut für Natur-, Landschaft- und Umweltschutz der Universität Basel erarbeitet).

Teil 5 Sicherheitsdirektion (SID)

Das Jahr 2011 stand für wesentliche Bereiche der Sicherheitsdirektion im Zeichen der Konsolidierung. Verschiedene Vorhaben konnten abgeschlossen werden, neue, wichtige Projekte wurden eingeleitet, bzw. fortentwickelt. Die Polizei Basel-Landschaft bearbeitete die im Evaluationsbericht Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung aufgezeigten Themen und verabschiedete die Konzepte betreffend Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit sowie betreffend Human Resources. Zudem startete sie einen betriebsweiten Führungs- und Kulturentwicklungsprozess. Das Konzept betreffend Uniformpolizei Basel-Landschaft wird 2012 fertig gestellt sein.

Im Hinblick auf die Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) auf den 1. Januar 2011 waren viele Dienststellen der Sicherheitsdirektion und Fachpersonen aus den damaligen Bezirksstatthalterämtern und den Gerichten mit intensiven Vorarbeiten beschäftigt. Doch der Aufwand hat sich rückblickend gelohnt: Seit dem 1. Januar 2011 gilt die StPO und wird sowohl von den Strafverfolgungsbehörden, also der zusammengeführten und neu strukturierten Staatsanwaltschaft, der Polizei und von den Gerichten angewendet. Die neuen gesetzlichen Grundlagen und neu strukturierten Organisationseinheiten prägten das Berichtsjahr denn auch massgebend mit: Fragen ergaben sich aus der Praxisarbeit und mussten oder müssen noch geklärt werden. Insgesamt darf ein positives Fazit gezogen werden.

Zum Thema "Gefährliche Straftäter" realisierte die Sicherheitsdirektion verschiedene Fortschritte: So konnte die SID unter anderem für kranke (potentiell gefährliche) Straftäter über die Fortführung und Erweiterung von Therapieplätzen mit dem Kanton Basel-Stadt erfolgreich verhandeln. Im Massnahmenzentrum Arxhof wurde das Risikomanagement optimiert, um unter anderem auch die Risiken bei Entlassenen besser beurteilen zu können. Zudem wurden in der Therapie mit ängstlich-depressiven Klienten Anpassungen vorgenommen. Auch in der Vollzugsplanung mit verschiedenen Partnerorganisationen (Vollzugsanstalten, Bewährungshilfe, externe Fachleute), die durch das Generalsekretariat der SID betreut wird, bildete das Thema Gefährlichkeit einen wesentlichen Bestandteil ihrer Arbeit.

Die Verbesserung der Situation der Familien gehörte im Jahr 2011 zu den zentralen Zielsetzungen der Sicherheitsdirektion. Mit dem Gesetz über die Familien-ergänzende Kindererziehung im Frühbereich, das der Landrat zuhänden des Volkes verabschiedete, sollen genügend Betreuungsplätze in Tagesheimen und Tagesfamilien zu Tarifen geschaffen werden, die auch für einkommensschwache Familien erschwinglich sind. Das Projekt "Familienfreundliche KMU im Baselbiet" wurde erfolgreich gestartet: Dieses soll in einigen KMU-Betrieben das Potential für familienfreundliche Arbeitsstrukturen aufzeigen, womit bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert werden können. Im Zentrum des Kindes- und Jugendschutzes standen Vernetzungsmöglichkeiten und Informationen für Hebammen, Ärzteschaft und Behörden. In den Primarschulen wurden für Schülerschaft und Lehrerschaft Informationsanlässe zum Umgang mit dem Internet und den neuen Medien durchgeführt. Der im Jahr 2011 publizierte Familienbericht Basel-Landschaft zeigt, auf, dass die Familien mit ihrer Lebenssituation überwiegend zufrieden sind, dass aber in bestimmten Bereichen - wie bei der familienexternen Kinderbetreuung - Nachholbedarf besteht. Neben der Fortführung der bewährten 'Runden Tische Integration' wurde die Integrationspolitik durch verschiedene Massnahmen weiterentwickelt. Durch eine stärkere Vernetzung der Gemeinden mit dem Kanton sollen diese bei der Umsetzung der Integrationsmassnahmen unterstützt werden. Die von der Fachstelle Integration mitgetragenen Sprachförderkurse und die vom Amt für Migration erstmals durchgeführten Erstinformationsgespräche sowie die Willkommens-broschüre bildeten im 2011 weitere Schwerpunkte.

Innerhalb des Bereichs Rechtsetzung bildete die Erarbeitung der Vorlage für ein revidiertes Polizeigesetz einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Gesetzesvorlage, welche sich zurzeit in der Vernehmlassung befindet, regelt in ihrem Kernpunkt die Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Polizeiwesen. Sie wurde in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden erarbeitet. Die kantonalen Bestimmungen zur Einführung des Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 konnten erarbeitet werden und der Regierungsrat hat die Gesetzesvorlage zuhänden des Landrats verabschiedet.

Im Rahmen des Entlastungspakets 12 / 15 initialisierte die Sicherheitsdirektion 2011 das Projekt FOCUS. Es umfasst auf der einen Seite die Auslagerung aller Dienstleistungen des Notariats auf die privaten Notarinnen und Notare. Zum anderen sollen die anderen zivilrechtlichen Dienstleistungen der Sicherheitsdirektion (Grundbuch-, Handelsregister-, Erbschafts-, Zivilstands- sowie Betreibungs- und Konkurswesen) auf zwei Standorte im Kanton konzentriert. Auf diese Weise kann die Effizienz bei der Aufgabenerledigung wesentlich gesteigert werden und es können erhebliche Einsparungen erzielt werden.

Nr. 5.01	Programmpunkt Polizei Strategische Zielsetzungen Die Jahre 2009 und 2010 standen ganz im Zeichen der Reorganisation der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung. Weitere konzeptionell vorbereitete Projekte, zum Beispiel das Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit oder das Vorhaben Aus- und Weiterbildung, gilt es nun im Jahr 2011 umzusetzen.	Amtsbericht 2011 Die im Evaluationsbericht Optimierung Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung aufgezeigten Fragen wurden im 2011 intensiv bearbeitet. Das überarbeitete Konzept betreffend Uniformpolizei Basel-Landschaft wird 2012 fertig erstellt sein und umgesetzt werden. Die Reaktionen auf den konzeptionell eingeschlagenen Weg sind im Korps durchwegs positiv. Im Weiteren wurde das Grobkonzept Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit erstellt und verabschiedet sowie eine Neuorganisation im Human Resources Bereich (inkl. Aus- und Weiterbildung) erarbeitet und umgesetzt. Aufgrund der Erkenntnisse aus der Optimierung der Hauptabteilung Sicherheit und Ordnung und der HR-Analyse wurde ein betriebsweiter Führungs- & Kulturentwicklungsprozess initiiert, welcher auch im 2012 hohe Priorität hat.	
Nr. 5.01.25	Einzelne Massnahme Projekt Aus- / Weiterbildung Eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe erstellte eine Voranalyse, die für die weiteren Entscheidungs- und Bearbeitungsschritte zu detaillieren war. Die weiteren umfangreichen Erhebungen benötigten zusätzliche Bearbeitungszeit. Ende Mai 2010 wurde die zweite Version der Voranalyse fertig gestellt und der Polizeileitung übergeben. Erst nach der anschliessenden Beurteilung und Beschlussfassung wird das Detailkonzept bearbeitet. Nach wie vor ist eine stufenweise Umsetzung ab 2011 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht absehbar	Die weitere Bearbeitung dieses Projektes wurde zu Gunsten einer Reorganisation im Human Resources (HR) Bereich gestoppt. Per 1. August 2011 wurde eine neue HR-Organisation implementiert, welche zur Zeit diverse Konzepte erarbeitet und umsetzt. Das Projekt Aus- / Weiterbildung wird gegenwärtig weiter bearbeitet. Mit der Umsetzung ist im Verlauf der Jahre 2012 und 2013 zu rechnen.

Nr. 5.01.26	Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit Die Qualität der gerichtspolizeilichen Tätigkeit der Polizei Basel-Landschaft und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Untersuchungsbehörden sind in einzelnen Bereichen verbesserungsfähig, zum Beispiel bei den Anträgen zu Untersuchungsmassnahmen oder bei Sachverhaltsbeschreibungen. Deshalb wird zusammen mit den Untersuchungsbehörden ein Mindeststandard definiert und mittels institutionalisierten Kontrollen durchgesetzt. Aufgrund dieser Kontrollen und eines standardisierten Feedbacks der Leistungsempfänger können individuelle und / oder kollektive Aus- und Weiterbildungs-massnahmen angeordnet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Konzept Qualitätsmanagement in der gerichtspolizeilichen Tätigkeit konnte verabschiedet werden. Insgesamt werden zukünftig 3 Mitarbeitende dieses Thema bearbeiten und damit eine Verbesserung der Qualität mit Schwerpunkt in der polizeilichen Rapportierung sicherstellen. Die Umsetzung erfolgt ab 1. Februar 2012.
Nr. 5.02	Programmpunkt Integration / Migration Strategische Zielsetzungen Im März 2010 hat der Bundesrat den "Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes" verabschiedet. Der Bundesrat stellt fest, dass die Ausrichtung der Integrationspolitik grundsätzlich stimmt, durch Verbesserungen in einigen Bereichen aber gestärkt werden kann. Vorgesehen ist, dass die 2011 auslaufenden Schwerpunkt-programme 2008 - 2011 des Bundes bis 2013 verlängert werden und damit die Mitfinanzierung durch den Bund wie bisher gewährleistet ist. Frühestens ab 2014 sollen dann neue, umfassende kantonale Integrationsprogramme umgesetzt werden. Die dafür notwendigen Vorbereitungsarbeiten auf der Ebene Kantone werden 2011 anstehen. Parallel dazu steht die Sprachförderung auch im Jahr 2011 im Vordergrund. Bund, Kanton und Gemeinden haben einen breitgefächerten gesetzlichen Informations-auftrag. Dazu gehört, Ausländerinnen und Ausländer über unser Land, unsere Werte und unsere Lebensgewohnheiten beim Zuzug schnell zu informieren. Die 2010 begonnenen Massnahmen zur Stärkung der Rolle der Baselbieter Gemeinden im Bereich der Integration werden erst mittelfristig die angestrebte Wirkung haben und bilden demzufolge auch im Jahr 2011 einen Schwerpunkt.		Amtsbericht 2011 Mit dem Bundesamt für Migration konnte eine Vereinbarung abgeschlossen werden, welche die Mitfinanzierung kantonaler Integrationsmassnahmen im Bereich Sprachförderung und Frühe Förderung von Kindern im Vorschulalter durch den Bund für 2012 / 2013 sichert. Wichtige Massnahmen, die auch Teil des Kantonalen Integrationsprogramms 2014 sein werden, werden bereits jetzt umgesetzt. Dazu gehört das gemeinsam mit den Anspruchsgruppen erarbeitete Sprachförderkonzept, die Erstinformationsgespräche, die neue Willkommens-broschüre sowie der neu eingeführte elektronische Newsletter. Dieser wird monatlich an mehr als 2000 Arbeitgeber, Institutionen, Gemeinden und Privatpersonen versandt. Zudem konnten die restlichen Baselbieter Gemeinden, die nicht bereits im Vorjahr vom Kantonalen Integrations-beauftragten persönlich aufgesucht wurden, besucht werden. Damit ist dieses systematische Besuchs-programm abgeschlossen. Die Gemeinden werden künftig unter anderem mittels Informations- und Erfahrungsaustauschtreffen bei der Umsetzung ihrer Integrationsmassnahmen unterstützt.

Nr. 5.02.02	Einzelne Massnahme Schwerpunktprogramm "Sprache und Bildung 2009 - 2011" In den Vorjahren wurde dieses Programm zusammen mit der Fachstelle Erwachsenenbildung Basel-Landschaft (BKSD) konzeptionell entwickelt und 2009 gemäss Vertrag mit dem Bund verabschiedet. Die Fachstelle Integration finanziert gezielt Sprachförderkurse im Kanton mit. Der Ausländerdienst Baselland (ald) gehört zu den Hauptanbietern. Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Daher misst die Sicherheitsdirektion der Sprachförderung auch im Jahr 2011 hohe Priorität bei.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.6 Mio.Fr.	Es wurden 24 Sprachförderprojekte mit insgesamt 0.79 Mio. Fr mitfinanziert. Die Berichterstattung liegt erst Ende 1.Quartal 2012 vor. Wir gehen von gleichen, allenfalls leicht steigenden Zahlen wie im 2010 aus. Damals wurden 21 Sprachkurs-Typen von insgesamt 13 Anbietern unterstützt. 1192 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben in 97'000 Lektionen die deutsche Sprache gelernt, 65 % der Teilnehmenden waren Frauen, unsere Hauptzielgruppe. Hauptanbieter (80%) waren der Ausländerdienst Baselland und ECAP.
Nr. 5.02.03	Erstinformationsgespräche mit neu zuziehenden Ausländern und Ausländerinnen als Teile des Informationskonzeptes Seit Inkraftsetzung des neuen Ausländergesetzes im Jahr 2008 können mit ausländischen Personen, die neu in die Schweiz einreisen und keinen gesetzlichen oder völkerrechtlichen Anspruch auf Erteilung und Verlängerung einer Aufenthaltsbewilligung haben, Integrationsvereinbarungen getroffen werden. Ab 2011 soll mit allen neu zuziehenden ausländischen Personen ein Erstinformationsgespräch geführt und dabei der Integrationsbedarf abgeklärt werden. Das Ergebnis wird in Integrationsempfehlungen und / oder in einer Integrationsvereinbarung festgehalten. Das Amt für Migration führt diese Erstinformationsgespräche ab 2011 flächendeckend durch.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.15 Mio. Fr.	Das Amt für Migration begrüsst über 900 ausländische Personen. Diese Erstinformationsgespräche werden in den 11 gängigsten im Baselbiet gesprochenen Sprachen geführt und dauern zwischen 30 bis 90 Minuten. Nebst ausländerrechtlichen Informationen werden auch die Rechte und Pflichten und die Wichtigkeit des raschen Spracherwerbs in einer persönlichen Gesprächsatmosphäre aufgezeigt. Zudem werden Integrationsvereinbarungen mit Personen abgeschlossen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Die Erstinformationsgespräche sind somit ein wichtiger erster Schritt für eine nachhaltige Integration der Migrantinnen und Migranten. Ab 2014 wird sich der Bund mit einem namhaften finanziellen Beitrag an diesen beteiligen.
Nr. 5.02.05	Kantonale und kommunale Integrationskommissionen Noch im Jahr 2010 soll die neue kantonale Integrationskommission ihre Aufgabe als beratendes und unterstützendes Gremium im Bereich Integration aufnehmen. In bestimmten Gemeinden wird erwogen, kommunale Integrationskommissionen einzuführen, die sich mit der kantonalen Integrationskommission vernetzen. Diese Arbeiten werden von der Fachstelle Integration unterstützt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio.Fr.	Seit mehr als sechs Jahren übernimmt "Der Runde Tisch Integration" die Funktion eines beratenden und unterstützenden Gremiums für die Direktionsvorstehenden der Sicherheitsdirektion. Im Hinblick auf den Direktionswechsel wurde beschlossen, vorerst keine Kantonale Integrationskommission zu schaffen. Der neue Vorsteher entschied, dass im 2012 eine personelle Erweiterung des Runden Tisch Integration vorgenommen werden soll. Kommunale Integrationskommissionen bestehen in Liestal und Pratteln. Die Fachstelle Integration regte in ihren Gemeindebesuchen die Schaffung weiterer kommunaler Integrationskommissionen an.

Nr. 5.02.06	Kantonales Integrationsprogramm: Planungs- und Vorbereitungsarbeiten Die bestehenden Schwerpunktprogramme für 2008 - 2011 (unter anderem Sprache und Bildung, Kompetenzzentren, Interkulturelles Übersetzen) und für die Übergangsphase 2012 - 2013 werden ab zirka 2014 durch kantonale Integrationsprogramme abgelöst. Die Fachstelle Integration wird auf der Basis der Vorgaben des Bundes zusammen mit den beteiligten kantonalen Stellen eine Vorgehensplanung entwickeln und beim Bund einreichen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Definitive Vorgaben, wie die Kantonalen Integrationsprogramme 2014 ausgestaltet sein müssen, hat der Bund erst im 4.Quartal 2011 vorgelegt. Die Fachstelle erfasste mittels einer Umfrage bei Direktionen, Gemeinden und Institutionen der Zivilgesellschaft den Ist-Zustand der jeweiligen Integrationsmassnahmen, die gesetzlichen und anderen Grundlagen, Budgets etc. Aufbauend darauf wird eine detaillierte Projektplanung erstellt. Bis im 2.Quartal 2013 muss eine vom Regierungsrat verabschiedete Verhandlungsgrundlage vorliegen.
Nr. 5.03	Programmpunkt Jugendanwaltschaft / Jugend Strategische Zielsetzungen Die strategische Zielsetzung der Jugendanwaltschaft bleibt trotz neuer Gesetzgebung unverändert: Weiterhin wird möglichst frühzeitig und umfassend auf das Verhalten von Jugendlichen Einfluss genommen, so dass ihr Weg ins Erwachsenenleben positiv und nicht deliktisch verläuft. Dabei erzielen schnelle zielgerichtete Verfahren, konsequent vollzogene Entscheide und Strafbefehle mit unterstützenden, aber auch klar Grenzen setzenden Elementen - verbunden mit Präventionsaktivitäten - die nachhaltigsten Ergebnisse.	Amtsbericht 2011	
Nr. 5.03.09	Einzelne Massnahme Einführung des neuen Jugendstrafprozessrechts Am 1. Januar 2011 treten die neue eidgenössische Jugendstrafprozessordnung und das entsprechende kantonale Einführungsgesetz in Kraft. Zudem werden die auf den gleichen Termin geltenden neuen Vorschriften der eidgenössischen (Erwachsenen-) Strafprozessordnung zu beachten sein. Die Neuerungen bringen teilweise veränderte Verfahrensregelungen mit sich und sind mit Mehraufwand verbunden. Die Umsetzung der neuen Gesetzgebung wird in der Einführungsphase, neben der Anpassung sämtlicher Formulare, einen zusätzlichen Schulungsaufwand verursachen und generell zu aufwendigeren Strafverfahren führen. Die Jugendanwaltschaft will einer Verlängerung der durchschnittlichen Verfahrensdauer entgegenwirken.	Finanzielle Auswirkungen 2011: ca. 0.15 Mio. Fr.	Die neue Jugendstrafprozessordnung konnte von der Jugendanwaltschaft trotz erheblichem Mehraufwand umgesetzt werden.

Nr. 5.04	Programmpunkt Staatsanwaltschaft Strategische Zielsetzungen Der Übergang vom bisher zweistufigen auf das neue einstufige Staatsanwaltschaftsmodell per 1. Januar 2011 - dem Inkrafttreten der neuen strafprozessualen Gesetze von Bund und Kanton - soll ohne Friktionen erfolgen.	Amtsbericht 2011 Der Organisationswechsel konnte auf den 1. Januar 2011 vollzogen werden. Dennoch sind zwei wesentliche Punkte zu erwähnen: Die Reorganisation der Staatsanwaltschaft ist nicht abgeschlossen, denn diese dauert bis ins Jahr 2014 (Bezug Strafjustizzentrum Muttenz) weiter an. Die Reorganisation wurde durch wesentliche Sachzwänge erschwert: • Personelle Dotation der Staatsanwaltschaft. • Räumliche Situation: 6 Hauptabteilungen und die Leitung sind an 11 verschiedenen Standorten untergebracht.
----------	--	--

Nr. 5.04.02	Einzelne Massnahme Etablierung der der neuen Schweizerischen Strafprozessordnung Am 1. Januar 2011 ist es soweit: Die erste gesamtschweizerisch gültige Strafprozessordnung tritt in Kraft. In den Vorjahren wurden die aufwendigen Gesetzesarbeiten im Kanton geleistet, die Abläufe und die Strukturen für das neue Staatsanwaltschaftsmodell geschaffen, die Wahlen der Ersten Staatsanwältin und der Leitenden Staatsanwälte und Staatsanwältinnen vorgenommen und die anderen Mitarbeitenden den neuen sechs Hauptabteilungen der Staatsanwaltschaft zugewiesen. Die Weiterbildung aller im Strafverfahren involvierten Stellen von Polizei, Strafverfolgung und Jugendanwaltschaft im neuen Recht wurde 2010 durchgeführt. Der Vorbereitungen für den Übergang am 1. Januar 2011 sind plangemäss verlaufen. Ab dann gilt es nicht nur mit der neuen Bundesgesetzgebung und den geänderten kantonalen Vorschriften umgehen zu können, sondern das Erlernte wird in Nachfolgeveranstaltungen vertieft. Fragen, die sich in der Praxis stellen, werden innerhalb der Staatsanwaltschaft erörtert und bereinigt. Gleichzeitig werden die neuen Prozessabläufe eingeführt, evaluiert und gegebenenfalls verbessert. Die Geschäftsleitung der neuen Staatsanwaltschaft, bestehend aus der Ersten Staatsanwältin und den Leitenden Staatsanwälten und Staatsanwältinnen (= Leitungen der Standorte Arlesheim, Laufen, Liestal, Sissach, Waldenburg und der Hauptabteilung Wirtschaftskriminalität und organisiertes Verbrechen) wird ihre Tätigkeit aufnehmen. Neu werden alle Verzeigungen im Kantonsgebiet wegen Überschreitung der Tempolimits bei automatischen Geschwindigkeitskontrollanlagen und alle Verstösse gegen richterliche Verbote ausschliesslich von der Hauptabteilung Sissach bearbeitet. Deren entsprechende Abteilung wird auf- und ausgebaut werden. Die umfangreiche Migration im Informatikbereich wird beendet, auftretende Fehler werden behoben und Abläufe nötigenfalls optimiert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.3 Mio. Fr.	Die erwähnten Zielsetzungen respektive Aufgabenstellungen konnten erreicht und umgesetzt werden.
-------------	--	---	---

Nr. 5.05	Programmpunkt Strafvollzug / Freiheitsentzug Strategische Zielsetzungen Massnahmenzentrum für junge Erwachsene Arxhof Die grundsätzliche strategische Zielsetzung des Massnahmenzentrums bleibt unverändert. Allerdings haben sich die äusseren Rahmenbedingungen verändert. Die Störungen der Persönlichkeitsentwicklung von Klienten werden insgesamt schwerer. Der Arxhof hat sein Behandlungskonzept laufend verbessert und genügt den Anforderungen. Zusätzlich wird das optimierte Risikomanagement umgesetzt und laufend überprüft.		Amtsbericht 2011 Um die Wirksamkeit der Psychotherapie zu erhöhen, wurde die Videoarbeit in der Einzel- und Gruppentherapie eingeführt. Das Risikomanagement wurde optimiert und die Übergänge klarer gestaltet.
Nr. 5.05.04	Einzelne Massnahme Forensische Therapieplätze für gefährliche Straftäter Gesamtschweizerisch fehlt eine grosse Zahl an spezifischen und insbesondere geschlossenen bzw. gesicherten Behandlungsplätzen für psychisch kranke (potenziell gefährliche) Straftäter. Diese müssten eigentlich einer Massnahme nach Art. 59 Strafgesetzbuch zugeführt werden. Wegen der fehlenden adäquaten Behandlungsplätze stauen sich diese Fälle in den Gefängnissen, und die im Sinne der öffentlichen Sicherheit gebotenen Therapien verzögern sich. Die Sicherheitsdirektion, die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel müssen gemeinsam Lösungen suchen, um diese Engpässe zu beseitigen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht bezifferbar	Das Problem der (fehlenden) Vollzugsplätze für Massnahmen nach Art. 59 StGB wird konkordatsseitig durch verschiedene Projekte angegangen. Auf die Planungen der Kliniken bestehen jedoch nach wie vor kaum Einflussmöglichkeiten, bzw. tendenziell ab 2012 noch weniger (Verselbständigung). Die Kantonale Psychiatrische Klinik ist nur in Ausnahmefällen bereit, Massnahmenpatienten aufzunehmen; in welchem Umfang die ambulante Versorgung durch EPD und PDA im forensischen Bereich aufrecht erhalten werden kann, ist offen. Über die Erneuerung des Vertrags mit der Forensisch-Psychiatrischen Klinik der UPK Basel samt einer Erweiterung des basellandschaftlichen Platzkontingents wurde erfolgreich verhandelt, eine Vertragsunterzeichnung steht unmittelbar bevor.

Nr. 5.05.09	Risikoeinschätzungen und Risikomanagement Die Sicherheitsdirektion ist in verschiedenen Fachbereichen mit dem Thema "Gefährdung durch aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug entlassene Täter" befasst. Zwei Stellen, in denen die Frage weiterhin mit spezieller Intensität bearbeitet werden soll, sind das Massnahmenzentrum Arxhof und der Bereich Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales des Generalsekretariates. Massnahmenzentrum Arxhof: Überarbeitung bzw. Überprüfung der Wirksamkeit des neuen Risikomanagements Die im Jahr 2010 erarbeiteten Massnahmen betr. Risikomanagement werden schrittweise eingeführt und auf ihre Wirksamkeit überprüft. Das Augenmerk wird einerseits auf die optimale Kommunikation mit den Nachsorgebehörden gelegt. Zudem werden Risikoklienten systematisch erfasst und vom Leitungsgremium regelmässig auf ihre Gefährlichkeit überprüft. Allenfalls werden Massnahmen zur Minimierung des Risikos getroffen. Im letzten Quartal 2011 werden die Massnahmen im Sinne einer Bilanz auf ihre Langzeitwirkung überprüft. Wo nötig werden Verbesserungen vorgenommen. Bereich Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales: Straf- und Massnahmenvollzug, Risikoeinschätzungen: Probelauf "Risikoorientierter Sanktionenvollzug" Der Kanton Zürich führt einen Modellversuch zum Thema "Systematische Risiko- und Bedarfsassessments" durch. Die Sicherheitsdirektion wird im Rahmen eines Pilotversuchs testen, ob die vom Kanton Zürich verwendeten Instrumente für den Kanton Basel-Landschaft tauglich sind.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	<u>Massnahmenzentrum Arxhof:</u> Eine Fachkommission überprüft laufend die Risiken, die ein Bewohner darstellt und lässt Lockerungen der Bewegungsfreiheit erst zu, wenn das Risiko verantwortbar ist. Dieses Prozedere hat sich bewährt. Die Mitarbeitenden der Psychotherapie wurden alle in der Anwendung des Risikomessinstruments FOTRES geschult. Für Entlassungsberichte wurde ein neuer, detaillierter Raster entwickelt, um Risiken bei Entlassenen expliziter zu beschreiben. Vor Entlassungen finden Übergabekonferenzen statt, an denen ein möglichst grosser Teil des sozialen Netzes und der betroffenen Behörden eingeladen werden. <u>Bereich Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales:</u> Das Projekt "Risikoorientierter Sanktionenvollzug" erweist sich als viel komplexer und ressourcenfordernder als angenommen. Zurzeit ist das Projekt bzw. der federführende Kanton Zürich nicht in der Lage, weitere Kantone ins Projekt aufnehmen zu können. Insofern konnte der vorgesehene Pilotversuch noch nicht konkretisiert werden. Die bewährten Instrumente der Gefährlicheit-einschätzung wurden konsequent implementiert. Das Thema Gefährlichkeit wird auch als wesentlicher Bestandteil der Vollzugsplanung mit den verschiedenen Partnerorganisationen (Vollzugsanstalten, Bewährungshilfe, externe Fachleute) agendiert.
Nr. 5.05.11	Umgang mit ängstlich depressiven Klienten Das Massnahmenzentrum Arxhof stellte in den letzten Jahren fest, dass das sehr gruppenorientierte Konzept insbesondere für ängstlich depressive Klienten überfordernd sein kann. Weil diese Personen die Massnahme überdurchschnittlich häufig abbrechen, werden Lösungen erarbeitet, um dieser Klientengruppe und ihren Bedürfnissen gerechter zu werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Es wurden konzeptuelle Anpassungen vorgenommen um ängstlich-depressive Bewohner sowohl besser einzubetten, allenfalls medikamentös zu behandeln, wie auch einen gut vorbereiteten Wechsel in eine angemessene Institution zu garantieren, wenn Überforderung droht.

Nr. 5.06	Programmpunkt Bevölkerungsschutz Strategische Zielsetzungen Es ist Aufgabe des Staates, mögliche Gefährdungen für seine Bevölkerung und für sein Gebiet frühzeitig zu erkennen und vorsorgliche Massnahmen zu treffen. Weil sich die Risiken - beispielsweise durch die Klimaveränderungen und die technische Entwicklung - aber stetig verändern und verlagern, müssen mögliche Gefahrenlagen immer wieder neu erkannt, analysiert und bewertet werden.	Amtsbericht 2011	
Nr. 5.06.07	Einzelne Massnahme Projekt REOPEZ (gemeinsame Einsatzzentrale) Bei diesem Vorhaben geht es um die Zusammenarbeit der Ereignisdienste (gemeinsame Einsatzzentrale). Der Regierungsrat hat im Jahr 2007 eine Arbeitsgruppe beauftragt, ein Grobkonzept mit Varianten vorzulegen. Darauf basierend ist ein Detailkonzept zur Schaffung einer Einsatzzentrale für alle Ereignisdienste im Kanton zu erarbeiten, damit 2011 die weiteren Schritte definiert und auf den Weg gebracht werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: derzeit noch nicht absehbar	Die Arbeitsgruppe hat einen Gesamtbericht fertig gestellt. Dieser wurde jedoch noch nicht dem Regierungsrat unterbreitet, da sich Veränderungen abzeichneten, welche neue Rahmenbedingungen im Projekt REOPEZ darstellten. Zu diesen gehören die Verselbständigung der Spitäler und somit der Rettungssanität Liestal sowie die Aufgabenteilung in der Verkehrslenkung zwischen Bund und Kantonen. Zu berücksichtigen ist auch, dass dieses Projekt erhebliche Investitions- und Folgekosten generiert, weshalb eine Realisierung in den nächsten Jahren kaum realisierbar erscheint.
Nr. 5.06.09	Gefährdungsanalyse Aufbauend auf den Vorarbeiten im Jahr 2010 wird eine umfassende Gefährdungsanalyse in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Nachbarkantonen fertig gestellt. Themen sind: Hochwasser, Sturm, Hitze und Trockenheit, Kälte und Schnee, Erdbeben, Strassen-, Schienen- und Schiffsunfall mit Gefahrgut oder Massenanfall von Verletzten, Flugzeugabsturz, Freisetzung von gefährlichen Stoffen in Produktions- und Lagerstätten, Stromausfall, menschliche Epidemie / Pandemie, Tierseuche, schwere Mangellage, Flüchtlingswelle, innere Unruhen und terroristischer Anschlag mit / ohne ABC-Einsatz.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.1 Mio.Fr. (externe Kosten)	Es konnten 25 von 28 Referenzszenarien erarbeitet werden. Diese beinhalten eine Beschreibung des jeweiligen Ereignisses sowie dessen Auswirkungen auf Leben / Gesundheit, Lifelines / Infrastrukturen, Umwelt und Ressourcen der öffentlichen Hand. Somit sind die Grundlagen für die Defizitanalyse geschaffen.

Nr. 5.08	Programmpunkt Motorfahrzeugkontrolle Strategische Zielsetzungen Unter den Aspekten Kundenorientierung und Kostengünstigkeit sollen die besten Massnahmen gefunden werden, um das Dienstleistungsangebot für Privatpersonen und für Gewerbetreibende örtlich und administrativ zu optimieren. Die Prozesse und die Standortbedingungen werden in Zusammenarbeit mit den Strassenverkehrsämtern der Kantone Aargau, Solothurn und Basel-Stadt sowie der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel festgelegt.		Amtsbericht 2011
Nr. 5.08.05	Einzelne Massnahme Optimierung des Dienstleistungsangebots Die Motorfahrzeugkontrolle (MFK) beabsichtigt, in Zusammenarbeit mit den Strassenverkehrsämtern der Kantone Aargau und Solothurn, mit der Motorfahrzeugkontrolle Basel-Stadt und mit der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel verschiedene Dienstleistungen (unter anderem Disponierung der Fahrzeugvorführungen, Fahrzeug-einlösungen, Fahrzeugwechsel, Ausgabe bzw. Deponierung von Kontrollschildern etc.) auf dem Areal der Motorfahrzeug-Prüfstation beider Basel in Münchenstein anzubieten. Mit dem Erreichen dieser Zielsetzung würde ein langjähriges Anliegen des Autogewerbeverbandes beider Basel erfüllt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Es liegt ein Vorschlag vor, wonach auf dem Areal der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) in Münchenstein eine Aussenstelle der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in Form von Bürocontainern errichtet werden soll, welche die administrativen Dienstleistungen anbietet. Dieser Vorschlag wird im 2012 auf die Realisierbarkeit hin überprüft.
Nr. 5.09	Programmpunkt Rechtssetzung / Gesetzgebung		Amtsbericht 2011
Nr. 5.09.15	Einzelne Massnahme Neues Erwachsenenschutzrecht (Landratsvorlage) Die Revision des Vormundschaftsrechts (neu: Erwachsenenschutzrecht) bedingt tiefgreifende strukturelle und organisatorische Änderungen in den Kantonen. Die Massnahmen zur Umsetzung sowie die erforderlichen Änderungen des kantonalen Rechts werden von einer Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der Gerichte erarbeitet. Es ist vorgesehen, dass das neue Erwachsenenschutzrecht am 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. 2011 wird die Landratsvorlage zum kantonalen Einführungsrecht unterbreitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Kommissionsberatungen bezüglich der Revision des kantonalen Rechts im Erwachsenenschutzrecht konnten am 19. Dezember 2011 abgeschlossen werden. Die Vorlage wird voraussichtlich im 1. Quartal 2012 im Plenum des Landrats behandelt werden können.

Nr. 5.09.19	Teilrevision des Polizeigesetzes (Landratsvorlage) Aus der im Vorjahr durchgeführten Evaluation bezüglich Änderungsbedarf des mittlerweile über zehnjährigen Polizeigesetzes kristallisierte sich die Notwendigkeit einer Teilrevision heraus. Deren Hauptelemente sind die polizeiliche Aufgabenverteilung zwischen Kanton und Gemeinden, die Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund sowie diverse Anpassungen an geändertes Bundesrecht. Nach der Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens und der Bereinigung der Gesetzesänderungen soll die Landratsvorlage 2011 an das Kantonsparlament weitergeleitet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine.	Das Vernehmlassungsverfahren wurde im November 2011 eröffnet und dauert bis Ende Februar 2012. Nach Bereinigung des Revisionsentwurfs sollte die Landratsvorlage voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2012 an das Kantonsparlament weiter geleitet werden können.
Nr. 5.09.24	Revision des kantonalen Zivilschutzgesetzes (Landratsvorlage) Weil sich der politische Prozess auf Bundesebene verzögerte, konnte das Ziel der Umsetzung im kantonalen Gesetz gemäss Jahresprogramm 2010 nicht erreicht werden. Deshalb sind die Gesetzgebungsarbeiten des Kantons im Jahr 2011 vorzunehmen, damit mit dem Inkrafttreten des revidierten Bundesgesetzes über den Zivilschutz per 1. Januar 2012 alles bereit ist. Neben den Anpassungen gemäss Bundesrecht sollen bei der kantonalen Gesetzgebung auch die gesammelten Praxiserfahrungen berücksichtigt werden. Insbesondere geht es um die Themen "Diensttage", "Ausbildung", "Material", "Schutzbauten" und "Finanzen". Eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretungen der Gemeinden (Mitglieder Gemeinderat und Zivilschutzkader) und der Sicherheitsdirektion erarbeitet die Gesetzesvorlage zur Anpassung des kantonalen Rechts an das geänderte Bundesgesetz.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio. Fr. (externe Kosten)	Die eidgenössischen Räte haben im Sommer 2011 das revidierte Bundesgesetz verabschiedet. Der Bundesrat hat das Gesetz und die dazu gehörende Verordnung am 30. November 2011 auf den 1. Januar 2012 in Kraft gesetzt. Seit dem 22. September 2011 bearbeitet eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Partnerorganisationen sowie Vertreterinnen und Vertreter des Verbandes Basellandschaftlicher Gemeinden den Revisionsbedarf im kantonalen Gesetz und der dazugehörenden Verordnung.
Nr. 5.09.25	Teilrevision des Anwaltsgesetzes (Landratsvorlage) Der Entzug des Anwaltspatents soll gesetzlich geregelt werden; deshalb ist das Anwaltsgesetz zu ändern. Bei dieser Gelegenheit sollen weitere Revisionsanliegen (zum Beispiel Erhöhung Gebührenrahmen, Kompetenzverschiebungen vom Ausschuss zum Präsidium der Anwaltsaufsichtskommission, Schaffung einer Übertretungsstrafbestimmung bei Titelanmassung), die sich aus der Praxis der Anwaltsaufsichtsbehörde ergeben haben, berücksichtigt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Teilrevision des Anwaltsgesetzes, die der Landrat am 22. September 2011 verabschiedet hat, ist am 1. Januar 2012 in Kraft getreten.

Nr. 5.09.26	Systemwechsel beim Status der nebenamtlichen Richterinnen und Richter Aufgrund des Postulats der Personalkommission (Nr. 2010 / 082), das eine Überprüfung der Frage des Teil- oder Vollamtes für die Gerichtsmitglieder der zweiten und für die Vizepräsidenten der ersten Instanz verlangt, wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern und Vertreterinnen der Gerichte und der Verwaltung eingesetzt. Diese soll die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels bei den nebenamtlichen Richtern untersuchen und über die personellen, räumlichen und finanziellen Konsequenzen sowie über die gesetzlichen Anpassungen berichten.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Arbeitsgruppe setzte sich eingehend mit der Analyse der Ist-Situation auseinander und entwickelte verschiedene Modelle für den Soll-Zustand. Diese Grundlagendiskussion wird intensiv geführt. Der Bericht der Arbeitsgruppe zuhanden des Regierungsrates und des Kantonsgerichts wird 2012 fertig gestellt werden.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen C Häusliche Gewalt / Opferhilfe / Kinderschutz		Amtsbericht 2011
Nr. 5.10.29 / 1	Einzelne Massnahme Kinderschutz in der frühen Kindheit Hebammen sehen die gebärenden Mütter nur kurz, doch in dieser intensiven Zeit erfahren sie unter anderem auch von Problemen der Mütter in ihrem familiären Umfeld. Um den mitbetroffenen Kindern gute Lebensbedingungen zu schaffen, soll die Informationsschnittstelle zwischen Hebammen und Mütter- / VäterberaterInnen verbessert werden. Ein wirksamer Kinderschutz im Kleinkindesalter bedingt die gegenseitige Information aller Involvierten und deren vernetztes Vorgehen. Deshalb sollen auch Kinderärztinnen und Kinderärzte sowie die Kinderschutzbehörden in dieses Netzwerk eingebunden werden. Ein Mittel für diese Vernetzung wird die Organisation von regionalen, themenspezifischen Veranstaltungen sein.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Zum Thema "Früherkennung von Kindeswohlgefährdungen" führte die Fachstelle Kindes- und Jugendschutz zusammen mit Mitgliedern der Fachkommission eine 1/2 tägige Weiterbildung für die Mütter- und Väter-BeraterInnen, die Hebammen und die Kinderärzte durch.
Nr. 5.10.29 / 2	Net City : Kampagne für mehr Sicherheit beim Surfen im Internet für Primarschülerinnen und Primarschüler Net City ist ein mit Laptops eingerichteter Bus von "Kinderschutz Schweiz / action innocence", der in Baselbieter Schulhäusern auf Tournee geht. Neben den Schülerinnen und Schülern werden auch die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern mittels gezielter Informations-anlässe zum Thema "Internetsicherheit und Umgang mit neuen Medien" angesprochen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der Netcitybus war im Monat September 2011 im Baselbiet unterwegs. Alle Aktivitäten rund um das Präventionsprojekt konnten wie geplant durchgeführt werden.

Nr. 5.10.29 / 3	Alkoholmissbrauch von Minderjährigen: Weitere Implementierung und Evaluation Mitte des Jahres 2010 haben die Vormundschaftsbehörden ein standardisiertes Ablaufschema erhalten, wie sie mit gemeldeten Alkoholexzessen von Jugendlichen verfahren sollen. Die Unterstützung für die kommunalen Behörden wird von der Fachstelle Kindes- und Jugendschutz, der Polizei Basel-Landschaft und dem Blauen Kreuz Baselland geleistet; weitere Fachstellen des Kantons sind miteinbezogen. Für eine individualisierte Gefährdungseinschätzung von betroffenen Jugendlichen steht den Gemeinden die Fachstelle Alkohol und Sucht des Blauen Kreuzes zur Verfügung. Im Jahr 2011 sollen das Vorhaben weitergeführt und die ersten Erfahrungen ausgewertet und in einem Bericht dargestellt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Anzahl der polizeilichen Meldungen an die Vormundschaftsbehörden (4 Fälle) war zu gering, als dass sich daraus Erfahrungswerte ergeben würden. Im 2013 soll die Auswertung erneut geprüft werden.
Nr. 5.10.29 / 4	10 Jahre Lernprogramm gegen häusliche Gewalt: Evaluation Im zwölften Jahr ihres Bestehens kann die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt das zehnjährige Jubiläum des sozialen Lernprogramms für Gewalt ausübende Männer begehen. Um die Wirksamkeit des Ziels "Gewalt stoppen - Opfer schützen" auch systematisch und den wissenschaftlichen Fachanforderungen gemäss zu überprüfen, wird eine Evaluation in Auftrag gegeben.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.02 Mio. Fr.	Ein valables Forschungsinstitut wurde gefunden. Die Begleitforschung musste aber sistiert werden, weil das Gesuch um Finanzierung der Gesamtkosten (100'000.-) vom Bundesamt für Justiz abgelehnt wurde. In Zusammenarbeit mit der nationalen Fachstelle Häusliche Gewalt werden aktuell weitere Modelle zur Finanzierung gesucht.
Nr. 5.10.29 / 5	Verbessertes elektronisches Informationsangebot zum Thema "Häusliche Gewalt" für Vormundschaftsbehörden Die 2009 durchgeführte Evaluation der polizeilichen Wegweisung bei häuslicher Gewalt stellt allen Beteiligten ein gutes Zeugnis aus. Optimierungsbedarf besteht bei den Vormundschaftsbehörden im Umgang mit dem Thema und der darin involvierten Kinder. Die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt hat bereits breit nachgefragte Informationsveranstaltungen durchgeführt. Nun soll der Ordner "Häusliche Gewalt" ins Internet überführt und aktualisiert werden. Die Behörden werden auf die Aktualisierungen mittels eines Newsletters aufmerksam gemacht.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der Ordner "Häusliche Gewalt" wurde ins Internet überführt und die Informationen werden laufend aktualisiert. Auf die Herausgabe eines Newsletters wurde verzichtet, weil der Bedarf gering ist.

Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen E Bezirksschreibereien Strategische Zielsetzungen Um zu verhindern, dass es mittelfristig zu Versorgungsengpässen bei den notariellen Dienstleistungen kommt, müssen die erforderlichen Massnahmen umgesetzt werden.		Amtsbericht 2011 Die im Rahmen des Projekts FOCUS vorgesehene Ausweitung bzw. Verlagerung der Beurkundungskompetenzen in allen Bereichen des Notariates auf selbständige Notarinnen und Notare wird mittelfristig eine Verbesserung der Versorgungslage bewirken.
Nr. 5.10.42	Einzelne Massnahme Neues Notariat Basel-Landschaft Die im Jahr 2010 entwickelte Konzeption mit den entsprechenden Vorlagen an den Landrat und den Regierungsrat soll 2011 - nach der Verabschiedung in den politischen Entscheidgremien - in die Umsetzungsphase überführt werden. Sie verfolgt das Ziel einer Verbreiterung der Basis an ausgebildeten, geprüften und aktiv tätigen Amts- und privaten Notarinnen und Notaren im Kanton. Die im Konzept vorgesehenen Massnahmen sollen ab 2011 umgesetzt werden. Unter anderem ist geplant, die Ausbildung werdender Notarinnen und Notare sowie die Attraktivitätssteigerung des Notarenberufs gemeinsam mit dem Basellandschaftlichen Notariatsverband zu entwickeln.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.005 Mio. Fr.	Das Projekt "Neues Notariat" ist aufgrund des Entlastungspakets 12 / 15 sistiert und im Projekt FOCUS (Aufhebung des Amtsnotariats und Reorganisation der Behörden im Zivilrecht) integriert worden. Die diesbezüglichen Kommissionsberatungen waren per Ende 2011 in Gange und werden voraussichtlich Ende Februar 2012 abgeschlossen sein. Ein Landratsbeschluss dürfte im Zeitraum April 2012 zu erwarten sein.
Nr. 5.10	Programmpunkt Weitere Projekte und Dienstleistungen G Diverses		Amtsbericht 2011
Nr. 5.10.65	Einzelne Massnahme Regionalisierung der Stiftungsaufsicht Aufgrund zwingender neuer bundesrechtlicher Grundlagen sind die Aufsichtsbehörden über die Einrichtungen der beruflichen Vorsorge aus der kantonalen Verwaltung auszugliedern und als öffentlich-rechtliche Anstalten mit eigener Rechtspersönlichkeit aufzubauen. Vor dem Hintergrund gleichlautender parlamentarischer Vorstösse in den Kantonen Basel-Landschaft (Postulat Nr. 2009 / 043) und Basel-Stadt soll diese Ausgliederung in eine gemeinsame Stiftungsaufsicht beider Basel stattfinden. 2011 sind die für dieses partnerschaftliche Geschäft notwendigen Rechtsgrundlagen den beiden Kantonsparlamenten vorzulegen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Projekt einer gemeinsamen Stiftungsaufsicht beider Basel konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Per 1. Januar 2012 hat die "BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB)" als selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt mit Sitz in Basel ihren operativen Betrieb aufgenommen. Das Postulat Nr. 2009 / 043 ist dementsprechend als erledigt abgeschrieben.

Nr. 5.11	Programmpunkt Familienfragen Strategische Zielsetzungen Zugunsten der Familien im Baselbiet soll für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein substanzieller Beitrag geleistet werden. Insbesondere sozial benachteiligte Familien sollen noch stärker über die zahlreichen vorhandenen Angebote informiert werden und dadurch die Motivation erhalten, diese auch zu nutzen.		Amtsbericht 2011 Die Informationsplattform "Familienhandbuch.bl.ch" wird rege genutzt und konnte auf Englisch und Albanisch übersetzt werden. So können die bestehenden Angebote für eine breitere Klientel erschlossen werden. Der Landrat hat das Gesetz betreffend familienexterne Kinderbetreuung beschlossen. Am 11. März 2012 findet die Volksabstimmung statt.
Nr. 5.11.01	Einzelne Massnahme Baselbieter Bündnis für Familien Das Baselbieter Bündnis für Familien setzt das Projekt "schritt:weise" weiter um. Im Jahr 2011 werden fünfzehn Familien durch interkulturelle Vermittlerinnen besucht, um die Kommunikation zwischen Mutter / Vater und Kind insbesondere durch Spielanimation zu verbessern.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Projekt läuft mit 15 Familien in Liestal und die Projektvorbereitungen in Birsfelden sind so weit gediehen, dass es dort im 2012 starten wird.
Nr. 5.11.03	Familienbericht Der Familienbericht liegt Ende 2010 vor. Er zeigt die ökonomische Situation der Baselbieter Familien mit einem besonderen Fokus auf Kosten und Strukturen der Familienergänzenden Kinderbetreuung auf. Die im Familienbericht vorgeschlagenen Massnahmen werden 2011 auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und davon ausgehend wird ein Konzept zu deren Realisierung entwickelt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: noch nicht bekannt	Das Umsetzungskonzept wurde den Direktionen vorgelegt und es wurde eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt, die auf der operativen Ebene für die Prüfung und die Realisierung der empfohlenen Massnahmen verantwortlich ist.
Nr. 5.11.06	Familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich (FEB) Das Gesetz zur Familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich ist 2010 in der Justiz- und Sicherheitskommission beraten worden. Der Landrat wird die Vorlage zum FEB-Gesetz voraussichtlich Ende 2010 beraten. Die Vorbereitung für die Umsetzung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Verlauf des Jahres 2011. Das Inkrafttreten ist für den 1. Januar 2012 vorgesehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.01 Mio. Fr.	Der Landrat verabschiedete das FEB-Gesetz am 15. Dezember 2011 mit 50 zu 37 Stimmen. Die Volksabstimmung findet am 11. März 2012 statt.

Nr. 5.11.08	Projekt zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit KMU Klein- und Mittelbetriebe sind das wichtigste Standbein der Basellandschaftlichen Unternehmenslandschaft. Deshalb sollen sie im Zentrum dieses Projektes stehen, das in Partnerschaft mit der Wirtschaftskammer Baselland durchgeführt wird. Die Fachstelle für Familienfragen unterstützt gemeinsam mit dem Projektpartner die Betriebe in ihren Bestrebungen, noch bessere Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu realisieren. Mit einem Check-up in zehn bis zwölf Unternehmen soll das Potenzial für familienfreundliche Arbeitsstrukturen aufgezeigt werden. Durch Anfangs- und Schlussveranstaltungen sowie Vernetzungstreffen werden die Resultate sichtbar. Dadurch sollen weitere Firmen für das Thema gewonnen werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.04 Mio. Fr.	Das vom Regierungsrat beschlossene Projekt "Familienfreundliche KMU im Baselbiet" wurde erfolgreich gestartet. Das Projektteam hat eine Vorgehensweise zur Anwerbung der Betriebe erstellt und eine Liste der anzugehenden Betriebe zusammenstellen können. Erste interessierte Betriebe sind auch von sich aus auf das Projektteam zugekommen.
Nr. 5.11.09	Forschungsprojekt Wirksamkeit familienpolitischer Massnahmen In Zusammenarbeit mit der Universität Basel soll geprüft werden, ob bzw. in welchem Umfang sich familienpolitische Massnahmen auf Einzelindividuen auswirken. In einem ersten Projekt sollen Massnahmen im frühkindlichen Bereich anhand rechnerischer Modelle auf ihre Langzeitwirkung hin untersucht werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Es wurde eine Masterarbeit verfasst, die online verfügbar ist. Sie kann als Grundlage für die Wirksamkeitsprüfung familienpolitischer Massnahmen beigezogen werden.

Teil 6 Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD)

Bildung

Am 26. September 2010 bestätigte der Baselbieter Souverän die Beschlüsse des Landrats zur Harmonisierung im Bildungswesen, welche die Umsetzung der neuen Verfassung garantieren. Der Verfassungsauftrag beinhaltet sowohl die strukturelle Harmonisierung des „Bildungsraumes Schweiz“ zur Gewährleistung der Durchlässigkeit als auch die Qualitätsentwicklung. Als Ausdruck einer hohen Qualität wirkt das Bildungswesen integrierend und verhilft möglichst allen Schülerinnen und Schülern zu mindestens einem Abschluss der beruflichen oder allgemeinbildenden Sekundarstufe II. Es eröffnet Chancen für die Entwicklung von Begabungen und Interessen sowie für eine anspruchsvolle Weiterqualifizierung auf der Hochschulstufe und zum lebenslangen Lernen. Ein Bildungswesen in hoher Qualität unterstützt die einzelnen Menschen und gleichzeitig auch die kulturelle, soziale und - als „Humankapital“ - die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. In Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen im Bildungsraum Nordwestschweiz und in der Deutschschweiz und unter Einbezug der im Rahmen des politischen Prozesses geäusserten Anliegen, wurden und werden die Rahmenbedingungen in den entsprechenden Verordnungen, Stundentafeln, Lehrplänen und Reglementen konkretisiert und die Schulen bei der Informationsvermittlung und der guten lokalen Umsetzung unterstützt. Wichtige Eckwerte dieser anspruchsvollen Reform sind die Einführung des 2 Jahre dauernden obligatorischen Kindergartens mit Vorverlegung des Stichtages für die Einschulung (2012 / 2013), die Einführung der auf 6 Jahre verlängerten Primarschule und der auf 3 Jahre verkürzten Sekundarschule (2015 / 2016) in Verbindung mit dem Sprachenkonzept (ab 2012 / 2013) sowie die Einführung des auf 4 Jahre verlängerten Gymnasiums (ab Schuljahr 2014 / 2015). Weitere Schwerpunkte der Arbeiten zur fortgesetzten Entwicklung des Bildungswesens betreffen die Landratsvorlage Integrative Schulung unter Einbezug der speziellen Förderung und die Tagesstrukturen. Von vitalem Interesse bleibt die nachhaltige Stärkung des Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandortes Nordwestschweiz, was ein wettbewerbsfähiges Aus- und Weiterbildungsangebot auf Tertiärstufe sowie Koordination- und Fördermassnahmen auf Quartärstufe voraussetzt.

Kultur

Das kulturelle Erbe des Kantons Basel-Landschaft erschliessen, erarbeiten, erhalten, weiterentwickeln und vermitteln: Dies ist eine Aufgabe, deren sinnstiftende, dem gesellschaftlichen Zusammenhang und der gesellschaftlichen Entwicklung dienende Bedeutung ernst genommen werden muss. Diese Aufgaben bilden neben der Förderung zeitgenössischer Kultur und der Erarbeitung des Kulturleitbildes den Schwerpunkt der kulturpolitischen Aktivitäten des Kantons. Die Arbeiten zum Kulturleitbild, welches gemäss landrätlichem Auftrag, die Grundlagen und die Stossrichtung der Baselbieter Kultur erfasst und einer Überarbeitung des Kulturgesetzes sowie dessen Umsetzung zugrunde gelegt werden kann, wurden im 2011 stark vorangetrieben. Einen wichtigen Schritt zur Erstellung des Kulturleitbildes stellte die Tagsatzung kultur.bl dar, die am 7. Mai 2011 erfolgreich durchgeführt wurde. Die Auswertung der Materialien der Tagsatzung haben zum Ziel, dass ein Entwurf des Kulturleitbildes in der ersten Hälfte 2012 vorgelegt werden kann.

Am 16. / 17. April 2011 wurde das Museum.BL nach einer umfassenden Sanierung wieder eröffnet und überzeugte das Publikum mit seiner Neupositionierung als familienfreundliches Haus. Die Planung der dringend erforderlichen Sammlungszentren sowie die damit verbundenen Arbeitsplatzinfrastrukturen in Liestal und Augusta Raurica konnten hingegen nicht abgeschlossen werden. Auch die Bauarbeiten an der Ruine Pfeffingen konnten aus finanzpolitischen Gründen im 2011 noch nicht beginnen.

Sport

Zusätzlich zu den bewährten Instrumenten in der kantonalen Sportförderung mit den Schwergewichten Ausbildung, Beitrags- und Unterstützungsleistungen wurden für den Jugend- und für den Erwachsenensport weitere Sportfördermassnahmen entwickelt, damit neue Akzente gesetzt werden können. Ziel ist, die Anzahl bewegungsaktiver Menschen in allen Altersbereichen weiter zu steigern. Die Umsetzung dieser Massnahmen erfolgt schrittweise.

Teil Bildung

Nr. 6.01	Programmpunkt Bildungswesen allgemein Strategische Zielsetzungen Schwerpunkt bildet das Projekt "Bildungsharmonisierung" mit den Teilprojekten zur kantonalen Umsetzung der neuen schweizerischen Bildungsverfassung mit den Beschlüssen über den Beitritt zum Konkordat zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und zum Konkordat Sonderpädagogik.	Amtsbericht 2011	
Nr. 6.01.04	Einzelne Massnahme Gesamtsprachenkonzept (sechskantonaies Passepartout-Projekt) Der Landrat hat am 18. Januar 2007 den Regierungsrat beauftragt, das Sprachenkonzept der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) mit Französisch ab 3. Klasse der Primarschule und mit Englisch ab 5. Klasse der Primarschule umzusetzen und eine entsprechende Vorlage vorzubereiten. Vorbehältlich der Kreditgenehmigung beginnt die Umsetzung des Sprachenkonzeptes (Qualifikation der Lehrpersonen) 2011. Die tatsächliche Umsetzung in den Schulen ist per Schuljahr 2015 / 2016 aufsteigend ab den 3. Klassen vorgesehen. Verpflichtungskredit 2011 - 2018: 12.5 Mio. Fr.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.86 Mio. Fr.	Der Bildungsrat beschloss am 30. März 2011, das Sprachenkonzept an der Primarschule auf Schuljahr 2012 / 2013 aufsteigend mit den dritten Primarklassen einzuführen. Gleichzeitig erliess er die Übergangsstudenten-tafel mit Befristung bis und mit Schuljahr 2014 / 2015. Auf Grundlage des Reglements vom 5. Mai 2011 betreffend Fortbildung von Lehrpersonen für die Erteilung des Französisch- und Englischunterrichts an der Primarschule des Kantons Basel-Landschaft wurde die Fortbildung angegangen. Der Bildungsrat beschloss am 17. August 2011, den Lehrplan Französisch in der Projektversion „Passepartout“ vom Mai 2011 auf das Schuljahr 2012 / 2013, aufsteigend mit den dritten Klassen der Primarschule, in Kraft zu setzen. Für den Französischunterricht wurde das Lehrmittel „Mille feuilles“ erarbeitet und vom Bildungsrat als obligatorisches Lehrmittel beschlossen. Für den Englischunterricht ab der 5. Primarschulklassen wurde das Lehrmittel "New World" erarbeitet und in einer Erprobungsfassung dem Bildungsrat zur Beratung vorgelegt.

Nr. 6.01.12	Familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) im Schulbereich Landratsvorlage Nr. 2009 / 314 betreffend die Änderung des Bildungs-gesetzes über FEB im Schulbereich: Die Umsetzung ist vorgesehen auf das Schuljahr 2011 / 2012 (Verschiebung aus dem Jahresprogramm 2010 in das Jahresprogramm 2011). Die Budgetzahlen wurden wegen der verzögerten Umsetzung nach unten angepasst, auf der Grundlage der gemachten Erfahrungen mit der Mittagsbetreuung an den Sekundarschulen. Danach ist mit einem langsam ansteigenden Bedarf zu rechnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: gemäss Landratsvorlage zur FEB im Schulbereich: 0.4 Mio. Fr. (Mehrkosten für die Durchführung Sekundar- und Sonderschulen, Mehrkosten Personalaufwand Verwaltung und Einführungsarbeiten 0.25 Mio. Fr., davon 0.12 Mio. Fr. einmalig)	Im November 2011 beantragte die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission dem Landrat Rückweisung der Vorlage 2009/314 «Änderung des Bildungsgesetzes für die familienergänzende Kinderbetreuung im Schulbereich». Entgegen dem Antrag der BSKS (Rückweisung an den RR) beschloss der Landrat an seiner Sitzung vom 12. Januar 2012, das Geschäft zur Weiterbearbeitung an die Kommission zurückzuweisen.
Nr. 6.01.15	Bildungsbericht 2011 Gemäss Bildungsgesetz nimmt der Regierungsrat aufgrund eines Berichtes alle 4 Jahre zur Qualität der öffentlichen Schulen im Kanton Stellung. Der Bericht hat die Aufgabe, Rechenschaft über das Erreichte gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit abzulegen. Erstmals hat der Regierungsrat 2007 einen solchen Bericht abgelegt. Der Bildungsbericht 2011 Basel-Landschaft soll den Schweizerischen Bildungsbericht 2010 ergänzen, die Schlussfolgerungen des Regierungsrates gemäss Bildungsbericht 2007 beleuchten und eine Grundlage für das Legislaturprogramm des Regierungsrates 2012 - 2015 darstellen. Der Bericht wird im vierten Quartal dem Landrat zur Beschlussfassung zugeleitet.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.08 Mio. Fr.	Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion erstellte im Auftrag des Regierungsrates in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Landschaft den zweiten kantonalen Bildungsbericht 2011 und veröffentlichte ihn Anfang Dezember. Der in erster Linie an den Landrat adressierte Bericht beschreibt die Entwicklung des Bildungswesens zwischen 2007 und 2011, enthält statistische Portraits mit vergleichenden Kennzahlen und legt über die zehn bildungspolitischen Schlussfolgerungen von 2007 Rechenschaft ab. Der Bildungsbericht Basel-Landschaft soll ab 2012 vom Bildungsbericht Nordwestschweiz abgelöst werden.

Nr. 6.01.16	Bildungsharmonisierung Auf der Grundlage der Beschlüsse des Souveräns vom 26. September 2010 wird die entsprechende Umsetzung anzugehen sein. Im Vordergrund stehen die Bearbeitung der Folgeerlasse für die Umsetzung eines zwei Jahre dauernden obligatorischen Kindergartens, für die schrittweise Vorverlegung des Schuleintrittsalters (Verschiebung Stichtag vom 1. Mai auf den 31. Juli), für die Verlängerung der Primarschule um ein Jahr auf sechs Jahre (Schuljahr 2015 / 2016) und die Verkürzung der Sekundarschule um ein Jahr auf drei Jahre sowie die Verlängerung des Gymnasiums auf 4 Jahre ab Schuljahr 2014 / 2015 mit entsprechend angepassten Stundentafeln, Lehrplänen und Verordnungen. Wesentliche Aufgaben betreffen die Personal- und die Raumplanung für die Strukturrevision sowie die weitere pädagogische Entwicklung der teilautonomen geleiteten Schulen im Rahmen des Deutschschweizer Lehrplans 21 und dessen Nutzung an den einzelnen Schulen für die Unterrichtsentwicklung. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz, namentlich im Bereich der Leistungsmessung (Checks). Zur Vorbereitung aller Folgeerlasse und Umsetzung und Vorbereitung der Evaluation und Wirkungskontrolle wird eine Projektorganisation eingesetzt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 2.706 Mio. Fr.	Mit der Annahme des HarmoS-Konkordats durch den Souverän am 26. September 2010 sind Arbeiten für Folgeerlasse sowie die konkrete Umsetzung an den Schulen und die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer verbunden. Die Projektorganisation nahm unter Einbezug von Vertretungen von Anspruchsgruppen ihre Arbeiten auf. Zur Wahrung der stufenübergreifenden Stimmigkeit der neu abzustimmenden Laufbahnen der Schülerinnen und Schüler sind die obligatorische Schule, die Berufsbildung und die Gymnasien in einer einzigen Projektorganisation miteinander verknüpft. Die beiden Kindergartenjahre werden obligatorisch und sind neu Teil der 8-jährigen Primarstufe. Entsprechend mussten die Verordnungen für den Kindergarten und die Primarschule (SGS 641.11) und über die Ausrichtung von Staatsbeiträgen an die Kosten des Privatschulbesuchs (1. – 10. Schuljahr, SGS 640.44) angepasst werden. Der Stichtag für den Schuleintritt verschiebt sich während einer Übergangsphase in den Schuljahren 2012 / 2013 bis 2017 / 2018 vom 1. Mai auf den 31. Juli. Für die Umsetzungskonkretisierung der Beschlüsse zur Bildungsharmonisierung wurden der mit Basel-Stadt abgestimmte Entwurf von Stundentafeln und der Entwurf weiterer Erlasse für Kindergarten und Primarschule (ab 2015 / 2016), für die Sekundarschule (ab 2016 / 2017) sowie des Gymnasiums (ab 2014 / 2015) in die Anhörung gegeben. Die Arbeiten zur Revision der Verordnung über Beurteilung, Zeugnis und Übertritt (VO BBZ) wurden namentlich bezüglich interkantonal koordinierter Übertrittsbedingungen von der obligatorischen Schule in die weiterführenden Ausbildungen der Sekundarstufe II, dem vierkantonalen Abschlusszertifikat Sekundarstufe I und bezüglich Ablösung der Orientierungsarbeiten durch die „Checks“ des Bildungsraumes Nordwestschweiz aufgenommen.
-------------	---	---	--

			Wegen der Verschiebung des Personal-, Raum- und Finanzbedarfs auf Schuljahr 2015 / 2016 im Zuge der Verlängerung der Primarschule bzw. der Verkürzung der Sekundarschule um ein Jahr bildeten die entsprechenden Planungsarbeiten einen Schwerpunkt (vgl. auch 6.02.30): Instrumente zur Personalplanung wurden und werden im Austausch mit Schulleitungen entwickelt und für die Schulraumplanung in Sekundarschulkreisen Workshops mit den Beteiligten durchgeführt. Ferner wurde die FKD in der Konsultativkommission Aufgaben- und Lastenteilung bezüglich Gesetzesvorlage zur Kompensation der Aufgabenverschiebung 6. Primarschuljahr unterstützt. Am 13. Dezember 2011 genehmigte der Regierungsrat Rahmenverträge mit den Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz zum Aufbau und Betrieb einer Aufgabendatenbank. Der Regierungsrat ermächtigte die BKSD zur Unterzeichnung entsprechender Leistungsvereinbarungen.
Nr. 6.02	Programmpunkt Volksschule, Kindergarten, Primarschule, Sekundarstufe I		Amtsbericht 2011
Nr. 6.02.13	Einzelne Massnahme Deutschschweizer Lehrplan für die obligatorische Schule Mit dem Lehrplan 21 wird erstmals interkantonal ein Lehrplan der Deutschschweiz angestrebt. Er beschreibt, was Jugendliche am Ende der obligatorischen Schulzeit beherrschen müssen. Der Blick wird dabei verstärkt auf die Anwendbarkeit von Kenntnissen gerichtet. Formuliert werden Mindesterwartungen, für leistungsfähigere Lernende aber werden auch erhöhte Leistungsziele definiert. Der neue Lehrplan wird neu nach Fachbereichen gegliedert. Die Themen Geld, Konsum, Arbeit und Freizeit, aber auch Ernährung sollen vermehrt Eingang in die Schule finden. Die Projektierungsarbeit im Kanton Basel-Landschaft wird fortgeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: (Teil Bildungs-harmonisierung)	Die Grobstruktur des Lehrplans 21 wurde 2011 erarbeitet und am 14. November 2011 als kommentiertes Inhaltsverzeichnis veröffentlicht. In Verbindung mit den Partnerkantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz wird die Einführung des Lehrplans 21 ab Schuljahr 2015 / 2016 mit einzelnen Schulen in den Schwerpunkten „Natur und Technik“ im Rahmen des interkantonalen Projektes "Swiss Science Education" (SWISE) sowie „Fachlernen und Sprache“ bereits ab Schuljahr 2012 / 2013 umgesetzt. Es handelt sich dabei um ein Projekt zur Unterrichts- und Organisationsentwicklung mit dem Fokus Naturwissenschaften, welches im Bildungsraum Nordwestschweiz mit dem Projekt „Fachlernen und Sprache“ verknüpft wird.

Nr. 6.02.29	Integrative Schulung Im Rahmen des Mandates "Integrative Schulung" werden nebst der Umsetzung des Sonderschulkonzeptes (vgl. Nr. 6.04.01) auch Vorschläge zur Neustrukturierung der Speziellen Förderung erarbeitet. Diese sollen wenn möglich auf das Schuljahr 2011 / 2012, spätestens aber 2012 / 2013 umgesetzt werden. Für die operative Unterstützung bei der Umsetzung, der Sicherstellung und der Weiterentwicklung der Integrativen Schulung ist die befristete Anstellung einer Fachperson eingeplant.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Konzept „Integrative Schulung“ unter Einbezug der Speziellen Förderung wurde als Grundlage für die Landratsvorlage und die Revision des Bildungsgesetzes und der Verordnungen erstellt, im Rahmen der Projektorganisation Bildungsharmonisierung beraten und dem Bildungsrat zur Kenntnis gebracht. Die Inkraftsetzung der mit der Landratsvorlage „Integrative Schulen“ angestrebten Gesetzesrevision wurde nach einer Standortbestimmung planerisch auf das Schuljahr 2014 / 2015 verschoben.
Nr. 6.02.30	Lehrerinnen- und Lehrerbedarf Die Kantone des Bildungsraums Nordwestschweiz planen koordinierte Massnahmen zur Bekämpfung des Lehrerinnen- und Lehrermangels. Dazu gehören auch kantonale Angebote für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger in den Lehrberuf.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Um dem absehbaren Mangel an Lehrpersonen in der obligatorischen Schule zu begegnen, wurde mit der Pädagogischen Hochschule Nordwestschweiz in Verbindung mit den Partnerkantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn das Programm „Umschulung zum Lehrberuf für erfahrene Berufsleute“ initiiert. Ein entsprechender Verpflichtungskredit wurde vom Landrat beschlossen (LRV 2011 / 315). Zum einen wird dadurch ein Beitrag zur Gewinnung weiterer qualifizierter Lehrpersonen zur Abdeckung des grossräumigen Bedarfs geleistet, zum anderen kann der besonderen Bedarfssituation 2015 / 2016 im Kanton Basel-Landschaft mit einem zusätzlichen Primarschuljahr Rechnung getragen werden. Als weitere Massnahme wird vierkantonal eine Image- und Rekrutierungskampagne für Lehrberufe vorbereitet.

Nr. 6.02.31	Entwicklung und Erweiterung des Schulsozialdienstes Der Schulsozialdienst bearbeitet drei Entwicklungsfelder: 1. Einrichtung des Datenerfassungsinstrumentes MESA durch die Hochschule für Angewandte Wissenschaften; 2. Entwicklung des Kantonalen Konzeptes SSA und damit verbunden des Praxismanuals für Schulsozialarbeitende; 3. Erweiterung des Schulsozialdienstes auf die Primarstufe in Koordination mit der Arbeitsgruppe "Jugendhilfe" (Vorbereitungsarbeiten, ev. Mandat zur Überarbeitung der Verordnung über den Schulsozialdienst der Sekundarstufe I und II).	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Datenerfassungsinstrument MESA für die Schulsozialarbeitenden hat nicht das gehalten, was es versprochen hat. Der Schulsozialdienst hat dieses durch eine Excel-Datei ersetzt, welche sich auf das Erheben der wichtigsten, geforderten Daten beschränkt. Die Einführung erfolgte per Semesterwechsel im Schuljahr 2011 / 2012. Das Kantonale Konzept für den Schulsozialdienst ist in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziales in einer endgültigen Fassung dem Direktionsvorsteher präsentiert worden. Die Positionierung dieses Konzepts hinsichtlich seiner Bedeutung steht noch an. Dieser Arbeitsschritt soll im Zusammenhang mit dem Mandat zur Überarbeitung der Verordnung über den Schulsozialdienst und in Koordination mit allen wichtigen Fragen der Schulsozialarbeit durch das Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote geleistet werden.
Nr. 6.03	Programmpunkt Mittelschulen, Gymnasien, Sekundarstufe II		Amtsbericht 2011
Nr. 6.03.01	Einzelne Massnahme Fachmittelschule (FMS) Stärkung der Berufsfelder Gesundheit, Pädagogik, Kunst und Soziales durch angepasste Stundentafel. Einführung des erweiterten Berufsfeldunterrichts ab dem Schuljahr 2011 / 2012. Vorlage angepasste Stundentafel im Herbst 2010 an den Bildungsrat.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die angepasste Stundentafel wurde für die 1. und 2. Klassen im Schuljahr 2011 / 2012 umgesetzt. Im Schuljahr 2012 / 2013 wird die ganze FMS nach der neuen Stundentafel unterrichten.

Nr. 6.03.05	Umsetzung der kleinen MAR-Reform Interdisziplinarität nach MAR: Zur Intensivierung wird auf der Wahlkurs- und der Ergänzungsfachstufe eine schrittweise Erhöhung der interdisziplinären Kurse angestrebt. Spätestens 2014 sollen 50 Prozent der Kurse interdisziplinär sein und alle Maturanden und Maturandinnen besuchen entweder einen interdisziplinären Wahlkurs oder ein interdisziplinäres Ergänzungsfach. Schrittweise Einführung. Zweitbeurteilung der schriftlichen Maturaarbeit: Nach der ab 2010 wirksamen Anpassung des Maturitäts-Anerkennungsreglements (MAR) zählt die schriftliche Maturaarbeit als Note im Maturitätszeugnis. Um die Qualität der Beurteilung und die Rechtssicherheit dieser Abschlussnote analog zu den übrigen Prüfungsteilen zu gewährleisten, wird eine flächendeckende Zweitbeurteilung der Maturaarbeit eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.18 Mio. Fr.	Die Anzahl der interdisziplinären Wahlkurse / Ergänzungsfächer wurde erhöht. Diese Erhöhung wurde aus finanziellen Gründen durch eine Erhöhung der durchschnittlichen Kursgrößen kostenneutral umgesetzt. Die flächendeckende Zweitbeurteilung wurde mit den Maturarbeiten 2011 eingeführt.
Nr. 6.04	Programmpunkt Sonderschulung Strategische Zielsetzungen Mit dem gemeinsamen Sonderschulkonzept für die Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt werden die gesetzgeberische und die organisatorische Umsetzung für die Periode nach der NFA-Übergangszeit (mindestens bis Ende 2010) geplant. Wichtige Prinzipien sind dabei die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule und die Verstärkung der integrativen Formen der Sonderschulung. Das Konzept ist abgestimmt auf die interkantonalen Vereinbarungen (Konkordat HarmoS, Konkordat Sonderpädagogik, Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen IVSE).		Amtsbericht 2011 Die Eingliederung der Sonderschulung in die Strukturen der Volksschule wurde 2011 vorbereitet: Auf 2012 wechselt die Zuständigkeit für die externe Sonderschulung von der Fachstelle für Sonderschulung, Jugend- und Behindertenhilfe (heute: Amt für Kind, Jugend und Behindertenangebote) zum Amt für Volksschulen.
Nr. 6.04.01	Einzelne Massnahme Sonderschulkonzept Die Umsetzung des Konzeptes wird frühestens auf das Schuljahr 2011 / 2012, wahrscheinlicher 2012 / 2013 geplant. Vorgesehen ist, dass die Umsetzungsvorschläge mit der Anpassung der Bildungsgesetzgebung in die Vorlage zur integrativen Schulung mit den Vorschlägen zur speziellen Förderung (Förderangebote) integriert werden. Allfällige Verschiebungen der Kostenträgerschaft bei den Finanzierungsmechanismen kommen frühestens für das Budget 2012 zur Diskussion.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Vorlage zur integrativen Schulung ist in Vorbereitung.

Nr. 6.04.04	Überprüfung der Fahrtkosten in der Sonderschulung Die Ausarbeitung von Vorschlägen zu neuen Regelungen ist verschoben worden und soll mit der Umsetzung des sonderpädagogischen Konzeptes koordiniert werden (siehe Punkt 6.04.01), d.h. frühestens auf das Schuljahr 2011 / 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Auf die Überprüfung der Fahrtkosten wurde verzichtet. Eingeleitete Massnahmen waren überraschend schnell zielführend. Die Verlagerung der individuellen kostenintensiven Transporte auf den öffentlichen Verkehr ist - wo möglich und verantwortbar - eingeleitet, praktikabel und erfolgreich. Die Sonderschulen unterstützen die Schülerinnen und Schüler mit gezieltem Schulwegtraining. Die Bewältigung des Schulweges ist zugleich ein wichtiger erzieherischer und pädagogischer Wert.
Nr. 6.05	Programmpunkt Jugendhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton entwickelt in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den beteiligten privaten Organisationen ein kantonales Konzept Jugendhilfe.		Amtsbericht 2011
Nr. 6.05.03	Einzelne Massnahme Konzept Jugendhilfe Auf der Grundlage des ersten Berichtes zum Konzept Jugendhilfe mit - inhaltlichen Schwerpunkten des Konzeptes - Vorschlägen zur Klärung der Zuständigkeiten und der Koordination in der Kinder- und Jugendhilfe und im Kindes- und Jugendschutz innerhalb der kantonalen Verwaltung - Zusammenarbeitsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zwischen Kanton und Gemeinden unter Einbezug privater Anbieter wird eine Umsetzungsplanung erstellt. Die Ablieferung des ersten Berichtes verzögert sich. In der zweiten Hälfte 2010 soll darüber ein Konsultationsverfahren stattfinden. Auf Grund der Ergebnisse beschliesst der Regierungsrat das weitere Vorgehen und erteilt die detaillierten Umsetzungsaufträge für eine Landratsvorlage.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Konsultation des ersten Berichtes wurde im Frühjahr 2011 durchgeführt. Die zuständige Arbeitsgruppe hat auf Basis der Ergebnisse einen zweiten, auswertenden Bericht erstellt, welcher elf Handlungsempfehlungen enthält. Nach der Auswertung ist es unbestritten, dass im Kanton Basel-Landschaft die bestehenden Angebote optimiert, koordiniert, einzelne Lücken geschlossen sowie die Zugangssteuerung verbessert werden sollen. Der Bericht mit den Handlungsempfehlungen wird im ersten Quartal 2012 der Regierung vorgelegt. Sie beschliesst das weitere Vorgehen.

Nr. 6.06	Programmpunkt Behindertenhilfe Strategische Zielsetzungen Der Kanton hat die umfassende Verantwortung übernommen für die Wohnheime, Tagesstätten und Werkstätten der Behindertenhilfe nach dem Rückzug der IV gemäss den Beschlüssen zur NFA. Das Konzept "Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft" wird vom Bundesrat im Laufe des Jahres 2010 genehmigt. Gestützt auf das Konzept werden die notwendigen Gesetzesanpassungen, die Umsetzungsplanung und die flankierenden Massnahmen vorbereitet.		Amtsbericht 2011 Das Konzept der Behindertenhilfe in BS und BL wurde vom Bundesrat genehmigt. Die Umsetzung des Konzeptes wurde gemeinsam mit Basel-Stadt und in bedeutenden Teilen auch mit dem Kanton Bern begonnen. Die Angebotsentwicklung mit den Instrumenten Bedarfsplanung und Leistungscontrolling wurde in engen Bezug zur Umsetzung des Konzeptes der Behindertenhilfe gesetzt.
Nr. 6.06.02	Einzelne Massnahme Konzept Behindertenhilfe - Umsetzung Nach dem Beschluss der Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt und der Genehmigung des Konzeptes durch den Bundesrat wird die Umsetzung gemäss Landratsvorlage zum Verpflichtungskredit über Fr. 350'000.- für den Zeitraum von 2011 - 2014 an die Hand genommen. Der Auftrag zur Entwicklung eines Instruments zur Erfassung des individuellen Bedarfs von Menschen mit Behinderung wurde bereits erteilt. Für 2011 stehen ausserdem die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen (Vernehmlassungsvorlage Ende 2011, Landratsvorlage 2012) im Vordergrund. Die Arbeiten erfolgen unter Einbezug der Interessenorganisationen der Behindertenhilfe.	Finanzielle Auswirkungen 2011: Anteil Verpflichtungskredit: ca. 0.21 Mio. Fr.	Die Projektorganisation ist aufgebaut. Die teilnehmenden Partnerkantone haben die gemeinsamen Arbeitsgefässe definiert. Darin eingebunden sind auch Vertretungen von privaten Organisationen der Behindertenhilfe. Das Projekt wurde gestartet. Das zentrale Vorhaben, die Entwicklung von Instrumenten für die Erhebung des individuellen Bedarfs sowie der Leistungskataloge, wurde mit Priorität bearbeitet. Instrumente und Leistungskataloge liegen im Entwurf vor. Sie werden seit Ende 2011 erprobt.

Nr. 6.06.10	Bedarfsplanung 2011 - 2013 der Leistungsangebote der Institutionen für Erwachsene mit einer Behinderung in den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt Nach dem Beschluss der Regierungen von Basel-Landschaft und Basel-Stadt zur Bedarfsplanung 2011 - 2013 sind für 2011 die Schaffung einzelner neuer Wohnplätze (unter anderem Kantonale Psychiatrische Dienste Liestal), die Anpassung bestehender Wohnplätze an den veränderten Bedarf (unter anderem WBZ Reinach) und ein Ausbau und eine Anpassung des Angebotes im Bereich der Tagesstrukturen (unter anderem Förderstätte Binningen, Sonnenhof Arlesheim, Eingliederungsstätte Baselland (ESB) Liestal) und der geschützten Arbeitsplätze (unter anderem Verein für Sozialpsychiatrie Baselland (VSP), Kantonale Psychiatrische Dienste, Bernhardsberg Oberwil) vorgesehen. Für das Budget 2011 sind für den Kantonsanteil gemäss Bedarfsplanung total 1.45 Mio. Fr. eingesetzt. Einrichtungen für Entlastungsaufenthalte und ambulante Wohnbegleitung sollen unterstützt werden, um die Nachfrage nach Heimplätzen zu vermindern. Ausserdem ist die Anerkennung gemäss den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) der bisher nur provisorisch anerkannten Wohn- und Betreuungseinrichtungen vorgesehen. Die dadurch ausgelösten Mehrleistungen führen zur Anhebung der Eigenleistungen der betroffenen Personen des Kantons BL, die in der Regel durch eine Anpassung der Ergänzungsleistungen ausgeglichen werden. Sie führen zu keiner Veränderung des Budgets der kantonalen Behindertenhilfe. Für die Jahre nach 2011 wird der Finanzierungsmechanismus für diese Einrichtungen überprüft. Es stellt sich die Frage der Ausrichtung kantonaler Betriebsbeiträge der Behindertenhilfe analog zu den Einrichtungen, die bereits nach alter IV-Regelung anerkannt waren.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.45 Mio. Fr.	Die Planung wurde umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den privaten Trägerschaften konnten zusätzliche Angebote realisiert und bestehende dem Bedarf angepasst werden. Die Angebote der ambulanten Wohnbegleitung wurden ausgebaut. Bei den Entlastungsplätzen erfolgt die Planungsumsetzung per Januar 2012. Die Anerkennung der bisher provisorisch anerkannten Einrichtungen ist erfolgt. Die BKSD hat mit den neu anerkannten Einrichtungen Leistungsvereinbarungen mit Wirkung ab 2011 abgeschlossen. Die Überprüfung des Finanzierungsmechanismus wurde mit der Durchführung des ersten Leistungscontrollings verbunden. Im Jahr 2012 findet erstmals das Leistungscontrolling über das erste Jahr mit Leistungsvereinbarung (2011) statt. Die BKSD prüft im Anschluss, ob ab dem Jahr 2013 kantonale Betriebsbeiträge der Behindertenhilfe an die neu anerkannten Einrichtungen ausgerichtet werden.
-------------	--	--	--

Nr. 6.06.11	Neuregelung des Fahrdienstes für Menschen mit Behinderung Gemäss Beschluss des Landrates vom 11. Juni 2009 (LRV Nr. 2009 / 023) soll eine Neuregelung der gemeinsam mit dem Kanton Basel-Stadt in einem Staatsvertrag (SGS 480.111) vereinbarten Beiträge an Fahrdienste für Menschen mit Behinderung vorgelegt werden. Die Neukonzeption wird 2011 ausgearbeitet und dem Landrat vorgelegt. Die Umsetzung ist auf 2012 geplant. Für 2011 wird eine Verlängerung der bisherigen Regelung um ein Jahr vorgeschlagen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr. (Konzeptkosten Anteil BL)	Die Neuregelung wurde ausgearbeitet und am 24. Februar 2011 vom Landrat beschlossen. Die Umsetzung erfolgt.
Nr. 6.09	Programmpunkt Berufsbildung / Berufsberatung / Berufsfachschulen Strategische Zielsetzungen Unverändert gilt, dass allen Jugendlichen ein Abschluss auf der Sekundarstufe II ermöglicht werden soll. Hierzu müssen auch für eher praktisch begabte Jugendliche genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Gleichzeitig sollen leistungsstarke Schulabgänger/innen für anspruchsvollere berufliche Grundbildungen (mit und ohne lehrbegleitenden Berufsmaturitätsunterricht) gewonnen werden. Der nachhaltigen Sicherung eines genügend grossen und attraktiven Lehrstellenmarktes kommt in der aktuellen Wirtschaftssituation trotz leichtem Schülerrückgang eine grosse Bedeutung zu, ebenso der Vorbeugung der Gefahr drohender Jugendarbeitslosigkeit nach Lehrabschluss in Zusammenarbeit mit der Arbeitsmarktbehörde. Mit der flächendeckenden Einführung der lehrortübergreifenden Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung sollen Qualität und Attraktivität der dualen Berufsbildung gesteigert werden. Die Überführung der Wirtschaftsmittelschule (WMS) in eine BBG-konforme Ausbildung mit Eidg. Fähigkeitszeugnis (EFZ) und integrierter Berufsmaturität soll gemeinsam mit Basel-Stadt und den zuständigen Organisationen der Arbeitswelt (OdA) umgesetzt werden, ohne die duale KV-Grundbildung mit EFZ zu gefährden. Der Berufseinstieg nach absolvierter Erstausbildung, Neuorientierung, Nachholbildung, beruflicher Weiterentwicklung und Weiterbildung sind Themen, denen in der Laufbahnberatung Erwachsener zunehmende Bedeutung zukommt.	Amtsbericht 2011	

Nr. 6.09.05	Einzelne Massnahme Stärkung der dualen Berufslehren (Umsetzung des neuen eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes BBG) Die Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen erfolgt weiterhin in enger Zusammenarbeit zwischen den Verbänden, den Berufsfachschulen und dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB). Bei der Umsetzung ist einerseits darauf zu achten, dass auch weniger anspruchsvolle Ausbildungen angeboten werden (Attestausbildungen) und andererseits sollen schulisch starke und leistungsfähige Jugendliche attraktive Ausbildungen im Rahmen einer Berufslehre absolvieren können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Von 2005 bis 2011 wurden neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne in 91 Berufen mit Schulungsorten in den Kantonen BS und / oder BL eingeführt. Die Einführung der neuen Verordnungen erfolgte bikantonal in enger Zusammenarbeit mit den Verbänden und den Berufsfachschulen. In allen diesen Berufen mussten neue Lehrpläne für den schulischen Teil und Kurspläne für die Überbetrieblichen Kurse erarbeitet werden. Zudem wurden alle Lehrbetriebe über die entsprechenden Neuerungen informiert und gezielt darin eingeführt. Bis 2014 sind schweizweit noch ungefähr 35 Reformen anstehend. Bikantonal gilt es voraussichtlich noch 9 neue Bildungsverordnungen und Bildungspläne zu implementieren. Insgesamt ist der Baselbieter Lehrstellenmarkt erfreulich stabil. Im Berichtsjahr wurden wie schon im Vorjahr über 2000 neue Lehrverträge registriert. Bei den Attestausbildungen konnte die Anzahl Ausbildungsplätze gehalten werden, auch dank der erfolgreichen Einführung der Pilot-Attestausbildung Gesundheit und Soziales auf Schuljahr 2011/12 mit 45 Lehrstellen. Die Zahl der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden hat sich im Berichtsjahr wieder leicht erhöht. Anlässlich der Berufsschau 2011 haben die Kantone BL und BS (wie schon 2010 an der Basler Berufs- und Bildungsmesse) Informationsveranstaltungen zur Berufsmaturität durchgeführt.
-------------	---	--	--

Nr. 6.09.07	BWB (Berufswegbereitung) / Case Management Gemäss einer Untersuchung fallen pro Jahr rund 100 Jugendliche aus dem Bildungssystem. Diese Jugendlichen absolvieren keine Ausbildung auf der Sekundarstufe II bzw. brechen sie vorzeitig ab und sind von Arbeitslosigkeit bedroht. Diese Jugendlichen sollen früh erfasst, begleitet und zu einem Abschluss auf der Sekundarstufe II geführt und gecoacht werden. Gemeinsam mit dem Amt für Volksschulen (AVS), dem Kantonalen Sozialamt (KSA) und dem KIGA ist ein Beb-Konzept erarbeitet worden, das sich in der Umsetzungsphase befindet. Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB Total: Fr. 5'100'00.- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 401'471.- Budget 2010: Fr. 545'000.- (AfBB, AVS, Sekundarschulen) Budget 2011: Fr. 545'000.- (AfBB, AVS, Sekundarschulen).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.545 Mio. Fr. (für 2010 wurden 0.545 Mio. Fr. veranschlagt)	Das Projekt BWB ist gut unterwegs. Die Ersts Schulung der BWB-Fachlehrpersonen ist abgeschlossen, doch mussten wegen der hohen Personal-Fluktuation an den Schulen bereits erste Nachschulungen angeboten werden. Der Erfolg von BWB ist zudem eine Herausforderung, indem die aktuellen personellen Ressourcen zur Bewältigung der steigenden Anmeldungen nicht ausreichen. Für die Verstärkung der aufsuchenden Sozialarbeit im Falle von Jugendlichen, die nicht mehr im Bildungssystem sind, muss rasch ein zusätzlicher BWB-Scout eingestellt werden. Auch nach der personellen Aufstockung werden die Mittel des Verpflichtungskredits voraussichtlich nicht ganz ausgeschöpft.
Nr. 6.09.08	Nachholbildung Das neue Berufsbildungsgesetz ermöglicht einerseits, das Fähigkeitszeugnis nach einer gewissen Anzahl Jahre in der Praxis nachzuholen (Nachholbildung). Andererseits können auch informell erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten bei der Prüfung angerechnet werden. Diese Möglichkeit ergibt neue Ausbildungswege und eine höhere Flexibilität beim Erreichen eines Lehrabschlusses. Gemeinsam mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt und Solothurn wurden Eingangsportale zu entsprechenden Angeboten eingerichtet. Nun geht es um die Weiterentwicklung und die Optimierung der Instrumente und der Ablaufprozesse.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Ablaufprozesse des vierkantonalen Projekts zur Förderung der Nachholbildung (siehe www.eingangsportale.ch) wurden optimiert. Insbesondere konnte eine einheitliche Kostenregelung zwischen den am Projekt beteiligten Kantonen des Bildungsraumes Nordwestschweiz vereinbart werden. Das neue Beratungsangebot wurde in Baselland 2011 von rund 80 Personen beansprucht, weitere 169 Personen (114 Frauen und 55 Männer) haben per E-Mail oder Telefon Auskunft erhalten, und in den Infotheken der BIZ Liestal und Bottmingen wurde die Nachholbildung ca. 100-mal thematisiert. Es wurden 212 Zulassungen (116 Frauen, 96 Männer) zum Qualifikationsverfahren ausgesprochen, nämlich 44 nach Art. 31 und 168 nach Art. 32 der Verordnung über die Berufsbildung des Bundes (BBV, SR 412.101). Es ist geplant, das Projekt im Herbst 2012 mit einer vierkantonalen Tagung abzuschliessen.

Nr. 6.09.09	Zukunft Wirtschaftsmittelschule (WMS) Um dem Berufsbildungsgesetz (BBG) zu entsprechen und an WMS-Absolventinnen und -Absolventen ein EFZ Kaufmann / Kauffrau sowie einen Berufsmaturitäts (BM)-Ausweis abgeben zu können, muss die WMS weiterentwickelt werden. Speziell für die Begleitung der Lernenden im obligatorischen Praktikumsjahr, das ähnlich wie eine duale KV-Grundbildung strukturiert ist, und zur Generierung neuer Praktikumsstellen sind zusätzliche personelle Ressourcen nötig. Die Reform der WMS geschieht in enger Abstimmung mit dem Kanton Basel-Stadt. Die neue WMS startet ab dem Schuljahr 2011 / 2012.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Die neue WMS ist planmässig gestartet, und zwar zeitgleich am Bildungszentrum kvBL in Liestal und Reinach und am Basler Wirtschaftsgymnasium. Zur Umsetzung der neuen WMS mussten im abgelaufenen Jahr verschiedene Verordnungen angepasst werden. Im Herbst 2011 wurde das Praktikums-Management für die Ausbildungsplätze des vierten Jahres im Einladungsverfahren ausgeschrieben. Der Zuschlag für dieses Mandat erfolgt aufgrund klar definierter Zuschlagskriterien im ersten Quartal 2012. Zuständig sind auch für das Praxisjahr der WMS die Schulen resp. deren Träger.
Nr. 6.09.10	Planung der Zusammenlegung des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) in Muttenz Zwölf Jahre nach dem Zusammenschluss der Ämter für Berufsberatung und Berufsbildung und der Abteilung Ausbildungsbeiträge zum Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (AfBB) sollen Anfang 2012 die jetzigen drei Standorte des AfBB in Liestal, Bottmingen und Birsfelden zugunsten eines gemeinsamen neuen Standortes in Muttenz aufgegeben werden. Weil das AfBB Dienstleistungen für unterschiedliche Kundengruppen erbringt, müssen Umbau und Umzug sorgfältig geplant werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Nachdem die „Einmietungsvorlage“ (LRV 2011 / 192) in den landrätlichen Kommissionen einen schwierigen Stand hatte, wurde sie vom Regierungsrat zur Überarbeitung zurückgezogen. Im zweiten Quartal 2012 soll dem Landrat eine neue Vorlage unterbreitet werden: neu sollen nur noch das AfBB und die Fachstelle Erwachsenenbildung (FEBL) in das Valora-Gebäude einziehen. Der Umzug verzögert sich dadurch bis mindestens Mitte 2013.
Nr. 6.10	Programmpunkt Tertiäre Bildung (Fachhochschule, Universität) Strategische Zielsetzungen Der Kanton Basel-Landschaft verfolgt die Vision eines Hochschulraums Nordwestschweiz. Damit sollen die Wissensbildung besser vernetzt und die Innovationskette durch eine enge Kooperation zwischen der Universität Basel, der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Forschungsinstituten der Region und dem CSEM Muttenz gestärkt werden. Die Schwerpunktbildung in den Life Sciences soll den Know-how-Transfer zu den im Wirtschaftsraum ansässigen Firmen unterstützen, neue Firmen anziehen und damit den Wirtschaftsstandort stärken.	Amtsbericht 2011	

Nr. 6.10.04	Einzelne Massnahme Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) Die im vierkantonalen Leistungsauftrag 2009 - 2011 formulierten Leistungsziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Alle Mitarbeitenden der FHNW werden in ein neues, gemeinsames Vorsorgewerk bei der BLPK überführt. Die Trägerkantone gleichen die Deckungslücke in den bisherigen PK-Anschlussverträgen aus (§ 36 Staatsvertrag FHNW). Der neue Leistungsauftrag 2012 - 2014 wird vorbereitet (Landratsvorlage). Landratsvorlage Nr. 2008 / 186 / Verpflichtungskredit LRB vom 30. Oktober 2008 Total: Fr. 156.579 Mio. Budget 2009: Fr. 51.361 Mio. Budget 2010: Fr. 52.392 Mio. Budget 2011: Fr. 52.826 Mio. Landratsvorlage Nr. 2010 / 145 Zusammenführung der Vorsorgelösungen für die Angestellten der FHNW und Gewährung eines Kredits für Abfederungsmassnahmen Fr. 5.417 Mio. (Verpflichtungskredit) Fr. 36.7 Mio. (Ausfinanzierung Deckungslücke aus Rückstellung).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 52.826 Mio. Fr. (Globalbeitrag) 5.417 Mio. Fr. (Abfederung PK-Übertritt) Deckungslücke: Gemäss Ausweis BLPK und PKBS per Ende 2010 4.74 Mio. Fr. (Zusatzfinanzierung)	Die Leistungsauftragsperiode 2009 - 2011 wurde plangemäss abgeschlossen. Über die Erfüllung der Leistungsziele und den Rechnungsabschluss wird dem Landrat mit separater Vorlage im 2. Quartal 2012 berichtet. Die Überführung der Mitarbeitenden der FHNW in ein eigenes Vorsorgewerk bei der BLPK ist plangemäss per 1. Januar 2011 erfolgt. Die Deckungslücke in den bestehenden Anschlussverträgen (Verträge mit den Pensionskassen vor der Zusammenführung in einem eigenen einheitlichen Vorsorgewerk) bei der BLPK und der PKBS wurde gemäss festgelegtem Verteilschlüssel ausfinanziert. Die Rentnerinnen und Rentner (ehemalige Mitarbeitende der Vorgängerinstitutionen) wurden in die Rentenvorsorgewerke der kantonalen Pensionskassen integriert. Der neue Leistungsauftrag 2012 - 2014 ist vierkantonal vorbereitet und von allen vier Kantonsparlamenten genehmigt worden (LRV 2011 / 315 mit LRB vom 1. Dezember 2011). Der Staatsvertrag über die FHNW ist in § 33 (Beschwerdeverfahren) an das neue Bundesrecht angepasst worden. Die Regierungen der vier Trägerkantone haben per 1. Januar 2012 die Vermietungsrichtlinie für kantonseigene, von der FHNW genutzte Gebäude angepasst.
Nr. 6.10.05	Universität Basel Die im bikantonalen Leistungsauftrag 2010 - 2013 formulierten Ziele und Entwicklungsschwerpunkte sollen umgesetzt werden. Landratsvorlage Nr. 2009 / 122 Total: Fr. 600.3 Mio. Budget 2010: Fr. 142.1 Mio. Budget 2011: Fr. 148.8 Mio. Budget 2012: Fr. 152.7 Mio. Budget 2013: Fr. 156.7 Mio.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 148.8 Mio. Fr.	Über die Umsetzung der Ziele und Entwicklungsschwerpunkte wird dem Landrat mit separater Vorlage nach Vorliegen der Jahresrechnung berichtet. Die Eidgenössischen Räte haben die Standesinitiative des Kantons Basel-Landschaft zur Anerkennung als Universitätskanton aus formalen Gründen abgelehnt. Eine anschliessend von Ständerat Janiak eingereichte Motion wurde vom Bundesrat positiv beantwortet. Die Umsetzung liegt jedoch im Ermessen der Konkordatskantone des gemäss Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz HFKG neu zu verhandelnden Hochschulkonkordats.

Nr. 6.10.07	FHNW: Planung Neubau Muttentz (Fachbereiche Pädagogik, Soziale Arbeit, Life Sciences sowie Bau, Architektur und Geomatik) Projekt der BUD und der BKSD (vgl. BUD Nr. 4.04.02). Basierend auf dem Landratsentscheid zur Bedarfs- und Projektierungskreditvorlage wird 2011 der Entscheid des Projektevaluationsverfahrens Polyfeld Muttentz erfolgen. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt werden mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt werden. Die Planung für die Nachnutzung der Schulgebäude auf dem Kriegacker-Areal durch die Schulen der Sekundarstufe II nach 2015 wird durchgeführt.		Die Projektevaluation ist im Mai 2011 mit der Bekanntgabe des Siegerprojekts „Kubuk“ durch den Regierungsrat abgeschlossen worden. Die Planerteams aus dem Siegerprojekt wurden mit der Bearbeitung des Bauprojekts beauftragt (Details vgl. BUD Nr. 4.04.02). Das Projekt ist vom Regierungsrat in das Investitionsprogramm aufgenommen worden. Für die Planung der Nachnutzung durch die Schulen der Sekundarstufe II wurde eine direktionsübergreifende Projektorganisation eingesetzt.
Nr.6.10.15	Forschungszentrum für Polytronics (CSEM) In Muttentz wird ein Forschungszentrum für Polytronics aufgebaut. Landratsvorlage Nr. 2008 / 350 / Verpflichtungskredit LRB vom 23. April 2009 Total: Fr. 15 Mio. + 1 Mio. zur Zeichnung von Aktienkapital.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 3.0 Mio. Fr.	Der Regierungsrat hat ein Mandat für einen Beirat zum Entwicklungszentrum für Polytronics (EZF CSEM) erlassen und vier Mitglieder aus der Verwaltung, zwei aus der Wirtschaft und zwei aus der Wissenschaft in den Beirat gewählt. Dieser hat seine Arbeit Anfang 2011 aufgenommen. Das EZP CSEM hat die neuen Räume in Muttentz im Mai bezogen. Seit August 2011 absolviert ein Physiklaborant seine Lehre im EZP CSEM. Das EZP CSEM hat im Oktober 2011 mit industriellen und akademischen Partnern (u. a. die FHNW) ein Forschungsprojekt mit einem Gesamtvolumen von EURO 10 Mio. € gestartet. Die Gesamtleitung liegt beim EZP. 2012 wird der Regierungsrat dem Landrat eine Vorlage zum weiteren Engagement von Baselland für das EZP CSEM vorlegen, bei dem auch die Zeichnung von Aktienkapital thematisiert wird.

Nr. 6.10.17	Universität: Planung Neubauten für die Life Sciences (Standorte Basel-Schällemätteli und Basel-Volta) Projektierung des Neubaus Spitalstrasse 41 auf dem Schällemätteli gemäss LRV Nr. 2008 / 267. Basierend auf den Beschlüssen der Parlamente beider Basel werden die Planerteams aus dem Siegerprojekt mit der Bearbeitung des Bauprojektes beauftragt. Die Bauprojektvorlage wird vorbereitet. Projektierung des Neubaus Basel-Volta: Dem Landrat wird ein entsprechender Verpflichtungskredit (Projektierungskredit) beantragt (Landratsvorlage folgt). Projekt der BUD (vgl. BUD Nr. 4.04.02).		Die Projektierung des Neubaus für die Life Sciences (Biozentrum) an der Spitalstrasse 41 läuft plangemäss. Das Vorprojekt wurde im Mai 2011 abgeschlossen; der Abschluss des Bauprojekts ist für Juni 2012 vorgesehen (Baukreditvorlage). Der Regierungsrat hat das Projekt in das Investitionsprogramm aufgenommen. Der ursprünglich auf dem Areal Volta vorgesehene Neubau kann nicht realisiert werden. Zur Deckung des Bedarfs der Universität wird einerseits eine Verdichtung auf dem Areal Schällemätteli geprüft. Andererseits hat die Universität ein Areal im Basler Rosental erworben, das sie in eigener Regie beplanen, nachnutzen und bebauen wird.
6.11	Programmpunkt Quatäre Bildung / Erwachsenenbildung		
	Nicht im Jahresprogramm 2011 enthalten:		Umsetzung Massnahmen Konzept Weiterbildung BL Mit dem Konzept Weiterbildung Basel-Landschaft hat der Kanton aufgezeigt, wie er auf den rasch an Bedeutung gewinnenden Bildungsbereich des so genannten Lebenslangen Lernens reagieren will. Die zentralen Massnahmen betreffen in erster Linie die Koordination der Angebote und den Aufbau eines Weiterbildungsmonitorings, um einen Überblick über die schon vorhandenen Angebote im regionalen Weiterbildungsbereich zu schaffen.

	Nicht im Jahresprogramm 2011 enthalten:		Sprachförderkonzept BL Gemäss Mandat des Direktionsvorstehers der BKSD und im Auftrag der Fachstelle Integration der SID hat die Fachstelle Erwachsenenbildung auf Basis eines vorgängigen Beteiligungsverfahrens ein Sprachförderkonzept erstellt. Der Kanton Basel-Landschaft muss die Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich der Sprachförderung für die Migrationsbevölkerung aufgrund neuer Anforderungen des Bundesamts für Migration neu definieren. Damit die zuständigen Stellen die strategischen Entscheide über Zuständigkeiten und Auftragserfüllung treffen können, wurde eine Darstellung der einzelnen Bereiche und des Systems der Sprachförderung verbunden mit kantonalen Handlungsempfehlungen in Form eines Sprachförderkonzeptes Basel-Landschaft erstellt. Die Darstellung dient als Grundlage für strategische Entscheide und spätere Umsetzungsschwerpunkte und wird als Rahmenkonzept behandelt. Es baut auf der Darstellung der aktuellen Situation, Zuständigkeiten und Ressourcen auf und zeigt Grundlagen, Möglichkeiten und Empfehlungen zu kantonalen Steuerungsfunktionen.
	Nicht im Jahresprogramm 2011 enthalten:		Weiterbildung und Nachqualifikation von Lehrpersonen Die Weiterbildung und Nachqualifikation der Lehrpersonen auf der Primarschulstufe zur Erhöhung der Sprachkompetenz im Zusammenhang mit dem Beginn des Französisch-Unterrichts in der 3. Klasse wurde planmässig angeboten und durchgeführt. Die Umsetzung des Weiterbildungsobligatoriums wurde in gewohntem Rahmen mit dem Versand des Weiterbildungsprogramms initiiert.

Teil Kultur

	Programmpunkt Gesamtstrategie Amt für Kultur Strategische Zielsetzungen Gemäss der Gesamtstrategie des Amtes für Kultur stehen 2011 folgende zwei Punkte im Zentrum: 1. Die Erhaltung, die Erschliessung, die Erarbeitung und die Vermittlung des kulturellen Erbes des Kantons Basel Landschaft; 2. Das Kulturleitbild und die Überarbeitung des Kulturgesetzes. Dabei geht es einerseits schwergewichtig um die Sanierung der Burgruine Pfeffingen, nachdem die Sanierung der Ruine Homburg zu einem erfolgreichen Abschluss gekommen ist, sowie um die Sicherung, die Erhaltung und die Erschliessung des kulturellen Erbes und der Sammlungen. Zu diesem Zweck werden Sammlungszentren für die Römerstadt Augusta Raurica und die Archäologie und das Museum geplant. Für beide Zentren besteht dringender Bedarf: Für die Römerstadt aufgrund der herrschenden Zustände und vor dem Hintergrund, dass als Ziel der Status als UNESCO-Weltkulturerbe angestrebt wird, für die Archäologie und das Museum aufgrund der disparaten Lagerstandorte (13 Standorte mit zum Teil mehreren Depots) und den dortigen teilweise untragbaren Zuständen und Platzverhältnissen. Der Prozess um das Kulturleitbild und das Kulturgesetz ist von zentraler Bedeutung für die Baselbieter Kulturpolitik und erarbeitet deren Fundament. Der Theatervorlage kommt im Rahmen der Kulturvertragsverhandlungen ebenfalls kulturpolitische Bedeutung zu.	Amtsbericht 2011
--	---	--------------------------------

Nr. 6.12.02	Einzelne Massnahme Entwicklungskonzept für Römerstadt Augusta Raurica (RAR) "Der Landrat beauftragt den Regierungsrat, durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein Entwicklungskonzept für Augusta Raurica erarbeiten zu lassen und dieses dem Landrat vorzulegen. Bei der Erarbeitung des Entwicklungskonzeptes ist der gemäss Mandat definierten Zuständigkeit der Kommission Römerstadt Augusta Raurica als Koordinationsstelle Rechnung zu tragen." (LRV Nr. 2009 / 082). Definition Entwicklungskonzept (LRV Nr. 2009 / 082): "Damit der heutige Freiraum im Gebiet der römischen Stadt Augusta Raurica dereinst eine sinnvolle Struktur erhält, müssen die verschiedenen Nutzungsabsichten miteinander in Einklang gebracht werden. Dabei hat das antike Erbe erste Priorität. Es ist einmalig, nicht vermehrbar und von internationaler Bedeutung." Ein Entwicklungskonzept dient zur Vorbereitung der Kantonalen Nutzungsplanung Augusta Raurica. Sein Ziel ist die räumliche Abstimmung der Bereiche Römerpark Augusta Raurica (Archäologisches Freilichtmuseum), Archäologisches Schutzgebiet, Siedlung Augst - Oberdorf (bestehend), Bauen über den Ruinen (nach Umsetzung des Kantonalen Richtplans Salina Raurica) und Naherholungsgebiet (Natur und Kultur zwischen Violenbach und Ergolz). Landratsvorlage Nr. 2009 / 082 vom 24. September 2009 Mandat BKSD an RAR vom 23. Dezember 2009 Total: Fr. 0.- Per Ende 2009 verbraucht: Fr. 0.- Budget 2011: Fr. 50'000.-.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Der Landrat beauftragte Ende 2009 den Regierungsrat, durch die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion ein Entwicklungskonzept für Augusta Raurica zu erarbeiten (2009 / 082). Das Entwicklungskonzept dient der Vorbereitung der kantonalen Nutzungsplanung Augusta Raurica. Sein Ziel ist die räumliche Abstimmung der Bereiche Römerpark Augusta Raurica (Archäologisches Freilichtmuseum), Archäologisches Schutzgebiet, Siedlung Augst - Oberdorf (bestehend), Bauen über den Ruinen (nach Umsetzung des Kantonalen Richtplans Salina Raurica) und Naherholungsgebiet (Natur und Kultur zwischen Violenbach und Ergolz). Die Landratsvorlage befindet sich in Vorbereitung und wird voraussichtlich im 1. Quartal 2012 dem Regierungsrat vorgelegt.
-------------	---	--	--

Nr. 6.12.08 / Nr. 6.12.09	Sammlungszentrum Augusta Raurica Erweiterung der Funddepots, Neueinrichtung der Arbeitsplätze und Auflösung der Einmietungen: Der Raumnotstand in Augusta Raurica, insbesondere mit den Arbeitsplätzen und den Funddepots, ist vom Landrat seit langem erkannt und moniert worden. So hat die Subkommission V der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission akute Mängel bereits 1998 und dann wieder 2001 anlässlich ihrer Besuche der Römerstadt Augusta Raurica erkannt und in ihren Berichten festgehalten. Sie schreibt am 9. Mai 2001: "Die Arbeitssituation ist kaum besser als 1998. Natürlich leidet die Arbeitsmoral unter den schlechten Platzverhältnissen. ... Die Containerbüros sind baufällig und müssen bald ersetzt werden." Auch die landrätliche Finanzkommission kam anlässlich ihres Besuches und anschliessenden Berichts vom 25. September 2002 zu denselben Schlüssen, indem sie schreibt: "Das Römermuseum und die Depots quellen über von Fundstücken, auch die Büros sind klein und voll gestopft. Eine bauliche Änderung scheint sich aufzudrängen. Eine fertig ausgearbeitete Planungskreditvorlage für ein Sammlungszentrum Augusta Raurica, mit welchem alle akuten Probleme für die Mitarbeitenden und die Kulturgüter gelöst wären, liegt beim Regierungsrat. Die Arbeitsbedingungen des kantonalen Römerstadtteams in Augst entsprechen weder platzmässig noch gesundheitlich den gesetzlichen Vorschriften. Mäusekot, fehlendes Tageslicht, überbelegte enge Büros, ungenügende Heizung und durch das Dach tropfendes Regenwasser kennzeichnen die schlechtesten Arbeitsplätze." (Motion Nr. 2010 / 205). Landratsvorlage / Verpflichtungskredit LRB: Planungskreditvorlage seit Dezember 2009 beim Regierungsrat pendent. Motion Nr. 2010 / 205 vom 20. Mai 2010: Arbeitsplatzverbesserung Augusta Raurica. Federführung / Projekt der BUD (vgl. BUD Nr. 4.04.02).		Der Raumnotstand in Augusta Raurica, insbesondere mit den Arbeitsplätzen und den Funddepots, ist vom Landrat seit langem erkannt und moniert worden. So hat die Subkommission V der landrätlichen Geschäftsprüfungskommission akute Mängel bereits 1998 und dann wieder 2001 anlässlich ihrer Besuche der Römerstadt Augusta Raurica erkannt und in ihren Berichten festgehalten. Auch die landrätliche Finanzkommission kam anlässlich ihres Besuches und anschliessenden Berichts vom 25. September 2002 zu denselben Schlüssen (Motion Nr. 2010 / 205). Die LRV befindet sich in Vorbereitung. Das Geschäft für eine etappierte Realisierung wurde ins Investitionsprogramm aufgenommen.
--------------------------------------	--	--	--

Nr. 6.13.04	Sanierung von Burgen und Ruinen Im Rahmen des Sanierungsprogramms kantonseigener Burgen und Ruinen (LRV Nr. 2007 / 189) wird die Ruine Homburg nach Abschluss der Sanierungsarbeiten im Jahr 2011 feierlich wiedereröffnet. Die mehrjährigen Sicherungsarbeiten an der kantonseigenen Ruine Pfeffingen (Landratsvorlage 2010) sollen 2011 mit einer ersten Etappe am Wohnturm beginnen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine (vorbehältlich Entscheid des Landrates)	Die Sicherungsarbeiten an der kantonseigenen Ruine Pfeffingen (Landratsvorlage 2010) konnten aus finanzpolitischen Gründen nicht wie geplant bereits im 2011 begonnen werden und sind auf das Jahr 2012 angesetzt. Als vorsorgliche Massnahme wurde die Zugänglichkeit zur Ruine eingeschränkt.
Nr. 6.13.12	Zeitgemässe Erhaltung und Erschliessung des kulturellen Erbes Ein sicherer Aufbewahrungsort für das kultur- und naturgeschichtliche Archiv des Kantons muss gefunden werden; Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und zur Erschliessung der bestehenden Sammlungen sind dringend notwendig. Im Vordergrund steht die Suche nach einem geeigneten Gebäude. Eine entsprechende Vorlage wird vorbereitet. Federführung / Projekt der BUD.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Ein sicherer Aufbewahrungsort für das kultur- und naturgeschichtliche Archiv des Kantons muss gefunden werden; Sicherungsmassnahmen zur Erhaltung und zur Erschliessung der bestehenden Sammlungen sind dringend notwendig. Das Geschäft bleibt pendent.
Nr. 6.15.05	Partnerschaftsverhandlungen / TP4 Subventionsvorlage Theater Basel Nach dem Abschluss der Partnerschaftsverhandlungen ist für die Jahre 2011 - 2015 ein erhöhter Beitrag an das Theater Basel geplant (in Ergänzung zu den Beiträgen aus der Kulturvertragspauschale).	Finanzielle Auswirkungen 2011: 1.5 Mio. Fr. (Vorbehalt: Subventionsvorlage wird angenommen)	Die Subvention des Theater Basels wurde auf Grundlage der Referendumsabstimmung vom 13. Februar 2011 nicht erhöht. Die Verhandlungen TP4 Kultur BS / BL werden im Rahmen der regierungsrätlichen Strategie fortgesetzt; dies vor allem mit Blick auf die Subvention Theater Basel ab Spielzeit 2015 / 2016.

	Nicht im Jahresprogramm 2011 enthalten:		Kulturleitbild Die Arbeiten zum Kulturleitbild wurden im 2011 stark vorangetrieben. Einen ersten wichtigen Schritt zur Erstellung des Kulturleitbildes stellte die Tagsatzung kultur.bl dar, die am 7. Mai 2011 erfolgreich durchgeführt wurde. An der Tagsatzung wurde mehrfach der Wunsch geäussert, die Baselbieter Kunst- und Kulturszene und ihre Akteurinnen und Akteure im künftigen Kulturleitbild anhand einer Rubrik "Who is who" detailliert darzustellen und so die kulturelle Vielfalt des Kantons abzubilden. Zu diesem Zweck wurde ab August 2011 eine Umfrage lanciert, in welcher die unterschiedlichen kulturellen Institutionen, Vereine und Veranstalter des Kantons dazu aufgerufen wurden, sich ihren Eintrag im "Who is who" zu sichern. Bis Ende November 2011 taten dies über 300 Baselbieter „Kulturplayer“. Die Auswertung der Materialien der Tagsatzung und der Umfrage "Who is who" laufen auf Hochtouren. Ein erster Entwurf des Kulturleitbildes liegt in der ersten Hälfte 2012 vor.
--	--	--	---

Teil Sport

Nr. 6.16	Programmpunkt Sport Strategische Zielsetzungen Bewegte Schule Der Sportunterricht an den Schulen wird durch Bewegungsförderung im Schulalltag ergänzt. Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK ist ein Planungs- und Koordinationsinstrument der kantonalen Sportanlagenpolitik. Sport-Infrastruktur Im Raum Basel soll der Bedarf für einen Campus Sport für die Region näher geprüft werden. Dieser soll Räumlichkeiten für einen Sportstützpunkt für Leistungssportlerinnen und Leistungssportler und für Ausbildungs- und Fortbildungskurse beinhalten, aber auch Räumlichkeiten für die Verwaltung des öffentlich-rechtlichen und des privat-rechtlichen Sports. Jugendsportkonzept Die Jugendsportförderung soll mit gezielten Massnahmen weiterentwickelt werden, im Schulsport und im Vereinssport, damit möglichst alle Kinder und Jugendlichen von Sport- und Bewegungsangeboten profitieren können.	Amtsbericht 2011	
Nr. 6.16.02	Einzelne Massnahme Bewegte Schule Das Schwergewicht liegt auf der Bewegungsförderung und der Bewegungserziehung in der Schule, insbesondere auf der Sicherstellung der Qualität. Massnahmen aus der Erklärung der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz vom 28. Oktober 2005 sollen vollzogen werden. In den Schulen sollen vermehrt Aktivitäten im Bereich des freiwilligen Schulsports (J + S, J + S-Kids) durchgeführt werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Punktuell wurden Massnahmen erarbeitet und eingeleitet. Systematische und flächendeckende Aktivitäten werden erst mit der Umsetzung des Jugendsportkonzepts aufgenommen (siehe Nr. 6.16.11).
Nr. 6.16.03	Kantonales Sportanlagen-Konzept (KASAK 3) Das KASAK sieht Kantonsbeiträge an Sanierungen oder Neubauten von Sportanlagen von überkommunaler oder kantonaler Bedeutung vor. Dafür soll ein neuer Verpflichtungskredit KASAK 3 zur Verfügung gestellt werden, welcher ab 2013 wirksam werden soll.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Landrats-Vorlage KASAK 3 ist erstellt. Der Regierungsrat hat die Vorlage am 10. Januar 2012 verabschiedet mit dem Antrag, keinen Verpflichtungskredit zu bewilligen.

Nr. 6.16.09	Sportstützpunkt beider Basel: Um- und Neubauten Auf der Grundlage des Postulats Rüegg Nr. 2007 / 315 (Campus Sport für die Region) werden Vorabklärungen für die allfällige Projektierung eines Campus Sport für die Region vorgenommen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der Bedarf für die Errichtung eines Sportstützpunktes ist zu wenig gross, so dass keine weiteren Vorabklärungen getroffen werden. Der Regierungsrat beantragt auch angesichts der aktuellen finanzpolitischen Lage, die Abschreibung des Postulats.
Nr. 6.16.11	Jugendsportkonzept Das Konzept für eine gezielte Förderung von Sport und Bewegung im Kindes- und Jugendalter, das ab Schuljahr 2012 / 2013 umgesetzt werden soll, wird für die Umsetzung vorbereitet. Als erste Massnahmen werden Sporttests für Schulen und Vereine eingeführt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Der Regierungsrat hat das Jugendsportkonzept am 15. November 2011 genehmigt (LRV 2011 / 316). Die zur Umsetzung erforderlichen Finanzmittel aus der Laufenden Rechnung werden erst bereitgestellt und dem Landrat im Rahmen eines Verpflichtungskredits beantragt, wenn die entsprechenden Vorhaben im Budget und im Finanzplan berücksichtigt werden können.
Nr. 6.16.12	Behindertensportkonzept Zur Förderung des Behindertensports wird ein Konzept erstellt. Erste Umsetzungsmassnahmen werden lanciert.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Das Konzept liegt vor und wird im 1. Quartal 2012 dem Regierungsrat unterbreitet. Handlungsbedarf besteht bei der Sportinfrastruktur und der Rekrutierung von Trainerinnen und Trainern.

Teil 7 Landeskanzlei (LaKa)

Die Herausforderungen unserer Zeit an den Staat lassen sich nur bewältigen, wenn Regierung und Parlament möglichst optimal zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit, die jeder Behörde ihren Verantwortungsbereich und ihren Entscheidungsspielraum belässt, braucht Koordination. Für diese Aufgabe ist die Landeskanzlei prädestiniert, weil sie als zentrale Stabstelle die rechtlichen und die politischen Zusammenhänge und Spielregeln kennt und gute Verbindungen zum Parlament und seinen Organen einerseits und zur Regierung und Verwaltung andererseits hat.

Mit einer sinnvollen Koordination und Kooperation sollen Synergien ermöglicht, Leerläufe verhindert, das gegenseitige Vertrauen gefördert und die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen optimal ausgenutzt werden.

Die Vorbereitung und die Durchführung der kantonalen Wahlen und Abstimmungen sowie die organisatorische Unterstützung des Landrates und des Regierungsrates in ihren zahlreichen Repräsentationsverpflichtungen sind weitere Kernaufgaben der Landeskanzlei.

Nr. 7.01	Programmpunkt Parlamentsdienste Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei unterstützt die Arbeit des Landrates optimal, indem sie wirkungsvolle, den Bedürfnissen des Parlamentes und seiner Organe entsprechende Dienstleistungen erbringt.		Amtsbericht 2011
Nr. 7.01.03	Einzelne Massnahme Reibungsloser Übergang in die Legislaturperiode 2011 - 2015 Unterstützung des Landrates, der Ratskonferenz, des Büros und der Kommissionen beim Abschluss der laufenden Legislaturperiode. Termingerechte Planung der Konstituierung des neu gewählten Parlamentes und seiner Organe für die Legislaturperiode 2011 - 2015. Einführung der neu gewählten Mitglieder ins neue Amt.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Erfüllt.
Nr. 7.02	Programmpunkt E-Government / Publikationen Strategische Zielsetzungen Unter Electronic Government wird die Abwicklung geschäftlicher Prozesse im Zusammenhang mit Redigieren und Verwalten durch Informations- und Kommunikationstechniken über elektronische Medien verstanden. Die Chancen und Risiken von E-Government sollen im Kanton Basel-Landschaft weiterhin durch vertiefte Zusammenarbeit mit dem Bund und den Gemeinden sowie durch die sorgfältige Prüfung und die Realisierung von neuen Kunden orientierten Anwendungen genutzt resp. minimiert werden.		Amtsbericht 2011
Nr. 7.02.01	Einzelne Massnahme Weiterführung von www.ch.ch Die Mitarbeit am zentralen Internet-Portal www.ch.ch wird weitergeführt. Die nationale Internet-Einstiegsseite www.ch.ch soll Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Behörden einen einfachen, Themen orientierten Zugriff auf das Online-Angebot der Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden verschaffen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.022 Mio. Fr.	Erfüllt

Nr. 7.02.04	Weiterentwicklung der kantonalen Homepage Die Auftritte von verschiedenen Dienststellen werden überarbeitet und zum Teil neu strukturiert. E-Government-Projekte werden in verschiedenen Gremien auf Bundesebene und interkantonaler Ebene verfolgt. Geprüft wird der Einsatz von Multimedia-Applikationen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Erfüllt
Nr. 7.02.05	Closed-User-Group (CUG) Landrat Den Mitgliedern des Landrates wird durch den Einbau verschiedener Neuerungen am bestehenden CUG-Angebot ein noch effizienteres Arbeitsinstrument zur Verfügung stehen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Erfüllt
Nr. 7.03	Programmpunkt Archivierung Strategische Zielsetzungen Im Interesse der Rechtssicherheit, des Schutzes der Grundrechte, der rationellen Verwaltungsführung und der Forschung gilt es, die Nachvollziehbarkeit staatlichen Handelns auch unter den neuen Anforderungen der Informationsgesellschaft sicherzustellen.		Amtsbericht 2011
Nr. 7.03.03	Einzelne Massnahme Interaktive Schnittstellen Neben der Implementation des neuen Archivinformationssystems StAR werden interaktive Internet- und Intranetzugänge aufgebaut, welche die archivischen Arbeitsabläufe unterstützen und elektronische Transaktionen zwischen dem Staatsarchiv und den Dienststellen, aber auch mit privaten Archivbenutzern ermöglichen. Die Schwerpunkte dieser Weiterentwicklung liegen beim Projekt "GEVER StABL" und beim Internetauftritt des Staatsarchivs.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.05 Mio. Fr.	Mit der Einführung eines Records Managementsystems stellte das Staatsarchiv im Januar vollständig auf die elektronische Aktenführung um. Die Erfahrungen sind sehr gut und sollen nun auch anderen Dienststellen der Verwaltung zu gute kommen. Alle bereinigten Findmittel der Archivdatenbank und zahlreiche Bilder sind durch den Online Archivkatalog zugänglich.
Nr. 7.03.06	Sicherung aller archivwürdigen Unterlagen der Kantonsverwaltung Im Rahmen der so genannten Sicherungsoffensive wurden bis 2010 möglichst alle Unterlagen der Kantonsverwaltung, die älter als 10 Jahre sind und noch aufbewahrt werden müssen, ins Staatsarchiv übernommen. Im Nachgang müssen die übernommenen Unterlagen detaillierter gesichtet, bewertet und bewirtschaftet werden.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Jahr 2011 wurden Unterlagen im Umfang von 730 Laufmetern aus den kantonalen Dienststellen ins Staatsarchiv abgeliefert. Sie wurden sachgerecht verpackt und in der Datenbank erschlossen und bleiben so nach Bedarf weiterhin zugänglich.

Nr. 7.03.07	Schaffung der Grundlagen für die elektronische Archivierung Bis 2015 sollen im Kanton BL die technischen, die rechtlichen und die organisatorischen Voraussetzungen für eine verlässliche und nachhaltige elektronische Archivierung ("trusted repository") geschaffen werden. Die elektronische Archivierung wird eingebettet in die Informatikstrategie BL und das Projekt "Information Lifecycle Management (ILM)".	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Im Sinne eines Prototypen für eine digitales Langzeitarchiv realisiert das Staatsarchiv SILO 1. Darin werden ab 2012 die bereits vorhandenen digitalen Archivbestände sachgerecht und sicher archiviert. Weitere Ausbaustapen werden bedarfsgerecht folgen.
Nr. 7.04	Programmpunkt Regionale Zusammenarbeit Strategische Zielsetzungen Die regionale Zusammenarbeit gewinnt in vielen Bereichen an Bedeutung. Die Landeskanzlei vernetzt und unterstützt den Geschäftsverkehr zwischen den beteiligten politischen Behörden. Im Vordergrund stehen die Beziehungen zu Basel-Stadt, die Beziehungen zu den Mitgliedern der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die Beziehungen zu den französischen und deutschen Gebietskörperschaften der Oberrheinischen Regierungskonferenz.		Amtsbericht 2011
Nr. 7.04.03	Einzelne Massnahme Trinationale Kooperation im Oberrheingebiet Grenzüberschreitende Projekte im Rahmen von Interreg IV und NRP (Neue Regionalpolitik) sind im Kanton Basel-Landschaft möglichst optimal zu verankern. Die Landeskanzlei leistet den Projektträgern weiterhin die notwendige Unterstützung.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.250 Mio. Fr.	Die Projektträger wurden optimal unterstützt und mehrere Projekte einer Förderung zugeführt.
Nr. 7.04.05	Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz und der Interparlamentarischen Konferenz Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz wird bis Mitte 2011 durch den Kanton Basel-Landschaft präsidiert. Zum Abschluss dieser Präsidialperiode soll das bei der Landeskanzlei geführte Sekretariat der Nordwestschweizer Regierungskonferenz evaluiert werden. Es soll überprüft werden, ob sich die im Jahr 2007 von den Konferenzkantonen beschlossene Organisationsstruktur bewährt hat. Das Sekretariat der Interparlamentarischen Konferenz bei der Landeskanzlei wird in Zusammenarbeit mit dem Präsidiumskanton Basel-Stadt die Organisation der traditionellen Herbst-Tagung zu einem aktuellen Thema für Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus allen Konferenzkantonen (Bern, Solothurn, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau) sicherstellen.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.150 Mio. Fr.	Die Evaluation des Sekretariats der Nordwestschweizer Regierungskonferenz wurde abgeschlossen und hat zum Ergebnis gebracht, dass sich die Einrichtung des Sekretariats bewährt hat und fortgesetzt werden soll. Der Kanton Aargau hat vom Kanton Basel-Landschaft das Präsidium übernommen. Die Herbsttagung der Interparlamentarischen Konferenz wurde erfolgreich durchgeführt und ein neues Präsidium gewählt.

Nr. 7.04.06	12. Dreiländer-Kongress Die Ergebnisse des 12. Dreiländer-Kongresses vom 2. Dezember 2010 in Basel zum Thema "Bildung, Forschung und Innovation" sind auszuwerten. Die Dreiländer-Kongresse am Oberrhein sind seit ihrer Entstehung vor rund 20 Jahren zu einem wichtigen Instrument der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit geworden. Sie bieten die Möglichkeit, aktuelle Schwerpunktthemen unter Miteinbezug von Wissenschaft und Wirtschaft sowie weiterer Kreise vertieft zu bearbeiten. Die Ergebnisse der bisherigen Dreiländer-Kongresse haben Impulse für die staatliche regionale Kooperation geliefert. Der Kanton Basel-Landschaft ist ein Hauptträger der Dreiländer-Kongresse. Die Landeskanzlei unterstützt die Auswertungsarbeiten optimal.	Finanzielle Auswirkungen 2011: keine	Die Ergebnisse des Dreiländerkongresses wurden in Arbeitsgruppen und im Rahmen der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz weiter konkretisiert und Umsetzungsvorschläge erarbeitet. Zudem wurde ein zweisprachiger Schlussbericht vorgelegt.
Nr. 7.05	Programmpunkt Volkswahlen und -abstimmungen Strategische Zielsetzungen Die Landeskanzlei nimmt eine zentrale Rolle ein bei der Vorbereitung und der Durchführung von Volkswahlen und -abstimmungen.		Amtsbericht 2011
Nr. 7.05.02	Einzelne Massnahme Vorbereitung und Durchführung der Gesamterneuerungswahlen 2011 Mit einer sorgfältigen Vorbereitung soll sichergestellt werden, dass die Wahlen des Landrates und des Regierungsrates vom 27. März 2011 sowie die Wahl der sieben basellandschaftlichen Mitglieder des Nationalrates und die Wahl des basellandschaftlichen Mitglieds des Ständerates am 23. Oktober 2011 korrekt und effizient durchgeführt werden können.	Finanzielle Auswirkungen 2011: 0.230 Mio. Fr.	Erfüllt.

Teil 8 Antrag

Der Regierungsrat ersucht den Landrat um Prüfung und Genehmigung des Amtsberichtes 2011 des Regierungsrates.

Liestal, 7. Februar 2012

Im Namen des Regierungsrates:

Der Präsident: Peter Zwick

Der Landschreiber: Alex Achermann

Beilagen: Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

 Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung)

Anhang 1: Anfragen aus dem Landrat und Aufträge des Landrates

1 Anfragen aus dem Landrat

Der Regierungsrat hat 2011 die folgenden Vorstösse im Landrat mündlich oder schriftlich beantwortet.

1.1 Interpellationen

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2009/328	Interpellation von Karl Willmann vom 12. November 2009: Jahresbericht 2008 der Schweizerischen Rheinhäfen SRH. Schriftliche Antwort vom 26. Januar 2010	erledigt	13/01/2011
2009/372	Interpellation von Paul Wenger vom 9. Dezember 2009: Türkische Kulturwoche an den Volksschulen in Birsfelden. Schriftliche Antwort vom 30. März 2010	erledigt	13/01/2011
2009/379	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 10. Dezember 2009: Übernahme der Sekundarschulbauten, deren Hauswarte und dem Reinigungspersonal. Schriftliche Antwort vom 23. März 2010	erledigt	27/01/2011
2010/024	Interpellation von Pia Fankhauser vom 14. Januar 2010: Welchen Stellenwert haben Mütterberaterinnen im Kanton Baselland?. Schriftliche Antwort vom 7. Dezember 2010	erledigt	09/02/2011
2010/091	Interpellation von Georges Thüning vom 11. März 2010: Bewusste Demontage der Gemeindepolizei? Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	09/02/2011
2010/025	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 14. Januar 2010: Vollkanton Basellandschaft. Schriftliche Antwort vom 14. September 2010	erledigt	09/02/2011
2010/028	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 14. Januar 2010: Sans-Papiers. Schriftliche Antwort vom 23. März 2010	erledigt	09/02/2011
2010/169	Interpellation von Georges Thüning vom 22. April 2010: 550 Jahre Universität beider Basel. Schriftliche Antwort vom 10. August 2010	erledigt	09/02/2011
2010/102	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 11. März 2010: Erneut kein angemessener Frauenanteil im Unirat. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2010	erledigt	09/02/2011
2009/374	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 9. Dezember 2009: Grundlagen-Transparenz bei der Erhöhung von Krankenkassenprämien. Schriftliche Antwort vom 16. März 2010	erledigt	09/02/2011
2010/027	Interpellation von Rita Bachmann vom 14. Januar 2010: Katastrophenübung im Auhafen. Schriftliche Antwort vom 16. März 2010	erledigt	09/02/2011
2010/053	Interpellation von Werner Rufi vom 28. Januar 2010: Gewalt bei Sportanlässen in der Region Nordwestschweiz. Schriftliche Antwort vom 2. November 2010	erledigt	09/02/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2010/100	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 11. März 2010: Freie Wahl des Gymnasiums?. Schriftliche Antwort vom 29. Juni 2010	erledigt	10/02/2011
2010/097	Interpellation von Daniel Münger vom 11. März 2010: Befreiung vom Schulunterricht aus religiösen oder weltanschaulichen Gründen an unseren Volksschulen. Schriftliche Antwort vom 1. Februar 2011	erledigt	10/02/2011
2010/101	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 11. März 2010: Greift das AVS zu stark in die Teilautonomie der Schulen ein?. Schriftliche Antwort vom 24. August 2010	erledigt	10/02/2011
2010/153	Interpellation von Sara Fritz vom 15. April 2010: Polizei Baselland wirbt mit berauschendem Motiv. Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	24/02/2011
2010/081	Interpellation von Josua M. Studer vom 11. Februar 2010: Neues Herzkatheterlabor Liestal hat Auswirkung für Grundversicherte. Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	24/02/2011
2010/099	Interpellation von Petra Studer vom 11. März 2010: Zusammenführung der Kantonalen Laboratorien der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt: Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen	beantwortet	24/02/2011
2010/103	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 11. März 2010: Glasfaser - Anschlüsse im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 1. Februar 2011	erledigt	24/02/2011
2010/054	Interpellation von Sabrina Mohn vom 28. Januar 2010: e-Democracy. Schriftliche Antwort vom 15. Juni 2010	erledigt	24/02/2011
2010/194	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 6. Mai 2010: Förderung Sozialzeitausweis. Schriftliche Antwort vom 15. Februar 2011	erledigt	24/02/2011
2011/050	Interpellation der CVP/EVP-Fraktion vom 24. Februar 2011: Theater Basel wie weiter? Schriftliche Antwort vom 24. Februar 2011	erledigt	24/02/2011
2010/150	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 15. April 2010: Kampf gegen die Einbruchswelle im Unteren Baselbiet. Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	24/02/2011
2010/130	Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. März 2010: Haltung des Regierungsrates in Sachen Bankkundengeheimnis. Schriftliche Antwort vom 21. September 2010	erledigt	24/02/2011
2010/220	Interpellation von Marie-Theres Beeler vom 20. Mai 2010: Grosse Bienenverluste - was tut der Kanton Basellandschaft?. Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	03/03/2011
2010/131	Interpellation der SVP-Fraktion vom 25. März 2010: Folgen der Personenfreizügigkeit für den Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 15. Juni 2010	erledigt	03/03/2011
2010/132	Interpellation von Urs Berger vom 25. März 2010: Bund will Mittel für Tagesschulen streichen!. Schriftliche Antwort vom 29. Juni 2010	abgelehnt	03/03/2011
2011/059	Interpellation von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 3. März 2011: Transparenz zum Thema Bespielung von Augusta Raurica durch das Theater Basel. Schriftliche Antwort vom 3. März 2011	erledigt	03/03/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2010/168	Interpellation von Andreas Giger vom 22. April 2010: Stösst der Kanton die Wohnsiedlung Laubiberg ab? Schriftliche Antwort vom 29. Juni 2010	erledigt	03/03/2011
2010/193	Interpellation von Judith van der Merwe vom 6. Mai 2010: Vergütungssysteme in Unternehmungen mit Staatsbeteiligung Baselland. Schriftliche Antwort vom 15. Februar 2011	erledigt	03/03/2011
2010/218	Interpellation von Daniela Schneeberger vom 20. Mai 2010: Interkantonale Polizeischule Hitzkirch. Schriftliche Antwort vom 19. Oktober 2010	erledigt	31/03/2011
2010/260	Interpellation von Hanspeter Weibel vom 24. Juni 2010: "Vermögenssteuer im Kanton Basel-Landschaft". Schriftliche Antwort vom 21. Dezember 2010	erledigt	31/03/2011
2010/215	Interpellation von Paul Jordi vom 20. Mai 2010: Interpretation des kantonalen Beschaffungsgesetzes. Schriftliche Antwort vom 14. September 2010	erledigt	31/03/2011
2010/232	Interpellation von Thomas de Courten vom 10. Juni 2010: Finanzielle Auswirkungen für den Kanton Baselland aus den Stützungskäufe der SNB für den Euro und die wirtschaftliche Hilfe durch die Eidgenossenschaft zur Sanierung von Griechenland. Schriftliche Antwort vom 21. September 2010	erledigt	31/03/2011
2010/234	Interpellation von Sabrina Mohn vom 10. Juni 2010: Sicherheit an Schulen: Einführung von Sicherheitssystemen? Schriftliche Antwort vom 26. Oktober 2010	erledigt	31/03/2011
2010/219	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 20. Mai 2010: Die Umweltsünden der Basler Chemie. Schriftliche Antwort vom 14. September 2010	erledigt	31/03/2011
2010/216	Interpellation der FDP-Fraktion vom 20. Mai 2010: Was bringt die Lohnmeldepflicht? Schriftliche Antwort vom 24. August 2010	erledigt	31/03/2011
2010/217	Interpellation von Michael Herrmann vom 20. Mai 2010: Aktuelle Polizeimeldungen via iPhone und anderen neuen Medien. Schriftliche Antwort vom 17. August 2010	erledigt	31/03/2011
2010/261	Interpellation von Sabrina Mohn vom 24. Juni 2010: Lehrerinnen- und Lehrermangel. Schriftliche Antwort vom 1. März 2011	erledigt	31/03/2011
2010/262	Interpellation von Urs Berger vom 24. Juni 2010: Die Frage der Besoldung der Baselbieter Lehrpersonen im interkantonalen Vergleich. Schriftliche Antwort vom 1. März 2011	erledigt	31/03/2011
2010/233	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 10. Juni 2010: Arbeitsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit und Invalidität im Asylwesen. Schriftliche Antwort vom 22. März 2011	erledigt	31/03/2011
2010/375	Interpellation von Philipp Schoch vom 28. Oktober 2010: Produktion von gefährlichen chemischen Stoffen mitten im Wohngebiet. Schriftliche Antwort vom 4. Januar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/376	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 28. Oktober 2010: Deponie Schweizerhalle: wichtige Sanierungsziele sind nicht erreicht. Schriftliche Antwort vom 25. Januar 2011	erledigt	14/04/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2011/081	Interpellation von Karl Willmann vom 31. März 2011: HPL: Entlastung der Rheinstrasse über Quartierstrassen in Füllinsdorf?. Schriftliche Antwort vom 5. April 2011	erledigt	14/04/2011
2010/421	Interpellation von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Sind wir zu langsam für die Ansiedlung interkantonaler Konzerne?. Schriftliche Antwort vom 1. Februar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/346	Interpellation von Elisabeth Augstburger vom 14. Oktober 2010: Bezahlte Mutterschaft für Familienfrauen. Schriftliche Antwort vom 5. April 2011	erledigt	14/04/2011
2010/309	Interpellation von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Strukturreformen im Kanton Basel-Landschaft. Schriftliche Antwort vom 14. Dezember 2010	erledigt	14/04/2011
2010/399	Interpellation von Claudio Wyss vom 25. November 2010: Computerbildschirme. Schriftliche Antwort vom 8. Februar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/333	Interpellation von Marianne Hollinger vom 23. September 2010: Kein Velodrom fürs Baselbiet. Schriftliche Antwort vom 1. Februar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/332	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 23. September 2010: Transparente Information über die medizinische Behandlungsqualität im Hinblick auf die Einführung der neuen Spitalfinanzierung und der freien Spitalwahl. Schriftliche Antwort vom 30. November 2010	erledigt	14/04/2011
2010/331	Interpellation der SP-Fraktion vom 23. September 2010: Staatliche Aufträge für ISS - Firma, die Verträge nicht einhält und Lohndumping betreibt. Schriftliche Antwort vom 7. Dezember 2010	erledigt	14/04/2011
2011/014	Interpellation von Martin Rüegg vom 13. Januar 2011: Salina Raurica: Wie steht es um die Zusammenarbeit zwischen Augst und Kaiseraugst?. Schriftliche Antwort vom 29. März 2011	erledigt	14/04/2011
2010/330	Interpellation der SP-Fraktion vom 23. September 2010: Mehr Arbeitsinspektionen - weniger Gesundheitskosten. Schriftliche Antwort vom 14. Dezember 2010	erledigt	14/04/2011
2010/311	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 9. September 2010: Notwasserversorgung in den Gemeinden des Kantons. Schriftliche Antwort vom 30. November 2010	erledigt	14/04/2011
2010/405	Interpellation von Andreas Giger vom 25. November 2010: Massnahmen gegen die Scheinselbständigkeit. Schriftliche Antwort vom 15. Februar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/418	Interpellation der FDP-Fraktion vom 8. Dezember 2010: Kronkete Effizienz-Auswirkungen des ERP-Projektes. Schriftliche Antwort vom 11. Januar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/407	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 25. November 2010: Brisante neue Studie der Universität Basel zur Gefährdung des Trinkwassers aus der Hard. Schriftliche Antwort vom 25. Januar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/408	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 25. November 2010: Asbest in öffentlichen Gebäuden. Schriftliche Antwort vom 1. März 2011	erledigt	14/04/2011
2010/259	Interpellation von Martin Rüegg vom 24. Juni 2010: Clariant: Wie weiter?. Schriftliche Antwort vom 9. November 2010	erledigt	14/04/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2010/420	Interpellation von Patrick Schäfli vom 8. Dezember 2010: Immer häufiger wechseln neu im Baselbiet niedergelassene ausländische bzw. ausserkantonale Einwohner ihre Fahrzeugnummernschilder nicht vorschriftsgemäss auf BL-Kennzeichen. Damit entgehen dem Baselbiet Steuereinnahmen aus der Motorfahrzeugsteuer. Schriftliche Antwort vom 29. März 2011	erledigt	14/04/2011
2010/417	Interpellation von Karl Willimann vom 8. Dezember 2010: Überfall auf Wahlbüro in Allschwil am 27. November 2010. Schriftliche Antwort vom 8. Februar 2011	erledigt	14/04/2011
2010/419	Interpellation von Daniele Ceccarelli vom 8. Dezember 2010: Einführung obligatorisches Finanzreferendum im Kanton BL?. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2011/025	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 27. Januar 2011: Werden unsere Universitäten künftig weniger attraktiv?. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2010/406	Interpellation von Christoph Frommherz vom 25. November 2010: Einsatz von Stellvertretungen erst nach längeren Abwesenheiten. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2010/391	Interpellation von Georges Thüning vom 11. November 2010: Kantonale Unterstützung der Davidoff Swiss Indoors. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2011/082	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 31. März 2011: Unzumutbare Verschiebung von 11-jährigen Schüler/-innen	beantwortet	05/05/2011
2010/390	Interpellation von Thomas de Courten vom 11. November 2010: Betriebskostenbeiträge im Rahmen der Jugendsportförderung. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2010/389	Interpellation von Mirjam Würth vom 11. November 2010: Umsetzung des RRB 1219 zur flächendeckenden Einführung von Recyclingpapier in der Verwaltung. Schriftliche Antwort vom 11. Januar 2011	erledigt	05/05/2011
2010/310	Interpellation von Marie-Theres Beeler vom 9. September 2010: Massnahmen des Kantons BL für die Integration von Menschen mit einer Behinderung bei Ausbildung und Erwerbsarbeit. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2010/377	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 28. Oktober 2010: Betreuungsverhältnis an der Universität Basel. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	05/05/2011
2011/097	Interpellation von Kathrin Schweizer vom 31. März 2011: Verhindern von Atomanlagen in der Nachbarschaft: Stand Umsetzung des Verfassungsauftrags. Schriftliche Antwort vom 10. Mai 2011	erledigt	19/05/2011
2011/068	Interpellation von Monica Gschwind vom 3. März 2011: Standerstellung Naturgefahrenkarte. Schriftliche Antwort vom 10. Mai 2011	erledigt	09/06/2011
2011/016	Interpellation von Stephan Grossenbacher vom 13. Januar 2011: Langsamverkehr in der Agglomeration - Velowege in beiden Frenkentalern. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	09/06/2011
2011/017	Interpellation von Klaus Kirchmayr vom 13. Januar 2011: Resultate der kleinen Steueramnestie im Kanton Baselland. Schriftliche Antwort vom 19. April 2011	erledigt	09/06/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2011/069	Interpellation von Rosmarie Brunner vom 3. März 2011: Versteckte Pensenerhöhung in der Geschäftsleitung des Kantonsgerichts. Schriftliche Antwort vom 10. Mai 2011	erledigt	09/06/2011
2011/037	Interpellation von Christian Steiner vom 9. Februar 2011: "Homeschooling". Schriftliche Antwort vom 17. Mai 2011	erledigt	09/06/2011
2011/054	Interpellation von Marianne Hollinger vom 24. Februar 2011: Sekundarschulbauten finanzieren Verkehrslösungen. Schriftliche Antwort vom 10. Mai 2011	erledigt	09/06/2011
2011/070	Interpellation von Patrick Schäfli vom 3. März 2011: Kantonsgerichtspräsident Dr. Andreas Brunner (SP) in gleicher Funktion beim Bundesgericht: Eine problematische Doppelfunktion!. Schriftliche Antwort vom 10. Mai 2011	erledigt	09/06/2011
2011/098	Interpellation von Ruedi Brassel vom 31. März 2011: Denkmalgeschützte Brandruine in Augst. Was macht die Regierung?. Schriftliche Antwort vom 24. Mai 2011	erledigt	23/06/2011
2011/137	Interpellation von Susanne Strub vom 5. Mai 2011: Durchsetzbarkeit des Hundegesetzes gegenüber auswärtigen Hundebesitzern. Schriftliche Antwort vom 21. Juni 2011	erledigt	03/11/2011
2011/039	Interpellation von Regina Vogt vom 10. Februar 2011: Gleichbehandlung aller Familienmodelle. Schriftliche Antwort vom 13. September 2011	erledigt	03/11/2011
2010/243	Interpellation von Georges Thüring vom 17. Juni 2010: Was bringt die Polizei-Reorganisation - ausser Leistungsabbau und Verunsicherung?. Schriftliche Antwort vom 27. September 2011	erledigt	03/11/2011
2011/099	Interpellation von Thomas Bühler vom 31. März 2011: Vorsorge Erdbeben-Bewältigung im Kanton BL. Schriftliche Antwort vom 6. September 2011	erledigt	03/11/2011
2011/189	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 9. Juni 2011: Zwischenbilanz zum Baselbieter Energiepaket. Schriftliche Antwort vom 16. August 2011	erledigt	17/11/2011
2011/211	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 23. Juni 2011: AUE setzt Sanierungsziele nicht durch. Schriftliche Antwort vom 16. August 2011	erledigt	17/11/2011
2011/138	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 5. Mai 2011: Verpackungen aus Bioplastik belasten die Umwelt ebenso wie herkömmliche Kunststoffverpackungen. Schriftliche Antwort vom 28. Juni 2011	erledigt	17/11/2011
2011/188	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 9. Juni 2011: PLA Verpackungen aus Gen manipuliertem Mais. Schriftliche Antwort vom 6. September 2011	erledigt	17/11/2011
2011/113	Interpellation von Hannes Schweizer vom 14. April 2011: Fruchtfolgeflächen sichern. Schriftliche Antwort vom 31. Mai 2011	erledigt	17/11/2011
2011/114	Interpellation von Jürg Wiedemann vom 14. April 2011: AUE beschönigt Studie von Huggenberger. Schriftliche Antwort vom 7. Juni 2011	erledigt	17/11/2011
2011/135	Interpellation von Kathrin Schweizer vom 5. Mai 2011: Parteienfinanzierung durch Alpiq. Schriftliche Antwort vom 21. Juni 2011	erledigt	17/11/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2011/136	Interpellation von Susanne Strub vom 5. Mai 2011: Pflege von Pufferstreifen an offenen Gewässern. Schriftliche Antwort vom 28. Juni 2011	erledigt	17/11/2011
2011/334	Interpellation von Andreas Bammatter vom 1. Dezember 2011: Chemiemüll - verseucht "Allschwiler" Lörzbach	beantwortet	01/12/2011

1.2 Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel	Antwort
2010/423	Schriftliche Anfrage von Regula Meschberger vom 8. Dezember 2010: Verhältnismässigkeit polizeilichen Vorgehens und der Vornahme von DNA-Analysen	22/03/2011
2011/139	Schriftliche Anfrage von Jürg Degen vom 5. Mai 2011: Schulärztliche Untersuchung im 7. Schuljahr	14/06/2011

1.3 Unbeantwortete Schriftliche Anfragen

G-Nr.	Geschäftstitel
2011/358	Schriftliche Anfrage der SP-Fraktion vom 14. Dezember 2011: Lohndumping bei Actelion

1.4 Mündliche Anfragen (Fragestunde)

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2011/021	Bericht der Landeskanzlei vom 25. Januar 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 27. Januar 2011	alle Fragen (10) beantwortet	27/01/2011
2011/046	Bericht der Landeskanzlei vom 22. Februar 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 24. Februar 2011	alle Fragen (4) beantwortet	24/02/2011
2011/075	Bericht der Landeskanzlei vom 29. März 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 31. März 2011	alle Fragen (2) beantwortet	31/03/2011
2011/127	Bericht der Landeskanzlei vom 3. Mai 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 5. Mai 2011	alle Fragen (5) beantwortet	05/05/2011
2011/174	Bericht der Landeskanzlei vom 7. Juni 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 9. Juni 2011	alle Fragen (2) beantwortet	09/06/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR
2011/269	Bericht der Landeskanzlei vom 20. September 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 22. September 2011	alle Fragen (8) beantwortet	22/09/2011
2011/297	Bericht der Landeskanzlei vom 1. November 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 3. November 2011	alle Fragen (1) beantwortet	03/11/2011
2011/332	Bericht der Landeskanzlei vom 29. November 2011: Mündliche Anfragen für die Landratssitzung vom 1. Dezember 2011	alle Fragen (12) beantwortet	01/12/2011

2 Aufträge des Landrates

2.1 Im Jahre 2011 abgeschriebene Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2007/157	Postulat von Andreas Helfenstein vom 21. Juni 2007: Deponie Margelacker Gesicherte und vollständige Entscheidungsgrundlagen abwarten!	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 24/04/2008	2010/277
2009/368	Postulat von Jürg Wiedemann vom 9. Dezember 2009: Ist die Ausbildung der Primarlehrkräfte zu theoretisch?	überwiesen und abgeschrieben	13/01/2011	
2009/278	Postulat von Romy Anderegg vom 15. Oktober 2009: Anordnung von Radstreifen bei Kreiseln	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 17/06/2010	2010/357
2007/134	Postulat von Ivo Corvini vom 7. Juni 2007: Steuerabzugsmöglichkeit bei privaten Abwasseranlagen	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 13/03/2008	2010/275
2006/011	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Januar 2006: Sanierung der Chemiemülldeponien in Muttenz	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	13/01/2011 30/11/2006	2010/277
2009/114	Postulat von Siro Imber vom 23. April 2009: Berichte von Institutionen	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 15/10/2009	2010/282
2008/154	Postulat von Marc Joset vom 5. Juni 2008: Vermeidung von Konkurrenz der Gewerbebetriebe durch Stromversorger	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	13/01/2011 25/09/2008	2010/173
2009/171	Postulat von Siro Imber vom 11. Juni 2009: Roller und Motorräder auf Busspuren zulassen	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 28/01/2010	2010/286
2008/136	Postulat von Daniel Münger vom 22. Mai 2008: Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbau	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 11/12/2008	2010/245

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2009/297	Motion von Georges Thüning vom 29. Oktober 2009: Jahresprogramm 2010	überwiesen und abgeschrieben	13/01/2011	
2011/009	Postulat von Isaac Reber vom 13. Januar 2011: Schluss mit Chaostagen bei der SBB!	überwiesen und abgeschrieben	13/01/2011	
2008/210	Postulat der CVP/EVP- Fraktion vom 11. September 2008: Zivilcourage	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 27/11/2008	2010/285
2002/086	Motion der FDP-Fraktion vom 21. März 2002: Ausbau der Hafenbahn	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 14/11/2002	2010/196
2005/257	Postulat der SVP-Fraktion vom 22. September 2005: Steuerliches Anreizsystem zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer und alternativer Energien	abgeschrieben; überwiesen	13/01/2011 11/05/2006	2010/265
2010/017	Postulat von Isaac Reber vom 14. Januar 2010: Grundsätzliche Überprüfung der Unternehmensbesteuerung	überwiesen und abgeschrieben	27/01/2011	
1998/112	Motion der FDP-Fraktion vom 28. Mai 1998: Für ein Konzept zur beruflichen Fort- und Weiterbildung (Erwachsenenbildung) im neuen Bildungsgesetz	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	27/01/2011 17/12 /1998	2010/324
2009/323	Postulat von Karl Willmann vom 12. November 2009: Einheitliche formelle Struktur im Berichts- und Vorlagenbereich an den Landrat	überwiesen und abgeschrieben	27/01/2011	
2010/022	Postulat von Jürg Wiedemann vom 14. Januar 2010: DTU-Medienverleih künftig nicht mehr möglich?	überwiesen und abgeschrieben	09/02/2011	
2010/013	Postulat von Regina Vogt vom 14. Januar 2010: Integration von Alltagskompetenzen / Hauswirtschaft als Pflichtfach	überwiesen und abgeschrieben	09/02/2011	
2010/069	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Fusion der Chemie / Life Science-Departemente von Uni Basel und ETH Zürich unter dem Dach der ETH mit Standort in der Region Basel	überwiesen und abgeschrieben	09/02/2011	
2008/209	Postulat von Urs Berger vom 11. September 2008: Massnahmen für den Beginn der Berufslehre nach neun Schuljahren	abgeschrieben; überwiesen	10/02/2011 24/09/2009	2010/379
2007/227	Motion der FDP-Fraktion vom 20. September 2007: Standesinitiative zur Einsitznahme als Mitglied des Universitätskantons Basel-Landschaft in die Schweizerische Universitätskonferenz	abgeschrieben; überwiesen	10/02/2011 130/10 /2008	2010/380
2008/039	Verfahrenspostulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Einleitung einer Parlamentsreform	abgeschrieben; überwiesen	10/02/2011 113/11 /2008	2009/039
2001/163	Postulat von Remo Franz vom 7. Juni 2001: Einführung des Öffentlichkeitsprinzips	abgeschrieben; überwiesen	10/02/2011 110/01 /2002	2010/199

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2006/098	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 6. April 2006: Minergie-Standard für Salina Raurica	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	24/02/201114/12 /2006	2010/381
2010/074	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Februar 2010: Begleitkommission zur Erarbeitung der neuen Spitalliste	überwiesen und abgeschrieben	24/02/2011	
2009/092	Postulat von Juliana Nufer vom 26. März 2009: Guter Wein in falschen Schläuchen - Stiftungen versus öffentlich rechtlichen Anstalten oder Ähnliches	abgeschrieben; überwiesen	24/02/201128/01 /2010	2010/157
2010/126	Postulat von Sara Fritz vom 25. März 2010: Verbot der Prostitution Minderjähriger	als Postulat überwiesen und abgeschrieben	24/02/2011	
2007/192	Postulat von Georges Thüning vom 6. September 2007: Schaffung eines kantonalen Krisen- und Katastrophenfonds	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	24/02/201106/09 /2007	2010/171
2010/068	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Februar 2010: Die Spitallandschaft nach 2012	überwiesen und abgeschrieben	24/02/2011	
2008/123	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Schutz vor Cyberbullying	abgeschrieben; überwiesen	24/02/201127/11 /2008	2010/348
2010/254	Postulat von Rosmarie Brunner vom 24. Juni 2010: Sicherheit in den Gefängnissen des Kantons Basellandschaft	überwiesen und abgeschrieben	31/03/2011	
2010/258	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 24. Juni 2010: Radonbelastung an Baselbieter Schulen	überwiesen und abgeschrieben	31/03/2011	
2008/305	Postulat von Esther Maag vom 13. November 2008: Versand Wahlhilfen	abgeschrieben; überwiesen	31/03/201115/10 /2009	2010/292
2010/404	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 25. November 2010: Mehr Swisslos-Gelder zugunsten des Sports	überwiesen und abgeschrieben	31/03/2011	
2010/326	Motion von Jürg Wiedemann vom 23. September 2010: Ausgewogene Geschlechterverhältnisse in öffentlichen Aufsichtsgremien für ein verbessertes Risikomanagement	Mot als Postulat überwiesen + abgeschrieben	14/04/2011	
2010/305	Postulat von Siro Imber vom 9. September 2010: Verzicht auf die Verleihung des Chancengleichheitspreises	zurückgezogen	14/04/2011	
2010/308	Postulat von Isaac Reber vom 9. September 2010: Planungsmehrwert wohin?	überwiesen und abgeschrieben	14/04/2011	

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2010/303	Motion von Madeleine Göschke vom 9. September 2010: Für eine paritätische Fluglärmkommission	Mot als Postulat überwiesen + abgeschrieben	14/04/2011	
2011/034	Motion von Patrick Schäfli vom 9. Februar 2011: Verbesserung der Zusammenarbeit in der Forschung zwischen der Universität Basel und der chemisch-pharmazeutischen Industrie der Region Basel gefordert!	überwiesen und abgeschrieben	05/05/2011	
2010/429	Postulat von Regina Vogt vom 9. Dezember 2010: Späte Würdigung des Zeichners Max Schneider (1916 - 2010)	überwiesen und abgeschrieben	05/05/2011	
2010/374	Postulat von Jürg Wiedemann vom 28. Oktober 2010: Exkursionen, Schulverlegungen, Projektwochen	überwiesen und abgeschrieben	05/05/2011	
2009/010	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 15. Januar 2009: Uni Basel und FHNW - Quelle neuer Unternehmen?	abgeschrieben; überwiesen	05/05/201125/03 /2010	2011/044
2008/236	Postulat von Karl Willimann vom 25. September 2008: Motorfahrzeugprüfungen: Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und privaten Anbietern ist verbesserungsbedürftig!	abgeschrieben; überwiesen	10/05/201107/05 /2009	2011/041
2004/153	Postulat von Andreas Helfenstein vom 24. Juni 2004: Mit der Bahn zum St. Jakob-Park Genereller Leistungsauftrag öffentlicher Verkehr 2005 - 2009	abgeschrieben; stehen gelassen; überwiesen	19/05/201128/05 /200913/01/2005	2011/041 2009/056
2011/078	Postulat der Grünen-Fraktion vom 31. März 2011: Fessenheim abschalten	überwiesen und abgeschrieben	19/05/2011	
2009/027	Motion von Sarah Martin vom 29. Januar 2009: TNW Nachtnetz	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201122/04 /2010	2011/041
2009/190	Postulat von Kathrin Schweizer vom 25. Juni 2009: Attestlehre für Fahrradmechaniker/in und Motorradmechaniker/in	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201125/11 /2010	2011/041
2008/237	Postulat der Grünen-Fraktion vom 25. September 2008: Keine Teerung der Todesfalle Grabenring / Baslerstrasse in Allschwil	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201110/09 /2009	2011/041
2008/303	Postulat von Ruedi Brassel vom 13. November 2008: Freiwillig Waffen entsorgen!	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201107/05 /2009	2011/041
2006/115	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. April 2006: Kein Verzicht auf den Wisenbergtunnel	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201127/04 /2006	2011/041
2007/204	Postulat von Jürg Wiedemann vom 6. September 2007: Partikelfilter für landwirtschaftliche Fahrzeuge	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201116/10 /2008	2010/434

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2011/091	Postulat von Martin Rüegg vom 31. März 2011: Fessenheim stilllegen - TRAS beitreten - Katastrophenschutz aufzeigen	überwiesen und abgeschrieben	19/05/2011	
2004/317	Postulat von Georges Thüring vom 8. Dezember 2004: Zusammenlegung der kantonalen Laboratorien (Mitbericht vsd, bksd) RRB 430, 30.3.2010	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201112/05 /2005	2011/041
2007/165	Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Juni 2007: Steuerrabatt bei Erstellung eines Nachhaltigkeitsberichts	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201113/03 /2008	2011/032
2003/134	Postulat der Justiz- und Sicherheitskommission vom 5. Juni 2003: Raumkonzept für die Justiz/Projekt für ein Gerichtsgebäude	abgeschrieben; n.abgeschrieben; überwiesen	19/05/201120/05 /201008/09/2005 15/01/2004	2011/041
2006/051	Postulat von Simone Abt vom 16. Februar 2006: Massnahmen gegen den Feinstaub	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201106/04 /2006	2010/434
2006/173	Postulat von Ivo Corvini vom 22. Juni 2006: Verbesserung der Abläufe bei der Feuerungskontrolle und weitergehende Liberalisierung	abgeschrieben; n.abgeschrieben; überwiesen	19/05/2011 20/05/201014/12 /2006	2011/041
2009/152	Postulat von Claudio Wyss vom 28. Mai 2009: Potential nicht ausgeschöpft	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201117/06 /2010	2010/432
2008/132	Motion der FDP-Fraktion vom 22. Mai 2008: Zusätzliche Massnahmen zur Förderung elektrischer Energie aus erneuerbaren Quellen, insbesondere der Photovoltaik	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201125/09 /2008	2011/041
2006/250	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. Oktober 2006: 5-Tage-Woche für alle Schülerinnen und Schüler	abgeschrieben; überwiesen (modifiziert)	19/05/201115/02 /2007	2011/041
2009/370	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 9. Dezember 2009: Smart Grid - Schlüssel-Infrastruktur der Zukunft	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201109/09 /2010	2011/030
2001/025	Postulat von Peter Zwick vom 25. Januar 2001: Einsetzung eines Tierschutzanwaltes	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201122/02 /2001	2011/041
2005/226	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. September 2005: Massnahmen gegen erhöhte Feinpartikel-Belastung	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen (modifiziert)	19/05/201106/04 /2006	2010/434
2007/253	Postulat von Marc Joset vom 18. Oktober 2007: Anbindung des Leimentals an den Bahnhof Basel SBB	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201124/04 /2008	2011/041

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2005/302	Motion der SVP-Fraktion vom 17. November 2005: Kantonales Bauverhinderungs-Einspracherecht in Wohnzonen für Verbände abschaffen!	abgeschrieben; nicht abgeschrieben; überwiesen	19/05/201120/05 /201006/04/2006	2011/041
2005/234	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Verkehrsleitzentrale	abgeschrieben; überwiesen	19/05/201111/05 /2006	2011/041
2011/076	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 31. März 2011: Stilllegung des KKW's Fessenheim	überwiesen und abgeschrieben	19/05/2011	
2006/153	Postulat von Ruedi Brassel vom 8. Juni 2006: Aufbau eines Kompetenzzentrums für die Begleitforschung zu den Life Sciences	abgeschrieben; überwiesen	09/06/201119/10 /2006	2011/074
2011/065	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 3. März 2011: Für Massnahmen gegen den Rückgang der Freiwilligenarbeit	überwiesen und abgeschrieben	09/06/2011	
2007/115	Postulat von Hanni Huggel vom 10. Mai 2007: Mit dem OeV ins römische Theater in Augusta raurica	abgeschrieben; überwiesen	23/06/201124/04 /2008	2011/120
2009/168	Postulat der SP-Fraktion vom 11. Juni 2009: Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols	abgeschrieben; überwiesen	23/06/201120/05 /2010	2011/103
2007/093	Postulat von Bea Fünfschilling vom 19. April 2007: Orientierungsarbeiten an der Sekundarschule	abgeschrieben; überwiesen	23/06/201106/09 /2007	2011/057
2010/337	Verfahrenspostulat von Daniel Münger vom 14. Oktober 2010: Findungskommission Landschreiber / Landschreiberin	abgeschrieben; überwiesen	23/06/201114/10 /2010	2011/169
2008/255	Postulat von Esther Maag vom 16. Oktober 2008: Schappo - für beide Basel!	abgeschrieben; überwiesen	08/09/201112/03 /2009	2011/043
2010/080	Postulat von Madeleine Göschke vom 11. Februar 2010: Keine Frachtflüge in der Nacht und am Sonntag	abgeschrieben; überwiesen	08/09/201114/10 /2010	2010/398
2008/134	Motion von Madeleine Göschke vom 22. Mai 2008: Südlandungen auf dem EAP: Anpassung der Knotenregelung an andere Flughäfen	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/09/201107/05 /2009	2010/398
2005/063	Postulat von Anton Fritschi vom 24. Februar 2005: Gemeinsames Amt für Umwelt und Energie BL und BS	abgeschrieben; überwiesen	08/09/201112/05 /2005	2011/170
2005/064	Postulat von Remo Franz vom 24. Februar 2005: Für eine Fusion der Umweltämter beider Basel	abgeschrieben; überwiesen	08/09/201112/05 /2005	2011/170

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2007/065	Postulat von Eric Nussbaumer vom 22. März 2007: Gaspreis für Wärme-Kraft-Koppelung	abgeschrieben; überwiesen	08/09/201101/11 /2007	2011/141
2000/187	Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	08/09/201130/11 /2000	2010/398
2003/039	Postulat der Grünen-Fraktion vom 6. Februar 2003: Nachtflugsperre in Zürich verlangt Nachtflugsperre in Basel	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen (Zif. 2)	08/09/2011 04/09/2003	2010/398
2007/158	Postulat von Heinz Aebi vom 21. Juni 2007: Mehr direkte Demokratie in den Gemeinden!	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	22/09/201113/03 /2008	2011/047
2009/006	Motion von Petra Schmidt vom 15. Januar 2009: Befristeter Steuerrabatt bei Gemeindesteuern	abgeschrieben; überwiesen	22/09/201115/10 /2009	2011/047
2009/188	Motion von Klaus Kirchmayr vom 25. Juni 2009: Gemeinnützige Arbeit als Sanktionsmöglichkeit für Gemeinden	abgeschrieben; überwiesen	22/09/201117/06 /2010	2011/047
2011/011	Postulat von Agathe Schuler vom 13. Januar 2011: Massiv mehr Südanflüge auf dem EAP	überwiesen und abgeschrieben	22/09/2011	
2011/181	Motion von Patrick Schäfli vom 9. Juni 2011: Weiterhin Schweizer Arbeitsrecht auf dem EuroAirport: Arbeitsplätze und Investitionen dürfen nicht durch Rechtsunsicherheit gefährdet werden	Mot als Postulat überwiesen und abgeschrieben	22/09/2011	
2007/313	Motion von Dominik Straumann vom 13. Dezember 2007: Änderung von § 98 Gemeindegesetz, Rechnungsprüfungskommission	abgeschrieben; überwiesen	22/09/201122/05 /2008	2011/047
2011/112	Postulat von Georges Thüning vom 14. April 2011: Gemeinsame Polizeieinsätze SO/BL im Laufental und Schwarzbubenland	überwiesen und abgeschrieben	03/11/2011	
2008/121	Postulat der SVP-Fraktion vom 8. Mai 2008: Ergänzung der Strafprozessordnung, Zwingende Meldepflicht in Fällen von Kinderpornografie und Pädophilie	abgeschrieben; n.abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	03/11/201120/05 /2010 12/03/2009	2011/146
2010/415	Motion von Georges Thüning vom 8. Dezember 2010: Standesinitiative zur Ergänzung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) bezüglich der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen	abgeschrieben; überwiesen	17/11/201131/03 /2011	2011/238

G-Nr.	Geschäftstitel	Beschluss LR	Datum LR	G-Neu
2009/043	Postulat der FDP-Fraktion vom 19. Februar 2009: Aufsichtsbehörde beider Basel	abgeschrieben; überwiesen	17/11/201128/01 /2010	2011/172
2010/187	Postulat von Urs von Bidder vom 6. Mai 2010: Keine elektronischen Lotteriespielautomaten mit hohem Suchtpotential	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	17/11/201124/02 /2011	2011/168
2010/239	Motion von Urs Berger vom 17. Juni 2010: Standesinitiative zur Verbesserung des Schutzes von jungen Erwachsenen im Rahmen des Konsumkreditgesetzes	abgeschrieben; überwiesen	17/11/201131/03 /2011	2011/229
2010/299	Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzausgleich	abgeschrieben; Mot als Postulat überwiesen	17/11/201114/04 /2011	2011/193
2007/111	Motion vom Büro Landrat vom 10. Mai 2007: Überarbeitung der Vereinbarung über die Behördenzusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt	abgeschrieben; überwiesen (ohne Fristverkürzung)	17/11/201118/10 /2007	2011/195
2011/284	Motion der Finanzkommission vom 20. Oktober 2011: "Ergänzung des Ruhetagsgesetzes"	abgeschrieben; überwiesen	17/11/201120/10 /2011	2011/309
2008/288	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. Oktober 2008: Aenderung des Budgetprozesses	abgeschrieben; überwiesen	15/12/201107/05 /2009	2011/296
2009/303	Postulat der SVP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Budget-Voranschlag 2010: Ausweis für die % - Abweichung von Kontobeträgen früher	abgeschrieben; überwiesen	15/12/201109/12 /2010	2011/296
1999/074	Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II	abgeschrieben; überwiesen	15/12/201102/09 /1999	2009/313

Erläuterungen

überwiesen und abgeschrieben = In der gleichen Sitzung überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.
abgeschrieben; überwiesen = Am angegebenen Datum abgeschrieben, Überweisung zu einem früheren Zeitpunkt.

2.2 Erfüllte Aufträge

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
1997/189	Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten	2010/004
1999/255	Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal	2010/237
2001/114	Postulat von Alfred Zimmermann vom 26. April 2001: Ausdehnung der Quartierplanpflicht auf publikumsintensive Dienstleistungsbetriebe	2011/142

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2003/279	Postulat von Eric Nussbaumer vom 13. November 2003: Perspektivenbericht Kantonsspital Laufen	2010/228
2005/224	Postulat von Karl Willimann vom 8. September 2005: Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Wald	2012/002
2006/009	Postulat von Ursula Jäggi vom 12. Januar 2006: §§ 48 ff (H. Rechte und Pflichten Privater) des Polizeigesetzes seien dahingehend zu ändern, dass die Tätigkeit privater Sicherheitsorganisationen geregelt wird	2008/035
2006/100	Postulat von Christoph Rudin vom 6. April 2006: Gemeinsames Kulturkonzept für Basel-Stadt und Basel-Landschaft	2009/030
2006/317	Postulat von Eugen Tanner vom 13. Dezember 2006: Klare Verantwortlichkeiten bei Bauvorhaben (Mitbericht bkss, fkd, jpm und vsd)	2012/003
2007/164	Postulat von Christoph Rudin vom 21. Juni 2007: Kulturelles Erbe aus Arbeit, Gewerbe und Industrie	2011/351
2007/193	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 6. September 2007: Höherer Kinderabzug bei Selbstbetreuung der eigenen Kinder	2011/235
2007/200	Postulat von Elisabeth Schmied vom 6. September 2007: Neuregelung der Schulferien - längere Herbstferien!	2011/311
2007/231	Postulat von Karl Willimann vom 20. September 2007: Gezielte Förderung des Jugendsports !	2011/316
2007/232	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 20. September 2007: Volle Ausschöpfung und Erweiterung der Kriterien für die Gewährung von Finanzhilfen zur Erstellung und den Betrieb von Sportanlagen (Mitbericht fkd)	2012/006
2008/207	Postulat von Hanni Huggel vom 11. September 2008: Parkraumbewirtschaftung in der Region - eine Lösung für Handwerksbetriebe (Mitbericht vgd)	2010/267
2008/254	Postulat von Dieter Schenk vom 16. Oktober 2008: Delegation des kleinen Baubewilligungsverfahrens an eine Verwaltungsstelle	2011/220
2008/276	Postulat von Marianne Hollinger vom 30. Oktober 2008: Wo bleibt das kantonale Sportanlagen-Konzept 3 (KASAK 3)?	2012/006
2008/286	Postulat von Martin Rüegg vom 30. Oktober 2008: KASAK III?	2012/006
2008/330	Postulat der SVP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Massnahmenpaket und Verzichtsplanung zur Bewältigung der Finanzkrise	2011/296
2009/063	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 12. März 2009: Unterstützung für Eltern, die ihre Kinder zu Hause betreuen	2011/241
2009/087	Postulat der SVP-Fraktion vom 26. März 2009: Defizitbremse: Budget 2010-12 ohne zwingende Steuererhöhung!	2011/296
2009/116	Postulat von Kaspar Birkhäuser vom 23. April 2009: Wissen über die Technik der Bandwebstühle erhalten	2011/351
2009/228	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 10. September 2009: Umwelt- Investitions-Standards für Energieversorger	2011/230
2009/262	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 24. September 2009: Strategische Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden	2011/346
2009/343	Motion von Jürg Wiedemann vom 26. November 2009: Reduktion der Klassengrössen	2011/375
2009/363	Motion der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Überarbeitung des Regierungsprogramms 2008 - 2011	2011/296
2009/369	Postulat von Beatrice Herwig vom 9. Dezember 2009: Massnahmen zur Vermeidung eines Pflegenotstandes (Mitbericht bkss)	2011/143
2009/375	Postulat der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2009: Vorwärtsstrategie gegen Arbeitslosigkeit	2011/232

G-Nr.	Geschäftstitel	G-Neu
2010/014	Postulat von Marianne Hollinger vom 14. Januar 2010: Krankheitsabzüge machen Steuerabteilungen krank	2011/296
2010/021	Postulat von Stephan Grossenbacher vom 14. Januar 2010: Ein Unternehmensgründungs- Zentrum für die Frenkentäler?	2011/231
2010/076	Postulat von Christian Steiner vom 11. Februar 2010: Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende	2011/377
2010/206	Motion von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Priorisierte Investitionsplanung	2010/431
2010/252	Postulat von Marianne Hollinger vom 24. Juni 2010: KASAK III finanzierbar machen (Mitbericht sid, fkd)	2012/006
2010/373	Postulat der SVP-Fraktion vom 28. Oktober 2010: Think Tank für die Sanierung der Baselbieter Finanzen	2011/296
2010/412	Motion der SVP, FDP und CVP/EVP-Fraktion vom 8. Dezember 2010: Sanierung Staatshaushalt 2012	2011/296
2010/425	Postulat von Rolf Richterich vom 9. Dezember 2010: Externe Unterstützung für die Überprüfung der Aufgaben und der Ausgaben	2011/296
2011/024	Postulat von Michael Herrmann vom 27. Januar 2011: Braucht der Kanton eigene Landwirtschaftsbetriebe? Mögliche Chance für einen Junglandwirt?	2011/296
2011/038	Postulat von Andreas Giger vom 10. Februar 2011: Gesamtplanung neue Birsbrücke Laufen - Alternativen müssen nun geprüft werden	2011/378
2011/079	Postulat von Martin Rüegg vom 31. März 2011: Besitzstand für Hauswarte und Reinigungspersonal	2011/217

Erläuterungen

Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse

2.3 Mehr als ein Jahr alte Postulate seit der Überweisung

Über die Postulate, die nicht innert eines Jahres seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2000/049	Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien	19/10/2000
2000/246	Postulat von Esther Maag vom 30. November 2000: Kinderbetreuung beim Kanton	11/01/2001
2002/127	Postulat der Petitionskommission vom 28. Mai 2002: Für mehr Qualität im Gesundheitswesen	05/09/2002
2003/080	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 27. März 2003: Vorlage eines neuen Finanzierungskonzeptes zwecks - mindestens teilweiser - Beseitigung der vorhandenen Deckungslücke der Basellandschaftlichen Pensionskasse	19/06/2003
2003/112	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 8. Mai 2003: Neue Chancen für den beruflichen Wiedereinstieg	13/11/2003

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/312	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2003: Änderung des Verkehrsabgabegesetzes RRB 863 (06)	27/05/2004
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Obergrenze des Bundes über die Erdbebenvorsorge	17/11/2005
2005/127	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Mai 2005: Befristete Verkehrssteuerbefreiung für Elektro-, Erdgas- und Biogasfahrzeuge	27/04/2006
2005/317	Postulat der SVP-Fraktion vom 14. Dezember 2005: Strukturell bedingte Unterdeckung der Pensionskasse beseitigen!	11/05/2006
2006/016	Postulat von Marc Joset vom 12. Januar 2006: Personalbefragung	11/05/2006
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds	08/06/2006
2006/097	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. April 2006: Verbesserung und Vereinheitlichung des Personalmanagements beim Kanton	01/02/2007
2006/226	Postulat der FDP-Fraktion vom 21. September 2006: Steuern könnten einfacher sein!	15/02/2007
2006/320	Postulat von Patrick Schäfli vom 14. Dezember 2006: Mehr Mitbestimmung des Landrats bei öffentlich-rechtlichen Anstalten im Kanton Basel-Landschaft	19/04/2007
2007/069	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 22. März 2007: "Verkehrssteuer mit ökologischer Ausrichtung"	18/10/2007
2007/159	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. Juni 2007: Klarere gesetzliche Vorgaben und Standards für die Zuweisung von Rückstellungen (Fondsbildung) in der Staatsrechnung	13/03/2008
2007/314	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Dezember 2007: Einheitliche und gezielte Finanzführung	22/05/2008
2007/284	Postulat der SP-Fraktion vom 15. November 2007: Abgangsregelung für hauptamtliche RichterInnen	22/05/2008
2007/205	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 6. September 2007: Erstellung eines Demographieberichts	22/05/2008
2008/314	Postulat der FDP-Fraktion vom 27. November 2008: Anpassung von Vergütungs- und Verzugszins bei der Staatssteuer	27/11/2008
2008/221	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen	11/12/2008
2008/205	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Für einen zeitgemässen Kündigungsschutz in der Verwaltung	11/12/2008
2008/208	Postulat von Pia Fankhauser vom 11. September 2008: Förderung von Alterswohngenossenschaften	07/05/2009
2009/045	Postulat von Hanspeter Frey vom 19. Februar 2009: Euroairport	07/05/2009
2008/291	Postulat von Simon Trinkler vom 30. Oktober 2008: CO2-Kompensation als Teil der Motorfahrzeugsteuer	28/05/2009
2009/091	Postulat von Karl Willmann vom 26. März 2009: Sanierung der basellandschaftlichen Pensionskasse	15/10/2009

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/062	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 12. März 2009: Lobbying für kantonale Anliegen beim Bund	22/04/2010
2009/377	Postulat von Siro Imber vom 10. Dezember 2009: Personal für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit	11/11/2010
2009/231	Postulat von Eva Chappuis vom 10. September 2009: Jungen Berufsleuten den Berufseinstieg ermöglichen	11/11/2010
2009/376	Postulat der FDP-Fraktion vom 10. Dezember 2009: Region Basel als Standort für Projekt Luftraumsicherung	11/11/2010
2009/364	Postulat der FDP-Fraktion vom 9. Dezember 2009: Finanzpolitische Vorgaben für das Regierungsprogramm 2012 - 2015	09/12/2010
2010/070	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse	09/12/2010
2010/340	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 14. Oktober 2010: Produktivitätskennzahlen in Rechnung und Budget des Kantons	09/12/2010

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft	18/10/2007
2007/203	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Mehr Handlungsspielraum für die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Landschaft	05/06/2008
2007/287	Postulat von Pia Fankhauser vom 15. November 2007: Zentrale Vermittlung von Ferienbetten/Notbetten für Betagte	16/10/2008
2008/235	Postulat von Pia Fankhauser vom 25. September 2008: Palliativmedizin in ein Konzept einbetten - Sterben in Würde ermöglichen	07/05/2009
2009/339	Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 26. November 2009: Universitäre Akutgeriatrie	26/11/2009
2010/015	Postulat von Felix Keller vom 14. Januar 2010: Ein Konzept für eine Nutzung von Wald und Flur	11/03/2010
2010/064	Postulat vom 9. Februar 2010: Petition von Swiss Cycling (Schweizerischer Radfahrer-Bund): Wanderwege für Mountainbiker	11/03/2010
2009/084	Postulat von Madeleine Göschke vom 26. März 2009: Früherfassung von Brustkrebs bei Frauen ab 50	25/03/2010

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
-------	----------------	----------

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1989/024	Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB	03/05/1993
1994/016	Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.	10/02/1994
1998/093	Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam	26/11/1998
2003/194	Postulat von Ivo Corvini vom 4. September 2003: Tramlinie 6 zum Bahnhof SBB (als Zusatzlinie)	22/01/2004
2005/101	Postulat von Jürg Degen vom 7. April 2005: Tarifverbund TriRegio	26/01/2006
2005/045	Postulat der SVP-Fraktion vom 3. Februar 2005: Aufhebung der Konzession zum Bau und Betrieb einer Eisenbahn von Liestal nach Waldenburg eventuell Langenbruck	26/01/2006
2007/088	Postulat von Martin Rüegg vom 19. April 2007: Bruderholzspital mit Minergie-P-Standard	29/11/2007
2007/049	Postulat von Jürg Wiedemann vom 8. März 2007: Behindertentransport in den öffentlichen Verkehr (ÖV) integrieren	24/01/2008
2007/249	Postulat von Eric Nussbaumer vom 18. Oktober 2007: Öffentlicher Nahverkehr im unteren Kantonsteil bis 2030	24/04/2008
2007/166	Postulat von Isaac Reber vom 21. Juni 2007: Weiterentwicklung Tarifverbund Nordwestschweiz zu einem Verkehrsverbund	24/04/2008
2007/233	Postulat von Siro Imber vom 20. September 2007: Bessere Umsteigeverbindung an der Tramhaltestelle Brausebad für Allschwil und Schönenbuch	24/04/2008
2007/254	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 18. Oktober 2007: Veloverbindungen Reinach - Arlesheim / Dornach	22/05/2008
2008/172	Postulat von Urs Hess vom 19. Juni 2008: Minergie ohne Nutzungsverlust	16/10/2008
2008/028	Postulat von Siro Imber vom 24. Januar 2008: S-Bahn-Haltestelle Basel Morgartenring / Allschwil	13/11/2008
2008/278	Postulat von Esther Maag vom 30. Oktober 2008: Ersatz von Elektro-Widerstandsheizungen	14/05/2009
2008/280	Postulat von Philipp Schoch vom 30. Oktober 2008: Wärmekraftkopplungsanlagen bei neuen Grossheizungen	28/05/2009
2008/304	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 13. November 2008: Direkte Busverbindung zwischen Bruderholzspital und Bahnhof Basel SBB und Tramanschluss für das Bruderholzspital	28/05/2009
2008/331	Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Dezember 2008: Rückbau Wasgenring / Luzernerring Basel-Stadt	29/10/2009
2009/111	Postulat von Elisabeth Schneider vom 23. April 2009: Bessere ÖV-Erschliessung von Allschwil	22/04/2010
2009/113	Postulat von Hanspeter Wullschleger vom 23. April 2009: Optimierung des Busliniennetzes Sissach - Rheinfelden	22/04/2010
2009/046	Postulat von Dieter Schenk vom 19. Februar 2009: Mehr Transparenz bei der Fahrplangestaltung	22/04/2010
2008/038	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 21. Februar 2008: Weiterführung der Pendler- und Ausflugslinie der BLT, Linie 70 vom Aeschenplatz zum Bahnhof Basel SBB	06/05/2010
2008/283	Postulat von Christoph Frommherz vom 30. Oktober 2008: Strom in der Verwaltung zu 100% aus erneuerbaren Energien	20/05/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/153	Postulat von Sarah Martin vom 28. Mai 2009: Verbessertes Angebot am ÖV-Knotenpunkt Gelterkinden	17/06/2010
2009/233	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 10. September 2009: Mit Disc-Recycling CO2-Ausstoss reduzieren und Erdöl sparen	17/06/2010
2009/306	Postulat von Claudio Wyss vom 29. Oktober 2009: Fördermassnahmen Oekostrom	09/09/2010
2008/206	Postulat von Thomas de Courten vom 11. September 2008: Bioabfälle effizient verwerten	28/10/2010
2009/279	Postulat von Felix Keller vom 15. Oktober 2009: Realisierung "Zubringer Allschwil" an die Nordtangente	11/11/2010
2010/023	Postulat der Grünen-Fraktion vom 14. Januar 2010: Regio S-Bahn: Neuer Wendebahnhof Basel St. Johann und zusätzliche Haltestelle am Morgartenring	11/11/2010
2010/012	Postulat von Josua M. Studer vom 14. Januar 2010: Verlängerung und Verknüpfung der Tramlinie 8 mit der Tramlinie 6	11/11/2010
2009/261	Postulat von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Rechtsgrundlage Bauinventar BL	11/11/2010
2009/345	Postulat von Jürg Wiedemann vom 26. November 2009: Einrichten einer Litteringplattform	11/11/2010
2009/301	Postulat der SP-Fraktion vom 29. Oktober 2009: Erschliessung des Bruderholz-Spitals mit dem Tram	11/11/2010
2009/260	Postulat von Marianne Hollinger vom 24. September 2009: Kantonsstrassen mit Durchgangsverkehr sollen innerorts attraktiver werden!	11/11/2010
2010/095	Postulat von Christine Koch vom 11. März 2010: Neue S - Bahn - Verbindung Birstal - St.Johann	25/11/2010
2010/127	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 25. März 2010: Bewilligungspflicht Velounterstände	25/11/2010
2010/051	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg bei vom 28. Januar 2010: Vorinformation bei der verspäteten Abrechnung von Verpflichtungskrediten	25/11/2010

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/019	Postulat der FDP-Fraktion vom 23. Januar 2003: Erhöhung der sichtbaren Polizeipräsenz in Zentren und öffentlichen Räumen unseres Kantons	27/11/2003
2005/232	Postulat von Esther Maag vom 8. September 2005: Zusammenlegung der Motorfahrzeugprüfstation (MFP) beider Basel und der Motorfahrzeugkontrolle (MFK) in beiden Basel	16/02/2006
2006/049	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 16. Februar 2006: Bildet eine Sicherheitsdirektion	18/05/2006
2006/017	Postulat von Madeleine Göschke vom 12. Januar 2006: Zusammenschluss der Anlaufstellen von Sanität und Feuerwehr zu einer einzigen Einsatzzentrale und deren gemeinsamer Betrieb mit Basel-Stadt	18/05/2006
2006/151	Postulat von Daniela Gaugler vom 8. Juni 2006: Temporeduktion und Fussgängerstreifen Neuhof	08/06/2006

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/171	Postulat von Patrick Schäfli vom 22. Juni 2006: Motorfahrzeugprüfungen: Vereinbarung BL/BS muss verbessert werden!	25/09/2008
2008/012	Postulat von Elisabeth Schneider vom 10. Januar 2008: Verrechnung gemeindepolizeilicher Tätigkeiten durch die Kantonspolizei	30/10/2008
2008/155	Postulat von Daniel Münger vom 5. Juni 2008: Auslegeordnung - familienfreundliche Wirtschaftsregion Nordwestschweiz	27/11/2008
2009/035	Postulat von Georges Thüning vom 19. Februar 2009: Keine Abschaffung der Gemeindepolizei!	28/01/2010
2009/115	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 23. April 2009: Femmes Tische, ein Engagement für Familien im Kanton Basel-Landschaft	28/01/2010
2010/082	Postulat von PLK vom 11. Februar 2010: Prüfung der Frage des Teil- oder Vollamtes für die Richterinnen und Richter am Kantonsgericht Basel-Landschaft sowie für die Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten an den erstinstanzlichen Gerichten des Kantons Basel-Landschaft	15/04/2010
2009/151	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Stellenprozentuale Auswirkungen der Aufsichtsfunktion des Regierungsrates über die künftige Staatsanwaltschaft	20/05/2010
2010/251	Postulat von Karl Willmann vom 24. Juni 2010: Taten statt Warten: Einsparungen beim Kantonsgericht jetzt umsetzen!	28/10/2010

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2002/283	Postulat der SP-Fraktion vom 14. November 2002: Finanzierung von stationären Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sowie pädagogischen Familienbegleitungen	08/05/2003
2004/245	Postulat von Christian Steiner vom 23. September 2004: Verordnung über Beurteilung, Beförderung, Zeugnis und Übertritt am Kindergarten und an der Primarschule (VO BBZ vom 4. Mai 04)	25/11/2004
2005/146	Postulat von Florence Brenzikofer vom 26. Mai 2005: Neues Beurteilungssystem an den Baselbieter Primarschulen	23/03/2006
2005/144	Postulat von Dieter Völlmin vom 26. Mai 2005: Wiedereinführung des Semesterzeugnis an den Primarschulen	23/03/2006
2005/271	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 20. Oktober 2005: Nicht nur Akademiker für unser Baselbiet	27/04/2006
2005/182	Postulat von Christoph Rudin vom 23. Juni 2005: Kultugesetz	18/05/2006
2006/101	Postulat von Christian Steiner vom 6. April 2006: Eltern bilden statt Kinder therapieren	02/11/2006
2006/251	Postulat von Madeleine Göschke vom 19. Oktober 2006: Auswertung der Agendaführung von Lernkräften	15/02/2007
2006/227	Postulat von Eva Gutzwiller vom 21. September 2006: Gewaltprofile an den Schulen Erfassung mittels Internet	15/02/2007
2006/155	Postulat von Simone Abt vom 8. Juni 2006: Psychomotoriktherapie für alle Kinder, die sie brauchen	22/03/2007
2007/068	Postulat von Georges Thüning vom 22. März 2007: Förderung des regionalen Theaterschaffens	06/09/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/162	Postulat der SP-Fraktion vom 21. Juni 2007: Bericht über die Rahmenbedingungen einer breiteren Abstützung des Theaters Basel, bis hin zur gemeinsamen Trägerschaft	21/02/2008
2007/315	Postulat von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2007: Campus Sport für die Region	08/05/2008
2007/202	Postulat der FDP-Fraktion vom 6. September 2007: Überprüfung Standorte Universität Basel	08/05/2008
2008/068	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. März 2008: Entlastung der Schulen von unnötiger Bürokratie	30/10/2008
2008/108	Postulat von Urs Berger vom 24. April 2008: Gewaltfreie Jugend - Gewaltfreie Schule (Mitbericht sid)	30/10/2008
2008/092	Postulat von Thomas Bühler vom 10. April 2008: Klassengrössen an der Volksschule	30/10/2008
2009/024	Postulat von Christine Mangold vom 29. Januar 2009: Bericht "Entlastungsstunden Schulleitungen, Ressourcen Schulleitungssekretariate" der Perinnova GmbH vom Juni 2007	29/01/2009
2008/251	Postulat der SP-Fraktion vom 16. Oktober 2008: Änderung der Verordnung für die Musikschule	24/09/2009
2008/333	Postulat der SP-Fraktion vom 10. Dezember 2008: Förderung der Früherziehung und zur Unterstützung der frühen Sprachförderung	24/09/2009
2009/187	Postulat von Georges Thüring vom 25. Juni 2009: Einfrierung der Uni-Beiträge und Bekämpfung der Nachwuchsprobleme in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studien	24/09/2009
2008/252	Postulat von Beatrice Fuchs vom 16. Oktober 2008: Förderung des Behindertensports durch den Kanton Basel-Landschaft	12/11/2009
2008/337	Postulat von Gerhard Hasler vom 10. Dezember 2008: Drogen an Schulen; Schaffung einer gesetzlichen Grundlage	11/02/2010
2008/109	Postulat von Jacqueline Simonet vom 24. April 2008: Zugang zu Behindertenorganisationen für Nicht-IV-Berechtigte	20/05/2010
2009/367	Postulat von Karl Willimann vom 9. Dezember 2009: Harmonisierung des Bildungsraums Nordwestschweiz	10/06/2010
2009/232	Postulat von Christine Gorrengourt vom 10. September 2009: Familienfreundliche Musikschule für alle Bevölkerungsschichten	25/11/2010
2009/189	Postulat von Martin Rüegg vom 25. Juni 2009: Subventionierung des Sportmuseums Schweiz	25/11/2010
2010/353	Bericht der Petitionskommission vom 20. Oktober 2010: Petition des VPOD Region Basel: "Klassenlehrpersonen um eine Pflichtlektion entlasten!"	25/11/2010

Büro Landrat
Keine

Landeskanzlei
Keine

Amtsbericht 2011

Kantonsgericht
Keine

2.4 Mehr als zwei Jahre alte Motionen seit der Überweisung

Über die Motionen, die nicht innert zwei Jahren seit der Überweisung erfüllt sind, hat der Regierungsrat dem Landrat eine besondere Vorlage zu unterbreiten.

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/007	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 12. Januar 2006: "Pauschale Budgetanträge"	11/05/2006
2007/270	Motion der SVP-Fraktion vom 1. November 2007: Senkung der Vermögenssteuer ist vordringlich	13/03/2008
2008/091	Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperr auf dem EAP	22/05/2008
2008/204	Motion der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Die guten Steuerzahler behalten - Die Steuersätze für hohe Einkommen senken	11/12/2008
2007/195	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Änderung des Sachversicherungsgesetzes betreffend präventiven objektbezogenen Massnahmen gegen Hochwasserschäden	07/05/2009
2009/085	Motion von Isaac Reber vom 26. März 2009: Der Kanton als Vorbild - Einstieg Jugendlicher ins Erwerbsleben fördern	15/10/2009

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter	19/04/2007

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
1998/192	Motion der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wisenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen	04/03/1999
2007/226	Motion der Umwelt- und Energiekommission vom 20. September 2007: Minergie / Minergie-P darf keinen Nachteil bei der Baunutzung ergeben	01/11/2007
2006/246	Motion von Isaac Reber vom 19. Oktober 2006: Solaranlagen aufs Dach - auch in Kernzonen!	01/11/2007
2007/063	Motion von Paul Jordi vom 22. März 2007: Solarenergie im Baugesetz fördern statt verhindern	01/11/2007
2007/198	Motion von Philipp Schoch vom 6. September 2007: Förderung von Windenergie im Kanton Basel-Landschaft	01/11/2007

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2007/194	Motion von Elisabeth Schneider vom 6. September 2007: Rasche lokale Verkehrslösungen statt Planungsgleichen	15/11/2007
2007/248	Motion von Hannes Schweizer vom 18. Oktober 2007: Windkraftanlagen auch in Schutzgebieten!	22/05/2008
2008/106	Motion der CVP/EVP-Fraktion vom 24. April 2008: Masterplan Verkehr für den Kanton Basel-Landschaft	13/11/2008
2008/233	Motion von Myrta Stohler vom 25. September 2008: Baubewilligungsgebühren für Sonnenkollektoren	14/05/2009
2009/126	Motion der Petitionskommission vom 7. Mai 2009: Direkte Busverbindung vom Bruderholzspital zum Bahnhof SBB	28/05/2009

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2005/160	Motion der Spezialkommission Parlament und Verwaltung vom 9. Juni 2005: Änderung des Landratsgesetzes	01/12/2005
2006/311	Motion von Martin Rüegg vom 13. Dezember 2006: Umgang mit Interpellationen	19/04/2007
2007/197	Motion von Christian Steiner vom 6. September 2007: Interkantonale Zusammenarbeit im Hochwasserschutz	07/05/2009

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2003/090	Motion der GPK vom 10. April 2003: Revision des Gesetzes über die Leistung von Beiträgen zur Förderung kultureller Bestrebungen	18/09/2003
2003/188	Motion von Paul Schär vom 4. September 2003: Die Schule muss ein drogenfreier Raum werden!	13/11/2003
2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung	23/03/2006
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach	15/02/2007
2009/109	Motion von Regula Meschberger vom 23. April 2009: Musikalische Talentförderung	12/11/2009

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

Keine

Kantonsgericht

Keine

2.5 Im Jahre 2011 überwiesene, noch nicht erfüllte Postulate und Verfahrenspostulate

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/366	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 28. Oktober 2010: Klare gesetzliche Regelung für die Auflösung von Reserven und zweckgebundenen Rückstellungen	13/01/2011
2010/016	Postulat von Elisabeth Schneider vom 14. Januar 2010: Simulation Kanton Basel	27/01/2011
2010/009	Postulat der SP-Fraktion vom 14. Januar 2010: Armutsbericht Baselland	24/02/2011
2010/096	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. März 2010: Grundlagen für Vorfinanzierungen	24/02/2011
2010/148	Postulat der FIKO vom 15. April 2010: Aufsicht über das interne Kontrollsystem IKS der Gemeinden im Finanzbereich	03/03/2011
2010/214	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 20. Mai 2010: Grundlagen für die Gewährung vergünstigter Darlehen durch den Kanton	31/03/2011
2010/297	Postulat von Franz Hartmann vom 9. September 2010: Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG, SGS 185)	14/04/2011
2010/344	Postulat von Regula Meschberger vom 14. Oktober 2010: Bericht über neue Aufgaben und deren Verteilung auf Kanton und Gemeinden und über allfällige Trägerschaftsänderungen bei bestehenden Aufgaben	14/04/2011
2010/368	Postulat von Marianne Hollinger vom 28. Oktober 2010: Grassiert im Kanton eine Fachstellen-itis?	19/05/2011
2011/093	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 31. März 2011: Festlegung von verbesserten und verbindlichen Standards für die Abrechnung von Verpflichtungskrediten	09/06/2011
2010/401	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 25. November 2010: Richtige "Flughöhe" bei Finanzentscheidungen	09/06/2011
2010/384	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 11. November 2010: Bildungsprogramme bzw. Deutschkurse für Asylsuchende	23/06/2011
2010/386	Postulat von Simon Trinkler vom 11. November 2010: Für eine bessere Fluglärmmessung	08/09/2011

Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/075	Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Februar 2010: Keine Spital-Überversorgung finanzieren im "Speckgürtel"	24/02/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2011/049	Postulat der FDP-Fraktion vom 24. Februar 2011: Mehrkosten Spitalfinanzierung 2012	24/02/2011
2010/161	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. April 2010: Benchmarking- und Controlling-Instrumentarium für die kantonale Wirtschaftspolitik	03/03/2011
2011/283	Bericht der Petitionskommission vom 17. Oktober 2011: "Vier gebissene Hunde sind genug!"	03/11/2011

Bau- und Umweltschutzdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/327	Postulat der Bau- und Planungskommission vom 23. September 2010: Ausbau und Finanzierung der Hafenbahn (Südanbindung Auhafen - Schweizerhalle)	13/01/2011
2010/300	Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzierung und Unterhalt von Bushaltestellen	03/03/2011
2011/060	Postulat von Josua M. Studer vom 3. März 2011: Kreisel Baslerstrasse / Grabenring	03/03/2011
2010/190	Postulat von Ueli Halder vom 6. Mai 2010: Birs: Hochwasserschutz als Chance für Renaturierung	03/03/2011
2010/209	Postulat von Elisabeth Schneider vom 20. Mai 2010: Vorortlinie 14 an die BLT - Betrieb mit Tango-Trams	03/03/2011
2010/256	Postulat von Beatrice Herwig vom 24. Juni 2010: Fahrplanverbesserung auf der Buslinie 64 Arlesheim Dorf - Dornach Arlesheim Bahnhof	31/03/2011
2010/213	Postulat von Jürg Degen vom 20. Mai 2010: Wiederaufnahme von Gesprächen mit den Kantonen Aargau, Basel-Stadt, Jura und Solothurn zum weiteren Vorgehen in Bezug auf den Bau des Wisenberg隧nels	31/03/2011
2010/242	Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 17. Juni 2010: Behinderten- und betagtengerechter ÖV	31/03/2011
2011/012	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 13. Januar 2011: Sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal	19/05/2011
2011/077	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 31. März 2011: Alpiq soll mehr in erneuerbare Energien investieren	19/05/2011
2011/083	Postulat von SP-Fraktion vom 31. März 2011: Den Verfassungsauftrag effektiv wahrnehmen	19/05/2011
2010/426	Postulat von Simon Trinkler vom 9. Dezember 2010: Digitale Planaufgabe	09/06/2011
2010/362	Postulat von Christine Koch vom 28. Oktober 2010: "Der Durchstich"	09/06/2011
2011/035	Postulat von Jürg Wiedemann vom 9. Februar 2011: Eigenleistungen an Entsorgungs- und Reinigungskosten von Take-away Anbietern	09/06/2011
2010/385	Postulat der CVP/EVP-Fraktion vom 11. November 2010: Regio-S-Bahn Herzstück / Ein Projekt für Public Private Partnership (PPP)?	09/06/2011
2011/185	Postulat von Christoph Buser vom 9. Juni 2011: Verzicht auf die temporäre prov. Stau-Umfahrung der Rheinstrasse via Ergolzstrasse /Uferweg in Füllinsdorf ("Bypass")	22/09/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2011/110	Postulat von Rahel Bänziger vom 14. April 2011: Massnahmenplan für eine Radonsanierung der bekannten 10 belasteten Schulräume in Baselland	17/11/2011
2011/183	Postulat von Andreas Giger vom 9. Juni 2011: Einhaltung des Landesmantelvertrages für das Bauhauptgewerbe (LMV) bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge	17/11/2011
2011/066	Postulat von Hannes Schweizer vom 3. März 2011: Binnenwirtschaft stärken	17/11/2011

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/036	Postulat von Patrick Schäfli vom 19. Februar 2009: Gesetzesänderung: Änderung von Paragraph 10 im Baselbieter Bürgerrechtsgesetz: Einbürgerung nur noch bei gesicherter Existenzgrundlage ermöglichen!	24/02/2011
2010/403	Postulat der SP-Fraktion vom 25. November 2010: Temporeduktion in Ortszentren?	05/05/2011

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/011	Postulat von Beatrice Fuchs vom 14. Januar 2010: Schaffung einer Stelle für eine Jugendbeauftragte / einen Jugendbeauftragten für den Kanton Basel-Landschaft (Mitbericht sid)	13/01/2011
2010/073	Postulat von Isaac Reber vom 11. Februar 2010: Erweiterung der Trägerschaft der Universität Basel	09/02/2011
2010/167	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 22. April 2010: Gleichbehandlung aller Schweizer Hochschulen bezüglich Bologna-Punkten	03/03/2011
2010/165	Postulat von Regina Vogt vom 22. April 2010: Ärztemangel (Mitbericht vgd)	03/03/2011
2010/241	Postulat von Thomas Bühler vom 17. Juni 2010: "45-Minuten-Lektionen an der Primarschule?"	31/03/2011
2010/257	Postulat von Jürg Wiedemann vom 24. Juni 2010: Überprüfung des Stellenschlüssels der Schulsozialdienste	31/03/2011
2010/250	Postulat von Regula Meschberger vom 24. Juni 2010: Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für Case-Management in den öffentlichen Schulen (Mitbericht fkd)	31/03/2011
2010/345	Postulat von Urs von Bidder vom 14. Oktober 2010: Einführung von Klassenstunden in der Studentafel der Sekundarschule	31/03/2011
2010/336	Postulat von John Stämpfli vom 14. Oktober 2010: Rettung des Monteverdi-Museums	14/04/2011
2010/364	Postulat von Paul Wenger vom 28. Oktober 2010: Der Ausfall von Unterricht ist an allen Schulen des Kantons Basel-Landschaft weiter zu minimieren	14/04/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2011/010	Postulat von Karl Willimann vom 13. Januar 2011: Einsitz von Basel-Landschaft im künftigen Eidgenössischen Hochschulrat	05/05/2011
2010/416	Postulat von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen	05/05/2011
2011/094	Postulat von Jürg Wiedemann vom 31. März 2011: Ausreichende Deutschkenntnisse sind unabdingbar für den Lernerfolg	09/06/2011
2011/053	Postulat von Christine Gorrengourt vom 24. Februar 2011: Förderung der volkstümlichen Schweizer Musik in der Musikschule	09/06/2011

Büro Landrat

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/380	Verfahrenspostulat von Daniele Ceccarelli vom 10. Dezember 2009: 2/3-Quorum	10/02/2011

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/298	Postulat von Hanni Huggel vom 29. Oktober 2009: Änderung der Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte § 3 Stimm- und Wahlzettel	27/01/2011

Kantonsgericht

Keine

2.6 In den Jahren 2010 bis 2011 überwiesene, noch nicht erfüllte Motionen

Finanz- und Kirchendirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/149	Motion der SP-Fraktion vom 28. Mai 2009: Ergänzungsleistungen für Familien	14/10/2010
2009/225	Motion von Christoph Buser vom 10. September 2009: Zurückstufung der Tätigkeiten der Schweizerischen Steuerkonferenz auf die informelle Ebene	14/10/2010
2009/227	Motion von Elisabeth Schneider vom 10. September 2009: Überarbeitung der Finanzkompetenz von Regierung und Landrat	14/10/2010
2009/342	Motion von Klaus Kirchmayr vom 26. November 2009: Einheitliche Finanzstandards bei Landratsvorlagen	11/11/2010

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/124	Motion von Isaac Reber vom 25. März 2010: Integrierte Finanz- und Investitionsplanung	09/12/2010
2010/093	Motion von Michael Herrmann vom 11. März 2010: Aufwandbesteuerung: Keine Schildbürgerstreiche sondern klare Regelungen	24/02/2011
2010/078	Motion von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 11. Februar 2010: Erhalt der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Alimentenzahlungen bei in Ausbildung stehenden Kindern auch nach Erreichen der Volljährigkeit	24/02/2011
2010/147	Motion von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 15. April 2010: Milderung der Steuerprogression bei Kapitalleistungen aus der Vorsorge	03/03/2011
2010/188	Motion von Klaus Kirchmayr vom 6. Mai 2010: Standesinitiative "Schweizerische Erdbebenversicherung"	03/03/2011
2010/339	Motion von Sara Fritz vom 14. Oktober 2010: Anpassung des Steuerabzugs für bedürftige AHV- und IV-Rentner (StG, § 33, lit. c)	14/04/2011
2011/085	Motion von Karl Willimann vom 31. März 2011: Anpassung des Finanzausgleichs bei der Sozialhilfekosten	09/06/2011
2010/369	Motion von Urs von Bidder vom 28. Oktober 2010: Gegendarstellungsrecht auch bei Behördenreferendum	09/06/2011

Volkswirtschafts- Gesundheitsdirektion

Keine

Bau- und Umweltschuttdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/229	Motion der Grünen-Fraktion vom 10. September 2009: Stopp der Lichtverschmutzung	17/06/2010
2009/259	Motion von Petra Schmidt vom 24. September 2009: Überprüfung des Denkmal- und Heimatschutzgesetzes	11/11/2010
2009/226	Motion von Rolf Richterich vom 10. September 2009: Änderung § 101 Abs. 2 RBG; Garagenvorplätze bei direkten Ausfahrten auf Strassen	11/11/2010
2010/008	Motion von Agathe Schuler vom 14. Januar 2010: Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für Anschlusspflicht an Wärmeverbundanlagen	11/11/2010
2009/299	Motion von Petra Schmidt vom 29. Oktober 2009: Änderung Raumplanungs- und Baugesetz (RBG), § 126	11/11/2010
2010/205	Motion von Christine Gorrengourt vom 20. Mai 2010: "Arbeitsplatzverbesserung Augusta Raurica"	03/03/2011
2010/163	Motion von Felix Keller vom 22. April 2010: Finanzierung der Bushaltestellen auf Kantonsstrassen	03/03/2011
2010/162	Motion von Petra Schmidt vom 22. April 2010: Trägerschaft der Erstellungskosten von Bushaltestellen	03/03/2011
2011/064	Motion von Christoph Frommherz vom 3. März 2011: Energiesparen an Schulen	19/05/2011
2011/088	Motion von Rahel Bänziger vom 31. März 2011: Standesinitiative: Geordneter Ausstieg aus der Atomenergie	19/05/2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2011/063	Motion von Andreas Giger vom 3. März 2011: Sichere Radwege im Laufental endlich realisieren!	19/05/2011
2011/086	Motion von Urs von Bidder vom 31. März 2011: Der notwendige Ausstieg aus der Atomenergie bedingt rigoroses Energie-Sparen	19/05/2011
2010/370	Motion von Klaus Kirchmayr vom 28. Oktober 2010: Transparenz bei Fremdfinanzierungen	09/06/2011

Sicherheitsdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/360	Motion von Hanspeter Weibel vom 28. Oktober 2010: Verdeckte Ermittlungen auch bei Vorbereitungshandlungen	28/10/2010
2010/359	Motion von Thomas Bühler vom 28. Oktober 2010: Präventive, verdeckte Ermittlungen gegen Pädosexuelle im Internet	28/10/2010
2010/183	Motion von Hanni Huggel vom 6. Mai 2010: Leistungsvereinbarung mit dem Verein BENEVOL Baselland, Fachstelle für Freiwilligenarbeit mit Sitz in Liestal (Mitbericht vgd, fkd, bksd)	24/02/2011
2010/367	Motion von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 28. Oktober 2010: Weiterhin verdeckte Ermittlungsmöglichkeit gegen Pädophile	05/05/2011
2011/180	Motion von Rosmarie Brunner vom 9. Juni 2011: Schaffung rechtlicher Grundlagen für den Kostenersatz bei fahrlässig selbstverschuldeten Polizeieinsätzen	03/11/2011
2011/109	Motion von Barbara Peterli vom 14. April 2011: Stopp der wilden Plakatflut im Baselbiet!	17/11/2011

Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2009/320	Motion der FDP-Fraktion vom 12. November 2009: Für ein Kulturleitbild Baselland	11/02/2010
2009/005	Motion von Karl Willmann vom 15. Januar 2009: Massnahmenpaket für die Förderung des Interesses an der naturwissenschaftlichen Ausbildung in den Baselbieter Schulen	25/03/2010
2009/167	Motion von Urs Berger vom 11. Juni 2009: Beiträge an die Berufsbildung	25/11/2010
2010/047	Motion von Urs Berger vom 28. Januar 2010: Verzicht auf die Weiterverrechnung von Kosten im Zusammenhang mit dem Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung (Lehrabschlussprüfungen) an die Lehrbetriebe gewerblich-industrielle Berufe (Mitbericht vgd)	09/02/2011
2010/383	Motion von Rolf Richterich vom 11. November 2010: Anstellung Schulleitung: Mitsprache Lehrpersonen neu regeln	05/05/2011
2010/414	Motion von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Stopp der uneingeschränkten Kostensteigerung für Universität Basel und FHNW	05/05/2011
2010/338	Motion von Eva Chappuis vom 14. Oktober 2010: Schulklassen erhalten	05/05/2011

Amtsbericht 2011

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2011/299	Motion der SVP-Fraktion vom 3. November 2011: Fachhochschule Nordwestschweiz; Neuvorlage Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2012 - 2014 durch den Regierungsrat	03/11/2011
2011/298	Motion der SP-Fraktion vom 3. November 2011: Frühzeitige Weichenstellung für die künftige Entwicklung der FHNW	03/11/2011

Büro Landrat

Keine

Landeskanzlei

G-Nr.	Geschäftstitel	Datum LR
2010/048	Motion von Sabrina Mohn vom 28. Januar 2010: Rechtliche Grundlage für die Einführung von e-Voting	24/02/2011

Kantonsgericht

Keine

Anhang 2: Initiativen (Stand der Bearbeitung am 31. Dezember 2011)

Vorgeprüfte Initiativen

Aufgeführt nach Vorprüfungsdatum (absteigend)

Titel	Transparenz-Initiative - Stoppt die undurchsichtige Politik
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	9. Juni 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Vo Schönebuech bis suuber
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Februar 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Staatskunde-Initiative
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. Februar 2010 ((mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Rasche lokale Verkehrslösungen statt ruinöse Transitachse durchs Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Bussengelder für Steuerrabatt
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	5. April 2007 (mit Kontaktadresse)
Wortlaut der Initiative	19. April 2007

Titel	Einführung von Schuluniformen
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	24. August 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Titel	Berufsbildungsinitiative: kein Schulschluss ohne Anschluss
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. April 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Informationen zu vorgeprüften Initiativen, die länger als 5 Jahre zurückliegen und noch nicht zustande gekommen sind oder nicht zurückgezogen wurden, erteilt die Landeskanzlei.

**Zustande gekommene Initiativen
Aufgeführt nach Einreichdatum (absteigend)**

Titel	Ja zur guten Schule Baselland: überfüllte Klassen reduzieren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. September 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	15. Dezember 2011
Anzahl gültige Unterschriften	5209
Geschäft des Landrats	2011-375 (Ablehnung)

Titel	Ja zur guten Schule Baselland: Betreuung der Schüler/-innen optimieren
Typ	Nichtformulierten Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. September 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	15. Dezember 2011
Anzahl gültige Unterschriften	4440

Geschäft des Landrats	2011-373 (Ablehnung)
-----------------------	----------------------

Titel	Für sicheren und sauberen Strom - 100 % Zukunft ohne Atomkraft
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	24. Februar 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	27. Oktober 2011
Anzahl gültige Unterschriften	2'091

Titel	Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	30. Juni 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	20. Oktober 2011
Anzahl gültige Unterschriften	6'623
Geschäft des Landrats	2011-374 (Ablehnung)

Titel	Keine Zwangsverschiebungen an Baselbieter Sekundarschulen
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. April 2011 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	30. Juni 2011
Anzahl gültige Unterschriften	6'963
Geschäft des Landrats	2011-376 (Ablehnung)

Titel	Änderung Finanzausgleichsgesetz
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	15. April 2011

Zustande gekommen (Publikation)	Änderung Finanzausgleichsgesetz
---------------------------------	---------------------------------

Titel	Schluss mit den Steuerprivilegien
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2010 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	21. April 2011
Anzahl gültige Unterschriften	1'804
Geschäft des Landrats	2011-222 (Rechtsgültigkeit)

Titel	Bäche ans Licht
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	6. Mai 2010 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	25. November 2010
Anzahl gültige Unterschriften	2'374
Geschäft des Landrats	2011-348 (Ablehnung)

Titel	Gesetzesinitiative für eine unverzügliche und nachhaltige Lösung des Altlastenproblems bei den Muttener Deponien
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. Oktober 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2010
Anzahl gültige Unterschriften	6'728
Geschäft des Landrats	2010-276

Titel	Für eine Umfahrungsstrasse Allschwil
-------	---

Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	19. Februar 2009 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	22. Mai 2009
Anzahl gültige Unterschriften	2'278
Geschäft des Landrats	2009-205; Rechtsgültigkeit beschlossen am 15. Oktober 2009
	2010-349; Verlängerung der Behandlungsfrist bis 31. Dezember 2011 am 27. Januar 2011 beschlossen
	2011-372; Unterbrechung bzw. Verlängerung der Behandlungsfrist

Titel	Änderung von § 137 des Schulgesetzes
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative (Gemeindeinitiative)
Eingereicht am	9. Januar 1992
Zustande gekommen (Publikation)	23. Januar 1992
Geschäft des Landrats Nr.	2002/113; vom Landrat am 5. Juni 2003 an Regierungsrat zurückgewiesen

Erledigte Initiativen

Aufgeführt nach Datum der Abstimmung / Rückzugs (absteigend)

Titel	Kantonsbeiträge für den Unterhalt der Gemeindestrassen in der 10 km-Zone für 40-Tonnen-Lastwagen
Typ	Nichtformulierte Gemeindeinitiative
Eingereicht am	23. Juni 1999
Zustande gekommen (Publikation)	1. Juli 1999 (Worttext der Initiative)
Eingereicht von den Gemeinden:	Aesch, Allschwil, Birsfelden, Giebenach, Münchenstein, Muttenz, Pratteln (Federführung) und Reinach.
Geschäft des Landrats Nr.	2007-266; vom Landrat am 21. Februar 2008 Initiative abgelehnt; kein Gegenvorschlag)
Zurückgezogen am	31. August 2011 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Einfachere Steuern im Baselbiet
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	13. September 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Zustande gekommen (Publikation)	27. August 2009
Anzahl gültige Unterschriften	4'348
Geschäft des Landrats	2009-335; Rechtsgültigkeit beschlossen am 11. März 2010
	2010-235; Initiative abgelehnt, Gegenvorschlag beschlossen am 27. Januar 2011
Zurückgezogen am	17. Februar 2011 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Weg vom Öl - hin zu erneuerbaren Energien! (Energieinitiative)
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	14. Dezember 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Februar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	18. Oktober 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'906
Geschäft des Landrats Nr.	2008-244; am 12. März 2009 vom Landrat an den Regierungsrat zurückgewiesen
	2009-333 (Gegenvorschlag des Regierungsrats)
Abstimmung am	26. September 2010 ; Initiative abgelehnt: 21'400 Ja, 44'536 Nein; Gegenvorschlag angenommen: 40'315 Ja, 24'283 Nein.

Titel	Totalsanierung der Chemiemülldeponien in MuttENZ
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008

Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'856
Geschäft des Landrats Nr.	2008-188; am 14. Mai 2009 vom Landrat für gültig erklärt
Abstimmung am	13. Juni 2010 ; Initiative abgelehnt, Gegenvorschlag angenommen

Titel	Verantwortliche Basler Chemie- und Pharmafirmen müssen Trinkwasseruntersuchung und -aufbereitung bezahlen
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	10. Januar 2008 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	27. Februar 2008
Zustande gekommen (Publikation)	3. April 2008
Anzahl gültige Unterschriften	3'721
Geschäft des Landrats Nr.	2009-019; am 14. Mai 2009 vom Landrat abgelehnt
Abstimmung am	13. Juni 2010 ; Initiative abgelehnt

Titel	Schutz vor Passivrauchen
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. März 2007 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. August 2007
Zustande gekommen (Publikation)	13. Dezember 2007
Anzahl gültige Unterschriften	5'949
Geschäft des Landrats Nr.	2007-318 (Rechtsgültigkeit)
Geschäft des Landrats Nr.	2008-179 (Antrag auf Ablehnung der Initiative, Annahme des Gegenvorschlags)
Abstimmung am	17. Mai 2009 ; Initiative angenommen

Titel	Ja, Bildungsvielfalt für alle
Typ	Formulierte Verfassungsinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Oktober 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	6. Dezember 2006
Zustande gekommen (Publikation)	11. Januar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'985
Geschäft des Landrats Nr.	2007-106 (Rechtsgültigkeit)
	2008-100 (Empfehlung auf Ablehnung; Gegenvorschlag)
Abstimmung am	30. November 2008 (Initiative abgelehnt: 65'207 Nein, 17'107 Ja; Gegenvorschlag angenommen: 45'478 Ja, 34'456 Nein)

Titel	Für einen leistungsstarken öffentlichen Verkehr (öv-Initiative)
Typ	Formulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	18. Mai 2006 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	24. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	1. März 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'612
Geschäft des Landrats Nr.	2007-122 (Rechtsgültigkeit)
	2007-277 (Empfehlung zur Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	28. September 2008 (Initiative abgelehnt; 35'459 Nein, 25'355 Ja)

Titel	Keine Schulgebühren
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	1. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)

Eingereicht am	18. November 2004
Zustande gekommen (Publikation)	30. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'665
Geschäft des Landrats Nr.	2005/019 (Rechtsgültigkeit am 21.4.2005 beschlossen)
	2006/257 (Gesuch um Verlängerung der Behandlungsfrist; bewilligt am 18. Januar 2007)
Zurückgezogen am	25. September 2008 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Abschaffung der Fachstelle für Gleichstellung von Mann und Frau
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	12. Mai 2005 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Januar 2007
Zustande gekommen (Publikation)	15. Februar 2007
Anzahl gültige Unterschriften	1'529
Geschäft des Landrats Nr.	2005-204 (Rechtsgültigkeit)
	2007-188 (Empfehlung auf Ablehnung der Initiative)
Abstimmung am	1. Juni 2008 (Initiative abgelehnt mit 48'089 Nein zu 28'454 Stimmen)

Titel	Keine Autobahn im Leimental
Typ	Nichtformulierte Volksinitiative
Publikation der Vorprüfung	29. April 2004 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	15. Oktober 2004
Zustande gekommen (Publikation)	2. Dezember 2004
Anzahl gültige Unterschriften	5'227
Geschäft des Landrats Nr.	2007/022 (Antrag auf Ablehnung der Initiative)

Zurückgezogen am	15. November 2007 (Verfügung über Rückzug)
------------------	---

Titel	Wohnkosten-Entlastungs-Initiative
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	27. Dezember 2002 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht	27. Januar 2003
Zustande gekommen (Publikation)	6. März 2003
Anzahl gültige Unterschriften	10'189
Geschäft des Landrats Nr.	2003/135 (Rechtsgültigkeit am 18.9.2003 beschlossen)
	2004/180 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 23.9.2004 beschlossen)
	2005/304 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 12.01.2006 beschlossen)
Zurückgezogen am	12. Juli 2007 (Verfügung über Rückzug)

Titel	Wieder-Einführung des Kinderabzuges vom Einkommens-Steuerbetrag (Familiengerechte Kinderabzugs-Initiative)
Typ	Formulierte Gesetzesinitiative
Publikation der Vorprüfung	11. September 2003 (mit Kontaktadresse und Wortlaut der Initiative)
Eingereicht am	16. März 2004
Zustande gekommen (Publikation)	6. Mai 2004
Anzahl gültige Unterschriften	1'735
Geschäft des Landrats Nr.	2004-171 (Rechtsgültigkeit am 25.11.2004 beschlossen)
	2005-275 (Verlängerung der Behandlungsfrist um 12 Monate, am 1.12.2005 beschlossen)
Zurückgezogen am	11. Januar 2007

Informationen zu Initiativen, die vor 2007 erledigt worden sind, erteilt die Landeskanzlei.